

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt,
Natur und Digitalisierung | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Chief Information Officer (CIO)

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen: ./.
Ihre Nachricht vom: ./.
Mein Zeichen: V 3 i.V. / V 30 / CIO
Meine Nachricht vom: ./.

Sven Thomsen
sven.thomsen@melund.landsh.de
Telefon: 0431 988-3005
Telefax: 0431 988-699-3005

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

Gesehen
und weitergeleitet
Kiel, 13.12.2017



über das
Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/383

11. Dezember 2017

Gesamtplan 2018 für IT und Digitalisierung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Landesregierung hat den beiliegenden Gesamtplan 2018 für IT und Digitalisierung beschlossen. Mir wurde die Aufgabe übertragen, dem Finanzausschuss des Landes Schleswig-Holstein den aktuellen Gesamtplan 2018 zeitnah vorzulegen. Diesem Auftrag komme ich hiermit nach und übersende Ihnen das Dokument mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Zudem halte ich eine Zusage aus dem Vorjahr ein, den Gesamtplan 2018 zeitgleich mit dem Haushaltsentwurf 2018 verfügbar zu machen, um die Ansätze im Einzelplan 14 mit den Inhalten der Gesamtplanung abgleichen zu können. Eine kurzfristige Weiterleitung der Unterlagen an die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen im Finanzausschuss wäre daher wünschenswert.

Der Gesamtplan 2018 für IT und Digitalisierung ist ein strategischer Bericht. Er beschreibt neben der strategisch-konzeptionellen Ausrichtung der IT auch die organisatorischen, technischen sowie finanziellen Planungen der Ressorts. Der Gesamtplan 2018 vermittelt somit einen Überblick über die wesentlichen IT-Maßnahmen der Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Die Maßnahmenplanung 2017 habe ich als gesondertes Dokument beigefügt.

Sofern es zum Gesamtplan 2018 für IT und Digitalisierung offene Fragestellungen gibt, stehe ich gerne für weitere Informationen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Sven Thomsen

Hinweis: Der vollständige Umdruck umfasst 408 Seiten und wurde an die Mitglieder des Finanzausschusses verteilt. Er kann über das Internet unter [sh-landtag -> Dokumente -> Umdrucke](#) heruntergeladen oder im Ausschussbüro, Zi 137/138 eingesehen werden.

Gesamtplan 2018

für IT und Digitalisierung

vorgelegt vom:

Ministerium für Energiewende,

Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND)

Zentrales IT-Management

Niemannsweg 220

24106 Kiel

Herausgeber:

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt, Natur und Digitalisierung
Zentrales IT-Management (ZIT SH)
Mercatorstraße 3
24106 Kiel

www.schleswig-holstein.de

Redaktion:

Chief Information Officer (CIO): Sven Thomsen
Referat: IT-Gesamtstrategie, IT-Finanzen,
IT-Controlling und IT-Gremien
Verfasserin: Claudia Richter

Stand: 12. Oktober 2017

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Einleitung	5
I. IT-Strategie	6
1. IT-Strategie in Schleswig-Holstein	6
1.1 Digitalisierung	6
1.2 Zentrale IT-Infrastrukturen und -dienste	7
1.3 Fachinfrastrukturen und -verfahren	8
1.4 Kooperationen	9
1.5 E-Government	10
2. Organisation	11
3. Personal	12
II. Finanzen	14
1. Allgemein	14
2. Einzelplan 14	14
2.1 Prognose Haushaltsentwicklungen 2018 - 2022	17
2.2 Investitionsmittel aus dem IMPULS Programm (Kapitel 1614)	17
3. Kapitel 1402 (IT-Budget)	18
III Finanzbedarfe der Ressorts	20
1. Finanzbedarf ZIT	20
2. Finanzbedarf StK	22
3. Finanzbedarf MILI	23
4. Finanzbedarf FM	24
5. Finanzbedarf MWVATT	25

6. Finanzbedarf MBWK	25
7. Finanzbedarf MJEVG	26
8. Finanzbedarf MSGJFS	27
9. Finanzbedarf MELUND	28
Anlage I – TOP 30 IT-Maßnahmen	29
Anlage II – Personalübersicht	31
Anlage III – Hard- und Software	31
Zentrales IT-Management	33
Staatskanzlei	37
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration	46
Finanzministerium	55
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	64
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	70
Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	81
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren	90
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	96

Einleitung

Der Gesamtplan für IT und Digitalisierung ist Bestandteil der Strategie- und Planungspapiere des Chief Information Officer (CIO) und des Zentralen IT-Managements (ZIT SH) im Digitalisierungsministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Der Gesamtplan informiert die Landesregierung über die bestehenden und geplanten Informations- und Kommunikationstechnologien und über die Entwicklungen von Maßnahmen des E-Government und der Digitalisierung.

Neben dem Einzelplan 14 (Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation) stehen seit 2016 für die Umsetzung notwendiger Investitionen für Verfahrens- und Infrastrukturmaßnahmen der IT und der Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein im Einzelplan 16 - „InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“ - weitere Haushaltsmittel zur Verfügung.

Der Gesamtplan für IT und Digitalisierung 2018 umfasst die Planungen der Ressorts zum Stichtag 12.10.2017 und stellt die Entwicklungen unter Maßgabe der Haushaltseckwerte 2018 dar.

I. IT-Strategie

Die Informationstechnik ist und bleibt ein wesentlicher Faktor für die Aufgabenerledigung der Landesregierung und -verwaltung und gewinnt durch die Programmschwerpunkte aus dem Koalitionsvertrag 2017-2022 zu mehr Digitalisierung auch weiterhin an Gewicht.

Inzwischen existiert eine flächendeckende Vernetzung der IT innerhalb der Landesverwaltung ebenso wie über Verwaltungsgrenzen in Schleswig-Holstein (SH) und in Deutschland hinweg.

Dabei kann nicht mehr nur von einer reinen IT gesprochen werden, sondern auch von neuen Organisationsabläufen, rechtlichen Regelungen, übergreifenden Plattformen der Zusammenarbeit und veränderten Arbeitsmodellen.

Diese Entwicklungen sind und müssen Bestandteil der IT-strategischen Ausrichtung in Schleswig-Holstein sein. Dazu gehört neben einer auskömmlichen Finanzierung, entsprechende Personalkapazitäten bereitzustellen und notwendige Kompetenzen zu sichern.

Die Entwicklungen zeigen deutlich, dass die Durchdringung mit IT stetig zunimmt, so dass allenfalls 2022 von einer absehbaren Verfestigung der bislang steigenden Ansätze ausgegangen werden kann. Wenn auf der einen Seite zunehmend mehr IT für Digitalisierung und E-Government eingefordert wird, müssen die IT-Ressourcen gleichzeitig entsprechend ansteigen.

1. IT-Strategie in Schleswig-Holstein

Die Möglichkeiten, die moderne IT als Instrument zur Aufgabenerledigung bietet, sind vielfältig. Jedes relevante Projekt (wie z. B. eJustiz SH), das sich mit Information, Kommunikation und Arbeitsabläufen und/oder deren Optimierung beschäftigt, ist gleichzeitig ein IT- und ein Organisationsprojekt. Daraus ergibt sich unmittelbar, dass die IT nicht nur Hilfsmittel, sondern ein strategisches Instrument bei der Planung und Umsetzung von politischen und fachlichen Zielen ist.

IT wird in SH zielgerichtet und bedarfsgerecht eingesetzt - ausgerichtet an den rechtlichen, fachlichen, technischen und wirtschaftlichen Vorgaben. In der Fortschreibung der IT-Gesamtplanung 2018 wird deutlich, dass der Bedarf an IT fortlaufend steigt.

1.1 Digitalisierung

Die Digitalisierung hat in den Koalitionsvereinbarungen der neuen Landesregierung in 2017 einen großen Stellenwert bekommen. Um die vorgesehenen Maßnahmen der Landesregierung nachhaltig umzusetzen, wurde ein Digitalisierungskabinetts vereinbart, welches sich am 04.10.2017 konstituiert hat, um künftig das Digitalisierungsprogramm und deren Fortschreibung zu beraten. Unterstützt wird das Digitalisierungskabinetts dabei durch das Digitalisierungsministerium. Zur Wahrnehmung der Aufgaben wurde der CIO mit seinem Zentralen IT-

Management aus der Staatskanzlei in das MELUND überführt und dort in die Abteilungsstruktur als Abteilung V 3 (Digitale Agenda und zentrales IT-Management der Landesregierung) eingegliedert. Zusätzlich wurde dort ein viertes Referat für Grundsatzangelegenheiten, Digitale Agenda und E-Government eingerichtet.

Das Referat V 30 hat u.a. die folgenden Aufgaben:

- Aufbau des Programmmanagements für die Projekte des Digitalisierungskabinetts (Digitalisierungsfahrplan)
- Grundsatzfragen zu Recht und Politik der Digitalisierung
- Technologiescouting
- Organisation der ressortübergreifenden Digitalisierungsprojekte
- Erstellung einer Digitalen Strategie
- Review und Erweiterung der E-Government-Architektur zur Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes und § 52 ff. LVwG für Land und Kommunen
- Pilotierung und Aufbau der digitalen Knotenpunkte
- Aufbau einer Open-Data-Infrastruktur
- Umsetzung der Transparenzanforderungen des Informationszugangsgesetzes
- Ausbau der gemeinsamen Bürgerbeteiligungsinfrastruktur des Landes und der Kommunen
- Entwicklung von Daten- und Registermanagement für Fachverfahren und Infrastrukturen des Landes und der Kommunen

Die Maßnahmen zum Digitalisierungsprogramm werden im Rahmen der IMAG Digitalisierung mit allen Ressorts erarbeitet und dem Digitalisierungskabinetts zur Entscheidung vorgelegt. In diesem Zusammenhang wird auch über einen entsprechenden Finanzierungsansatz zu entscheiden sein.

1.2 Zentrale IT-Infrastrukturen und -dienste

Neben den neuen Themen der Digitalisierung liegen die Schwerpunkte im ZIT SH nach wie vor im Ausbau und der Modernisierung der bestehenden Infrastrukturen und -dienste.

In 2016 wurde der Ausbau des **Landesnetzes** mit Glasfaserleitung beschlossen und damit verbunden der Anschluss von rd. 900 Schulen. Diese Maßnahme läuft bereits in 2017 an und soll entsprechend der Planungen in 2018 einen ersten Anteil der Anschlüsse umgesetzt haben. Für diese Maßnahme wurden nach aktuellem Stand in 2018 6,0 Mio. € aus dem IMPULS-Programm zur Verfügung gestellt. Weitere 6,0 Mio. € sollen hierfür in 2019 bereitgestellt werden.

Die **Modernisierung** der bestehenden **Netze** in den Dienststellen ist ein weiterer Schwerpunkt in 2018. Insbesondere in den Bereichen der Justiz und der Landespolizei müssen die Netze erneuert und für die neuen elektronischen Verfahren zu mehr Digitalisierung ausgebaut werden.

Durch den zunehmenden Wegfall entsprechender IT-Kompetenzen in den Dienststellen wird der Landesstandard „+1“ bedarfsabhängig zu einem „**+1 Full Managed Desktop**“ ausgebaut und sämtliche operative IT-Dienste in ein Kompetenzzentrum zu Dataport verlagert. Nach einem entsprechenden Modell, ist die Landespolizei im Rahmen des Programms PITA (Polizeilicher IT-Arbeitsplatz) in 2017 weitestgehend umgesetzt worden. Dies ist analog dem Projekt Steuer PC erfolgt, welches die Übertragung der operativen IT-Aufgaben in den Finanzämtern hin zu Dataport realisierte und bereits vor 2 Jahren abgeschlossen worden ist.

Um die Anforderungen zum Arbeitsplatzsupport zwischen der Bedarfsstelle und dem Dienstleister Dataport an zentraler Stelle zu koordinieren, ist ein **IT-Betriebszentrum** im ZIT SH geplant, welches die übergreifenden Aufgaben mit minimalem Ressourceneinsatz landesweit übernehmen soll. Dies gilt für die Dienststellen, die an dem entsprechenden Betriebsmodell teilnehmen oder den Einsatz zukünftig planen.

Durch den steigenden IT-Einsatz und die nahezu elektronische Datenhaltung ist die Einhaltung der Mindeststandards für Datenschutz und Informationssicherheit maßgeblich. Damit einhergehend ist es sinnvoll, entsprechende Aufgaben und Kompetenzen sukzessive im ZIT SH zu bündeln und zentral zu koordinieren. Das MELUND wird das Digitale Kabinett in 2018 mit Eckpunkten zur Schaffung eines **Kompetenzzentrums für Datenschutz und Informationssicherheit** befassen.

Entsprechende Maßnahmen erfordern im ZIT zusätzliche Personalkapazitäten und Kompetenzen. Diese konnten bereits für das **Kompetenzzentrum für Projektmanagement** realisiert werden, welches mit zusätzlichem Personal ab 2018 landesweite IT-Projekte koordinieren, unterstützen oder auch umsetzen soll. Dieser eher geringe Personalansatz an zentraler Stelle könnte mit einem vergleichbaren dezentralen Personaleinsatz kaum erbracht werden.

Durch den verstärkten zentralen Ansatz hat das ZIT SH die organisatorischen und technischen Prozesse verstärkt standardisiert und die Steuerungskompetenz durch den Einsatz von **Management-Werkzeugen** für ein standardisiertes Prozess-, Vertrags- und Rechnungsmanagement ausgebaut.

Weitere Herausforderungen für die IT-Ausstattung im Land SH stellt in 2018 die Erarbeitung einer 59er Regelung zu **mobiler Arbeit und Wohnraumarbeit** dar. Der Trend zu mobilen Arbeitsplätzen wird damit ab 2018 deutlich ansteigen, was zu einer erheblichen finanziellen Belastung im Einzelplan 14 führt.

1.3 Fachinfrastrukturen und -verfahren

Umfangreiche Entwicklungen finden sich auch in den Ressortbereichen wieder. So wird zum 01.01.2018 der **elektronische Rechtsverkehr** in allen Justizbehörden eröffnet. Der flächendeckende Einsatz der **elektronischen Aktenbearbeitung** auf sämtlichen Arbeitsplätzen ist bis zum 01.01.2026 verpflichtend umzusetzen. Mit der Umsetzung der verschiedenen Phasen steigen ab 2018 die Betriebskosten auf nahezu 8,0 Mio. € jährlich an.

1.4 Kooperationen

Kooperationen sind nach wie vor wesentlich, um IT gemeinsam über zentrale Infrastrukturen und Systeme preisreduziert betreiben zu können. So wird neben den länderübergreifenden Entwicklerverbänden der Fachbereiche verstärkt auf eine interkommunale und in Norddeutschland mit den Dataport Trägerländern länderübergreifende Zusammenarbeit gesetzt, um so trotz immer komplexer werdender IT zu einer effizienten Aufgabenerledigung zu kommen. Der per Staatsvertrag gegründete gemeinsame IT-Dienstleister Dataport ist bereits Ausdruck dieser Kooperation.

Dataport ist der zentrale IT-Dienstleister für die Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Norddeutschland. Zu den Trägern von Dataport gehören die Länder Schleswig-Holstein (SH), die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), die Freie Hansestadt Bremen (HB), Mecklenburg-Vorpommern (MV), Niedersachsen (NI) und Sachsen-Anhalt (ST) sowie der kommunale IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH). Die rechtsfähige Mehrländeranstalt des öffentlichen Rechts hat ihren Unternehmenssitz in Altenholz bei Kiel und betreibt Niederlassungen in Hamburg, Rostock, Bremen, Lüneburg, Magdeburg und Halle.

Für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen bei Dataport besteht in Schleswig-Holstein Kontrahierungszwang gemäß der Landesbeschaffungsordnung Schleswig-Holstein.

Die Entwicklung von Dataport ist wesentlich von den Entwicklungen und Strategien sowie der Kooperation seiner Träger abhängig. Aus diesem Grund müssen die Trägerstrategien eng zwischen den CIO und den IT-Verantwortlichen zusammen mit Dataport und dem Verwaltungsrat abgestimmt werden. Dies erfordert zusätzliche Steuerungsansätze in Bezug auf Dataport, welche verstärkt angegangen werden sollen.

Dazu gehört die Implementierung detaillierter Controlling-Instrumente. Zudem muss das Anforderungsmanagement ausgebaut werden, um die Bedürfnisse der Verwaltungen besser berücksichtigen zu können. Ein erster Schritt wurde bereits 2015 unternommen, der die Verbesserung der internen Servicestrukturen im Bereich des Vertragsmanagements und dem Finanzmanagement sowie dem Abbau struktureller Defizite erzielte. Die mit dem Verwaltungsrat abgestimmten Handlungsfelder dauern in der Umsetzung an und sind bei Dataport und den Trägern verpflichtend zu etablieren.

Die Kooperation zwischen Land und Kommunen wurde bis Ende 2015 durch die IT-Harmonisierung gefördert. Im Rahmen der kooperativen Zusammenarbeit von Land und Kommunen werden mehrere sowohl für Landes- wie auch Kommunalbehörden wichtige IT-Projekte durchgeführt, die infrastrukturell oder fachlich zu Prozessoptimierungen, zur vereinfachten Zusammenarbeit und letztendlich zu geringeren Kosten für die Aufgabenerledigung führen sollen. Basis hierfür ist ein regelmäßiger Abgleich der Interessenlagen des Landes Schleswig-Holstein mit den Kommunalen Landesverbänden über die Notwendigkeit und den Bedarf von bestimmten Maßnahmen soweit diese konzeptionell die IT-Strategie des Landes unterstützen.

In diesem Zusammenhang sieht der Koalitionsvertrag vor, den Einheitlichen-Ansprechpartner EA-SH zu stärken. Mögliche Modelle werden derzeit mit den Kommunalen Landesverbänden (KLV) erarbeitet und sollen in 2018 zur Entscheidung gebracht werden.

1.5 E-Government

E-Government bezeichnet die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen der öffentlichen Verwaltung und Regierung und ist ein Kernbeitrag zur Verwaltungsmodernisierung. Gezielt werden die Maßnahmen zum E-Government vorangetrieben, die die digitale Verwaltung stärken und den elektronischen Zugang von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen zur Verwaltung und deren Daten ermöglichen.

Für moderne Interaktion mit Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen sind elektronische Akten, ein zentrales Wissensmanagement oder Antragsassistenten nur einige prominente Beispiele. Auch Online-Servicekonten für Bürger und Unternehmen, welche die Angebote der öffentlichen Verwaltung bündeln und die Interaktion vereinfachen sowie beschleunigen, sind technisch bereits umgesetzt oder in greifbarer Nähe. Die dafür nötigen Anwendungen, Basisdienste und Infrastrukturen existieren vielfach bereits und bedürfen nun einer zielgerichteten Integration in die Arbeit der Landesverwaltung und auch der kommunalen Verwaltungen. Dies bedeutet, dass neben den notwendigen technologischen Innovationen geänderte rechtlich-fachliche Rahmenbedingungen, neue organisatorische Abläufe und die damit verbundenen personellen Veränderungen umgesetzt werden müssen. Denn letztere sind ebenso wie die technologische Basis zentrale Bestandteile eines modernen E-Government.

Programmatische Leitlinien und rechtliche Rahmenbedingungen liefern zudem die Nationale E-Government-Strategie (NEGS), das E-Government-Gesetz des Bundes (EGovG Bund), die Digitale Agenda der Bundesregierung, das E-Government-Gesetz des Landes Schleswig-Holstein (EGovG SH) sowie die kürzlich erfolgten Änderungen im Landesverwaltungsgesetz (LVwG).

Darauf aufbauend hat das ZIT bereits 2015 eine E-Government-Strategie erarbeitet, welche mit den Kommunalen Landesverbänden Schleswig-Holstein, der Handwerkskammer Schleswig-Holstein und der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein abgestimmt ist. Bereits in den letzten Jahren wurde die Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Kommunen hoch priorisiert. Das Land Schleswig-Holstein verantwortet und finanziert seit Jahren unterschiedliche Basisdienste und Infrastrukturmaßnahmen im ZIT SH und den dezentralen IT-Managements der zuständigen Fachressorts und setzt diese in Abstimmung mit den Kommunen um.

Wesentliche Zielbereiche der schleswig-holsteinischen E-Government-Strategie sind

- Nutzen für den Bürger und die Wirtschaft,
- Verwaltungsmodernisierung und
- Aufbau einer E-Government-Infrastruktur.

Diese ist unter Berücksichtigung neuer Anforderungen der Digitalisierung in 2018 fortzuschreiben.

2. Organisation

Die Organisation der IT wird über die einzelnen Ministerien hinaus in Gesamtverantwortung durch den CIO mit dem Ziel wahrgenommen, den Einsatz von IT in Schleswig-Holstein wirtschaftlich und kostenreduzierend zu ermöglichen. Dabei werden Instrumente zur Steuerung, zum Controlling und zur Finanzierung eingesetzt sowie CIO-Rahmenvorgaben erlassen.

Daraus ergeben sich als strategische Schwerpunkte des CIO die Fortentwicklung der IT-Organisation, die Stärkung der IT-Steuerung, sowie die Neustrukturierung von Zuständigkeiten für die IT in der Landesverwaltung.

Grundlage ist der Erlass zur „Organisation des ressortübergreifenden Einsatzes von IT und die Zusammenarbeit des Zentralen und Dezentralen IT-Managements in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein (Organisationserlass IT-SH)“.

Den Ressorts wird ermöglicht, strategische Aufgaben zum ZIT SH und operative Aufgaben auf Dataport zu verlagern. Auf dieser Grundlage wurden bereits die strategischen und koordinierenden Aufgaben des dezentralen IT-Managements des MILI samt Personal und Stellen in das ZIT SH übertragen.

Als Grundlage für die IT-Organisation und für ein gemeinsames Vorgehens- und Rollenverständnis zwischen den Stellen der IT-Leistungserbringung (ZIT SH und DIT) sowie Dataport hat der CIO die Rahmenvorgabe Standardrollen ITSH erarbeitet. Diese wird in einem kontinuierlichen Prozess um die Standard-Prozesskarte ITSH ergänzt. Die Standard-Prozesskarte ITSH stellt die standardisierten Arbeitsabläufe in den verschiedenen Aufgabenbereichen der IT dar.

Weiterhin wird zur nachhaltigen Entlastung der dezentralen IT-Stellen von operativen IT-Aufgaben unter der Federführung des ZIT SH das modular ausgelegte Servicekonzept „Full Managed Desktop für den Standard-Arbeitsplatz +1.büro“ entwickelt. Ziel ist die sukzessive Verlagerung operativer Tätigkeiten auf Dataport auf der Basis definierter Leistungsbeschreibungen und Leistungsabgrenzungen sowie überprüfbarer Service-Level.

Zur Standardisierung des gesamten IT-Betriebs wurden die zugehörigen Arbeitsabläufe standardisiert. Mit der Auswahl und 2018 startenden Einführung eines IT-Werkzeugs für das IT-Service Management in der Landesverwaltung und der Justizverwaltung werden die notwendigen Voraussetzungen für die effiziente Aufgabenerledigung weiter verbessert.

Mit dem Organisationsprogramm „Polizeiliche IT-Aufgaben“ (PITA), welches im ZIT SH angesiedelt ist, sollen in 6 Teilprojekten sämtliche operativen IT-Aufgaben hinsichtlich ihrer Verlagerung auf Dataport geprüft und nach Möglichkeit bis 2020 übertragen werden. Dazu konnte die Verlagerung der Aufgabenbereiche Netze und Kommunikationstechniken, Arbeitsplatzbetreuung bereits in 2017 abgeschlossen werden. Der Bereich Fachverfahren so-

wie weiterer Serviceaufgaben sollen ab 2018 untersucht werden. Im Rahmen der Aufgabenübertragung werden begleitend Konsolidierungs- und Standardisierungsmöglichkeiten geprüft und ggf. umgesetzt.

Im Bereich des MJEVG wird durch die fortschreitende Entwicklung in der IT und der zunehmenden Digitalisierung der Justiz (z. B. durch den Aufbau des elektronischen Rechtsverkehrs) die Neuausrichtung der dortigen IT-Organisation notwendig. Dabei sollen aktuelle und künftige Anforderungen an die bestehenden Systeme unter der Nutzung von Standard-Infrastrukturen ebenso berücksichtigt werden wie die Vorgaben durch das IT-Gesetz für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein. Die Schwerpunkte der für Justiz zuständigen IT-Organisation des MJEVG sind in einer mit dem CIO abgestimmten Strategie festgelegt.

3. Personal

Die Personalausgaben für IT-Personal werden in den Ressorthaushalten ausgewiesen. Um diesen Kostenblock dennoch der IT-Maßnahmenplanung zuordnen zu können, wird der IT-Personalbestand seit 2007 entsprechend dem Konzept über die „Grundsätze zur Erhebung des Personalbestands im Bereich der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein“ erhoben und jährlich fortgeschrieben.

Die Erhebung der Personalleistungen erfolgt in Personaltagen (PT) und wird in Vollzeitäquivalente (VZÄ) ausgewiesen. Dieser statistische Wert dient als Vergleichs- und Referenzgröße, um Änderungen im Personalbestand des Landes für die IT messen und bewerten zu können. Die Erhebungsergebnisse werden im Rahmen der jährlichen Gesamtplanung durch eine stichtagbezogene Ist-Aufnahme ermittelt. Die Daten variieren durch Ressortwechsel und sich verändernde Zuständigkeiten im Rahmen von übergreifenden Projektstrukturen. Sie können daher nur als Richtwert verstanden werden.

Leistungen für die IT werden zudem von Personal bei Dataport erbracht. Darüber hinaus werden fachspezifische Personalleistungen über Dataport am freien Markt beschafft und durch Dritte ausgeführt. Diese Personalleistungen werden über Dienstverträge gesteuert. In Folge dessen gibt eine Personalerhebung auf Landesebene nur bedingt Einblick über den tatsächlichen Einsatz von Personalleistungen für die IT.

Personal Gesamt	ZIT	StK	MILI	FM	MWVATT	MBWK	MJEVG	MSGJFS	MELUND	Summe (FTE)
31.12.2007	18,3	9	158,2	220,3	5,1	13,1	127,1	25,3	19,4	595,8
31.12.2009	15,3	6	180,0	158,3	4	20	130,7	27,1	25	566,4
31.12.2011	19,7	6,5	180,0	180,3	4	19,4	140,3	24,1	20,2	594,5
31.12.2012	24,0	6,0	180,0	183,3	6,3	16,7	147,3	20,6	24,8	609,0
31.12.2013	24,0	6,0	180,0	180,8	6,3	17,3	140,2	17,9	24,0	596,5
31.12.2014	23,0	6,0	180,0	180,9	6,3	17,3	140,2	16,6	24,0	594,3
31.12.2015	30,0	22,1	180,0	149,7	6,2	16,5	153,6	16,8	25,5	600,4
31.12.2016	50,0	4,9	181,5	151,9	6,0	16,3	152,1	15,9	31,3	609,9
01.08.2017	52,0	4,1	107,5	212,8	4,6	16,3	152,1	15,9	31,3	596,6

Trotz deutlich steigendem IT-Einsatz in den letzten 10 Jahren hat sich der Personalbestand für die Beschäftigten der IT nicht wesentlich geändert, jedoch aber verändert. Während sich der Personalbestand für die operativen IT-Dienste durch das zunehmende Outsourcing an Dataport in den letzten 3 Jahren deutlich abgebaut hat, wie z.B. in der Steuerverwaltung und in der Landespolizei, haben sich die Personalanteile in den Fachverwaltungen durch zunehmende IT-Aufgaben erhöht. Der ansteigende Einsatz von Fachverfahren zur Abwicklung fachlicher Verwaltungsaufgaben erfordert einen begleitenden Prozess (z.B. Formulierung von Anforderungen, Tests und Freigaben, Anpassung organisatorischer Abläufe).

Der Trend zeigt deutlich, dass die IT nicht mehr alleinig auf den IT-Arbeitsplätzen zu finden ist, sondern zunehmend zu einem wesentlichen Bestandteil der klassischen Verwaltungsarbeit wird. Die Entwicklungen der Digitalisierung werden diesen Trend fortsetzen.

Die weitere Zentralisierung und Bündelung von operativen IT-Diensten beim Dienstleister Dataport und die zentrale Koordinierung und Steuerung durch das ZIT wirken diesem Trend entgegen. Hierfür hat das ZIT auch die vom Landesrechnungshof eingeforderten Kompetenzzentren für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen (WiBe SH) und Projektmanagement in die Umsetzung bringen können. In den kommenden Jahren sind weitere landesweite Kompetenzzentren geplant – eines für Datenschutz und Informationssicherheit, um den rechtlichen Mindeststandards der IT in allen Maßnahmen zu entsprechen sowie ein IT-Betriebszentrum, welches die übergreifende Koordination der Supportdienste zwischen den Bedarfsstellen und dem zentralen IT-Dienstleister Dataport abwickeln soll.

Diese Modelle erfordern ausreichend Personal an zentraler Stelle. Dies ist jedoch im Vergleich zu den dezentral veranschlagten Kapazitäten geringfügiger.

II. Finanzen

1. Allgemein

Das Land Schleswig-Holstein veranschlagt die Einnahmen und Ausgaben der IT im Einzelplan 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung. Das Kapitel 1402 (IT) bildet das zentrale IT-Budget.

Die Haushaltsmittel sind in Globaltiteln veranschlagt und werden über IT-Maßnahmen organisiert und bewirtschaftet. Derzeit finanziert der Einzelplan 14 insgesamt 318 IT-Maßnahmen. Den Einzelplan 14 verantwortet und steuert der Chief Information Officer (CIO).

Weitere investive Haushaltsmittel stehen für die IT-Maßnahmen des Landes im Einzelplan 16 - InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030) im Kapitel 1614 - IT und Digitalisierung - zur Verfügung, um notwendige Investitionen abzuwickeln.

2. Einzelplan 14

Die Ausgaben im Einzelplan 14 werden nach unterschiedlichen Schwerpunkten in Kapiteln dargestellt:

Das **Kapitel 1401 (Allgemeine Angelegenheiten)** umfasst die Sachausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb des Zentralen IT-Managements zentral, da das ZIT SH diesen weitestgehend eigenständig organisiert.

Das **Kapitel 1402 (Informations- und Kommunikationstechnologien)** umfasst die Haushaltsmittel der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Näher spezifiziert werden die Ansätze über zusätzliche Maßnahmengruppen:

- 01 Zentrale Arbeitsplatz- und Infrastrukturdienste
- 02 Telefonie Land SH
- 03 Kommunikationsplattform Landesnetz SH
- 04 eBeihilfe (*künftig wegfallend*)

Die Maßnahmen und Entwicklungen im IT-Budget werden in den folgenden Abschnitten näher erläutert beschrieben.

Das **Kapitel 1403 (E-Government / IT-Maßnahmen mit kommunalem Schwerpunkt)** umfasst seit 2016 gemeinsame Projekte zwischen der Landes- und der Kommunalverwaltung. Veranschlagt sind die Ausgaben für gemeinsame IT-Programme und IT-Projekte / IT-Vorhaben des CIO und des ZIT SH mit den Kommunalen Landesverbänden zur Entwicklung von E-Government-Basisinfrastrukturen und gemeinsamer IT-Dienste. IT-Vorhaben, die in den Regelbetrieb bei Dataport überführt werden können, sind als IT-Verfahren des E-

Government mit kommunalem Schwerpunkt im Kapitel 1402 fachlich zu verorten und zu finanzieren. Von den veranschlagten Ausgaben i.H.v. 2,0 Mio. € sind 1,0 Mio. € aus dem Kommunalen Investitionsfond gem. FAG (Finanzausgleichsgesetz) für die Aufgaben des Kommunalen Forums für IT (KomFIT) zweckgebunden.

Im **Kapitel 1404 (Digitalisierung (administrative Kosten))** werden die administrativen Ausgaben zur Umsetzung von Maßnahmen der Digitalisierung in Schleswig-Holstein veranschlagt. Eingeplant sind Mittel für die Schaffung eines Ordnungsrahmens (Gesetzliche Änderungen, Unterstützungsleistungen durch Dritte und Mehrländerarbeiten pp.) sowie die Kosten des Projektes „Digital Accelerators.SH“ und die Initialausgaben zur Auslobung des künftigen Digitalisierungspreises „Best of Digital.SH“.

Die allgemeinen Ausgaben der Anstalt des öffentlichen Rechts „Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein (EASH)“ für Personal und Sachleistungen werden weiterhin in der MG 01 ausgewiesen.

Im **Kapitel 1405 (Projekt „Kooperative Personaldienste SH / FHH (KoPers))** sind die Sach- und Investitionsausgaben für den Aufbau des integrierten IT-Verfahrens „Personaldienste“ veranschlagt. Die Kernbereiche dieses IT-Verfahrens sind die Personalkostenabrechnung und die Personalverwaltung. Diese Verfahren werden künftig die IT-Verfahren PERMIS-A und PERMIS-V ablösen. Im Anschluss daran werden weitere Funktionen (wie Stellenverwaltung, Bewerbermanagement, Personalkostenhochrechnung pp.) verfahrenstechnisch erfasst, umgesetzt und in den Betrieb überführt.

Im **Kapitel 1406 (Digitalfunk Land Schleswig-Holstein)** werden die Ausgaben für den Betrieb und die Pflege des Digitalfunks in Schleswig-Holstein. Die einzelnen Betriebsverträge für das BOS-Zugangsnetz und die Teilaufgaben der Autorisierten Stelle (AS) bei Dataport gehen sukzessive in die Zuständigkeit des CIO / ZIT SH über und werden zentral im Kapitel 1406 Digitalfunk LSH veranschlagt und bewirtschaftet.

Überblick Epl. 14 (Zahlenwerk)

Die Planungen der Ressorts und des ZIT SH im Einzelplan 14 für das Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf 214.524,4 T€ Die Landesregierung stellt Haushaltsmittel in Höhe von 171.483,5 T€ zur Verfügung. Die Planungen übersteigen damit das verfügbare IT-Budget um 43.202,4 T€. Die Angleichung der Planungen an das verfügbare IT-Budget erfolgt in IT-Budgetgesprächen mit den Ressorts. Diese Gespräche finden jährlich und in der Regel im 1. Quartal des lfd. Haushaltsjahres statt.

↓Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2017	Eckwert 2018	Plan 2018 (T€)	↓ Ansatz 2017 HH-Plan 2018
1401	Allgemeine Angelegenheiten	42,0	161,5	161,5	0,0
1402	IT-Budget	144.543,5	153.033,0	189.828,2	36.795,2
1403	E-Government	2.000,0	2.000,0	1.845,7	-154,3
1404	Digitalisierung	422,0	1.672,0	3.584,9	1.912,9
1405	Projekt KoPers	9.157,0	13.057,0	16.687,8	3.630,8
1406	Digitalfunk	2.000,0	1.560,0	2.577,8	1.017,8
	Summe Ausgaben	158.164,5	171.483,5	214.524,4	43.202,4
	Summe Einnahmen	1.115,0	1.870,0		
	Summe Zuschuss	156.294,5	169.613,5		

Tabelle 1 - Ausgaben EP 14 nach Kapiteln 2017 bis 2018 in T€

2.1 Prognose Haushaltsentwicklungen 2018 - 2022

Durch die finanziell bedingten Verschiebungen von geplanten Entwicklungen in die Folgejahre wird von einer beginnenden Sättigung mit IT und damit von einem moderaten Anstieg der IT-Kosten nun erst ab 2022 auszugehen sein. Die Kalkulation berücksichtigt ein maximales Outsourcing, eine nahezu flächendeckende Ausstattung für flexible Arbeitsformen und einen hohen Grad an Automation der Landesverwaltung. Die geplanten Bedarfe gehen ab 2022 von einem jährlichen Ansatz von rd. 207,9 Mio. € aus.

Umfangreiche Neuentwicklungen der Digitalisierung sind dabei nicht berücksichtigt.

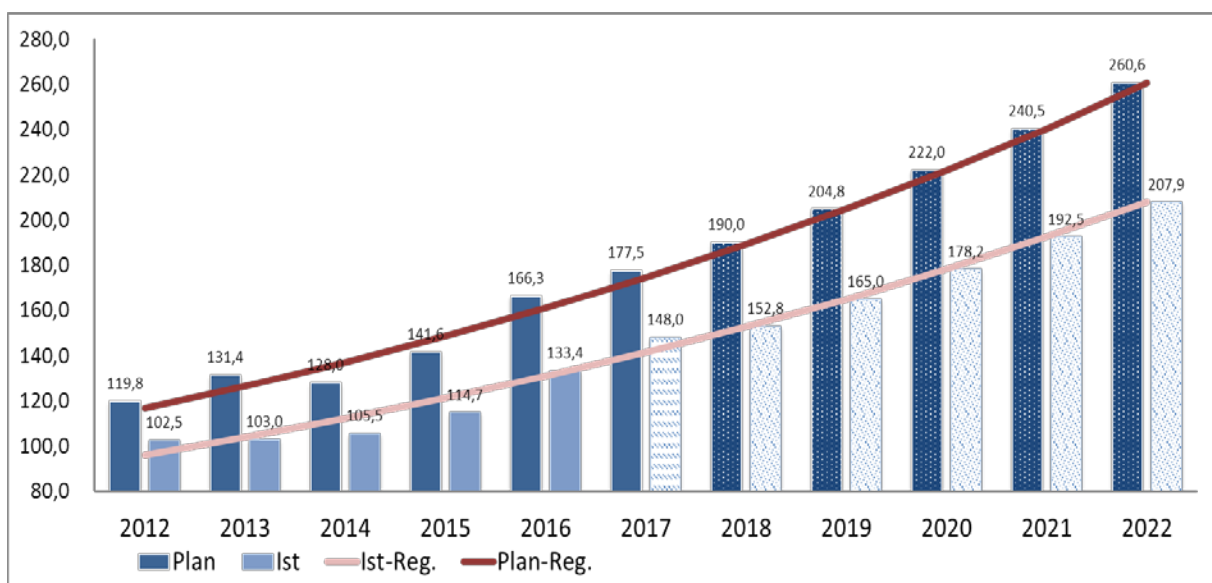


Abbildung 1 prognostizierte Entwicklung des Kap. 1402

Die Entwicklung der IT-Planungen der Ressorts wurde auf Grund der Entwicklung der letzten Jahre und unter Berücksichtigung der geplanten Vorhaben geschätzt. Das Ist wurde auf der Basis der Einschätzungen der IT-Planungen durch eine exponentielle Regression bis in das Jahr 2022 berechnet und beinhaltet daher auch das Risiko, dass sich die IT-Bedarfe in den Ressorts schneller und höher fortentwickeln könnten.

2.2 Investitionsmittel aus dem IMPULS Programm (Kapitel 1614)

Für umfangreiche Einmalinvestitionen in der IT stehen im Investitionsprogramm IMPULS in 2018 Haushaltsmittel in Höhe von 26.650,0 T€ zur Verfügung.

Das Kapitel 1614 gliedert sich in sechs Maßnahmengruppen:

- 01 Netzinfrastruktur
- 02 Flexible Arbeitsformen
- 03 Infrastrukturmaßnahmen

- 04 E-Government
- 05 Fachstrukturelle IT-Verfahren
- 06 Netzhärtung Digitalfunk SH

Der größte Anteil mit 10.660,0 T€ entfällt auf den Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastrukturen. Dafür werden anteilig Investitionen zur Erneuerung der maroden Netze im Bereich der Justiz und der Polizei getätigt und das Landesnetz mit Glasfaser ausgebaut, inklusive der Schulen.

Unter flexiblen Arbeitsformen sind 2.500,0 T€ für die W-LAN Infrastruktur „Der echte Norden“ vorgesehen.

Weitere 1.000,0 T€ sind für E-Government-Maßnahmen zum Ausbau des Bürgerservices eingeplant.

Die Umsetzungen dieser investiven Maßnahmen verursachen Aufwüchse in den Betriebskostenanteilen im IT-Budget und müssen dauerhaft im EP 14 mit berücksichtigt werden.

3. Kapitel 1402 (IT-Budget)

Das IT-Budget gewährleistet die Versorgung der unmittelbaren Landesverwaltung mit allen notwendigen Leistungen der IT. Veranschlagt sind die Ausgaben für den Betrieb, die Pflege und der Fortentwicklung von zentralen und dezentralen IT-Basisinfrastrukturen, der Fachverfahren der Ressorts sowie sonstiger IT-Maßnahmen zur Umsetzung von EU- und bundesrechtlichen Vorgaben und des E-Government einschl. der Gremienarbeit und die Ausgaben für Kooperationsprojekte mit anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung.

Ressorts	Ist 2016 (T€)	Soll 2017 (T€)	↓ Plan 2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
ZIT SH I	56.688,2	68.266,6	80.914,9	85.460,1	87.496,5	91.432,3
MILI I	17.093,1	26.231,1	33.457,7	28.098,6	27.632,5	27.520,1
FM	26.560,0	29.966,3	32.632,5	31.807,9	30.587,1	31.487,5
MJEVG	9.065,0	12.570,7	23.956,0	26.603,4	25.941,1	26.750,4
MELUND	9.023,2	11.501,0	13.076,2	11.369,1	10.489,5	10.464,3
MBWK	2.099,6	2.554,4	2.624,3	2.362,8	2.125,0	2.126,6
MSGJFS	1.039,1	1.545,1	1.671,9	1.482,7	1.443,3	1.476,3

MWVATT	378,7	651,3	807,0	404,5	464,5	464,5
STK	444,3	504,4	576,7	571,7	729,1	584,7
LT	78,9	111,7	111,0	109,0	109,0	109,0
Summe	122.470,1	153.902,6	189.828,2	188.269,8	187.017,6	192.415,7

Tabelle 2 Finanzplanung und -verlauf der Ressorts im Kapitel 1402

III Finanzbedarfe der Ressorts

Die Finanzbedarfe und Steigerungen sind je nach IT-Maßnahme unterschiedlichen Ressorts zuzuordnen. Die umfangreichsten Entwicklungen finden in 2018 bei KoPers, im ZIT, dem MJEVG und dem MILI (Landespolizei) statt.

Die Schwerpunktmaßnahmen des ZIT und der Ressorts werden im Nachfolgenden beschrieben.

1. Finanzbedarf ZIT

Das ZIT betreibt die zentralen Infrastrukturmaßnahmen des Landes. Die Ausgaben für das Landesnetz und die Telefonie betragen in 2018 rd. 40.000,0 Mio. €. Für den Ausbau der Glasfaser und die Anbindung der Schulen an das Landesnetz werden in 2018 zusätzlich 6,0 Mio. € aus dem Investitionsprogramm IMPULS 2030 zur Verfügung gestellt.

Weitere Ausgaben in Höhe von 6.230,0 T€ werden für die Modernisierung der bestehenden Netze in den Ressorts benötigt. Davon wesentlich betroffen sind die Justizverwaltung und die der Landespolizei.

Über die Maßnahme des zentralen Vertragsmanagements werden sämtliche Landeslizenzen zentral bewirtschaftet, z.B. Microsoft.

Die landesweiten Maßnahmen für den Einsatz der E-Akte und dem +1-Standardarbeitsplatz werden seit Jahren sukzessive umgesetzt und ausgerollt, weiterer Schwerpunkt seit 2015 ist die Digitalisierung der Personalakten.

Das E-Government Gateway als zentrale Infrastrukturmaßnahme in der Zusammenarbeit mit den schleswig-Holsteinischen Kommunen und Kooperationsprojekt mit der Freien und Hansestadt Hamburg wird aktuell fortgeschrieben und kostet jährlich 1.300 T€

Maßnahmebezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018
Telefonie Land SH	15.775,2	15.888,5	16.715,0
Landesnetz 2020 mit Schulen ans Netz (LN 2020 Glasfaserausbau)	4.359,5	0,0	14.403,0
Datennetz SH (Landesnetz)	12.017,6	12.010,0	12.752,6
Landesnetz V+	5.835,6	6.800,0	10.727,0
Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH	624,3	2.994,1	6.230,0
Zentrales Vertragsmanagement Land SH	4.102,7	3.364,6	4.030,5
E-Akte - VIS-Basis	2.254,1	3.010,5	3.506,5
LAN-Management und LAN-Infrastruktur Land SH	840,3	2.249,0	3.213,0
Full Managed Desktop für +1 (+1.FMD) - Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Betriebsmodell +1	59,4	2.174,6	2.882,0
"+1" - Infrastruktur Entwicklung	740,0	887,9	2.385,0
Ticketsystem User Help Desk (ITSM)	136,7	222,1	2.290,6
Zentrales E-Mail-System der Landesverwaltung Schleswig-Holstein	0,0	1.195,2	1.740,1
BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung	1.573,5	1.463,8	1.454,4
Standardisierung Vertragslagen Support SH	32,0	927,3	1.331,7
Government Gateway (SH-Service)	2.469,5	1.665,2	1.249,2
+1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste	1.419,6	1.224,2	1.242,2
IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)	764,7	1.382,4	1.077,0
Infrastruktur Rechenzentrum RZ ² für das Land SH	636,8	650,0	1.068,8
Digitalisierung von Personalakten der Landesverwaltung SH	1.224,5	4.050,0	1.000,0
Gesamtsumme	54.866	62.159,4	89.298,6

Tabelle 3 Auszug der wichtigen ITM im ZIT SH 2018

2. Finanzbedarf StK

Die Maßnahmen der StK verlaufen konstant bei jährlich rd. 500,0 T€ Mehrausgaben sind für die Weiterentwicklung zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eingeplant sowie die Erweiterung mobiler Arbeitsplätze in der StK.

Maßnahmebezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018
Dachportal schleswig-holstein.de	20,4	20,0	20,0
Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle	130,2	174,0	223,5
Beschaffungen - Staatskanzlei	70,2	52,5	23,6
Laufender Betrieb - Staatskanzlei	184,1	187,4	268,0
Laufender Betrieb - LV Berlin	35,4	36,4	36,3
Beschaffungen - LV Berlin	4,0	22,8	0,0
Unterstützung des Sicherheitsmanagements der Landesvertretungen	0,0	11,3	5,3
Gesamtergebnis	444,3	504,4	576,7

Tabelle 4 Auszug der wichtigen ITM in der StK 2018

3. Finanzbedarf MILI

Eine Schwerpunktmaßnahme im Bereich der Landespolizei ist das Projekt „PITA“ zur Aufgabenverlagerung der Polizei an den zentralen IT-Dienstleister Dataport. Für die bereits umgesetzten Phasen fallen ab 2018 insgesamt rd. 6.666,9 T€ Betriebskosten an.

In 2018 wird in der Landespolizei die Umstellung auf Windows 10 pilotiert und mit der seit 2 Jahren ausgesetzten Reinvestition der Arbeitsplatzausstattungen verbunden.

Ein weiterer Schwerpunkt aus den Koalitionsvereinbarungen 2017 bis 2022 ist die verbesserte mobile IT-Ausstattung in der Landespolizei.

Maßnahmebezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018
Aufgabenverlagerung LaPo (Betrieb)	392,0	5.125,1	6.666,9
Beschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	1.064,3	1.793,6	4.790,0
@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	2.252,8	2.303,0	2.306,8
Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	1.405,6	1.448,6	1.605,1
Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	1.332,7	1.380,3	1.447,5
Geodateninfrastruktur	887,9	1.123,6	1.298,7
MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung	610,9	1.086,5	1.252,2
@rtus - Entwicklung	739,6	1.212,4	1.212,8
Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten	782,4	1.149,5	1.064,9
Kampfmittelinformationssystem	968,0	1.236,3	1.059,2
Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo	1.198,4	927,5	884,5
BAO - Lagen	327,7	647,9	696,9
Vorgangsbearbeitungssystem im Ausländerwesen Land SH	1.319,5	1.153,0	629,7
Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21	600,0	601,6	616,0
Grundversorgung Sonderbereiche	0,0	301,2	506,0
Gesamtsumme	13.881,6	21.490,0	26.037,2

Tabelle 5 Auszug der wichtigen ITM des MILI 2018

4. Finanzbedarf FM

Die jährlichen Preissteigerungen in der Maßnahme DCS sind vor allem durch zusätzliche Speicher begründet, da Steuerdaten nicht gelöscht werden dürfen und jährliche neue Daten hinzukommen.

Zugenommen haben auch die Entwicklungen im KONSENS Verbund. So wurden durch die FMK zusätzliche Personalkapazitäten vereinbart, um die Entwicklungsleistungen weiter voran zu treiben.

Auch im AIT sollen zunehmend mobile Arbeitsplätze ausgerollt werden. Das Finanzministerium verfügt bereits seit 2017 über eine vollständige mobile Arbeitsplatzausstattung.

Maßnahmebezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018
Rechenzentrumsbetrieb im DataCenterSteuer (DCS)	8.773,7	10.801,0	11.696,7
Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)	3.512,4	5.246,5	7.963,1
Arbeitsplatzbetrieb und -support für die Steuerverwaltung Land SH	3.478,4	3.324,8	3.595,7
IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)	3.432,2	2.863,2	2.825,2
Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	2.583,1	2.451,2	2.479,4
Beschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung	976,6	1.116,6	1.586,9
eBeihilfe	1.072,6	774,4	952,4
Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT	582,8	765,8	734,1
Gesamtsumme	24.411,8	27.343,5	31.833,5

Tabelle 6 Auszug der wichtigen ITM des FM 2018 (ohne KoPers)

5. Finanzbedarf MWVATT

Die Finanzbedarfe des MWVATT verlaufen in der Regel konstant und weisen durch anstehende Reinvestitionen in 2017 und 2018 höhere Ausgaben aus. Zudem steigt der Supportbedarf durch Dataport, welcher sich auch in den kommenden Jahren verfestigen wird.

Maßnahmebezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018
Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT	233,1	274,0	358,4
Beschaffungen MWAVT	76,1	241,3	259,6
SAP im LBV-SH (Zusatzvertrag)	0,0	101,5	101,5
Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen	6,1	16,5	51,5
Korruptionsregister	63,5	18,0	36,0
Gesamtsumme	378,7	651,3	807,0

Tabelle 7 Auszug der wichtigen ITM des MWVATT 2018

6. Finanzbedarf MBWK

Die Ausgaben für das MBWK steigen moderat in den Jahren und sind in allen anderen Ressorts auch durch den steigenden Supportbedarf und dem Rollout mobiler Arbeitsplätze begründet. Die zentralen Schwerpunktmaßnahmen, wie z.B. Schulen ans Netz, werden zentral im ZIT finanziert. Für die Einführung einer landeseinheitlichen Schulverwaltungssoftware sind 4,6 Millionen Euro im Investitionsprogramm IMPULS 2030 in 2018 eingeplant. Bis 2022 sind insgesamt 16,5 Millionen Euro zu veranschlagen.“

Maßnahmebezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018
BAföG / BaföG 21 Ergebnis	644,1	457,0	437,0
Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE) Ergebnis	320,5	274,5	274,8
Beschaffungen von IT-Hardware im Ministerium Ergebnis	112,9	159,5	135,1
Betrieb der IT im Ministerium Ergebnis	213,6	256,0	334,5
Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn) Ergebnis	117,8	115,7	114,4
Digitales Archiv Nord Ergebnis	16,6	369,4	409,0
Gesamtsumme	1.425,5	1.632,1	1.704,8

Tabelle 8 Auszug der wichtigen ITM des MBWK 2018

7. Finanzbedarf MJEVG

Die Planungen des MJEVG steigen ab 2018 um insgesamt rund 10,0 Mio. €. Hauptsächlich sind diese durch die Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs und den Einsatz der elektronischen Akte begründet. Die Projektphasen sind zu Teilen abgeschlossen, sodass ab 2018 die ersten Betriebskosten anfallen, die sich in den künftigen Jahren stetig verfestigen werden.

Maßnahmebezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018
Projekt eJustiz SH	365,8	2.520,1	6.694,3
Elektronischer Rechtsverkehr	1.109,3	1.312,5	5.231,2
Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)	1.625,6	2.316,7	2.316,1
Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)	384,4	1.126,7	1.400,6
Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	902,1	932,1	1.108,6
Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)	690,2	801,5	1.025,3
Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)	611,6	952,8	1.000,2
Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)	365,5	458,8	774,3
Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	378,6	446,3	746,3
Beschaffungen Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	755,5	434,7	514,6
Gesamtsumme	7.188,6	11.302,2	20.811,5

Abbildung 2 Auszug der wichtigen ITM des MJEVG 2018

8. Finanzbedarf MSGJFS

Die Finanzbedarfe des MSGJFS verlaufen grundsätzlich konstant. Steigerungen sind ab 2018 durch die Umsetzung des ProstSchG zu erwarten sowie durch die anstehenden Reinvestitionen im Bereich der Arbeitsplatzausstattung.

Maßnahmebezeichnung	Ist 2017	Soll 2017	↓ Plan 2018
Basisinfrastruktur	175,3	270,9	286,5
Basisinfrastruktur - Beschaffungen	14,2	92,3	250,7
Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)	48,9	173,0	177,1
Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)	41,5	50,0	150,0
Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	105,4	156,2	147,8
IT-basiertes Anmeldeverfahren für Prostituierte nach dem ProstSchG	0,0	59,8	140,0
KITA-Geld	156,2	227,0	139,3
Gesamtsumme	541,5	1.029,2	1.291,4

Tabelle 9 Auszug der wichtigen ITM des MSGJFS 2018

9. Finanzbedarf MELUND

Die Bedarfe im MELUND sind kontinuierlich steigend und durch die Weiterentwicklung der Fachanwendungen Umwelt begründet sowie die Standardisierung und Zentralisierung der Fachinfrastrukturen beim zentralen IT-Dienstleister Dataport. Die steigenden Ausgaben werden sich in den kommenden Jahren durch vermehrten Support verfestigen.

Maßnahmebezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018
IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung (ZIAF)	4.809,4	5.186,4	5.067,0
Fachanwendungen Umwelt	463,9	918,7	1.459,2
Fachanwendungen K3-Umwelt	1.098,7	1.110,2	1.278,2
Fachanwendung Balvi (Verbraucherschutz)	359,4	411,6	659,4
Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)	465,3	614,8	616,9
ZeBIS – zentraler Betrieb der Informationssysteme bei Dataport	427,3	734,3	614,2
Lizenzmanagement ESRI	428,2	422,1	422,1
Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	411,7	416,2	421,6
SAP Plant Maintenance (PM)	76,2	575,0	390,0
Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LKN)	108,9	190,2	382,5
Fachverfahren Landeslabor	0,0	75,4	293,6
Übergreifende Fachanwendung Cadenza/Gistem	175,2	251,7	285,5
Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	215,9	267,4	268,8
Gesamtsumme	9.040,1	11.174	12.159

Tabelle 10 Auszug der wichtigen ITM des MELUND 2018 (ohne ZIT SH)

Anlage I – TOP 30 IT-Maßnahmen

Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018	Steigerung Soll 2017 zu Plan 2018
ZIT	Telefoniedienst SH	15.775,2	15.888,5	16.715,0	167,0
ZIT	Landesnetz 2020 mit Schulen ans Netz (LN 2020 Glasfaserausbau)	4.359,5	0,0	14.403,0	6.612,0
ZIT	Datennetz SH (Landesnetz)	12.017,6	12.010,0	12.752,6	0,0
ZIT	Landesnetz V+	5.835,6	6.800,0	10.727,0	3.927,0
ZIT	Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH	624,3	2.994,1	6.230,0	2.448,0
ZIT	Zentrales Vertragsmanagement Land SH	4.102,7	3.364,6	4.030,5	461,1
ZIT	E-Akte - VIS-Basis	2.254,1	3.010,5	3.506,5	738,0
ZIT	LAN-Management und LAN-Infrastruktur Land SH	840,3	2.249,0	3.213,0	1.466,6
ZIT	Full Managed Desktop für +1 (+1.FMD) - Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Betriebsmodell +1	59,4	2.174,6	2.882,0	700,4
ZIT	"+1" - Infrastruktur Entwicklung	740,0	887,9	2.385,0	1.326,7
ZIT	Ticketsystem User Help Desk (ITSM)	136,7	222,1	2.290,6	1.835,3
	ZIT Ergebnis	46.745,4	49.601,3	79.135,2	19.682,1
StK	Rahmenvertrag Organisationsunters- uchungen	723,6	782,3	2.400,0	1.617,7
	StK Ergebnis	723,6	782,3	2.400,0	1.617,7
MJEVG	Projekt eJustizSH	365,8	2.520,1	6.694,3	4.476,2
MJEVG	Elektronischer Rechtsverkehr	1.109,3	1.312,5	5.231,2	3.664,7
MJEVG	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)	1.625,6	2.316,7	2.316,1	0,0
	MJEVG Ergebnis	3.100,7	6.149,3	14.241,6	8.140,9

Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Ist 2016	Soll 2017	↓ Plan 2018	Steigerung Soll 2017 zu Plan 2018
MILI	Aufgabenverlagerung LaPo (Betrieb)	392,0	5.125,1	6.666,9	234,8
MILI	Digitalfunk - Betrieb Netzhärtung SH	0,0	981,8	6.246,7	3.202,9
MILI	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	1.064,3	1.793,6	4.790,0	3.020,9
MILI	@artus/INPOL/EDDI - Betrieb	2.252,8	2.340,6	2.306,8	-33,8
MILI	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	1405,6	1448,6	1605,1	147,5
	MILI Ergebnis	5.114,7	11.689,7	21.615,5	6.572,3
MELUND	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	4.809,4	5.186,4	5.067,0	8,9
	MELUND Ergebnis	4.809,4	5.186,4	5.067,0	8,9
FM	Rechenzentrumsbetrieb im DataCenter-Steuer (DCS)	8.773,7	10.801,0	11.696,7	422,3
FM	Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)	3.512,4	5.246,5	6.463,1	-386,1
FM	Verfahrensbetrieb KoPers	0,0	3.090,8	3.741,7	373,2
FM	Arbeitsplatzbetrieb und -support für die Steuerverwaltung Land SH	3.478,4	3.324,8	3.595,7	-231,1
FM	Dataport Projektunterstützung	0,0	1.690,0	3.122,7	711,1
FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)	3.432,2	3.228,2	2.825,2	-42,5
FM	Externe Projektunterstützung (P&I)	0,0	2.165,5	2.673,5	568,0
FM	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	2.583,1	2.451,2	2.479,4	25,3
FM	Projektleitung und Beratung (HC)	0,0	2.141,0	2.230,0	8,5
	FM Ergebnis	21.779,8	34.139,0	38.828,0	1.858,1
	Gesamtergebnis	82.273,5	107.54721,9	161.287,3	37.880,0

Anlage II – Personalübersicht

Personal Gesamt	ZIT	StK	MILI	FM	MWVATT	MBWK	MJEVG	MSGJFS	MELUND	Summe (FTE)
31.12.2007	18,3	9	158,2	220,3	5,1	13,1	127,1	25,3	19,4	595,8
31.12.2009	15,3	6	180,0	158,3	4	20	130,7	27,1	25	566,4
31.12.2011	19,7	6,5	180,0	180,3	4	19,4	140,3	24,1	20,2	594,5
31.12.2012	24,0	6,0	180,0	183,3	6,3	16,7	147,3	20,6	24,8	609,0
31.12.2013	24,0	6,0	180,0	180,8	6,3	17,3	140,2	17,9	24,0	596,5
31.12.2014	23,0	6,0	180,0	180,9	6,3	17,3	140,2	16,6	24,0	594,3
31.12.2015	30,0	22,1	180,0	149,7	6,2	16,5	153,6	16,8	25,5	600,4
31.12.2016	50,0	4,9	181,5	151,9	6,0	16,3	152,1	15,9	31,3	609,9
01.08.2017	52,0	4,1	107,5	212,8	4,6	16,3	152,1	15,9	31,3	596,6

Anlage III – Hard- und Software

Art	StK ¹	MLI	FM	MWVATT	MBWK	MJEVG	MSGJFS	MELUND	Gesamt 31.12.2016
Server ¹	25	389	231	16	20	5	75	5	766
APC	270	7.924	4852	240	453	186	702	400	15.027
Notebook	179	1.688	1889	83	249	69	120	100	4.377
Drucker	218	4.955	4918	232	415	215	581	330	11.864
Monitore	335	10.038	8250	347	595	290	836	490	21.181

Art	31.12.2007	31.12.2009	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016
Server	1.109	1.240	1.207	1.377	1.208	1.208	1.020	766
APC	23.312	22.340	22.547	23.531	23.452	23.452	20.921	15.027
Notebook	2.834	3.060	3.453	3.983	4.302	4.302	4.069	4.377
Drucker	19.199	19.180	18.861	20.049	20.142	20.142	18.191	11.864
Monitore	24.125	21.857	21.954	26.494	27.272	27.272	28.218	21.181

¹ Bestand inklusive ZIT bis zum 31.07.2017

Gesamtplan 2018

für IT und Digitalisierung

Anhang I – IT-Ressortpläne Land SH

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

Zentrales IT-Management

1. Organisation

CIO: Sven Thomsen

Stellv. CIO: Dr. Trares-Wrobel

Referatsleitung V 30: Sven Thomsen

Referatsleitung V 31: Dr. Trares-Wrobel

Referatsleitung V 32: Christiane Coenen

Referatsleitung V 33: Dr. Dirk Bornhöft

2. Organisationsbereich

Das ZIT SH ist seit 2007 von regelmäßigen Organisationsänderungen betroffen. Mit Wirkung vom 01.08.2017 wurde die Funktion des Chief Information Officer (CIO) zusammen mit dem zentralen IT-Management aus der Staatskanzlei in das MELUND überführt und als Abteilungsstruktur (V 3) aufgebaut. Den bisherigen 3 Grundsatzreferaten wurde ein strategisches Referat für die zentrale Koordinierung und Steuerung der Digitalisierungsthemen zugefügt.

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Der CIO und das ZIT SH definieren die strategischen Vorgaben des Landes und geben damit den zentralen Rahmen für die IT, das E-Government und die Digitalisierung ressortübergreifend vor. Das ZIT SH ist als zentrale Stelle IT-verantwortlich für zahlreiche Basisdienste und IT-Verfahren.

4. Zentrale Schwerpunkte

Erstellung einer IT-Strategie für das Land Schleswig-Holstein einschl. der Fortschreibung und Implementierung der CIO-Organisation – IT-Gesamtstrategie

Weiterentwicklung der CIO Rahmenvorgabe Standardrollen ITSH insbesondere Standardisierung der IT Betriebsprozesse; - vollelektronische Vorbereitung und Nachbereitung der Sitzungen des Digitalisierungskabinetts

Standardisierung zentraler Managementfunktionen (Vertragsmanagement, Rechnungsbearbeitung,

Steuerung der IT-Organisationsentwicklung des Landes

Wahrnehmung der Aufgaben als zentrales Haushaltsreferat der IT für den Einzelplan 14

Dataport Steuerung

4.1 Zentrale Schwerpunkte in der IT

- Ausbau und Umstellung des Landesnetzes auf Glasfasertechnologie bei gleichzeitiger Bereitstellung eines Glasfaseranschlusses für alle Schulen in SH
- Aufbau von Kompetenzzentren (Datenschutz und Informationssicherheit, Projektmanagement, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, Zentrales IT-Betriebszentrum)
- Fortschreibung der Prozesslandkarte, zusätzliche Kennzahlen
- Neukonzeption der lokalen Netzwerke und der Telefonie mit W-LAN und der Integration von Mobilfunk
- Migration der Justiz auf +1
- Landespolizei Schleswig-Holstein mit der Verlagerung von operativen Aufgaben an Dataport (PITA)
- Beginn der Umstellung des IT-Standardarbeitsplatzes für alle Ressorts auf Windows 10 verbunden mit der Fortsetzung der Verlagerung operativer Aufgaben auf den IT-Dienstleister (Stichwort: Rollout +1.fmd)
- Einführung neuer Dienste z.B. Instant Messaging

4.2 Zentrale Schwerpunkte in der Digitalisierung

- Digitalisierungskabinetts in Aufbau- und Ablauforganisation definieren, Geschäftsstelle betreiben, Digitales Programm abgeleitet aus Digitaler Agenda erstellen, Projektcontrolling aufsetzen
- E-Governmentstrategie, Digitale Agenda und prägende Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung in ein Digitales Programm vereinen, politisches Berichtswesen aufsetzen, informelle und formelle Netzwerke aufbauen
- Digitalisiertes Kabinetts - vollelektronische Vorbereitung und Nachbereitung der Sitzungen des Digitalisierungskabinetts
- Freies WLAN „DerEchteNorden“ an allen öffentlich zugänglichen Bereichen der Landesbehörden und im kommunalen Bereich
- Landesweite Einführung der E-Akte gemäß Kabinettsbeschluss und Fortschreibung auf E-Akte 6.0
- Digitalisierung der Personalakten und landesweite Einführung der vollständig elektronischen Personalakte
- Grundlagenarbeiten Datenmanagement – auch als Vorbereitung für künftige Open Data Angebote

4.3 Zentrale Schwerpunkte im E-Government

- Rechtliche Aufsicht und Weiterentwicklung der Aufgaben des EA-SH, AöR
- Ausbau der Nutzung der Basisdienste für Online-Anwendungen, einschließlich der Nutzung des Personalausweises mit seiner eID-Funktion
- Ausbau der Nutzung des Basisdienstes De-Mail-in-SH, gemeinsam mit den Kommunen
- Weiterer Ausbau der Basisdienste, Intensivierung der Nutzung durch die Kommunen, insbesondere für das kommunale Schleswig-Holstein-Recht, Internetanwendungen (Government Gateway als zentrales Serviceportal) mit Benutzerverwaltung (incl. Postfach), Nachrichtenübermittlung, ePayment, eID und Geodaten

5. Kooperationen

- Kooperationen mit den Trägerländern von Dataport im Infrastrukturbereich; wie z. B. Entwicklung und Betrieb einer IT-Infrastruktur, insbesondere vor dem Hintergrund der absehbaren Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs.
- Kooperation mit den norddeutschen Ländern im Gremienwesen, wie z. B. Kooperationsgespräche zur
- Abstimmung wichtiger Themen der IT-Strategie, der Bürokommunikation, des gemeinsamen Einkaufs
- von IT-Dienstleistungen einschließlich länderübergreifender Verträge pp.
- Kooperation mit den Kommunen und den Kommunalen Spitzenverbänden zur Umsetzung von IT-Projekten
- des Landes mit kommunalem Schwerpunkt; bspw. gemeinsame Projekte wie Bauleitplanung online ; Weiterentwicklung des Zuständigkeitsfinders SH etc.

6. Betreuungsbereich (Stand 31.12.2016)

Es ist kein unmittelbarer Betreuungsbereich vorhanden. Die Hardware des ZIT SH wurde bis zum 31.07.2017 durch das DIT StK betreut. Die Standard-IT SH sowie die ressortübergreifenden Fachverfahren des ZIT SH werden bei Dataport im Rechenzentrum betrieben.

6a. Betreuungsbereich (Stand 01.08.2017)

Mit der Umressortierung des ZIT in das MELUND erfolgt die Betreuung der bestehenden Hardware direkt

Art	Anzahl am 01.08.2017
Server	0
APC	20
Notebook	50
Drucker	5
Monitore	90

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

Staatskanzlei

1. Organisation

IT-Beauftragter des Ressorts: Roland Starke, (0431) 988 1792, roland.starke@stk.landsh.de

IT-Beauftragter Landesvertretung Berlin: Kai-Svenja Reitemeyer, (030) 746847 213, kai-svenja.reitemeyer@lv.landsh.de

2. Organisationsbereich

Staatskanzlei mit dem Haupthaus (Düsternbrooker Weg 104, 24105 Kiel) und dem Haus B (Arwed-Emminghaus 6)

Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund (In den Ministergärten 8, 10117 Berlin).

2.1 Organisatorische Änderungen gem. Landtagswahl 2017

Die Landesvertretung in Berlin, die vorher dem Innenministerium zugeordnet war, ist wieder dem Geschäftsbereich der Staatskanzlei zugeordnet worden. Das Dienstleistungszentrum Personal ist aus dem Geschäftsbereich entfallen und wieder dem Finanzministerium zugeordnet worden – ebenfalls das Projekt KoPers. Die ZIT ist aus dem Geschäftsbereich der StK in den Geschäftsbereich des MELUND übergegangen und die Landesplanung in den Geschäftsbereich des Innenministeriums. Aus dem Innenministerium ist das Ausbildungsreferat in den Geschäftsbereich der Staatskanzlei übergegangen.

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Keine

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

Keine

4. Ressortschwerpunkte

- Ausbildung beim Land (Gewinnung von Nachwuchskräften für den öffentlichen Dienst) und Vieles mehr.

4.1 Ressortschwerpunkte in der IT

- Erhöhung der Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch den verstärkten Einsatz von mobilen Endgeräten nach „+1“-Definition.
- Unterstützung der Mitarbeiter bei Ihrer Aufgabenwahrnehmung durch Einsatz aktueller IT-Systeme, die dem Landesstandard entsprechen.
- Internetredaktion Landesportal (www.schleswig-holstein.de).
- Pressespiegelerstellung und -archivierung.
- Bis 03.10.2019 Vorbereitung und technische Unterstützung der Projektgruppe „Tag der deutschen Einheit in Kiel“ / Akkreditierungstool.

4.2 Ressortschwerpunkte in der Digitalisierung

- Elektronisches Kabinett (eKabinett)

4.3 Ressortschwerpunkte im E-Government

Keine

5. Kooperationen

- Zentrales Adress-Management (ZAM) in Kooperation mit dem Landtag als Ablösung der bisherigen Datenbank des Fachbereiches Protokoll
- Gemeinsame Nutzung der Serverhardware mit dem MWVATT unter Beachtung der Ressorttrennung

6. Betreuungsbereich (Stand 31.12.2016)

Art	Anzahl am <u>31.12.2016</u>
Server	23
APC	245
Notebook	170
Drucker	200
Monitore	300

Tabelle 11 – Staatskanzlei

Art	Anzahl am <u>31.12.2016</u>
Server	1
APC	25
Notebook	9
Drucker	18
Monitore	35

Tabelle 12 - Landesvertretung Berlin

6a. Betreuungsbereich (Stand 01.08.2017)

Art	Anzahl am <u>01.08.2017</u>
Server	23
APC	200
Notebook	132
Drucker	173
Monitore	328

Tabelle 13 - Staatskanzlei

Art	Anzahl am <u>31.12.2016</u>
Server	1
APC	25
Notebook	9
Drucker	18
Monitore	35

Tabelle 14 - Landesvertretung Berlin

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	355	301	0
	Anforderungsmanagement	37	63	0
	Entwicklung	20	79	0
	Test und Freigabe	26	35	0
	Einführung	52	6	0
	Support	184	118	0
	Betrieb	36	0	0
Unterstützungsprozesse	Σ	174	69	0
	Releasemanagement	31	7	0
	Architektur / Standards	10	0	0
	Sicherheitsmanagement	28	0	0
	Service-Planung	21	0	0
	Organisation	10	15	0
	Qualitätsmanagement	11	27	0
	Finanzmanagement	42	5	0
	Beschaffung	12	0	0
	IT-Schulung	9	15	0
	interne Dienstleistungsprozesse	0	0	0
Führungsprozesse	Σ	83	43	0
	Strategie	52	38	0
	Änderungsmanagement	20	5	0
	Kundenmanagement	11	0	0
Summe GESAMT		612	413	0

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	355	301	0
	Anforderungsmanagement	37	63	0
	Entwicklung	20	79	0
	Test und Freigabe	26	35	0
	Einführung	52	6	0
	Support	184	118	0
	Betrieb	36	0	0
Unterstützungsprozesse	Σ	174	69	0
	Releasemanagement	31	7	0
	Architektur / Standards	10	0	0
	Sicherheitsmanagement	28	0	0
	Service-Planung	21	0	0
	Organisation	10	15	0
	Qualitätsmanagement	11	27	0
	Finanzmanagement	42	5	0
	Beschaffung	12	0	0
	IT-Schulung	9	15	0
	interne Dienstleistungsprozesse	0	0	0
Führungsprozesse	Σ	83	43	0
	Strategie	52	38	0
	Änderungsmanagement	20	5	0
	Kundenmanagement	11	0	0
Summe GESAMT		612	413	0

Tabelle 15 - Staatskanzlei

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 4,88

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 6

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	5	0	0
	Anforderungsmanagement	1	0	0
	Entwicklung	-	0	0
	Test und Freigabe	1	0	0
	Einführung	1	0	0
	Support	1	0	0
	Betrieb	1	0	0
Unterstützungsprozesse	Σ	13	0	0
	Releasemanagement	0,5	0	0
	Architektur / Standards	-	0	0
	Sicherheitsmanagement	3	0	0
	Service-Planung	1,5	0	0
	Organisation	-	0	0
	Qualitätsmanagement	-	0	0
	Finanzmanagement	2	0	0
	Beschaffung	2	0	0
	IT-Schulung	2	0	0
	interne Dienstleistungsprozesse	2	0	0
Führungsprozesse	Σ	3	0	0
	Strategie	3	0	0
	Änderungsmanagement	-	0	0
	Kundenmanagement	-	0	0
Summe GESAMT		21	0	0

Tabelle 16 - Landesvertretung Berlin

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 0,1

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 1

7a. IT Personal / Bereinigung (Stichtag 01.08.2017)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	355	301	0
	Anforderungsmanagement	37	63	0
	Entwicklung	20	0	0
	Test und Freigabe	26	14	0
	Einführung	52	0	0
	Support	184	86	0
	Betrieb	36	0	0
Unterstützungsprozesse	Σ	174	69	0
	Releasemanagement	31	0	0
	Architektur / Standards	10	0	0
	Sicherheitsmanagement	28	0	0
	Service-Planung	21	0	0
	Organisation	10	15	0
	Qualitätsmanagement	11	19	0
	Finanzmanagement	42	5	0
	Beschaffung	12	0	0
	IT-Schulung	9	15	0
	interne Dienstleistungsprozesse	0	0	0
Führungsprozesse	Σ	83	43	0
	Strategie	52	28	0
	Änderungsmanagement	20	0	0
	Kundenmanagement	11	0	0
Summe GESAMT		612	245	0

Tabelle 17 - Staatskanzlei

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 4,08

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 5

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	5	0	0
	Anforderungsmanagement	1	-	-
	Entwicklung	-	-	-
	Test und Freigabe	1	-	-
	Einführung	1	-	-
	Support	1	-	-
	Betrieb	1	-	-
Unterstützungsprozesse	Σ	13	0	0
	Releasemanagement	0,5	-	-
	Architektur / Standards	-	-	-
	Sicherheitsmanagement	3	-	-
	Service-Planung	1,5	-	-
	Organisation	-	-	-
	Qualitätsmanagement	-	-	-
	Finanzmanagement	2	-	-
	Beschaffung	2	-	-
	IT-Schulung	2	-	-
	interne Dienstleistungsprozesse	2	-	-
Führungsprozesse	Σ	3	0	0
	Strategie	3	-	-
	Änderungsmanagement	-	-	-
	Kundenmanagement	-	-	-
Summe GESAMT		21	0	0

Tabelle 18 - Landesvertretung Berlin

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 0,1

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 1

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

**Ministerium für Inneres,
ländliche Räume und Integration**

1. Organisation

IT-Beauftragter des Ressorts: Sven Thomsen, (0431) 988
3005, sven.thomsen.@melund.landsh.de

Mit Wirkung zum 01.01.2016 ist das DIT MILI in das ZIT SH übergegangen. Daher werden die Aufgaben des DIT MILI innerhalb des ZIT SH wahrgenommen.

2. Organisationsbereich

Zum Geschäftsbereich des MILI gehören das Ministerium, die Landespolizei, das Landesamt für Vermessung und Geoinformation, das Landesamt für Ausländerangelegenheiten sowie die Landesplanung.

2.1 Organisatorische Änderungen gem. Landtagswahl 2017

Durch die Landtagswahl 2017 ergaben sich folgende Änderungen in der Organisation:

- Übergang der Landesvertretung Berlin vom MILI an die Staatskanzlei
- Übergang der Landesplanung von der Staatskanzlei an das MILI

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Keine

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

Keine

4. Ressortschwerpunkte

Geodaten

Im Bereich LVerGeo wird der Ausbau der Geodateninfrastruktur weiter vorangetrieben.

Innere Sicherheit

Im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung aller Wohn- und Lebensbereiche nimmt die Spurensicherung in der digitalen Welt eine immer größere Bedeutung ein. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, soll ein „Kompetenzzentrum digitale Spuren“ im Landeskriminalamt aufgebaut werden.

Für die Spezialeinheiten der Länder und des Bundes wird ein länderübergreifendes und einheitliches Einsatz-Kommunikations- und Unterstützungs-System (EKUS) eingeführt.

Im Rahmen der Ersatzausstattung LaPo wird der Umstieg auf Windows 10 begonnen und über die nächsten Jahre weiter fortgeführt.

Das Projekt „PITA“ wird u.a. als Schwerpunkt die Reorganisation der strategisch-taktischen Steuerung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik der LaPo umsetzen.

Landesplanung

BOB-SH ist als Plattform im Einsatz für die Bürger- und Behörden-Beteiligungsverfahren der Landesplanung in der Raumordnung (RO-BOB). Hier sind in 2018 landesweite Beteiligungen sowohl in der Landesentwicklungsplanung (LEP), in den Regionalplänen wie auch die zweite Anhörung für die Windenergieplanung (LPW) vorgesehen.

Wohngeld

Der Fachbereich strebt eine Optimierung der Wohngeldprozesse durch u.a. IT-Unterstützung an.

5. Kooperationen

LVerGeo

Die herausragenden Vorhaben sind der „Geoserver“ (in Kooperation mit Hamburg) und der „Digitale Atlas“ (in Kooperation mit den Schleswig-Holsteinischen Kommunen), die auch den Kern der Geodateninfrastruktur im Lande bilden.

Mit dem MELUND kooperiert das LVerGeo SH bei der Erstellung bzw. Aktualisierung von Digitalen Orthophotos (DOP).

Gemeinsam mit Niedersachsen und den Geodätischen Instituten der Universität Hannover entwickelt das LVerGeo SH Lösungen, um die mit dem MELUND erzeugten Laserscan-Daten weiter automatisiert für das Liegenschaftskataster (Gebäude) und die Landesvermes-

sung (Bruchkanten, digitales Geländemodell) auswerten und nutzen zu können. Das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS®) wird in Kooperation mit Hamburg und in Teilen auch mit weiteren Bundesländern betrieben. Seit Ende 2013 arbeitet das LVermGeo SH zusammen mit den Vermessungsverwaltungen Hamburg, Bremen und Sachsen-Anhalt (Dataport Trägerländer) an der Integration der Geoverfahren und an der Möglichkeit, solche Verfahren gemeinsam beim Dienstleister Dataport zu betreiben.

Schleswig-Holstein ist 2015 der Implementierungspartnerschaft zur Bereitstellung von AFIS/ALKIS/ATKIS-Daten über webbasierte Geodienste (WFS/ WMS) (IP AAA-Dienste) beigetreten.

Landespolizei

Das Land Bremen ist im Jahr 2013 der bestehenden Kooperation „@rtus-Vorgangsbearbeitungssystem“ beigetreten. Die Entwicklungs- und Pflegegemeinschaft INPOL mit der Teilnahme am IPCC wird weiter fortgeführt.

LfA

Die Dataport Trägerländer haben eine Kooperation zur Nutzung und Weiterentwicklung eines Quartiersmanagementsystems gebildet.

6. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am 31.12.2016
Server	389
APC	7.924
Notebook	1.688
Drucker	4.955
Monitore	10.038

6a. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am <u>01.07.2017</u>
Server	389
APC	7.948
Notebook	1.688
Drucker	4.970
Monitore	10.064

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ		19653	0
	Anforderungsmanagement		1467	0
	Entwicklung		1192	0
	Test und Freigabe		700	0
	Einführung		937	0
	Support		7256	0
	Betrieb		8101	0
Unterstützungsprozesse	Σ		11329	0
	Releasemanagement		937	0
	Architektur / Standards		30	0
	Sicherheitsmanagement		1023	0
	Service-Planung		30	0
	Organisation		160	0
	Qualitätsmanagement		0	0
	Finanzmanagement		1400	0
	Beschaffung		1158	0
	IT-Schulung		0	0
	interne Dienstleistungsprozesse		6591	0
Führungsprozesse	Σ		1097	0
	Strategie		120	0
	Änderungsmanagement		285	0
	Kundenmanagement		692	0
Summe GESAMT			32079	0

Tabelle 19 - Landespolizei

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

152,8

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

k.A.

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	2993	1136	0
	Anforderungsmanagement	140	105	0
	Entwicklung	485	242	0
	Test und Freigabe	540	166	0
	Einführung	449	171	0
	Support	686	336	0
	Betrieb	693	116	0
Unterstützungsprozesse	Σ	915	373	0
	Releasemanagement	235	42	0
	Architektur / Standards	140	52	0
	Sicherheitsmanagement	30	0	0
	Service-Planung	95	0	0
	Organisation	15	54	0
	Qualitätsmanagement	120	151	0
	Finanzmanagement	90	53	0
	Beschaffung	55	21	0
	IT-Schulung	120	0	0
	interne Dienstleistungsprozesse	15	0	0
Führungsprozesse	Σ	415	187	0
	Strategie	125	47	0
	Änderungsmanagement	95	46	0
	Kundenmanagement	195	94	0
Summe GESAMT		4323	1696	0

Tabelle 20 - Landesamt für Vermessung und Geoinformation

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

28,7

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

k.A.

7a. IT Personal / Bereinigung (Stichtag 01.07.2017)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ		7459	0
	Anforderungsmanagement		1467	0
	Entwicklung		987	0
	Test und Freigabe		0	0
	Einführung		937	0
	Support		2925	0
	Betrieb		1143	0
Unterstützungsprozesse	Σ		8152	0
	Releasemanagement		937	0
	Architektur / Standards		30	0
	Sicherheitsmanagement		1023	0
	Service-Planung		30	0
	Organisation		160	0
	Qualitätsmanagement		0	0
	Finanzmanagement		1400	0
	Beschaffung		0	0
	IT-Schulung		0	0
	interne Dienstleistungsprozesse		4572	0
Führungsprozesse	Σ		934	0
	Strategie		120	0
	Änderungsmanagement		135	0
	Kundenmanagement		679	0
Summe GESAMT			16545	0

Tabelle 21 - Landespolizei

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

78,8

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

k.A

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	2993	1136	0
	Anforderungsmanagement	140	105	0
	Entwicklung	485	242	0
	Test und Freigabe	540	166	0
	Einführung	449	171	0
	Support	686	336	0
	Betrieb	693	116	0
Unterstützungsprozesse	Σ	915	373	0
	Releasemanagement	235	42	0
	Architektur / Standards	140	52	0
	Sicherheitsmanagement	30	0	0
	Service-Planung	95	0	0
	Organisation	15	54	0
	Qualitätsmanagement	120	151	0
	Finanzmanagement	90	53	0
	Beschaffung	55	21	0
	IT-Schulung	120	0	0
	interne Dienstleistungsprozesse	15	0	0
Führungsprozesse	Σ	415	187	0
	Strategie	125	47	0
	Änderungsmanagement	95	46	0
	Kundenmanagement	195	94	0
Summe GESAMT		4323	1696	0

Tabelle 22 - Landesamt für Vermessung und Geoinformation

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

28,7

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

Finanzministerium

1. Organisation

IT-Beauftragter des Finanzministerium (ITB FM): Frank Muschke, ☎ (0431) 988 4118

✉ frank.muschke@fimi.landsh.de

2. Organisationsbereich

Der ITB verantwortet die Koordinierung der IT im FM-Ressort: Ministerium, Amt für Informationstechnik (AIT, Finanzämter und Bildungszentrum der Steuerverwaltung), Amt für Bundesbau (AfB), Landeskasse (FMLK, seit 01.01.2015 zugeordnetes Amt des FM) und Dienstleistungszentrum Personal (DLZP, seit 01.08.2017 nachgeordnetes Amt des FM).

Das DIT unterstützt den ITB bei seiner Aufgabenwahrnehmung wie folgt: Dezentrales IT-Management (ohne Steuerverwaltung) für die Bereiche Ministerium, AfB, FMLK, DLZP: Ansprechpartnerin Frau Susanne Ehlers, VI 1010; 0431-988 8011; susanne.ehlers@fimi.landsh.de

- Hinweise:
Das AfB refinanziert seine Aufgaben für IT über Erstattungen des Bundes und ist daher nicht Bestandteil des dezentralen IT-Finanzmanagements. Die Ausgaben des AfB sind im Einzelplan 05 veranschlagt.
- Für das Referat VI 25 Kredit- und Zinsmanagement sind die Ausgaben im Einzelplan 11 veranschlagt.

Dezentrales IT-Management (Steuerverwaltung) für das Amt für Informationstechnik als zugeordnetes Amt des Finanzministeriums, die Finanzämter und das Bildungszentrum der Steuerverwaltung: Verantwortlich für den Einsatz der IT in der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein ist Herr Wolfgang Artz, Leiter AIT 0431-2391-1000; wolfgang.artz@ait.landsh.de

2.1 Organisatorische Änderungen gem. Landtagswahl 2017

Aus dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten sind die Angelegenheiten des Projektes KoPers und des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) in den Geschäftsbereich des Finanzministeriums übergegangen.

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Keine

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

Das FM nimmt die Aufgaben der ressortspezifischen IT in eigener Verantwortung wahr.

Die jeweiligen IT-Fachverfahren sind dezentral organisiert.

4. Ressortschwerpunkte

4.1 Ressortschwerpunkte in der IT

FM IT-Leitstelle: Einsatz von Virtualisierungstechnologien, Einsatz SCCM, Übernahme der Mobile-Device-Plattform im Landesstandard; Erhöhung der Ausfallsicherheit der zentralen IT-Infrastruktur im Ministerium und Ausbau von mobilen IT-Arbeitsplätzen, inkl Wohnraumarbeit, Einsatz einer Videokonferenzanlage. Einsatz der E-Akte.

Sonderbereich Haushaltsvollzug und Zahlungsverkehr: Stabilität und strategische Planungen für die verschiedenen Fachverfahren und den elektronischen Zahlungsverkehr; laufende Anpassung an Zahlungsverfahren.

Sonderbereich Haushaltsaufstellung: Sicherstellung der jährlichen Aufstellung des Landeshaushalts und der Finanzplanung; Modernisierung des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens

AIT: Einführung weiterer bundeseinheitlicher Verfahren im Rahmen des Projekts KONSENS sowie Pflege der nicht in KONSENS übernommenen gemeinsamen, aber nicht in 15 Ländern eingesetzten Automationsverfahren aus dem EOSS-Verbund (sog. „Fakultative Verfahren“) bis zur Ablösung durch neue KONSENS-Produkte. Vorhaben der länderübergreifenden

gebündelten Verfahrensbetreuung und Abschluss eines Staatsvertrags (HB, MV, NI, SH, ST). Die Umsetzung von Cloud Mail und neuen Ablagestrukturen steht noch aus.

Landeskasse: Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes, Weiterentwicklung der Bausteine im GES-Vollstreckungsverfahren.

DLZP: Verfahrensbetrieb KoPers, Einführung der e-Beihilfe Stufe 1a, Betreuung des KoPers IT-Verfahrens für Versorgung und Besoldung, des Altverfahrens Permis-A und und Beihilfe-Verfahren Permis B, Pilotbetrieb für Dataport-User-Helpdesk.

KoPers: Ablösung der IT-Altverfahren für die Personalverwaltung (PERMIS V und Perle), Abrechnung (PermisA) durch ein integriertes IT-Verfahren (KoPers) sowie die Reorganisation des Personalmanagements durch Bündelung und Zentralisierung von Personalprozessen beim DLZP.

Kredit- und Zinsmanagement: Das Referat VI 25 betreibt eine eigene, in das Landesnetz eingebundene IT-Infrastruktur zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung. Die hierfür erforderlichen Fachanwendungen SDW, PERZ II inklusive Modul PRO werden in Eigenregie geplant, entwickelt, eingesetzt und administriert. Der Tätigkeit des Referats (insb. laufende Finanzierungsgeschäfte am Kapitalmarkt, tägliche Aufbereitung des Zahlungsdienstes für Kredite und Derivate) erfordert eine hohe Verfügbarkeit und Aktualität der Fachanwendungen und minimale Reaktionszeiten bei möglichen Ausfällen. Dieses wird im Hinblick auf mögliche erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen bereits bei kurzfristigem Ausfall dezentral vor Ort gewährleistet

4.2 / 4.3 Ressortschwerpunkte in der Digitalisierung und im E-Government

Die Ressortschwerpunkte in der Digitalisierung und im E-Government liegen in der Erarbeitung und Fortentwicklung des Ressort-Beitrags zur Digitalisierungsstrategie, insb. durch Vereinheitlichung und Modernisierung der IT-Verfahren in der Steuerverwaltung mittels bundeseinheitlicher Software und IT-Verfahren. Synergieeffekte durch Bund-Länder-Kooperationen und weitere bürgerfreundliche und entbürokratisierende Angebote werden fortgesetzt, u.a. Elektronische Kontaktstellen, Finanzamt-Online, Elektronische Steuererklärung ELSTER, Eröffnung des E-Posteingangs und rechtssicherer Kommunikationskanäle von den Bürger/innen zu den Finanzämtern. Im Vorhaben LGVB sollen weitere Synergien in der gemein-

samen Verfahrensbetreuung von **KONSENS** in 5 Bundesländern erzielt werden. Für die Vergütungsoffenlegung ist eine Datenbank nach Open Data Grundsätzen in Planung.

Für das DLZP ist die Einrichtung einer Lern-, Wissens- und Kooperationsplattform für web-basiertes Lernen und Arbeiten (ILIAS) in Planung. Die Finanzverwaltung engagiert sich als Vordenker für den digitalen Arbeitsplatz dafür, die Rahmenbedingungen für neue Arbeitsformen zu schaffen. In der Pilotbehörde Finanzministerium werden u.a. die mobilen Arbeitsplätze flächendeckend ausgebaut.

5. Kooperationen

Das FM ist am Aufbau und Betrieb von **KiStA**, eines IT-Verfahrens zum Einbehalt der auf die Kapitalertragssteuer entfallenden Kirchensteuer nach EStG in der Organisationshoheit des Bundes beteiligt.

Die Modernisierung des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens **HAVWeb** erfolgt in Kooperation mit BB, RP und SN.

Länderübergreifende Austausch mit Dataport-Trägerländern zum Hausbankverfahren und **SAP**.

Das AIT ist am bundesweiten Verbund **KONSENS** zur Einführung einheitlicher Software im Besteuerungsverfahren beteiligt. Das AIT erbringt für den Bund und die Länder Programmierleistungen. Der Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten für **KONSENS** wird mit diesen Leistungen verrechnet. Schleswig-Holstein unterhält mit den Dataport-Trägerländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt den gemeinsamen Rechenzentrumsbetrieb der norddeutschen Länder bei Dataport im Data Center Steuern (**DCS**).

Das DLZP kooperiert über die gemeinsame Nutzung des Beihilfe-Verfahrens **Permis-B** mit FHH und HB im Rahmen einer Drei-Ländervereinbarung.

KoPers ist ein Kooperationsprojekt mit FHH und Dataport. HB ist ebenfalls im KoPers-Verbund.

Das IT-Verfahren **SDW** wurde im Rahmen einer Kooperation von 14 Bundesländern und unter der Federführung von SH entwickelt, gepflegt und wird von allen produktiv eingesetzt. Die derzeitige Pflege erfolgt in einer Anwendergemeinschaft von 11 Bundesländern mit anteiliger Gesamtkostenverteilung.

6. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am <u>31.12.2016</u>
Server	231
APC	4852
Notebook	1889
Drucker	4918
Monitore	8250

6a. Betreuungsbereich / Bereinigung (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	In der Gesamt- zahl enthalten: KoPers	In der Gesamt- zahl enthalten DLZP	Anzahl am <u>01.08.2017</u>
Server	2	1	234
APC	72	385	5309
Notebook	85	64	2038
Drucker	12	288	5218
Monitore	167	679	9096

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

Kernprozesse		Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	23.271,5	524,97	
Anforderungsmanagement		555,5	160,34	
Entwicklung		4.509	112,85	
Test und Freigabe		2.335	118,19	
Einführung		1.234	58,24	
Support		12.211,5	51,35	
Betrieb		2.426,5	24	
Unterstützungsprozesse	Σ	5.428,5	249,4	
Releasemanagement		475	3	
Architektur / Standards		322	127	
Sicherheitsmanagement		686	38,8	
Service-Planung		509,5	11	
Organisation		579,5	6	
Qualitätsmanagement		506	12	
Finanzmanagement		228	16,6	
Beschaffung		638,5	11	
IT-Schulung		641	11	
interne Dienstleistungsprozesse		843	13	
Führungsprozesse	Σ	1.719	77,6	
Strategie		569	62,6	
Änderungsmanagement		485	14	
Kundenmanagement		665	1	
Summe GESAMT		30.419	851,97	

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

148,9

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

204

7a. IT Personal / Bereinigung (Stichtag 01.08.2017)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT- Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	27.258,5	524,97	6.962,96
Anforderungsmanagement		990,5	160,34	2693,51
Entwicklung		4.624	112,85	813
Test und Freigabe		4.261	118,19	2993,45
Einführung		1.234	58,24	64
Support		13.081,5	51,35	357
Betrieb		3.067,5	24	42
Unterstützungsprozesse	Σ	5.627,5	249,4	2242,4
Releasemanagement		475	3	
Architektur / Standards		322	127	703,5
Sicherheitsmanagement		717	38,8	
Service-Planung		545,5	11	504
Organisation		615,5	6	420
Qualitätsmanagement		506	12	
Finanzmanagement		248	16,6	199,5
Beschaffung		684,5	11	63
IT-Schulung		671	11	96,34
interne Dienstleistungsprozesse		843	13	256,06
Führungsprozesse	Σ	1.719	77,6	1.222
Strategie		569	62,6	147
Änderungsmanagement		485	14	315
Kundenmanagement		665	1	760
Summe GESAMT		34.605	851,97	10.427.36

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

218,5

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

291

7. IT Personal im Referat VI 25 Schulden- und Derivatverwaltung

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ		380	
	Anforderungsmanagement			
	Entwicklung			
	Test und Freigabe			
	Einführung			
	Support			
	Betrieb			
Unterstützungsprozesse	Σ		100	
	Releasemanagement			
	Architektur / Standards			
	Sicherheitsmanagement			
	Service-Planung			
	Organisation			
	Qualitätsmanagement			
	Finanzmanagement			
	Beschaffung			
	IT-Schulung			
	interne Dienstleistungsprozesse			
Führungsprozesse	Σ		150	
	Strategie			
	Änderungsmanagement			
	Kundenmanagement			
Summe GESAMT			630	

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

3

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

8

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Arbeit, Technologie und Tourismus**

1. Organisation

IT-Beauftragter des Ressorts: Hassan Bashayan, VII11 (m.d.W.d.G.b.), (0431) 988 4511, hassan.bashayan@wimi.landsh.de

2. Organisationsbereich

Das dezentrale IT-Management (DIT) des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein ist dem Referat 11 „Informationstechnik, Innerer Dienst“ innerhalb der Allgemeinen Abteilung VII 1 des Bereiches Zentrale Dienste zugeordnet.

Das DIT des MWVATT steuert die IT des Ministeriums. Es stellt den ordnungsgemäßen Betrieb der zentralen Server, der Infrastruktur und der Arbeitsplatz-PCs sicher.

Zu dem Geschäftsbereich des Ministeriums gehören außerdem:

Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr

Mercatorstraße 9; 24106 Kiel; Tel: 0431/383 – 0

Ansprechpartner IT: Günther Kahn 0431/383-2629

Schleswig-Holsteinische Seemannsschule

Schulleiter: Holger Garbelmann, Wiekstr. 3a; 23570 Lübeck

2.1 Organisatorische Änderungen gem. Landtagswahl 2017

Die Abteilung VII 1 wird um das Referat VII 16 „Berufliche Ausbildung“ sowie um das Projekt „Aufbau SHIBB“ (Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung) erweitert.

Daneben wird das Referat VII 32 „Technischer und wirtschaftlicher Verbraucherschutz, Eichwesen, Geldwäscheprävention“ durch Abgabe der Aufgabenbereiche aufgelöst, wobei das Eichwesen dem Referat VII 22 zugeordnet wird.

Im Referat VII 30 „Technologiepolitik und Technologietransfer“ werden die Angelegenheiten der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Meeresforschung einschließlich Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung – Geomar abgegeben. Auch der Aufgabenbereich „Organisation Kongress Vernetzte Gesundheit“ wird nicht mehr im Referat VII 33 „Tourismus“ wahrgenommen.

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Keine

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

Keine

4. Ressortschwerpunkte

Sicherstellung und Weiterentwicklung einer möglichst störungsfreien, anwenderfreundlichen und wirtschaftlichen IT-Infrastruktur im Ministerium; Konzeption und Weiterentwicklung der IT - bezogen auf die speziellen Anforderungen des MWVATT; Planung und Umsetzung fachspezifischer Verfahren; Mitwirkung an Arbeitsgruppen wie (ITBK, AG-Infra, AG-Warenkorb, AG Hamster, UAG Windows 10 etc. Analyse der IT-Betriebsprozesse, sowohl im gemeinsamen ressortübergreifenden Projekt mit CapGemini als auch ressortintern, zwecks Optimierung des IT-Managements.

Im Rahmen der Einführung der eAkte wird verstärkt Support bei den Nutzern vor Ort notwendig sein. Die IT-Leitstelle unterstützt die Ablösung von Windows 7 und die Einführung von Windows 10.

Durch die gemeinsame Nutzung der vom MWVATT ursprünglich beschafften Serverinfrastruktur (Campusserver) mit der StK, MILI und FM werden Synergieeffekte erreicht.

Im Bereich der IT-Organisation sind als Aufgabenschwerpunkte Vertragsmanagement, Lizenzmanagement sowie die Steuerung und das Controlling externer Dienstleister zu nennen. Die IT-Organisation konzentriert sich zudem verstärkt auf Aufgaben wie beispielsweise Planung, Consulting, Projektmanagement, Geschäftsprozessoptimierung, mobiles Arbeiten, Einführung der e-Akte. Sie muss die strategischen Aufgaben Steuerung, Koordination, Organisationsentwicklung, Konzeptionen, Controlling bewältigen und Freiräume für die Entwicklung und Bereitstellung der erforderlichen Fachanwendungen erhalten. Verstärkt im Fokus der IT-Leitstelle liegen künftig auch Dokumentation, Konzepterarbeitungen, sowie Eigenrevision.

5. Kooperationen

Um einem Korruptionsregister eine größere rechtliche Wirkung zu verleihen und mögliche Synergieeffekte realisieren zu können, wurde zwischen dem MWVATT und der zuständigen Behörde der Freien und Hansestadt Hamburg vereinbart, ein gemeinsames Korruptionsregister zu führen.

Als mögliche weitere Kooperationen zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus wird das Prostituiertenschutzgesetz künftig mit Hamburg & dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren betrachtet.

6. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am <u>31.12.2016</u>
Server	16
APC	240
Notebook	83
Drucker	232
Monitore	347

6a. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am <u>01.07.2017</u>
Server	10 (VM/Campus)
APC	182
Notebook	100
Drucker	200
Monitore	470

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1) (Stellen in PT)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2) (Stellen in PT)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3) (Stellen in PT)
Prozesse				
Fachprozesse	Σ			
	Anforderungsmanagement			
	Entwicklung			
	Test und Freigabe			
	Einführung			
	Support			
	Betrieb			
Unterstützungsprozesse	Σ			
	Releasemanagement			
	Architektur / Standards			
	Sicherheitsmanagement			
	Service-Planung			
	Organisation			
	Qualitätsmanagement			
	Finanzmanagement			
	Beschaffung			
	IT-Schulung			
	interne Dienstleistungsprozesse			
Führungsprozesse	Σ			
	Strategie			
	Änderungsmanagement			
	Kundenmanagement			
Summe GESAMT				

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

6,00

7a. IT Personal / Bereinigung (Stichtag 01.07.2017)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ			
Anforderungsmanagement				
Entwicklung				
Test und Freigabe				
Einführung				
Support				
Betrieb				
Unterstützungsprozesse	Σ			
Releasemanagement				
Architektur / Standards				
Sicherheitsmanagement				
Service-Planung				
Organisation				
Qualitätsmanagement				
Finanzmanagement				
Beschaffung				
IT-Schulung				
interne Dienstleistungsprozesse				
Führungsprozesse	Σ			
Strategie				
Änderungsmanagement				
Kundenmanagement				
Summe GESAMT				

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

4,55

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

1. Organisation

IT-Beauftragter des MBWK: Thomas Banck | III 34 | 0431-988-2211 |
Thomas.Banck@bimi.landsh.de

IT-Ansprechpartner des IQSH: Jürgen Sievers | IQSH 44 | 0431-5403-175 | juergen.sievers@iqsh.landsh.de

2. Organisationsbereich

Im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist das Referat „IT-Management“ zuständig für die strategische Ausrichtung und Konzeption der IT im Ministerium, im Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen sowie in den Schulämtern und in den Schulverwaltungen in Abstimmung mit den Kommunalverbänden. Außerdem ist das Referat zuständig für den IT-Einsatz im Ministerium, d.h. für den Betrieb der IT, die Betreuung und Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Ministerium lässt sich beim Support anteilig durch Dataport unterstützen.

Im IQSH ist die Abteilung Schulentwicklung und IT-Medien für die Unterstützung der Schulen in Fragen der IT und Schulverwaltung durch Beratung, Schulung, Informations- und Kommunikationsangebote, eLearning und Medieneerschließung und -distribution zuständig. Für die Bereiche Aus- und Fortbildung sowie Schulentwicklung werden internetbasierte Unterstützungssysteme bereitgestellt. Weiterhin liegt hier die Unterstützung des Landesnetzes Bildung (Betrieb und Verfahren).

Das Sachgebiet Veranstaltungs- und IT-Technik in der Abteilung Verwaltung und Controlling ist für den Betrieb der IT und Netze des Hauses incl. der Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuständig.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist Schulträger der Landesförderzentren. Die IT-Ausstattung der Landesförderzentren im Verwaltungsbereich entspricht dem Landesstandard. Der Support erfolgt durch Dataport.

2.1 Organisatorische Änderungen nach der Landtagswahl 2017

In den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur sind aus

dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung die Angelegenheiten der Kultur übergegangen. Dies umfasst neben der Kulturabteilung auch das Landesarchiv, die Landesbibliothek, das Archäologische Landesamt und das Landesamt für Denkmalpflege. Die IT-Ausstattung der Kulturbehörden entspricht dem Landesstandard. Der Support erfolgt durch Dataport.

Aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren sind die Angelegenheiten der Wissenschaft in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur übergegangen. Dies umfasst neben der Wissenschaftsabteilung auch die Hochschulen. Diese sind nicht dem Landesstandard angepasst. Der Support erfolgt durch die IT-Stellen der Hochschulen in Eigenregie. Die IT-Ausstattung der Hochschulen wird aus eigenem Budget finanziert.

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Keine

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

Keine

4. Ressortschwerpunkte

- Ausbau des Landesnetzes Bildung zu einem innovativen und leistungsfähigen Verwaltungsnetz für die Schulämter und Schulverwaltungen in Abstimmung mit dem Zentralen IT-Management Schleswig-Holstein (ZIT-SH)
- Optimierung der Wirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes im Bildungsbereich durch Standardisierung und Homogenisierung der Systemlandschaften (Hard- und Software) in Abstimmung mit den Kommunalen Landesverbänden
- Verstärkte Nutzung der zentralen E-Government-Komponenten des Landes für Anwendungen im Bildungsbereich
- Entlastung von Schulleitungen, Lehrkräften und Schulaufsicht von bürokratischen Aufgaben durch die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für arbeitsplatzunterstützende IT-Lösungen
- Ausbau von mobilen IT-Arbeitsplätzen

- Einführung des Schulportals SH
- Regelbetrieb und Weiterentwicklung der internetgestützten IT- Dienstleistungen für Schulen, um eine gute Unterstützung von Verwaltungs-, Organisations- und Bildungsprozessen an Schulen zu erreichen
- Regelbetrieb und Weiterentwicklung der Online-Verfahren zur Organisation der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte in Schleswig-Holstein
- Administration des Landesnetzes Bildung sowie Unterstützung bei der Migration der Schulverwaltungs-Arbeitsplätze im Rahmen des +1-Standards
- Beratung, Unterstützung und Bereitstellung von Speicherkapazitäten bei Einrichtung und Betrieb von Internetseiten der Schulen
- Beratung und Unterstützung in Fragen der elektronischen Schulverwaltungsverfahren
- Unterstützung (Beratung, Schulung, Support) bei der Umsetzung der landesweiten Ausstattungsempfehlungen für die pädagogische IT-Ausstattung der Schulen
- Unterstützung der Schulen bei Störungen und Benutzerproblemen (Helpdesk)

Zu den technologischen Entwicklungen gehören:

- Erhöhung der Ausfallsicherheit der zentralen IT-Infrastruktur im Ministerium
- Modernisierung der im Landesnetz Bildung eingesetzten Infrastruktur
- Beratung beim Aufbau professioneller Netzwerkinfrastrukturen (LAN, WLAN) im pädagogischen Bereich mit Authentifizierungslösungen
- Entwicklung einer Musterlösung Basis als Grundlage für IT-Ausstattung der Schulen in Schleswig-Holstein

4.1 Ressortschwerpunkte in der IT

- Einführung von Windows 10 in der Verwaltung
- Vereinheitlichung der Schulverwaltungssoftware
- Ablösung des veralteten IT-Verfahrens zur Lehrkräftepersonalverwaltung (PERLE) durch KoPers.

4.2 Ressortschwerpunkte in der Digitalisierung

- Konsolidierung der E-Akte im Ministerium und im IQSH

- IQSH 4.0 – Entwicklung eines Konzeptes zu einer durchgängigen konsequenten Nutzung der digitalen Möglichkeiten wie z.B. mobile Arbeitsplätze, papierloses Büro, digitale Kommunikation.

4.3 Ressortschwerpunkte im E-Government

- Online-Bewerbungsverfahren für Lehrkräfte (pbOn)

5. Kooperationen

Zu den wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für die Planungsjahre gehören:

- Landesnetz Bildung: Migration und Erweiterung der IT-Arbeitsplätze, der Verwaltungsserver und der eingesetzten Verfahren als Kooperation zwischen Land und Kommune
- Kooperation Personaldienste: Ablösung des IT-Verfahrens zur Personalverwaltung der Lehrkräfte (PERLE) durch eine gemeinsame IT-Nachfolgelösung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein
- Vereinheitlichung der Schulverwaltungssoftware: Übernahme und gemeinsame Weiterentwicklung der Brandenburger Lösung
- IT-Ausstattung Schulen: Fortschreibung der Ausstattungsempfehlungen in Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden
- eLearning: Rheinland-Pfalz, Saarland
- Mediienschließung und -distribution: Bund, div. Bundesländer, Firmen

6. Betreuungsbereich (IT-Hardware)

Art	Anzahl am 31.12.2016
Server	20
APC	453
Notebook	249
Drucker	415
Monitore	595

6a. Betreuungsbereich / Bereinigung (IT-Hardware)

Art	Anzahl am 01.08.2017
Server	37
APC	666
Notebook	349
Drucker	598
Monitore	945

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

7.1 Ministerium für Schule und Berufsbildung

Kernprozesse	IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse Σ	420,2		
Anforderungsmanagement	42		
Entwicklung	73,5		
Test und Freigabe	31,5		
Einführung	21		
Support	178,7		
Betrieb	73,5		
Unterstützungsprozesse Σ	609		
Releasemanagement	31,5		
Architektur / Standards	52,5		
Sicherheitsmanagement	63		
Service-Planung	21		
Organisation	105		
Qualitätsmanagement	73,5		
Finanzmanagement	94,5		
Beschaffung	52,5		
IT-Schulung	31,5		
interne Dienstleistungsprozesse	84		
Führungsprozesse Σ	189		
Strategie	105		
Änderungsmanagement	10,5		
Kundenmanagement	73,5		
Summe GESAMT	1.218,2		

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

5,80

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

6

7.2 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse Σ				
	Anforderungsmanagement	50	10	
	Entwicklung	155		
	Test und Freigabe	55		
	Einführung	195		
	Support	1.030	35	
	Betrieb	130	20	
Unterstützungsprozesse Σ				
	Releasemanagement	50	10	
	Architektur / Standards	60		
	Sicherheitsmanagement	35	10	
	Service-Planung	30	5	
	Organisation	40	5	
	Qualitätsmanagement	10		
	Finanzmanagement	10	20	
	Beschaffung	10	20	
	IT-Schulung	70		
	interne Dienstleistungsprozesse	60		
Führungsprozesse Σ				
	Strategie	10	20	
	Änderungsmanagement	10	15	
	Kundenmanagement		30	
Summe GESAMT		2.010	200	0

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

10,52

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

14

7a. IT Personal / Bereinigung (Stichtag 01.08.2017)

7.1a Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Kernprozesse	IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse Σ	420,2		
Anforderungsmanagement	42		
Entwicklung	73,5		
Test und Freigabe	31,5		
Einführung	21		
Support	178,7		
Betrieb	73,5		
Unterstützungsprozesse Σ	609		
Releasemanagement	31,5		
Architektur / Standards	52,5		
Sicherheitsmanagement	63		
Service-Planung	21		
Organisation	105		
Qualitätsmanagement	73,5		
Finanzmanagement	94,5		
Beschaffung	52,5		
IT-Schulung	31,5		
interne Dienstleistungsprozesse	84		
Führungsprozesse Σ	189		
Strategie	105		
Änderungsmanagement	10,5		
Kundenmanagement	73,5		
Summe GESAMT	1.218,2		

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

5,80

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

6

7.2a Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	1.615	65	
	Anforderungsmanagement	50	10	
	Entwicklung	155		
	Test und Freigabe	55		
	Einführung	195		
	Support	1.030	35	
	Betrieb	130	20	
Unterstützungsprozesse	Σ	375	70	
	Releasemanagement	50	10	
	Architektur / Standards	60		
	Sicherheitsmanagement	35	10	
	Service-Planung	30	5	
	Organisation	40	5	
	Qualitätsmanagement	10		
	Finanzmanagement	10	20	
	Beschaffung	10	20	
	IT-Schulung	70		
	interne Dienstleistungsprozesse	60		
Führungsprozesse	Σ	20	65	
	Strategie	10	20	
	Änderungsmanagement	10	15	
	Kundenmanagement		30	
Summe GESAMT		2.010	200	0

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

10,52

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

14

7.3a Kulturbehörden

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
Fachprozesse	Σ	80	146	
	Anforderungsmanagement		15	
	Entwicklung			
	Test und Freigabe	10	3	
	Einführung	10	4	
	Support	30	73	
	Betrieb	30	51	
Unterstützungsprozesse	Σ	130	4,5	
	Releasemanagement	10		
	Architektur / Standards	10		
	Sicherheitsmanagement			
	Service-Planung	10		
	Organisation	10		
	Qualitätsmanagement	10		
	Finanzmanagement	20	1	
	Beschaffung	20	2,5	
	IT-Schulung	10	1	
	interne Dienstleistungsprozesse	30		
Führungsprozesse	Σ	0	1	
	Strategie		1	
	Änderungsmanagement			
	Kundenmanagement			
Summe GESAMT		210	151,5	

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

1,72

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

7

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

**Ministerium für Justiz, Europa,
Verbraucherschutz und Gleichstellung**

1. Organisation

IT-Beauftragter des Ressorts

Dr. Jörg-Peter Weiß, II 35, (0431) 988 3821, joerg-peter.weiss@jumi.landsh.de

2. Organisationsbereich

a. MJEVG

Ansprechpartner: Martin Gottmann, II 121, 0431/988-3827,
martin.gottmann@jumi.landsh.de

b. Gerichte, Staatsanwaltschaften und Vollzugsbehörden

Ansprechpartner: Dr. Jörg-Peter Weiß, II 35, (0431) 988 3821,
joerg-peter.weiss@jumi.landsh.de

Gerichte, Staatsanwaltschaften, Justizvollzug

I. Ordentliche Gerichtsbarkeit

- a) Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht
- b) 4 Landgerichte
- c) 22 Amtsgerichte

II. Fachgerichtsbarkeiten

- d) Schleswig-Holsteinisches Landesarbeitsgericht
- e) 5 Arbeitsgerichte
- f) Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht
- g) Verwaltungsgericht Schleswig
- h) Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht
- i) Schleswig-Holsteinisches Landessozialgericht
- j) 4 Sozialgerichte

III. Landesverfassungsgericht

IV. Staatsanwaltschaften

- k) Generalstaatsanwaltschaft
- l) 4 Staatsanwaltschaften
- V. Vollzugsbehörden
- m) 7 Vollzugseinrichtungen

2.1 Organisatorische Änderungen gem. Landtagswahl 2017

- Abgänge:
 - An MBWK:
 - Kulturabteilung (ehem. II 4)
 - Kulturbehörden
 - Landesbibliothek
 - Landesarchiv
 - Landesamt für Denkmalpflege
 - Archäologisches Landesamt
- Zugänge:
 - Vom MSGJFS: Referat Gleichstellung (II 13)
 - Vom MELUND, MWVATT: Verbraucherschutzabteilung (II 4 neu)

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Keine

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

Entfällt

4. Ressortschwerpunkte

4.1 Ressortschwerpunkte in der IT

a) MJEVG

- Ersatzbeschaffung Server
- Flexibles/mobiles Arbeiten

- Einführung der elektronischen Akte
 (Eingliederung der neuen Bereiche Verbraucherschutz, Gleichstellung)

b) Gerichte, Staatsanwaltschaften und Vollzugsbehörden

- Fortführung Modernisierungsprozess
 Dieser wird z. B. durch Pflege- und Weiterentwicklungsmaßnahmen in den Projekten EUREKA-FACH, FOKUS, MESTA, Schleswig-Holsteinisches elektronisches Mahnverfahren, Elektronisches Grundbuch, Justizportal, IT-Einsatz im Justizvollzug und der Bewährungshilfe sowie der Registerautomation Schleswig-Holstein gewährleistet.

4.2 Ressortschwerpunkte in der Digitalisierung

- Neue IT-Organisation der Justiz
 Im Projekt zur Neuausrichtung der IT-Organisation der Justiz werden die IT-Organisation als auch die IT-Infrastruktur der Justiz auf aktuelle und zukünftige Anforderungen ausgerichtet. Dieses ist insbesondere induziert durch die flächendeckende Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung in Gerichten und Staatsanwaltschaften, in deren Folge die durchgehende IT-Unterstützung der Justiz-Prozesse eingeführt wird und eine signifikante Bedeutung erhält. Aus diesem Grunde werden im Projektverlauf u. a. ein erarbeitetes und abgenommenes Konzept zur Fachverfahrensbetreuung umgesetzt sowie die IT-Prozesse der Justiz nach ITIL orientiert gestaltet. Weiterhin werden Standardisierungen vorgenommen wie z. B. der Abschluss der Migration zum Bürostandard „+1“ und die Zentralisierung der Datenhaltung. Die Vorgaben des IT-Justizgesetzes werden umgesetzt und u. a. die Informationssicherheit gemäß BSI-Vorgaben organisatorisch und konzeptionell weiter ausgeprägt inkl. der Überarbeitung von Sicherheits- und Notfallkonzepten.
- Einführung forumSTAR
 Weiterer Rollout bzw. weitere Einführungen von Modulen des Fachverfahrens forumSTAR für die ordentliche Gerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein. Um den zukünftigen Herausforderungen der Justiz – nicht nur bezogen auf den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Akte – gerecht zu werden, hat der Entwicklungsverbund forumSTAR beschlossen, die Fachanwendung forumSTAR einer grundlegenden Modernisierung zu unterziehen. Weiterhin bestehen Verhandlungen, um bundesweit ein gemeinsames Fachverfahren auf der Basis der forumSTAR-Modernisierung zu entwickeln.
- Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Aktenführung in der Justiz
 Das Projekt eJustiz SH schafft die organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen für die gesetzlich spätestens zum 1.1.2026 vorgesehene elektronische Aktenführung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften von Schleswig-Holstein. Der elektronische Rechtsverkehr wurde planmäßig bereits eingeführt.

4.3 Ressortschwerpunkte im E-Government

Siehe Ziffer 4.2

5. Kooperationen

a) MJEVG

→ Hanse Office, gemeinsame IT-Infrastruktur mit FHH

b) Gerichte, Staatsanwaltschaften und Vollzugsbehörden

- SHEMA: Hamburg, Bremen, (Mecklenburg-Vorpommern)
- Elektronisches Grundbuch: alle 16 Länder
- FOLIA/EGB: Baden-Württemberg
- AUREG: Berlin, Brandenburg, Bremen
- AUREGIS: alle 16 Länder
- forumSTAR: Bayern, Brandenburg, Hamburg, Berlin, Sachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern
- MESTA: Hessen, Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Berlin; Mecklenburg-Vorpommern
- EUREKA-FACH: Brandenburg, Saarland, Bremen, Hamburg, Sachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Bayern, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein Westfalen
- SoPart: Berlin, Bayern, Saarland, Hessen und Nordrhein-Westfalen
- Basis-Web: alle 16 Länder (außer Bayern, Thüringen, Baden-Württemberg)
- Justizportal: alle 16 Länder (und Bund)
- EGVP: alle 16 Landesjustizverwaltungen
- SAFE: alle 16 Länder

6. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

MJEVG	Anzahl am 31.12.2016
Server	5
APC	186
Notebook	69
Drucker	215
Monitore	290

Kulturbehörden	Anzahl am 31.12.2016
Server	15
APC	170
Notebook	39
Drucker	111
Monitore	226

Justiz (Bereiche Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug)	Anzahl am 31.12.2016
Server	140
APC	5.324
Notebook	512
Drucker	4.750
Monitore	8.258

6a. Betreuungsbereich / Bereinigung (Hardware / Software / Sonstiges)

MJEVG (ohne Verbraucherschutz, Gleichstellung)²	Anzahl am 01.08.2017
Server	4
APC	140
Notebook	86
Drucker	185
Monitore	257

Die Bereiche der Gerichte, Staatsanwaltschaften und des Justizvollzugs sind von der Neuorganisation nicht betroffen, so dass gegenüber dem Stand 31.12.2016 keine nennenswerten Abweichungen bestehen.

² Die Verbraucherschutzabteilung und das Gleichstellungsreferat sind noch in anderen Ministerien untergebracht, verlässliche Zahlen über die Ausstattung liegen nicht vor.

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

Kernprozesse Prozesse	IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1) (Stellen in PT)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2) (Stellen in PT)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3) (Stellen in PT)
Fachprozesse Σ			
Anforderungsmanagement			
Entwicklung			
Test und Freigabe			
Einführung			
Support			
Betrieb			
Unterstützungsprozesse Σ			
Releasemanagement			
Architektur / Standards			
Sicherheitsmanagement			
Service-Planung			
Organisation			
Qualitätsmanagement			
Finanzmanagement			
Beschaffung			
IT-Schulung			
interne Dienstleistungsprozesse			
Führungsprozesse Σ			
Strategie			
Änderungsmanagement			
Kundenmanagement			
Summe GESAMT			

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

Die IT-Organisation der Justiz befindet sich organisatorisch im Umbruch. Zum einen entstehen mit der „Gemeinsamen IT-Stelle“ (GemIT), der „Gemeinsamen IT-Stelle der Fachgerichte“ (GeFa) und Zentralisierungsüberlegungen der Ordentlichen Gerichtsbarkeit neue Organisationsformen der IT, zum anderen werden die IT-Prozesse nach ITIL orientiert neu gestaltet. Eine Abfrage der Aufwandszuordnungen zu den bisherigen Kategorien würde daher ein uneinheitliches und verfälschtes Bild ergeben. Eine Zuordnung von Aufwänden entlang der ITIL-Prozesse dürfte ab 2018 fundiert möglich sein.

Es wird sich insofern auf die Gesamtanzahl der AKA in den einzelnen Bereichen beschränkt:

- IT-Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im nachgeordneten Justizbereich
(diese Zahl beinhaltet auch die Mitarbeit in Projekten wie z.B. forumSTAR und ERV).
Anzahl AKA: 121,73
- Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Referat II 35
(Informationstechnik in Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug)
Anzahl AKA: 24,09
- Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter Projekt „eJustizSH – elektronischer Rechtsverkehr/elektronischeAkte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften“ II PEJ
(nur IT und Verfahrenspflegestelle)
Anzahl AKA: 6,28

Das MJEVG und die Kulturbehörden setzten zum 31.12.2016 insgesamt 5,2 VZÄ ein, die durch 9 Mitarbeiter erbracht wurden. Zum 01.08.2017 änderte sich dies durch Abgang der Kulturbehörden auf 3,4 VZÄ, die durch 5 Mitarbeiter erbracht werden. Nicht berücksichtigt ist die Betreuung der derzeit im MELUND, MWVATT und MSGJFS angesiedelten Mitarbeiter, die durch dortiges Personal betreut werden.

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

1. Organisation

IT-Beauftragter des MSGJFS (ITB MSGJFS)

Uwe Fritzsche, VIII 13, (0431) 988 5581, uwe.fritzsche@sozmi.landsh.de

2. Organisationsbereich

Die Aufgaben des DIT werden durch das Referat VIII 13 wahrgenommen. IT-Ressortverantwortlicher und Leiter des dezentralen IT-Management im Ministerium ist Uwe Fritzsche, VIII 13, Tel. 0431/988-5581, Mail: uwe.fritzsche@sozmi.landsh.de.

Zum Ressort gehört das Landesamt für soziale Dienste (LAsD), Steinmetzstr. 1-11, 24534 Neumünster. IT-Verantwortlicher des LAsD ist Herr Björn Sterner, LAsD 11, Tel. 04321/913-663, Mail: Bjoern.Sterner@lasd.landsh.de

Zum Ressort gehört formal außerdem der Staatliche Arbeitsschutz bei der Unfallkasse Nord (StAUK). Die StAUK ist als juristische Person eine untere Landesbehörde. Sie besteht personell jedoch nur aus dem Direktor der StAUK, der sich der Mitarbeiter der Unfallkasse Nord (UKN) bedient, um seine Aufgaben zu erfüllen.

2.1 Organisatorische Änderungen gem. Landtagswahl 2017

Im Rahmen der auf die Landtagswahl folgenden Ressortumbildung hat das MSGJFS die Abteilung „Wissenschaft“ zusammen mit der IT-Maßnahme 2202030000 – „BAföG / BaföG 21“ an das MBWK abgegeben.

Das Referat „Gleichstellung der Geschlechter, Schutz von Frauen vor Gewalt“ wurde an das MJEVG abgegeben. In diesem Rahmen ging auch die Fachaufsicht für die in 2017 neu begründete IT-Maßnahme 2555030000 – „IT-basiertes Anmeldeverfahren für Prostituierte nach dem ProstSchG“ an das MJEVG. Die Ausführung der Maßnahme verblieb jedoch im LAsD, da die Zuständigkeit für die Ausführung des ProstSchG gemäß Landesverordnung dort angesiedelt wurde. Zwischen dem MSGJFS und dem MJEVG wurde eine formale Betreuung der Maßnahme durch das DIT des MSGJFS, eine inhaltliche Betreuung durch das MJEVG vereinbart. Bearbeitet wird die Maßnahme im Wesentlichen durch das LAsD.

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Im Gebäude des MSGJFS sitzt die organisatorisch dem MELUND zugehörige Abteilung Reaktorsicherheit sowie die zum LAsD gehörende Abteilung Gesundheits- und Verbraucherschutz. Der IT-Support vor Ort wird für beide Abteilungen durch Dataport und Personal der jeweiligen Mutterhäuser wahrgenommen.

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

-

4. Ressortschwerpunkte

Ende 2017 soll das im MSGJFS betriebene Verfahren IFAS (Informationsdatenbank für den Arbeitsschutz) in das Dataport-Rechenzentrum verlagert werden. Dieses Verfahren wird gemeinsam mit der StAUK, dem LAsD und dem MELUND genutzt.

Ein weiterer Ressortschwerpunkt ist die Betreuung der IT-Verfahren zum Einzug, der Verwaltung und der Auszahlung der Schwerbehindertenabgabe (OASIS / EDAS).

Im Bereich der IT-Plattform Badegewässer ist eine Ausweitung der Auswertung der Daten aus der Badegewässerdatenbank durch Einsatz der Analysesoftware Cadenza geplant.

Ende 2017 soll im Rahmen des Schleswig-Holstein-Service-Gateways die Heimaufsicht-Platzbörse online gehen. Hier können Träger von Einrichtungen der Jugendhilfe ihre Einrichtungen vorstellen und Jugendämter bedarfsgerecht Unterbringungsplätze für Jugendliche finden.

Mittelfristig strebt das MSGJFS eine flächendeckende Ausstattung der Mitarbeiter mit mobilen Arbeitsplätzen an.

Im LAsD sollen in 2018 in den Fachverfahren Schwerbehindertenrecht und Elterngeld die dezentralen Datenbanken zugunsten jeweils einer zentralen Datenbank im Rechenzentrum von Dataport abgelöst werden.

Die im Bereich des Schwerbehindertenrechts tätigen Außengutachter sollen in die Lage versetzt werden, über VPN-Tunnel auf die zentrale Datenbank zum Schwerbehindertenrecht zuzugreifen.

Die Dienstsitze des LAsD in Heide und Schleswig sollen eine neue Netzwerkverkabelung erhalten.

5. Kooperationen

Im IT-Verfahren IFAS kooperiert das MSGJFS mit der StAUK, dem LAsD und dem MELUND. Das Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht OASIS / EDAS wird durch einen gemeinsamen Dienstleister für fast alle Bundesländer betrieben.

Im Bereich der IT-Plattform Badegewässer kooperiert das MSGJFS mit den Kreisen und Kreisfreien Städten bei der gesundheitsbezogenen Überwachung und touristischen Darstellung der Badegewässer in Schleswig-Holstein. Sowie mit dem MELUND beim Betrieb der gemeinsamen Basis-Plattform K3.

Im Rahmen der 2017 neu hinzugekommenen IT-Maßnahme „Einsatz und Betrieb von Infrastrukturdiensten für die Krankenhausstatistik“ wird eine Kooperation mit der Hansestadt Hamburg, der Hansestadt Bremen und Sachsen-Anhalt angestrebt.

Die Organisation von Kinderfrüherkennungsuntersuchungen gemäß §7 GDG wird vom LAsD für Schleswig-Holstein und Hamburg durchgeführt.

6. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am <u>31.12.2016</u>
Server	75
APC	702
Notebook	120
Drucker	581
Monitore	836

6a. Betreuungsbereich / Bereinigung (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am <u>01.07.2017</u>
Server	75
APC	655
Notebook	112
Drucker	536
Monitore	746

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1) (Stellen in PT)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2) (Stellen in PT)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3) (Stellen in PT)
Prozesse				
Fachprozesse	Σ	2178		
	Anforderungsmanagement	104		
	Entwicklung	81		
	Test und Freigabe	121		
	Einführung	38		
	Support	909		
	Betrieb	925		
Unterstützungsprozesse	Σ	1042		
	Release Management	216		
	Architektur / Standards	97		
	Sicherheitsmanagement	226		
	Service-Planung	87		
	Organisation	73		
	Qualitätsmanagement	37		
	Finanzmanagement	87		
	Beschaffung	56		
	IT-Schulung	118		
	interne Dienstleistungsprozesse	45		
Führungsprozesse	Σ	108		
	Strategie	46		
	Änderungsmanagement	21		
	Kundenmanagement	41		
Summe GESAMT		3328		

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

15,85

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

17

7a. IT Personal / Bereinigung (Stichtag 01.07.2017)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	2157		
	Anforderungsmanagement	104		
	Entwicklung	81		
	Test und Freigabe	121		
	Einführung	38		
	Support	825		
	Betrieb	988		
Unterstützungsprozesse	Σ	1063		
	Releasemanagement	216		
	Architektur / Standards	97		
	Sicherheitsmanagement	226		
	Service-Planung	87		
	Organisation	73		
	Qualitätsmanagement	58		
	Finanzmanagement	87		
	Beschaffung	56		
	IT-Schulung	118		
	interne Dienstleistungsprozesse	45		
Führungsprozesse	Σ	108		
	Strategie	46		
	Änderungsmanagement	21		
	Kundenmanagement	41		
Summe GESAMT		3328		

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

15,85

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

17

IT-Ressortprofil 2018

für IT und Digitalisierung

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

IT-Beauftragte des Ressorts

Dr. Petra Witez, V 17, 0431-988-7313, Petra.Witez@melund.landsh.de

2. Organisationsbereich

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Die Arbeitsschwerpunkte des Ministeriums bilden

- Energie und Klimaschutz, Technischer Umweltschutz
- Reaktorsicherheit und Strahlenschutz,
- Landwirtschaft, Veterinärwesen und Fischerei,
- Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz,
- Naturschutz und Forstwirtschaft,
- Digitale Agenda und zentrales IT-Management

Diesen Aufgabenstellungen folgen die Organisation des Ressorts mit den nachgeordneten Bereichen und ihre Unterstützung durch den Einsatz der Informationstechnik (Basis-Infrastruktur und Fachverfahren). Die Organisationseinheiten des Geschäftsbereiches wurden - den oben beschriebenen Schwerpunkten folgend - konzentriert.

Zentrale Ansprechpartner für die IT-Planung:

Dr. Petra Witez, V 17, 0431-988-7313, Petra.Witez@melund.landsh.de

Andreas Kiwus, V 173, 0431-988-5059, Andreas.Kiwus@melund.landsh.de

Roland Sieger, V 1712, 0431-988-7052, Roland.Sieger@melund.landsh.de

Petra.Schaltenbrand@melund.landsh.de

Michael Wiese, V 176, 0431-988-7253, Michael.Wiese@melund.landsh.de

2.1 Organisatorische Änderungen gem. Landtagswahl 2017

Das Zentrale IT-Management (ZIT) ist als neue Abteilung 3 in das MELUND integriert worden.

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Die wasserrechtlichen und -wirtschaftlichen Fachverfahren werden teilweise gemeinsam mit den Anwendungen innerhalb der IT-Maßnahme 2397030000 – Fachanwendungen K3-Umwelt – betrieben. Dies erfolgt nach Maßgabe der Regelungen für die Fachanwendung VKoopFIS. Die von den rechtlichen Grundlagen vorgeschriebenen Zweckbindungen erfordern jedoch eine gesonderte Bewirtschaftung im Einzelplan 13 des MELUND.

Kontaktdaten Ressort / Behörde

Referat / Dienststelle: V 402 / MELUND

fachlich zuständig: Ralf-Peter Comdühr

Straße: Mercatorstraße 3

PLZ: 24106

Ort: Kiel

Telefon: 0431 / 988 7316

Fax: 0431 / 988 615 7316

E-Mail: Ralf-Peter.Comduehr@melund.landsh.de

Bezeichnung

Fachanwendung Land/Kommunen (VKoopFIS)

Wasserwirtschaftliches Fachinformationssystem WaFIS-SH

Kurzbeschreibung

Wasserrechtliche und -wirtschaftliche Fachverfahren WaFIS/K3-Umwelt

Die Fachverfahren unterteilen sich nach dem Förderungszweck:

a) Fachverfahren Abwasserabgabe

Nach § 13 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (**AbwAG**) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114) kann das Aufkommen nach Abzug des Verwaltungsaufwandes für zweckgebundene Maßnahmen zum Gewässerschutz (Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte) eingesetzt werden. Demzufolge wird auch die Pflege und Weiterentwicklung diesen Zwecken dienenden Datenbanken aus dem Aufkommen bezahlt. Dies erfolgt u.a. nach Maßgabe der Regelungen für die Fachanwendung VKoopFIS.

b) Fachverfahren Wasserabgabe

Nach § 6 des Wasserabgabengesetzes (LWAG) vom 13.12.2013 (GVObI. Schl.-H. S. 494, 501) können nach Abzug des Verwaltungsaufwandes 70 v.H. des Aufkommens zugunsten einer nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung im Sinne des § 6 WHG eingesetzt werden. Demzufolge wird auch die Pflege und Weiterentwicklung diesen Zwecken dienenden Datenbanken aus dem Aufkommen bezahlt. Dies erfolgt u.a. nach Maßgabe der Regelungen für die Fachanwendung VKoopFIS.

Durch das Fachverfahren Wasserabgabe werden die Fachverfahren Grundwasserabgabe und Oberflächenwasser-Abgabe ersetzt.

Ansatzliste (Stand: 08.05.2017)

Abwasserabgabe

Finanzposition AbwAG: 1315.09.53336 Finanzstelle 13010400

Anmeldung 2018:	980.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2019:	1.111.200,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2020:	879.200,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2021:	870.200,- €

Wasserabgabe

Finanzposition GruWAG: 1315.41.53348 Finanzstelle 13010400

Anmeldung 2018:	207.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2019:	207.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2020:	207.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2021:	207.400,- €

Wasserabgabe

Finanzposition OWAG: 1315.51.53353 Finanzstelle 13010400

Anmeldung 2018:	325.500,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2019:	340.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2020:	204.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2021:	210.400,- €

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

-

4. Ressortschwerpunkte

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für das aktuelle Planungsjahr

Der Handlungsrahmen für die Ausgestaltung und den Einsatz der Informationstechnik im Geschäftsbereich und das gemeinsame Verständnis aller Dienststellen über die Ziele und Grundsätze des IT-Einsatzes ist in der IT-Strategie für den Geschäftsbereich des MELUND vom 16.11.2011 festgelegt. Eine grundlegende Überarbeitung findet – v.a. auch im Hinblick eines parallel laufenden Organisationsprojektes mit den IT-Leitstellen – derzeit statt und soll zum Jahresende vorliegen.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

Wesentliche Zielstellung ist die Gewährleistung eines modernen, wirtschaftlichen und sicheren Informations- und Kommunikationsmanagements im Geschäftsbereich des MELUND unter Berücksichtigung der übergeordneten Rahmenbedingungen sowie der bestehenden Regelungen und Standards in der Landesverwaltung zum IT-Einsatz. Hierbei kommen der Sicherstellung der technischen Funktionsfähigkeit und Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur im Geschäftsbereich des MELUND sowie der Gewährleistung einer effizienten Planung und eines ordnungsgemäßen Betriebs der IT-Fachverfahren besondere Bedeutungen zu.

Darüber hinaus soll die Verfügbarkeit von Landwirtschafts- und Umweltdaten innerhalb der Verwaltung und für die Öffentlichkeit auf der Basis einer Data Warehouse-Systemarchitektur optimiert werden. Hiermit sollen zugleich technische Voraussetzungen geschaffen werden, mit denen die zahlreichen Berichtspflichten des Geschäftsbereiches insbesondere gegenüber dem Bund und der EU möglichst automatisiert erfüllt werden können.

Im Hinblick auf die zukünftige Gewährleistung eines wirtschaftlichen, ordnungsgemäßen und sicheren Betriebs der einzelnen IT-Fachverfahren mit ihren unterschiedlichen fachlichen, technischen und organisatorischen Anforderungen sollen die IT-Verfahren im Zuge einer möglichst weitgehenden Verlagerung des operativ-technischen Betriebs in das neue Rechenzentrum von Dataport (RZ²) konsolidiert werden. Die Konsolidierung der IT-Verfahren hin zu RZ²-Bedingungen steht unter dem Leitgedanken, Synergie- und Skaleneffekte möglichst optimal zu nutzen. Im Ergebnis steht mittlerweile die Basis einer speziellen Servicearea für den zukünftigen Betrieb der IT-Verfahren des MELUND im RZ² bereit und soll an weitere

fachliche Anforderungen angepasst und ausgebaut werden. Zur Erreichung einer möglichst weitgehenden Standardisierung werden die betroffenen Fachverfahren im Vorfeld einer Verlagerung hinsichtlich ihrer Kompatibilität zu den Rahmenbedingungen der MELUND-Servicearea geprüft und bei der Verlagerung ggfs. auf neue technologische Entwicklungen fortgeschrieben.

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für das aktuelle Planungsjahr

Im Vordergrund steht die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit aller Bereiche durch den ständigen Einsatz von ausreichend leistungsfähiger Hardware und Basissoftware und technische Unterstützung für den Einsatz von Fachanwendungen, die den jeweils aktuellen rechtlichen und fachlichen Anforderungen entsprechen. Schwerpunkte bilden die Konsolidierung der IT-Infrastruktur an den diversen Einzelstandorten im Geschäftsbereich und die Zentralisierung weiterer Fachverfahren im RZ², sowie die Weiterentwicklung der Geodateninfrastruktur. Derzeit liegt der Aufgabenschwerpunkt in der Transition des naturschutzfachlichen Verfahrens LANIS vom LLUR in das RZ² sowie die Datenbereitstellung über OGC-konforme Geo-WebDienste im Rahmen einer Service-orientierten Architektur. Zudem wird die anvisierte systematische Umstellung der Datenbanksysteme von Oracle auf PostGres im Rahmen der LANIS-Transition pilotiert.

Beschreibung der Aufträge zur Verwaltungsmodernisierung im Bereich der IT und der IT-Organisation für das aktuelle Planungsjahr

Mit der stetigen Weiterentwicklung der gesamten IT-Infrastruktur und Anpassung an den aktuellen Stand der Technik einschließlich der erforderlichen IT-Fortbildung sowohl für die IT-Administratoren als auch für die IT-Anwenderinnen und -Anwender wird ein erheblicher Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung geleistet. Schwerpunkte im aktuellen Planungsjahr sind die Weiterentwicklung der Dienste-orientierten Architektur, der Ausbau der Geodateninfrastruktur und die Verlagerung der operativen IT-Aufgaben u.a. durch die Transition von Fachverfahren (Rechenzentrumsbetrieb und Supportaufgaben) beim IT-Dienstleister Dataport. Zudem wird im Rahmen eines Organisationsprojektes die Anwendung der Vorgaben des Standardrollen ITSH auf die IT-Ablauforganisation des MELUND und der nachgeordneten Behörden (LKN, LLUR und LSH) untersucht.

4.1 Ressortschwerpunkte in der IT

Vgl. Ausführungen unter 4

4.2 Ressortschwerpunkte in der Digitalisierung

Ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Digitalisierung im Ressort ist das Thema öffentlicher Zugang zu Umweltdaten im Rahmen eines Data Warehouse und eines zentralen (Umwelt-)Portals. In diesem Kontext muss die Frage einer OpenData-Strategie geklärt werden. Auch die Themenbereiche Online-Anträge, Bürgerbeteiligungen und Datenbereitstellungen über Mobile Devices sollen möglichst über die im Land vorhandenen standardisierten E-Government Infrastrukturen aus den Fachinformationssystemen angebunden werden.

4.3 Ressortschwerpunkte im E-Government

Im Rahmen der fachlichen Anforderungen in Bezug zu Bürgerbeteiligungen und Antrags- und Meldeverfahren werden derzeit die standardisierten E-Government Infrastrukturen im Rahmen neuer Verfahren z.B. **Raumordnung Bürger Online Beteiligung** (kurz: ROBOB beim Landschaftsprogramm) oder bei der Meldung von Gänsefraßschäden in Verbindung mit Fachverfahren gekoppelt. Zudem werden erste Anwendungen im Bereich von App-Entwicklungen wie die Fundmeldungen invasiver Arten und Umweltdaten in Schleswig-Holstein über die App „Meine Umwelt“ implementiert.

5. Kooperationen

Im Zusammenhang mit den diversen, in den Fachbereichen eingesetzten Fachverfahren bestehen vielfältige Kooperationsformen mit anderen Bundesländern und dem Bund sowie mit den kommunalen Gebietskörperschaften in Schleswig-Holstein. Im Bereich des LKN bestehen Kooperationen mit den Nachbarstaaten Dänemark und den Niederlanden.

6. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am <u>31.12.2016</u>
Server	5
APC	400
Notebook	100
Drucker	330
Monitore	490

6a. Betreuungsbereich / Bereinigung (Hardware / Software / Sonstiges)

Art	Anzahl am <u>01.08.2017</u>
Server	5
APC	400
Notebook	100
Drucker	330
Monitore	490

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	431		
	Anforderungsmanagement	16		
	Entwicklung	13		
	Test und Freigabe	42		
	Einführung	54		
	Support	153		
	Betrieb	153		
Unterstützungsprozesse	Σ	454		
	Releasemanagement	30		
	Architektur / Standards	19		
	Sicherheitsmanagement	63		
	Service-Planung	19		
	Organisation	19		
	Qualitätsmanagement	16		
	Finanzmanagement	95		
	Beschaffung	19		
	IT-Schulung	159		
	interne Dienstleistungsprozesse	15		
Führungsprozesse	Σ	5		
	Strategie	5		
	Änderungsmanagement	0		
	Kundenmanagement	0		
Summe GESAMT		890		

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

4,238095238

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

6

7a. IT Personal / Bereinigung (Stichtag 01.08.2017)³

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse		(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse	Σ	431		
	Anforderungsmanagement	16		
	Entwicklung	13		
	Test und Freigabe	42		
	Einführung	54		
	Support	153		
	Betrieb	153		
Unterstützungsprozesse	Σ	454		
	Releasemanagement	30		
	Architektur / Standards	19		
	Sicherheitsmanagement	63		
	Service-Planung	19		
	Organisation	19		
	Qualitätsmanagement	16		
	Finanzmanagement	95		
	Beschaffung	19		
	IT-Schulung	159		
	interne Dienstleistungsprozesse	15		
Führungsprozesse	Σ	5		
	Strategie	5		
	Änderungsmanagement	0		
	Kundenmanagement	0		
Summe GESAMT		890		

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) :

4,238095238

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht :

6

³ Derzeit läuft ein Organisationsprojekt in der IT, welches eine neue Zuordnung des Personals zu Prozessen und Aufgaben erwarten lässt.

1. Organisation

IT-Beauftragter des Ressorts

Dr. Petra Witez, V 17, 0431-988-7313, Petra.Witez@melur.landsh.de

2. Organisationsbereich

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR)

Das LLUR ist aus dem ehemaligen Landesamt für Natur und Umwelt (LANU), und aus Teilbereichen der ehemaligen Staatlichen Umweltämter (StUA) sowie der ehemaligen Ämter für ländliche Räume (ALR) hervorgegangen. Neben der Entwicklung von naturwissenschaftlichen Informationsgrundlagen nimmt das LLUR in erster Linie vielfältige Aufgaben im Bereich des Verwaltungsvollzugs wahr. Zur Unterstützung der Aufgabenerledigung werden große Mengen von Daten mit Hilfe von Fachanwendungen digital erfasst, verarbeitet, gespeichert und in internen und öffentlichen Netzen zur Verfügung gestellt. Dies betrifft insbesondere die Bereiche:

- Landwirtschaft
- Fischerei
- Ländliche Entwicklung
- Gewässer
- Naturschutz und Forst
- Geologie und Boden
- Technischer Umweltschutz (Immissionsschutz, Luftqualität, Abfallwirtschaft, Chemikalien)

Ansprechpartner für das LLUR:

Dr. Uwe Rammert, 04347-704-240, Uwe.Rammert@llur.landsh.de

Matthias Jensen, 04347-704-126, Matthias.Jensen@llur.landsh.de

Thomas Rau, 04347-704-247, Thomas.Rau@llur.landsh.de

Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN)

Der Landesbetrieb erfüllt öffentliche Aufgaben im Bereich des Küstenschutzes, der Häfen und der Küstengewässerkunde sowie der Nationalparkverwaltung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer.

Die Aufgabenschwerpunkte des Landesbetriebs ergeben sich aus dem Organisationserlass vom 23.01.2008, wonach der LKN

- für den Küstenschutz der gesamten Nord- und Ostseeküste,
- die Gefahrenabwehr nach § 108 Abs. 3 Satz 2 und 3 des Landeswassergesetzes (LWG),
- für den zentralen Wach- und Warndienst der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes,
- für den gewässerkundlichen Mess- und Beobachtungsdienst für das gesamte Gebiet des Landes Schleswig-Holstein,
- für die landeseigenen Liegenschaften im Bereich der Küsten, der Küsten- und Hochwasserschutzanlagen, der Häfen, des Nationalparks und der Wasserwirtschaft (mit Ausnahme der Naturschutzliegenschaften im Bereich der Küsten),
- für die baufachlichen Aufgaben im Anwendungsbereich für Hafenanlagen, Küstenschutzanlagen und sonstige Anlagen im Bereich der Küste sowie des Elbebereichs bis zum Wehr Geesthacht,
- für die Gewässerunterhaltung von Gewässern erster Ordnung nach § 39 des Landeswassergesetzes, soweit nicht durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf Wasser- und Bodenverbände übertragen,
- für die Unterhaltung der Außentiefs,
- für den Nationalpark „Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer“,
- für die Verwaltung und die Vertretung des von der UNESCO anerkannten Biosphärenreservats „Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Halligen“ für das Gebiet des Nationalparks,
- für die Verwaltung, Weiterentwicklung und Vertretung des von der UNESCO anerkannten Biosphärenreservats „Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und

- Halligen“ für das Erweiterungsgebiet Halligen des Biosphärenreservats,
- für die Angelegenheiten nach § 4 der Hafenerverordnung,
- für den Bau, Betrieb, die Verwaltung und Instandhaltung der landeseigenen Häfen (technische Hafenerverwaltung),
- für den Betrieb, die Verwaltung und Instandhaltung der Fähre Missunde,
- für die Bauherren- und Bauplanungsaufgaben sowie die operative Durchführung der Baumaßnahmen an wasserbaulichen Anlagen der Bundesrepublik Deutschland in Schleswig-Holstein,
- für die operativen Aufgaben zur Umsetzung der Europäischen Wasser-rahmenrichtlinie, der Europäischen Hochwasserrisikomanagementrichtlinie und der Europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie.

zuständig ist.

Der LKN-SH ist Bewilligungsbehörde gemäß W, WK zu § 44 LHO für die Förderprogramme wasserwirtschaftlicher Maßnahmen.

Im Rahmen der ELER finanzierten Maßnahmen ist die Zahlstelle für die ordnungsgemäße Durchführung der in Artikel 6 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 1290/2005 des Rates in Verbindung mit der VO (EG) Nr. 885/2006 der Kommission (Anhang I, Zulassungskriterien) aufgeführten Aufgaben zuständig.

Ansprechpartner/in für den LKN:

Alfred Wittern, 04841-667-221, Alfred.Wittern@lkn.landsh.de

Eike Petersen, 04841-667-196, Eike.Petersen@lkn.landsh.de

Jan Hellberg, 04841-667-139, Jan-Frederic.Hellberg@lkn.landsh.de

Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR)

Das Bildungszentrum dient der Fort- und Weiterbildung im Bereich des Natur- und Umweltschutzes. In Kooperation mit mittlerweile über 100 Partnern werden jährlich rund 100 Zielgruppen orientierte Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für ca. 3.000 Teilnehmer angeboten. Außerdem werden Fachleute und die Öffentlichkeit durch Veröffentlichungen informiert und zahlreiche Arbeitskreise zu wichtigen Themen der Umweltbildung betreut. Das BNUR befindet sich in den Räumen des LLUR, ist aber organisatorisch selbständig. Die Betreuung im Bereich der IT wird durch das LLUR gewährleistet.

Ansprechpartnerin für das BNUR:

Silvana Salanitro, 04347-704-786, Silvana.Salanitro@bnur.landsh.de

Dörte Paustian, 04347 -704-785, Doerte.Paustian@bnur.landsh.de

(Datenbank)

Landeslabor Schleswig-Holstein

Das Landeslabor Schleswig-Holstein ist eine obere Landesbehörde im Geschäftsbereich des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, die durch die Landesverordnung über das Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt des Landes Schleswig-Holstein errichtet wurde. Nach der Betriebsanweisung wird es seit dem 01.01.2002 als Landesbetrieb geführt.

Ansprechpartner/in für das Landeslabor:

Meike Haß, 04321/904-684, meike.hass@lsh.landsh.de

Stephanie Luppold, 04321/904-679, stephanie.luppold@lsh.de

2.1 Organisatorische Änderungen gem. Landtagswahl 2017

-

3. Besonderheiten der Aufgabenwahrnehmung

Die wasserrechtlichen und -wirtschaftlichen Fachverfahren werden teilweise gemeinsam mit den Anwendungen innerhalb der IT-Maßnahme 2397030000 – Fachanwendungen K3-Umwelt - betrieben. Dies erfolgt nach Maßgabe der Regelungen für die Fachanwendung VKoopFIS. Die von den rechtlichen Grundlagen vorgeschriebenen Zweckbindungen erfordern jedoch eine gesonderte Bewirtschaftung im Einzelplan 13 des MELUND.

Kontaktdaten Ressort / Behörde

Referat / Dienststelle: V 402 / MELUND

fachlich zuständig: Ralf-Peter Comdühr

Straße: Mercatorstraße 3

PLZ: 24106

Ort: Kiel

Telefon: 0431 / 988 7316

Fax: 0431 / 988 615 7316

E-Mail: Ralf-Peter.Comduehr@melund.landsh.de

Bezeichnung

Fachanwendung Land/Kommunen (VKoopFIS)

Wasserwirtschaftliches Fachinformationssystem WaFIS-SH

Kurzbeschreibung

Wasserrechtliche und -wirtschaftliche Fachverfahren WaFIS/K3-Umwelt

Die Fachverfahren unterteilen sich nach dem Förderungszweck:

a) Fachverfahren Abwasserabgabe

Nach § 13 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (AbwAG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.01.2005 (BGBL. I S. 114) kann das Aufkommen nach Abzug des Verwaltungsaufwandes für zweckgebundene Maßnahmen zum Gewässerschutz (Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte) eingesetzt werden. Demzufolge wird auch die Pflege und Weiterentwicklung diesen Zwecken dienenden Datenbanken aus dem Aufkommen bezahlt. Dies erfolgt u.a. nach Maßgabe der Regelungen für die Fachanwendung VKoopFIS.

b) Fachverfahren Wasserabgabe

Nach § 6 des Wasserabgabengesetzes (LWAG) vom 13.12.2013 (GVObI. Schl.-H. S. 494, 501) können nach Abzug des Verwaltungsaufwandes 70 v.H. des Aufkommens zugunsten einer nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung im Sinne des § 6 WHG eingesetzt werden. Demzufolge wird auch die Pflege und Weiterentwicklung diesen Zwecken dienenden Datenbanken aus dem Aufkommen bezahlt. Dies erfolgt u.a. nach Maßgabe der Regelungen für die Fachanwendung VKoopFIS.

Durch das Fachverfahren Wasserabgabe werden die Fachverfahren Grundwasserabgabe und Oberflächenwasser-Abgabe ersetzt.

Ansatzliste (Stand: 08.05.2017)

Abwasserabgabe

Finanzposition AbwAG: 1315.09.53336 Finanzstelle 13010400

Anmeldung 2018:	980.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2019:	1.111.200,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2020:	879.200,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2021:	870.200,- €

Wasserabgabe

Finanzposition GruWAG: 1315.41.53348 Finanzstelle 13010400

Anmeldung 2018:	207.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2019:	207.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2020:	207.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2021:	207.400,- €

Wasserabgabe

Finanzposition OWAG: 1315.51.53353 Finanzstelle 13010400

Anmeldung 2018:	325.500,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2019:	340.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2020	204.400,- €
Anmeldung Mittelfristige Finanzplanung 2021:	210.400,- €

3.1 Zentrale / dezentrale Bearbeitung

-

4. Ressortschwerpunkte

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für das aktuelle Planungsjahr

Der Handlungsrahmen für die Ausgestaltung und den Einsatz der Informationstechnik im Geschäftsbereich und das gemeinsame Verständnis aller Dienststellen über die Ziele und Grundsätze des IT-Einsatzes ist in der IT-Strategie für den Geschäftsbereich des MELUND vom 16.11.2011 festgelegt. Eine grundlegende Überarbeitung findet – v.a. auch im Hinblick eines parallel laufenden Organisationsprojektes mit den IT-Leitstellen – derzeit statt und soll zum Jahresende vorliegen.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

Wesentliche Zielstellung ist die Gewährleistung eines modernen, wirtschaftlichen und sicheren Informations- und Kommunikationsmanagements im Geschäftsbereich des MELUND unter Berücksichtigung der übergeordneten Rahmenbedingungen sowie der bestehenden Regelungen und Standards in der Landesverwaltung zum IT-Einsatz. Hierbei kommen der Sicherstellung der technischen Funktionsfähigkeit und Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur im Geschäftsbereich des MELUND sowie der Gewährleistung einer effizienten Planung und eines ordnungsgemäßen Betriebs der IT-Fachverfahren besondere Bedeutungen zu.

Darüber hinaus soll die Verfügbarkeit von Landwirtschafts- und Umweltdaten innerhalb der Verwaltung und für die Öffentlichkeit auf der Basis einer Data Warehouse-Systemarchitektur optimiert werden. Hiermit sollen zugleich technische Voraussetzungen geschaffen werden, mit denen die zahlreichen Berichtspflichten des Geschäftsbereiches insbesondere gegenüber dem Bund und der EU möglichst automatisiert erfüllt werden können.

Im Hinblick auf die zukünftige Gewährleistung eines wirtschaftlichen, ordnungsgemäßen und sicheren Betriebs der einzelnen IT-Fachverfahren mit ihren unterschiedlichen fachlichen, technischen und organisatorischen Anforderungen sollen die IT-Verfahren im Zuge einer möglichst weitgehenden Verlagerung des operativ-technischen Betriebs in das neue Rechenzentrum von Dataport (RZ²) konsolidiert werden. Die Konsolidierung der IT-Verfahren hin zu RZ²-Bedingungen steht unter dem Leitgedanken, Synergie- und Skaleneffekte möglichst optimal zu nutzen. Im Ergebnis steht mittlerweile die Basis einer speziellen Servicearea für den zukünftigen Betrieb der IT-Verfahren des MELUND im RZ² bereit und soll an weitere

fachliche Anforderungen angepasst und ausgebaut werden. Zur Erreichung einer möglichst weitgehenden Standardisierung werden die betroffenen Fachverfahren im Vorfeld einer Verlagerung hinsichtlich ihrer Kompatibilität zu den Rahmenbedingungen der MELUND-Servicearea geprüft und bei der Verlagerung ggfs. auf neue technologische Entwicklungen fortgeschrieben.

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für das aktuelle Planungsjahr

Im Vordergrund steht die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit aller Bereiche durch den ständigen Einsatz von ausreichend leistungsfähiger Hardware und Basissoftware und technische Unterstützung für den Einsatz von Fachanwendungen, die den jeweils aktuellen rechtlichen und fachlichen Anforderungen entsprechen. Schwerpunkte bilden die Konsolidierung der IT-Infrastruktur an den diversen Einzelstandorten im Geschäftsbereich und die Zentralisierung weiterer Fachverfahren im RZ², sowie die Weiterentwicklung der Geodateninfrastruktur. Derzeit liegt der Aufgabenschwerpunkt in der Transition des naturschutzfachlichen Verfahrens LANIS vom LLUR in das RZ² sowie die Datenbereitstellung über OGC-konforme Geo-WebDienste im Rahmen einer Service-orientierten Architektur. Zudem wird die anvisierte systematische Umstellung der Datenbanksysteme von Oracle auf PostGres im Rahmen der LANIS-Transition pilotiert.

Beschreibung der Aufträge zur Verwaltungsmodernisierung im Bereich der IT und der IT-Organisation für das aktuelle Planungsjahr

Mit der stetigen Weiterentwicklung der gesamten IT-Infrastruktur und Anpassung an den aktuellen Stand der Technik einschließlich der erforderlichen IT-Fortbildung sowohl für die IT-Administratoren als auch für die IT-Anwenderinnen und -Anwender wird ein erheblicher Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung geleistet. Schwerpunkte im aktuellen Planungsjahr sind die Weiterentwicklung der Dienste-orientierten Architektur, der Ausbau der Geodateninfrastruktur und die Verlagerung der operativen IT-Aufgaben u.a. durch die Transition von Fachverfahren (Rechenzentrumsbetrieb und Supportaufgaben) beim IT-Dienstleister Dataport. Zudem wird im Rahmen eines Organisationsprojektes die Anwendung der Vorgaben des Standardrollen ITSH auf die IT-Ablauforganisation des MELUND und der nachgeordneten Behörden (LKN, LLUR und LSH) untersucht.

4.1 Ressortschwerpunkte in der IT

Vgl. Ausführungen unter 4

LKN:

Im Koalitionsvertrag wird darauf hingewiesen, dass die Koalition auch zukünftig mit Strategien wie „Wattenmeer 2100“ und neuen Schwerpunkten im Küsten- und Binnenlandschutz Impulse setzen und mit konkreten Maßnahmen hinterlegen wird. Dies bedingt eine ausreichende IT-Ausstattung, die der Beantwortung der jeweiligen Fragestellung genügt. Im LKN.SH Haushalt wurden dafür die Geodaten PCs beantragt.

Des Weiteren soll die langfristige und nachhaltige Sicherheit vor Sturmfluten und Küstenabbrüchen an den Küsten von Nord- und Ostsee sowie vor Hochwasser und Starkniederschlägen in den Einzugsgebieten Schleswig-Holsteins gewährleistet werden. Die beantragten Tablets sollen dafür an der Ostküste eingesetzt werden.

Landeslabor:

- a) Aufbau eines Labornetzwerkes im LSH, das über einen gesicherten Zugang mit dem Landesnetz kommunizieren kann. Hintergrund: Im LSH werden neben ungefähr 200 Büroarbeitsplätzen ca. 120 sog. Steuerungsrechner betrieben, die die Messgeräte in den Laboren steuern, aber aufgrund von Gewährleistungsgründen von den Herstellern der Analysegeräte mitgeliefert werden und somit nicht den +1-Standard erfüllen. Nichtsdestotrotz sollen die Messdaten dieser Geräte in die Laborinformationssysteme (LIMS'e) des LSH einfließen sowie zentral gespeichert und gedruckt werden können.

- b) Erstellung eines Soll-Konzeptes für eine zukunftsfähige LIMS-Struktur Hintergrund: Im LSH gibt es derzeit mehrere verschiedene Laborinformationssysteme (LIMS'e), die der Verwaltung der Proben inkl. Untersuchungsergebnissen dienen. Vor dem Hintergrund der immer komplexer werdenden Datenstruktur und wachsenden Datenmenge strebt das LSH eine Vereinheitlichung der LIMS'e an - entweder durch ein neues System oder eine Zusammenführung der bestehenden Systeme (teilweise von unterschiedlichen Herstellern). Mit dieser Zusammenführung bzw. Vereinheitlichung soll der Pflegeaufwand hinsichtlich Schnittstellen zu Abrechnungsprogrammen, aber auch Laborrechnern deutlich reduziert werden. Um sich der Thematik "neue LIMS-Struktur" zu nähern, soll in 2018 eine externe Firma damit beauftragt werden, sich die bestehende LIMS-Struktur und die vorliegenden Anforderungen zu betrachten und einer Bewertung dahingehend zu unterziehen, ob eine Zusammenführung oder ein gänzlich neues System zielführend ist. Das Sollkonzept soll die Verfahrensschritte beschreiben, Berichte und Schnittstellen zu Laborrechnern und anderen Programmen beleuchten und letztlich eine Leistungsbeschreibung für das neue bzw. zusammengeführte LIMS beinhalten

4.2 Ressortschwerpunkte in der Digitalisierung

Ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Digitalisierung im Ressort ist das Thema öffentlicher Zugang zu Umweltdaten im Rahmen eines Data Warehouse und eines zentralen (Umwelt-)Portals. In diesem Kontext muss die Frage einer OpenData-Strategie geklärt werden. Auch die Themenbereiche Online-Anträge, Bürgerbeteiligungen und Datenbereitstellungen über Mobile Devices sollen möglichst über die im Land vorhandenen standardisierten E-Government Infrastrukturen aus den Fachinformationssystemen angebunden werden.

LKN:

Einsatz von Geo-Diensten

Der LKN.SH ist mit seinen umfangreichen Geofachdaten im Bereich der Morphologie, Hydrologie, Wattenmeermonitoring und Vermessung auf die performante Bereitstellung dieser sowie der Geobasisdaten zwingend angewiesen. Gerade im Bereich der Geobasisdaten gibt es einen hohen Bedarf an langfristig historisierten Daten, die bislang nicht vom LVerGeo als Dienste bereitgestellt werden und durch den LKN.SH selbst vorgehalten werden müssen.

Der LKN.SH prüft in welcher Art und Weise auch Geofachdaten zukünftig als Dienste bereitgestellt werden können.

Kleinstausstellen Anbindung

Die Kleinstausstellen des LKN.SH sind bisher mit einer 2 Mbit-Anbindung bzw. über LTE an das Landesnetz angeschlossen. Diese Bandbreite reicht mit zunehmender Digitalisierung der Arbeitsabläufe und Einsatz von zentral bereitgestellter Software (SAP) nicht mehr. Hier ist eine Erhöhung der Bandbreite zwingend erforderlich.

W-LAN im LKN.SH

Der LKN.SH arbeitet intensiv mit anderen Bundesländern und auch Nachbarländern im Bereich des Küsten- und Naturschutzes zusammen. Gerade im Bereich von Kooperationstreffen hat sich ein Bedarf für öffentliches W-LAN gezeigt, damit Partnerorganisationen ihre Systeme und Verfahren präsentieren können. Im Koalitionsvertrag wird in der digitalen Infrastruktur auf die Versorgung der öffentlichen Gebäude mit freiem W-LAN-Zugang für die Öffentlichkeit hingewiesen.

Erfüllung der GoBD

Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft gehen im LKN.SH vermehrt digitale Rechnungen per Email ein. Hierfür ist es gemäß der neuen Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) notwendig, digital erhaltene sowie versendete Schriftstücke (Rechnungen etc.) manipulationssicher und mit einem vollständig beschriebenen Verfahren für zehn Jahre zu archivieren. Ein entsprechendes Archivierungssystem ist somit zu implementieren und die Prozesse so anzupassen, dass diese auch datenschutzrechtlich unbedenklich sind.

4.3 Ressortschwerpunkte im E-Government

Im Rahmen der fachlichen Anforderungen in Bezug zu Bürgerbeteiligungen und Antrags- und Meldeverfahren werden derzeit die standardisierten E-Government Infrastrukturen im Rahmen neuer Verfahren z.B. **Raumordnung Bürger Online Beteiligung** (kurz: ROBOB beim Landschaftsprogramm) oder bei der Meldung von Gänsefraßschäden in Verbindung mit Fachverfahren gekoppelt. Zudem werden erste Anwendungen im Bereich von App-Entwicklungen wie die Fundmeldungen invasiver Arten und Umweltdaten in Schleswig-Holstein über die App „Meine Umwelt“ implementiert.

LKN:

Erfüllung der GoBD

Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft gehen im LKN.SH vermehrt digitale Rechnungen per Email ein. Hierfür ist es gemäß der neuen Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) notwendig, digital erhaltene sowie versendete Schriftstücke (Rechnungen etc.) manipulationssicher und mit einem vollständig beschriebenen Verfahren für zehn Jahre zu archivieren. Ein entsprechendes Archivierungssystem ist somit zu implementieren und die Prozesse so anzupassen, dass diese auch datenschutzrechtlich unbedenklich sind.

5. Kooperationen

Im Zusammenhang mit den diversen, in den Fachbereichen eingesetzten Fachverfahren bestehen vielfältige Kooperationsformen mit anderen Bundesländern und dem Bund sowie mit den kommunalen Gebietskörperschaften in Schleswig-Holstein. Im Bereich des LKN bestehen Kooperationen mit den Nachbarstaaten Dänemark und den Niederlanden.

6. Betreuungsbereich (Hardware / Software / Sonstiges)

LLUR

Art	Anzahl am 31.12.2016
Server	44
APC	784
Notebook	103
Drucker	336
Monitore	917

LKN

Art	Anzahl am 31.12.2016
Server	26
APC	567
Notebook	154
Drucker	340
Monitore	650

Landeslabor

Art	Anzahl am 31.12.2016
Server	15
APC	225
Notebook	45
Drucker	49
Monitore	247

BNUR

Art	Anzahl am 31.12.2016
Server	1
APC	15
Notebook	7
Drucker	11
Monitore	15

6a. Betreuungsbereich / Bereinigung (Hardware / Software / Sonstiges)

LLUR

Art	Anzahl am 01.08.2017
Server	44
APC	838
Notebook	159
Drucker	330
Monitore	1075

LKN

Art	Anzahl am 01.08.2017
Server	26
APC	567
Notebook	154
Drucker	340
Monitore	650

Landeslabor

Art	Anzahl am 01.08.2017
Server	15
APC	225
Notebook	45
Drucker	49
Monitore	247

BNUR

Art	Anzahl am 01.08.2017
Server	1
APC	15
Notebook	7
Drucker	11
Monitore	15

7. IT Personal (Stichtag 31.12.2016)

LLUR (inkl. Bearbeitung IT-Angelegenheiten des BNUR)

Kernprozesse	IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Fachprozesse Σ	1.616,9	0	0
Anforderungsmanagement	86,3	0	0
Entwicklung	43,15	0	0
Test und Freigabe	43,15	0	0
Einführung	86,3	0	0
Support	557	0	0
Betrieb	801	0	0
Unterstützungsprozesse Σ	909,6	0	0
Releasemanagement	0	0	0
Architektur / Standards	337	0	0
Sicherheitsmanagement	164	0	0
Service-Planung	10	0	0
Organisation	7,8	0	0
Qualitätsmanagement	7,8	0	0
Finanzmanagement	136	0	0
Beschaffung	168	0	0
IT-Schulung	21	0	0
interne Dienstleistungsprozesse	58	0	0

Kernprozesse	IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)	(Stellen in PT)
Führungsprozesse Σ	47	0	0
Strategie	47	0	0
Änderungsmanagement	0	0	0
Kundenmanagement	0	0	0
Summe GESAMT	2.573,5	0	0

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 12,2547619

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 15

LKN

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
Fachprozesse	Σ	250	583	145
Anforderungsmanagement		16	205	109
Entwicklung		52	220	0
Test und Freigabe		17	20	15
Einführung		40	35	11
Support		45	100	8
Betrieb		80	3	2
Unterstützungsprozesse	Σ	1014	120	19
Releasemanagement		30	11	2
Architektur / Standards		315	15	2
Sicherheitsmanagement		56	0	0
Service-Planung		84	0	0
Organisation		130	0	0
Qualitätsmanagement		46	5	0
Finanzmanagement		100	23	10
Beschaffung		80	51	5
IT-Schulung		48	15	0
interne Dienstleistungsprozesse		125	0	0
Führungsprozesse	Σ	91	10	74
Strategie		67	10	52
Änderungsmanagement		14	0	0

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
	Kundenmanagement	10	0	22
Summe GESAMT		1355	713	238

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 10,98095238

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 7

Landeslabor

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
Fachprozesse Σ		729	0	0
	Anforderungsmanagement	0	0	0
	Entwicklung	0	0	0
	Test und Freigabe	0	0	0
	Einführung	273	0	0
	Support	158	0	0
	Betrieb	298	0	0
Unterstützungsprozesse Σ		28	0	0
	Releasemanagement	0	0	0
	Architektur / Standards	0	0	0
	Sicherheitsmanagement	17	0	0
	Service-Planung	0	0	0
	Organisation	0	0	0

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
	Qualitätsmanagement	0	0	0
	Finanzmanagement	0	0	0
	Beschaffung	11	0	0
	IT-Schulung	0	0	0
	interne Dienstleistungsprozesse	0	0	0
Führungsprozesse Σ		42	0	0
	Strategie	42	0	0
	Änderungsmanagement	0	0	0
	Kundenmanagement	0	0	0
Summe GESAMT		799	0	0

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 3,804761905

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 5

7a. IT Personal / Bereinigung (Stichtag 01.08.2017)

LLUR (inkl. Bearbeitung IT-Angelegenheiten des BNUR)

Kernprozesse	IT-Personal	Personal mit	Personal in
--------------	-------------	--------------	-------------

Prozesse	nach GVP (Nr. 7.1)	IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	IT-Projekten (Nr. 7.3)
Fachprozesse Σ	1616,9	0	0
Anforderungsmanagement	86,3	0	0
Entwicklung	43,15	0	0
Test und Freigabe	43,15	0	0
Einführung	86,3	0	0
Support	557	0	0
Betrieb	801	0	0
Unterstützungsprozesse Σ	909,6	0	0
Releasemanagement	0	0	0
Architektur / Standards	337	0	0
Sicherheitsmanagement	164	0	0
Service-Planung	10	0	0
Organisation	7,8	0	0
Qualitätsmanagement	7,8	0	0
Finanzmanagement	136	0	0
Beschaffung	168	0	0
IT-Schulung	21	0	0
interne Dienstleistungsprozesse	58	0	0
Führungsprozesse Σ	47	0	0
Strategie	47	0	0
Änderungsmanagement	0	0	0
Kundenmanagement	0	0	0
Summe GESAMT	2573,5	0	0

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 12,2547619

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 15

LKN

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
Fachprozesse	Σ	250	583	145
	Anforderungsmanagement	16	205	109
	Entwicklung	52	220	0
	Test und Freigabe	17	20	15
	Einführung	40	35	11
	Support	45	100	8
	Betrieb	80	3	2
Unterstützungsprozesse	Σ	1014	120	19
	Releasemanagement	30	11	2
	Architektur / Standards	315	15	2
	Sicherheitsmanagement	56	0	0
	Service-Planung	84	0	0
	Organisation	130	0	0
	Qualitätsmanagement	46	5	0
	Finanzmanagement	100	23	10
	Beschaffung	80	51	5
	IT-Schulung	48	15	0
	interne Dienstleistungsprozesse	125	0	0

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
Führungsprozesse Σ		91	10	74
	Strategie	67	10	52
	Änderungsmanagement	14	0	0
	Kundenmanagement	10	0	22
Summe GESAMT		1355	713	238

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 10,98095238

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 7

Landeslabor

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
Fachprozesse Σ		729	0	0
	Anforderungsmanagement	0	0	0
	Entwicklung	0	0	0
	Test und Freigabe	0	0	0
	Einführung	273	0	0
	Support	158	0	0

Kernprozesse		IT-Personal nach GVP (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)
Prozesse				
	Betrieb	298	0	0
Unterstützungsprozesse Σ		28	0	0
	Releasemanagement	0	0	0
	Architektur / Standards	0	0	0
	Sicherheitsmanagement	17	0	0
	Service-Planung	0	0	0
	Organisation	0	0	0
	Qualitätsmanagement	0	0	0
	Finanzmanagement	0	0	0
	Beschaffung	11	0	0
	IT-Schulung	0	0	0
	interne Dienstleistungsprozesse	0	0	0
Führungsprozesse Σ		42	0	0
	Strategie	42	0	0
	Änderungsmanagement	0	0	0
	Kundenmanagement	0	0	0
Summe GESAMT		799	0	0

Vollzeitvolumen in Stellen (GESAMT / 210 PT) : 3,804761905

durch Beschäftigte (absolut = Anzahl der MA) erbracht : 5

Maßnahmenplanung 2017

Verzeichnis der IT-Maßnahmen

[Basis der Erhebungen zum Gesamtplan IT und Digitalisierung]

Stichtag 12.10.2017

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Kapitel 1401	4
Zentrales IT-Management „Intern“	4
Kapitel 1402	6
Landtagsverwaltung	6
Staatskanzlei.....	8
Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung.....	13
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	57
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration	78
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	128
Zentrales IT-Management SH.....	152
Finanzministerium	212
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	232
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren	236
Kapitel 1403	249
Zentrales IT-Management „Kommunal“.....	249
Kapitel 1404	259
Zentrales IT-Management „Verwaltungsmodernisierung“	259
Kapitel 1405	265
Finanzministerium „Projekt KoPers“	265
Kapitel 1406	273
Zentrales IT-Management „Digital Funk SH“	273

Einleitung

Das Verzeichnis der IT-Maßnahmen ist ein Ausdruck der Datenbank ITWeb 2.0 (ITM 2460030000) zum Stichtag 12.10.2017. Auf der Basis dieser Erhebungen wurde das Zahlenwerk zum Gesamtplan IT und Digitalisierung erstellt. Die Stichtagsregelung ist notwendig, da der LRH eine überprüfbare Datenbasis der IT-Gesamtplanung wünscht. Ansonsten ist das ITWeb 2.0 eine „lebende“ Datenbank, die den Planungen der Ressorts entsprechend fortgeschrieben und aktualisiert wird.

Der Ausdruck des ITWeb 2.0 wurde überarbeitet und ist in diesem Papier auf die Kerninhalte Beschreibung, Unterverfahren (falls ausgewiesen), Zielbeschreibung und Bedarfsplanung 2017 bis 2021 begrenzt.

Bei den dargestellten Finanzbedarfen handelt sich um Planungsdaten, die vom ZIT SH in IT-Budgetgesprächen qualifiziert werden müssen. Diese Budgetgespräche werden jährlich (1. Quartal) mit den Ressorts geführt und unterjährig fortgesetzt. Erst die Verhandlungsergebnisse begründen die Zuweisung von Haushaltsmittel für lfd. Vertragslagen (Betrieb und Pflege von IT-Verfahren) sowie Finanzierungsvorbehalte (Zuweisung nach Projektfortgang) bei anstehenden Neuentwicklungen oder umfangreichen Fortentwicklungen (IT-Vorhaben).

Das IT-Maßnahmenverzeichnis ist nicht vertraulich und kann mit dem Gesamtplan 2018 für IT und Digitalisierung veröffentlicht werden.

Hinweis: Das Dokument ist so gestaltet, dass es einen Vor- und Rückseitendruck (umseitig) ermöglicht. Der Versatz des Textbeginns in der elektronischen Fassung ist dieser Aufbereitung geschuldet.

Kapitel 1401

Allgemeine Angelegenheiten

Zentrales IT-Management „Intern“

ITM 2552010000

Bezeichnung Ausgaben für Büroausstattung und Bauunterhaltung für das ZIT SH (NMW 220)

Ressort / Dst. ZIT SH III / ZIT V 31 III

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Das ZIT SH ist als Teil der Staatskanzlei / Abt. StK 4 im Niemansweg 220 (NW 220) seit 01.08.2016 untergebracht. Der Raumbedarf ändert sich in 2017 auf 60 Personen, damit müssen weitere Diensträume im NW 220 bezugsfertig hergerichtet werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit des ZIT SH	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51101	Sonstige Kosten	0,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53399	Verträge	0,0	5,7	0,0	0,0	0,0	0,0
53399	Sonstige Kosten	0,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	65,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	90,7	0,0	0,0	0,0	0,0

Kapitel 1402

Informations- und Kommunikationstechnologien

Landtagsverwaltung

ITM 2479010000

Bezeichnung Betrieb +1 in der Landtagsverwaltung

Ressort / Dst. LT / LT

Status aktiv / nicht etatzfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,8	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
53356	Verträge	79,7	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0
53356	Sonstige Kosten	3,1	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6
	Summe	84,6	102,2	102,2	102,2	102,2	102,2

ITM 2495030000

Bezeichnung E-Akte Landtagsverwaltung

Ressort / Dst. LT / LT

Status aktiv / nicht etatzfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	5,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0

53356	Sonstige Kosten	21,5	7,0	6,8	6,8	6,8	6,8
81246	Verträge	0,0	1,9	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	3,0	2,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	4,2	2,6	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	30,7	16,5	8,8	6,8	6,8	6,8

Staatskanzlei

ITM 2139030000

Bezeichnung Dachportal schleswig-holstein.de

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Redaktionelle Weiterentwicklung des Internetangebots der Landesregierung.

Mit dem Landesportal schleswig-holstein.de nutzt die Landesregierung umfassende Möglichkeiten der Kommunikation mit der Bevölkerung. Es ist nicht nur ein Instrument der Information, sondern trägt als Instrument der politischen Kommunikation dazu bei, ohne den „Filter“ und der notwendigen Reduktion durch Medien direkt mit den Menschen zu kommunizieren. Dies bietet jenseits der klassischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Möglichkeit, selbst die Themen zu beschreiben, dass sie bei den Empfängern ankommen, und Sachverhalte in ihrer Komplexität darzustellen. Darüber hinaus bietet das Internet mit modernen Instrumenten ganz neue Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger nicht nur zu informieren, sondern sie an der politischen Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen.

Um die Menschen zu erreichen, die sich nicht in erster Linie für Politik interessieren, muss der Umfang journalistisch aufbereiteter Filme noch weiter ausgebaut werden, die mit der Arbeit der Landesregierung in Verbindung stehen, diese näher erklären und die Nutzer auch emotional berühren. Sie finden Eingang ins Landesportal sowie auf den Schleswig-Holstein-Seiten bei Facebook und YouTube.

Um die immer aufwändigere und kostenträchtigere Individualanpassung durch den Betreiber Dataport zu vermeiden, ist es notwendig, für die Weiterentwicklung des Landesportals Lösungen anderer Stellen zu adaptieren. Hierfür ist externe Unterstützung und Anpassungsaufwand erforderlich.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Redaktionelle Weiterentwicklung des Internetangebots der Landesregierung	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	10,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
	Summe	10,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0

ITM 2140030000

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Diese IT-Maßnahme enthält die Aufwendungen für Pflege, Wartung und Upgrade der Newbase-Softwaremodule für die Herstellung des täglichen Pressespiegels (gemeinsames Clippingteam mit der Landtagsverwaltung), des Newbase MediaPortals für die Bereitstellung des Pressespiegel an 150 Leser in den obersten Landesbehörden, des mecon-Newsserver für die Übermittlung der dpa-Nachrichten und der celum-Datenbank für die Archivierung der Bilder im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Landesportal.

Weiterhin enthält diese IT-Maßnahme die Lizenzkosten für dpa-Nachrichtenübermittlung (einschl. mobiler Endgeräte) sowie für die Erstellung des elektronischen Pressespiegels und die Archivierung der Presseartikel.

Mit dpa bestehen Verträge mit festen Konditionen, die der Staatskanzlei und den Ministerien den Bezug der aktuellen Nachrichten, der dpa-Bilder und der dpa-Grafiken erlauben. Einsparungen wären nur durch Kündigung dieser Verträge möglich. Sowohl die Abteilung P als auch die Pressestellen der Ministerien sind für ihre originäre Arbeit auf diesen aktuellen Informationspool zwingend angewiesen.

Die Kostensteigerungen bei den Lizenzkosten für die Herstellung der elektronischen Pressespiegel einschl. Archivierung in einem Pressearchiv an die Presse-Monitor GmbH (PMG) sind durch eine spürbare Reduzierung der Leser von 375 auf 150 aufgefangen worden. Für die nächsten Jahre ist regelmäßig mit Kostensteigerungen (zwischen 5 und 10% pro Jahr) zu rechnen. Um an der bewährten Qualität des Pressespiegels festzuhalten mit seinem täglichen Überblick über die politische Berichterstattung der Medien in Schleswig-Holstein, sind auch in Zukunft ca. 12.500 Artikel pro Jahr erforderlich. Weitere Einsparungen sind nicht möglich.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	DPA Newsticker	Lieferung und Verteilung von aktuellen Pressemeldungen der Deutschen Presseagentur.
2	Pressespiegel	Im Zuge der Erstellung des aktuellen Pressespiegels der Landesregierung werden Abgaben an die Rechteinhaber fällig. Die Abwicklung erfolgt zentral über die Presse Monitor Gesellschaft.
3	Fotodatenbank	Fotodatenbank der Regierungspressestelle für die Verwaltung von aktuellem Bildmaterial. Das Bildmaterial wird für die Veröffentlichungen im Rahmen von Broschüren und im Internetportal vorgehalten. Schwerpunkt ist dabei die Verwaltung der Bildrechte.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Nutzung von Nachrichtentickern, Herstellung elektronischer Pressespiegel und Betrieb elektronischer Medienarchive mit täglicher Verfügbarkeit.	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	9,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0

53356	Sonstige Kosten	15,0	16,0	17,0	17,0	17,0	17,0
53413	Verträge	188,5	192,5	192,5	196,5	205,5	209,5
	Summe	212,5	222,5	223,5	227,5	236,5	240,5

ITM 2142020000

Bezeichnung Beschaffungen - Staatskanzlei

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Sonstige Kosten	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	25,2	23,6	23,6	23,6	172,0	23,6
	Summe	65,2	23,6	23,6	23,6	172,0	23,6

ITM 2144010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Staatskanzlei

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Implementierung einer neuen Software (ZAM Event) im Veranstaltungsbe- reich/Protokoll und Auflösung der veralteten ACCESS-Datenbanken.	bis 2018

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

51143	Sonstige Kosten	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
51144	Verträge	26,4	26,4	26,4	26,4	26,4	26,4
51144	Sonstige Kosten	26,0	27,0	28,0	29,0	29,0	29,0
52537	Sonstige Kosten	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6
53356	Verträge	192,0	175,0	175,0	175,0	175,0	175,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	8,0	12,0	2,0	2,0	2,0
	Summe	271,0	263,0	268,0	259,0	259,0	259,0

ITM 2141010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - LV Berlin

Ressort / Dst. STK / LV Berlin

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	35,2	35,4	35,3	35,3	35,3	35,3
53356	Sonstige Kosten	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
81246	Beschaffung	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	37,4	36,4	36,3	36,3	36,3	36,3

ITM 2143020000

Bezeichnung Beschaffungen - LV Berlin

Ressort / Dst. STK / LV Berlin

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	2,1	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	20,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	22,8	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2524030000

Bezeichnung Unterstützung des Sicherheitsmanagements der Landesvertretungen

Ressort / Dst. STK / LV Berlin

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Interaktive Software zur Unterstützung des Sicherheitsmanagements der Landesvertretungen SH/NI, insbesondere um einen rechtskonformen und effizienten Betrieb einer Versammlungsstätte zu gewährleisten.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	11,3	5,3	5,3	5,3	5,3
	Summe	0,0	11,3	5,3	5,3	5,3	5,3

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

ITM 2239020000

Bezeichnung Beschaffung Ministerium MJEVG

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffung Hard- und Software aus dem standardisierten Dataport Warenkorb.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung funktionierender BK-Arbeitsplätze nach dem aktuellen technischen Stand	
2	Einsatz der aktuellen Landesstandards und der standardisierten Hard- und Software aus dem Dataport-Warenkorb	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	60,2	80,2	61,2	36,8	44,6	44,3
	Summe	60,2	80,2	61,2	36,8	44,6	44,3

ITM 2247010000

Bezeichnung Lfd. Betrieb Bürokommunikation Ministerium MJEVG

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Gewährleistung des laufenden Betriebs der BK-Infrastruktur des MJEVG - ohne nachgeordneten Bereich.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einsatz von Landesstandards	
2	Nutzung zentraler Infrastrukturen	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	3,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Sonstige Kosten	24,1	22,6	22,6	22,6	22,6	22,6
51144	Verträge	16,2	20,5	20,3	20,3	20,3	20,3
51144	Sonstige Kosten	6,3	12,0	8,1	8,1	8,3	8,3
52537	Sonstige Kosten	8,0	9,0	8,0	8,0	8,0	8,0
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	49,7	52,9	52,9	52,9	52,9	52,9
53356	Sonstige Kosten	5,0	44,6	14,0	14,0	14,0	14,0
	Summe	113,8	162,6	126,9	126,9	127,1	127,1

ITM 2218030000

Bezeichnung Bundesweite Internetplattformen der Justiz

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Betrieb von einheitlichen Veröffentlichungen und Dienstleistungsplattformen der Justiz (Bund und 16 Bundesländer) in der Bundesrepublik Deutschland im Internet, über die Bekanntmachungen (Insolvenz bekanntmachungen, Zwangsvollstreckungstermine, Gerichtstafel) und Dienstleistungen (Rechtsdienstleistungsregister, Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank, Justizauktion) angeboten werden. Diese unterschiedlichen Angebote sind über ein zentrales Portal www.justiz.de erreichbar. Seit 01.01.2012 wird das Angebot ergänzt durch das zentrale Testamentsregister der Bundesnotarkammer. Am 01.01.2013 hat im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung das bundesweite Schuldnerportal seinen Betrieb aufgenommen. Zum 01.01.2016 nicht das gesetzlich vorgeschriebene zentrale Schutzschriftenregister seinen Betrieb auf.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Betrieb des Portals	Basiskosten für die Bereitstellung der Portalinfrastruktur
2	Personalkosten Redaktion	NRW stellt das Personal für die Portalredaktion. Die Kosten werden auf alle umgelegt.
3	Übersetzungen	Die Inhalte des Portals werden mehrsprachig dargestellt und müssen daher parallel zu Änderungen etc. übersetzt werden.
5	Orts- und Gerichtsdatei	Das Land BW pflegt die Orts- und Gerichtsdatei. Die Kosten werden über das Justizportal abgewickelt.
6	Online-Formulare	Über das Portal werden in zunehmendem Umfang Online-Formulare zur Verfügung gestellt werden, welche in Zukunft auch online versandt werden können. Die Bedeutung wird mit Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs weiter zunehmen.
7	Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank	Die DÜD ist aufgrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EUDLR) verpflichtend.
8	Rechtsdienstleistungsregister	Das Rechtsdienstleistungsregister ist ebenfalls aufgrund EUDLR verpflichtend.
9	Informationssystem für Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes (KapMuG)	Nach § 12 Absatz 2 des KapMuG in der ab dem 1. Juli 2013 geltenden Fassung ist ein elektronisches Informationssystem umzusetzen.
10	Justizauktion	Das bundesweite Portal Justizauktion verbessert die Verwertungsmöglichkeiten für Pfandgut und entlastet die Gerichtsvollzieher.
11	Insolvenzportal	Fachportal zur Veröffentlichung von Insolvenzbekanntmachungen

12	ZVG-Portal	Fachportal zur Veröffentlichung von Zwangsversteigerungsterminen
13	Handelsregisterbekanntmachungen	Fachportal zur Veröffentlichung von Handelsregisterbekanntmachungen
14	Vollstreckungsportal	Bundesweites Schuldnerverzeichnis gemäß Gesetz zur Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung
15	Gerichtstafel	Noch in Konzeption befindliches Veröffentlichungsportal für gerichtliche Aushänge
16	Schutzschriftenregister	Register für die Veröffentlichung von vorbeugenden Verteidigungsschriftsätzen gegen erwartete Anträge auf Arrest oder einstweilige Verfügung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel ist es, sämtliche Register und Bekanntmachungen über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die teuren Papierbekanntmachungen in Tageszeitungen und Publikationsorganen (z.B. Bundesanzeiger oder Schleswig-Holsteinischen Anzeigen) durch die günstigen Internetbekanntmachungen zu ersetzen, die im Gegensatz zu Printmedien weltweit und vor allem länger verfügbar sind.	
2	Das Rechtsdienstleistungsregister sowie die Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank sind aufgrund der EUDLR verpflichtend.	
3	Das bundesweite Portal Justizauktion verbessert die Verwertungsmöglichkeiten für Pfandgut und entlastet die Gerichtsvollzieher.	ab 01.05.2011
4	Das zentrale Testamentsregister verbessert den Schutz der Interessen von Erblassern und Erbberechtigten sowie insbesondere der Erbrechte nichtehelicher Kinder.	ab 01.01.2012
5	Das bundesweite Schuldnerportal setzt die sich aus dem Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung ergebene Verpflichtung, die derzeit je Amtsgericht geführten Schuldnerverzeichnisse zu zentralisieren, in wirtschaftlichster Weise um.	ab 01.01.2013
6	Der Aufbau eines Schutzschriftenregisters ergibt sich verpflichtend aus dem eJustice-Gesetz.	ab 01.01.2016

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
53413	Verträge	198,9	213,8	317,1	179,3	179,3	179,3
	Summe	199,4	214,3	317,6	179,8	179,8	179,8

ITM 2220030000

Bezeichnung Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zugriff auf aktuelle Gesetze, Kommentare und Rechtsprechung für die Richterinnen und Richter	Laufende Aktualisierung

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53413	Verträge	382,0	387,8	393,7	393,7	393,7	393,7
53413	Sonstige Kosten	7,5	8,0	7,5	7,5	7,5	7,5

	Summe	390,5	396,8	403,7	403,7	403,7	403,7
--	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

ITM 2221030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Pflege/Support/Weiterentwicklung der Fachanwendung MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation) sowie dem Kostenmodul. Die MEGA-Systemadministratoren der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie die Fachgruppe erstellen Fehlermeldungen / Änderungsbedarfe. Vor einer evt. Umsetzung erfolgt eine Aufwandsschätzung durch das Entwicklerteam bei Dataport. Neben der Umsetzung technischer Notwendigkeiten erfolgen auch gesetzliche und fachliche Anpassungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung Betriebes Fachanwendung MEGA (Pflege und Weiterentwicklung)	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	14,3	19,0	14,3	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	14,3	19,0	14,3	0,0	0,0	0,0

ITM 2222030000

Bezeichnung Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Sicherstellung der IT-Kommunikation zwischen den schleswig-holsteinischen Gerichten und Staatsanwaltschaften einerseits und externer Organisationen andererseits durch den Einsatz einer Zentralen Kommunikationskopfstelle Justiz (ZKK-Justiz). Sie dient als Informationsaustausch zwischen den eigenen IT-Verfahren und IT-Verfahren externer Organisationen sowie landesinterner Anwendungen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Externe Kommunikationspartner	Es bestehen Anbindungen an externe Kommunikationspartner das Bundeszentralregister (BZR), Gewerbezentralregister (GZR), das Zentrale staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister (ZStV), das Verkehrszentralregister (VZR), das Statistische Landesamt (StaLa) sowie landesinternen Anwendungen PED, OWI, SAP und FOLIA/PKI.
02	Kommunikation Register	Für die Kommunikation mit den Registern BZR, GZR und ZStV stellt die ZKK-Justiz für die Staatsanwaltschaften und Gerichte die Landeskopfstelle S-H dar.
03	OpenFT	Die Anbindung aller internen Partner an den zentralen Kommunikationsrechner erfolgt ausschließlich über OpenFT.
04	Pflege MEKOM	Die Pflege der von Dataport erstellten Programme zur Automation der Kommunikation (MEKOM-FT und MEKOM-EM) sind Bestandteil der ZKK-Justiz.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Sicherstellung des Informationsaustausches zwischen den IT -Justizbehörden und den IT - Verfahren externer Organisationen sowie landesinterner Anwendungen	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	99,0	99,0	100,8	100,8	100,8	100,8
	Summe	99,0	99,0	100,8	100,8	100,8	100,8

ITM 2223030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fortführung des Elektronischen Rechtsverkehrs in den Registergerichten, Einführung der elektronischen Akte im Vereinsregister, Fortführung und Aktualisierung der Elektronischen Akte im allg.; Abruf von Daten aus dem Register sowie aus der Elektronischen Akte via Internet (bundesweites Registerportal)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Fortführung des Elektronischen Rechtsverkehrs in den Registergerichten, Einführung der elektronischen Akte im Vereinsregister, Fortführung und Aktualisierung der Elektronischen Akte im allg.; Abruf von Daten aus dem Register sowie aus der Elektronischen Akte via Internet (bundesweites Registerportal)	
2	Migration von AUREG nach AuRegis	01.01.2017- 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Verträge	23,6	5,7	4,7	4,7	4,7	4,7
52537	Sonstige Kosten	0,5	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
52706	Sonstige Kosten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Verträge	901,6	686,7	1.016,7	779,6	782,3	784,3
53356	Sonstige Kosten	0,0	3,4	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	928,7	699,8	1.025,3	788,2	790,9	792,9

ITM 2224030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Elektronischen Grundbuchs (EGB) in den Schleswig-Holsteinischen Grundbuchämtern mit den Zielen

- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein
- Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung
- Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens
- schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein	
2	Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung	
3	Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens	
4	schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51143	Beschaffung	0,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Verträge	128,6	18,8	18,5	20,0	20,0	20,0

52537	Sonstige Kosten	29,8	4,5	12,0	12,0	12,0	12,0
52706	Sonstige Kosten	8,0	8,0	10,0	8,0	8,0	8,0
53356	Verträge	778,6	838,8	802,1	789,5	789,5	789,5
53356	Sonstige Kosten	0,0	51,2	265,0	415,0	415,0	415,0
81246	Beschaffung	14,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	960,0	942,3	1.108,6	1.245,5	1.245,5	1.245,5

ITM 2227030000

Bezeichnung Elektronischer Rechtsverkehr

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Ziel des elektronischen Rechtsverkehrs ist es, den Beteiligten an gerichtlichen Verfahren die Abgabe verbindlicher Erklärungen gegenüber den Gerichten und Justizbehörden in elektronischer Form zu ermöglichen. Als Infrastruktur für die elektronische Kommunikation wurde nach dem Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach als nächster Schritt ein Konzept für einen umfassenden Registrierungsdienst (SAFE) entwickelt und implementiert. Das SAFE-System wurde 2011 in Betrieb genommen.

Das „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ ist am 10.10.2013 in Kraft getreten und sieht in allen Prozessordnungen (bis auf StPO) vor, dass professionelle Verfahrensbeteiligte (Anwälte, Steuerberater, Behörden pp) spätestens am 01.01.2018 mit den Gerichten nur noch elektronisch kommunizieren. Des Weiteren liegt zwischenzeitlich ein Regierungsentwurf zur Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen vor. Die Justiz wird dementsprechend in absehbarer Zukunft auf elektronische Aktenführung umstellen müssen.

Die Umsetzung des justizweiten ERV wurde konzipiert und pilotiert und wird insbesondere in 2017 flächendeckend umgesetzt. Die projektbezogenen Ansätze ergeben sich aus der ITM 2500030000. In der ITM 2227030000 sind die Mittelbedarfe veranschlagt, die für den laufenden Betrieb sowie Pflege und Weiterentwicklung der bereits im Einsatz befindlichen Komponenten erforderlich sind. Die Betriebskosten für die Aufbau der Test- und Produktionsumgebung für die führende elektronische Justizakte werden auf diese Maßnahme nach Pilotierung übergehen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung

1	EGVP und SAFE	Das EGVP befindet sich bereits seit 2006 im Einsatz und ist mittlerweile über den reinen Justizsektor hinaus verbreitet. Aus diesem Grund werden die Kosten des Betriebes und der Weiterentwicklung aus der entsprechenden Maßnahme des Finanzministeriums getragen. Aus der Maßnahme 2227030000 werden die Kosten der EGVP-Geschäftsstelle finanziert, da diese Positionen sehr justiz-lastig sind und sich auch nicht mehr ausschließlich auf EGVP beziehen sondern Aufgabenüberschneidungen mit SAFE vorliegen. Auch bei SAFE wird der Betrieb aus der entsprechenden Maßnahme des Finanzministeriums getragen. In der Maßnahme 2227030000 sind die Mittel für die Pflege und Weiterentwicklung veranschlagt sowie für den Betrieb der dafür erforderlichen Testumgebung.
2	VIS-kompakt/VIS5/EGVP-VIS-Adapter	Die elektronische Akte ist im Einsatz in den Registergerichten, den Grundbuchämtern sowie in den Verwaltungen der Justizbehörden (e-JuVa). Veranschlagt in der Maßnahme 2227030000 sind die Kosten für den Betrieb des justizseitigen VIS5 bei Dataport sowie die Weiterentwicklungen über den Entwickler PDV-Systeme-GmbH. Da VIS5 auch als Infrastruktur für den ERV genutzt wird (revisionssicheres Speichern), werden auch entsprechend notwendige Anpassungen bzw. Weiterentwicklungen des EGVP-VIS-Adapters aus dieser Maßnahme getragen.
3	Sonstige ERV-Projekte soweit nicht 2500030000	XJustiz-Pflegestelle
4	eKP - Betrieb der Testumgebung	Die laufenden Betriebskosten für die Test- und Schulungsumgebung der elektronischen Kommunikationsplattform sind in dieser Maßnahme veranschlagt. Die Betriebskosten der Produktionsumgebung werden nach Abtrennung von den forumSTAR-Verträgen ebenfalls in diese Maßnahme übergehen. Die Entwicklungskosten der eKP werden über den forumSTAR-Verbund abgerechnet und laufen daher in einer anderen Maßnahme.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bürgerinnen und Bürger sowie Rechtsanwalt- und Notarschaft sollen auf elektronischem Wege mit Gerichten und Staatsanwaltschaften „online“ kommunizieren können. Dahinter verbirgt sich die Aufgabe für die Justiz, ihre Dienstleistungen durch den Einsatz moderner IT so umzugestalten, dass eine Online-Kommunikation über das Internet mit externen Personen und Einrichtungen möglich ist.	31.12.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)

51143	Verträge	46,6	85,9	125,2	164,4	164,4	164,4
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52706	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	1.012,0	1.385,8	5.066,0	5.163,0	5.383,0	5.583,0
53356	Sonstige Kosten	68,0	61,3	40,0	32,5	30,0	30,0
53503	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.127,9	1.533,0	5.231,2	5.359,9	5.577,4	5.777,4

ITM 2229030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / nicht etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die sozialen Dienste der Justiz in Schleswig-Holstein unterteilen sich im Wesentlichen in die Gerichtshilfe bei den Staatsanwaltschaften (§ 160 StPO), die Vollzugsabteilungsleitungen und ergänzende Fachkräfte in den Justizvollzugseinrichtungen sowie die Bewährungshilfe (§ 56d StGB) und die Führungsaufsicht (§ 68 StGB) bei den Landgerichten.

Die EDV-Fachanwendung SoPart Justiz ist eine Softwarelösung für alle Fachbereiche der sozialen Dienste der Justiz und ermöglicht die fachbereichsübergreifende Betreuung von Klienten. Die zu einem Klienten zu erhebenden persönlichen Daten können in SoPart Justiz strukturiert erfasst und bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen oder bei Übergang der Zuständigkeit von einem Fachbereich an einen anderen elektronisch weitergegeben werden, z.B. nach Ende der Haftstrafe vom Justizvollzug an die Bewährungshilfe. SoPart Justiz hält zudem für alle Fachbereiche standardisierten Schriftverkehr (intern / extern) in Form von Word-Formularen sowie einheitliche Kataloge für Behandlungs- /Betreuungsmaßnahmen (z.B. Therapie, Beratung, Aus- und Weiterbildung) vor. Schriftverkehr und Behandlungsmaßnahmen zu einem Klienten werden ebenfalls in SoPart Justiz dokumentiert (keine elektronische Akte) und können zu einem späteren Zeitpunkt durch einen anderen Fachbereich zur weiteren Betreuungsplanung eingesehen werden. Daneben bietet SoPart Justiz den sozialen Diensten der Justiz durch fachbereichsspezifische Module zusätzliche elektronische Unterstützung bei der Aufgabenwahrnehmung.

SoPart Justiz hat sich im Bundesgebiet als EDV-Fachanwendung für die sozialen Dienste der Justiz etabliert. Im Rahmen eines Länderverbands nutzen neben Schleswig-Holstein die Bundesländer Bayern, Berlin, Hessen Nordrhein-Westfalen und das Saarland das Produkt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Bewährungs- /Gerichtshilfe	<p>Die Erfassung sämtlicher Klienten/Probanden inklusive der entsprechenden Vergabe von Aktenzeichen und Erfassung von Stammdaten werden in der Fachanwendung SoPart eingetragen und entsprechende Fälle angelegt. Sämtliche Aktenzeichen werden automatisiert ohne Eingriffsmöglichkeit von Seiten der Anwender in die Aktenzeichen-Systematik durch die Fachanwendung. In der Fachanwendung werden sämtliche Bereiche des Allgemeinen und des Dienstregisters geführt. Die bisherige papiergebundene Art der Register ist entfallen, ein Ausdruck des elektronisch erfassten Registers ist möglich. Zur Spezifizierung wird auf die vorliegende Organisationsanweisung und Errichtungsanordnung SoPart hingewiesen.</p> <p>Des Weiteren wird die gesamte notwendige Korrespondenz, intern und extern, über die Fachanwendung erstellt. Die Schriftwerke umfassen u.a. die Korrespondenz an Gerichte und Staatsanwaltschaften, JVA, sozialtherapeutische Einrichtungen, Führungsaufsichtsstellen, Gerichtshilfe, die Klienten/Probanden, Betreuer, externe Bewährungshilfen/Gerichtshilfen, Einsatzstellen für gemeinnützige Arbeit, Sonstige, etc.</p> <p>Die entsprechenden Schriftstücke und Vorlagen werden weitestgehend standardisiert in der Fachanwendung vorgehalten.</p> <p>Die Fachanwendung beinhaltet einen Kalender, aus welchem heraus und durch welchen Termine der Anwender verwaltet werden können, zudem können aus dem Bereich des Kalenders heraus Einladungen, Ankündigungen von Hausbesuchen, Vereinbarungen von Terminen mit Dritten, Fallbesprechungen und weiteres verwaltet werden.</p> <p>In der Fachanwendung werden die Tätigkeiten der Bewährungshelfer, wie auch z.B. Post-Ein- und Ausgänge, E-Mail-Ein- und Ausgänge, Kontakte und das Erstellen von Korrespondenzen dokumentiert. Die Dokumentation erfolgt umfassend für jeden Anwender. Bearbeitungen in der Dokumentation werden über Signatur zuordnungsbar dokumentiert. Die Fachanwendung bietet weiterhin die Verwaltung von Hand- und Bewegungsgeldern, Führen eines Fahrtenbuches, Organisation von internen Terminen, Vorbereitungen von Fallverteilungen und Dienstbesprechungen, Kontrolle und Überwachungsmöglichkeiten im Bezug auf Auflagen und Weisungen, die Geldstrafen oder die Ableistung von gemeinnütziger Arbeit.</p> <p>Über die Fachanwendung sind diverse Statistiken abrufbar und werden hier u.a. z.B. im Bereich der Fallverteilung (Belastungsstatistik, Darstellung von Deliktgruppen inklusive Sonderbereichen, wie KSKS) genutzt.</p> <p>In der Fachanwendung SoPart ist ein Modul für die Führungsaufsicht integriert. Hier arbeiten die Sachbearbeiter der Führungsaufsichtsstellen direkt im Modul und die Bewährungshelfer, welche Bewährungshilfe und Führungsaufsichtsfälle bearbeiten, welches die Regel im Land Schleswig-Holstein darstellt, indirekt mit und in dem Führungsaufsichtsmodul. Die gesamte Fallverwaltung, die Registerführung und Dokumentation der Führungsaufsichts-Sachbearbeitung erfolgt im FA-Modul. Ebenso wird die Korrespondenz mit den entsprechenden Stellen aus der Führungsaufsicht-Sachbearbeitung über die Fachanwendung erstellt.</p>

2	Vollzug	<p>Gemäß § 7 Strafvollzugsgesetz, § 11 Jugendstrafvollzugsgesetz SH und § 6 Untersuchungshaftvollzugsgesetz SH nebst ergänzenden Ausführungsbestimmungen sind für Gefangene Vollzugspläne zu erstellen. Der Vollzugsplan enthält am Beispiel eines erwachsenen Gefangenen Angaben über folgende Behandlungsmaßnahmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Unterbringung im geschlossenen oder offenen Vollzug, 2. die Verlegung in eine sozialtherapeutische Anstalt, 3. die Zuweisung zu Wohngruppen und Behandlungsgruppen, 4. den Arbeitseinsatz sowie Maßnahmen der beruflichen Ausbildung oder Weiterbildung, 5. die Teilnahme an Veranstaltungen der Weiterbildung, 6. besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen, 7. Lockerungen des Vollzuges und 8. notwendige Maßnahmen zur Vorbereitung der Entlassung. <p>Die Vollzugspläne sind zeitnah nach Haftantritt zu erstellen und regelmäßig fortzuschreiben (Erwachsenenvollzug alle 6 Monate / Jugendvollzug alle 4 Monate). Das Modul Vollzugsplan ermöglicht die strukturierte Durchführung der Datenerhebung im Rahmen der Vorbereitung des Vollzugsplans (Behandlungsuntersuchung) und im Anschluss daran die Erfassung der Daten zur Vollzugsplanung. Hierbei liegt der Fokus insbesondere auf der Erfassung und regelmäßigen Überprüfung der geplanten Behandlungsmaßnahmen (Therapien, schulische- und berufliche Aus- und Weiterbildung pp.). Die Erfassung von Maßnahmen und die regelmäßige Überprüfung der Umsetzungsstände mittels SoPart Justiz trägt nicht nur zur Übersichtlichkeit bei, sondern ermöglicht durch statistische Auswertungsmöglichkeiten in elektronischer Form auch eine Evaluation der Maßnahmengestaltung in einer Justizvollzugsanstalt (Qualität und Quantität). Dies gewinnt im modernen Strafvollzug mehr und mehr an Bedeutung (vgl. § 97 Jugendstrafvollzugsgesetz SH).</p>
---	---------	--

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des AWS-Betriebes sowie der Pflegemaßnahmen für die Fachanwendung SoPAr (Bereich Bewährungshelfer in den Gerichten)	
2	Anbindung der Arbeitsplätze in den JVA'en an den Betrieb SoPAr	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)

52537	Sonstige Kosten	10,4	28,0	44,8	24,0	24,0	24,0
52706	Sonstige Kosten	5,0	5,5	3,5	3,5	3,5	3,5
53356	Verträge	516,0	581,9	674,6	789,8	791,8	793,8
53356	Sonstige Kosten	8,7	57,0	30,2	30,2	30,2	30,2
53503	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0	1,0
81246	Beschaffung	0,0	0,0	247,1	0,0	0,0	0,0
	Summe	540,1	672,4	1.000,2	848,5	850,5	852,5

ITM 2232020000

Bezeichnung Beschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen"

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etafähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Hard- und Software-Reinvestitionen auf Empfehlung der ITK vom 17.06.2004.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ersatzausstattung JVA Lübeck	2015
2	Ersatzausstattung JVA Kiel	2016
3	Ersatzausstattung JVA Nemünster	2016
4	Ersatzausstattung JVA Kiel	2017
5	Ersatzausstattung JVA Flensburg	2017

6	Ersatzausstattung JVA Itzehoe	2017
7	Ersatzausstattung JA Schleswig	2017
8	Ersatzausstattung JAA Moltsfelde	2017
9	Ersatz von Einzelgeräten im Rahmen der landesweiten Vorgaben im Betrachtungszeitraum.	2013 - 2018

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	8,6	0,0	0,0	10,0	3,8
81246	Beschaffung	163,6	116,8	32,4	54,7	173,8	195,2
	Summe	163,6	125,4	32,4	54,7	183,8	199,0

ITM 2236020000

Bezeichnung Beschaffungen Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Beschaffung von Hard- und Software sowie neuer aktiver Netzkomponenten. Durch das Projekt erfolgte eine flächendeckende IT-unterstützte Neustrukturierung der Aufbau- und Ablauforganisation in den Amtsgerichten des Landes.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	41,3	0,0	0,0	56,0	56,0	42,0
53356	Sonstige Kosten	53,5	126,9	48,3	80,5	80,5	96,6

81246	Sonstige Kosten	44,1	18,9	5,0	47,0	47,0	47,0
81246	Beschaffung	829,9	132,2	461,3	921,1	861,2	731,5
	Summe	968,8	278,0	514,6	1.104,6	1.044,7	917,1

ITM 2237020000

Bezeichnung Beschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etafähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Beschaffung von Hard- und Software für die Landgerichte und das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	6,9	0,0	0,0	7,0	21,0	7,0
53356	Sonstige Kosten	9,1	13,1	12,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	7,6	3,2	2,0	9,2	9,2	9,2
81246	Beschaffung	253,4	22,4	178,3	201,6	280,8	265,6
	Summe	277,0	38,7	192,3	217,8	311,0	281,8

ITM 2243010000

Bezeichnung Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etafähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der Justizvollzugseinrichtungen in der "+1 Infrastruktur" (finanzierte Dienststellen siehe Unterverfahren). Hierzu zählen allgemeine Betriebskosten und Supportleistungen durch Data-
port, ergänzende Hard- und Softwarebeschaffungen sowie die Beschaffung von Geschäftsbedarf, Ausstattungs-
und Ausrüstungsgegenständen und sonstigen Gebrauchsgegenständen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebs in den Justizvollzugseinrichtungen und Optimierung des IT-Betriebs unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	26,5	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
51144	Verträge	0,0	3,7	3,2	3,2	3,2	3,2
51144	Sonstige Kosten	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	1,5	4,7	2,7	2,7	2,7	2,7
52706	Sonstige Kosten	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	60,9	81,3	64,5	64,5	64,5	64,5
53356	Sonstige Kosten	3,5	6,3	42,0	17,0	17,0	17,0
81246	Beschaffung	0,0	41,4	13,0	12,2	12,2	12,2
	Summe	96,1	172,4	160,4	134,6	134,6	134,6

ITM 2246010000

Bezeichnung Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes in den Behörden

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes in den Behörden	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	42,8	59,0	59,0	59,0	59,0	59,0
51144	Verträge	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
51144	Sonstige Kosten	8,8	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
52537	Verträge	80,6	82,1	80,0	80,0	80,0	80,0
52537	Sonstige Kosten	9,0	22,3	20,0	20,0	20,0	20,0
52706	Sonstige Kosten	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
53356	Verträge	51,8	55,4	62,2	62,2	62,2	62,2
53356	Sonstige Kosten	1,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
53503	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
81246	Beschaffung	31,2	128,7	55,8	55,8	55,8	55,8
	Summe	232,4	365,2	294,7	294,7	294,7	294,7

ITM 2333030000

Bezeichnung Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Die IT-Organisation der Justiz ist mit geänderten und gestiegenen Anforderungen konfrontiert. Maßgeblich ist dies durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften (Projekt eJustizSH) induziert, da insbesondere durch jenes Projekt angestrebt wird, den juristischen Fachprozess durchgehend mit IT zu unterstützen. Infolge dieser Entwicklung steigen die Anforderungen an die IT-Organisation der Justiz.

Das Gesamtziel des Projektes ist, die IT-Organisation der Justiz Schleswig-Holsteins (Gerichte und Staatsanwaltschaften) auf Betrieb und Weiterentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs, der elektronischen Aktenführung und allgemein auf die IT-Unterstützung des juristischen Fachprozesses auszurichten. Hierzu gehören:

- Ein strategischer Handlungsrahmen zur grundsätzlichen Steuerung der IT und zur langfristigen Gewährleistung Anwenderorientierter IT-Anwendungen und flächendeckendem IT-Support;
- die Ausrichtung auf den Ausbau der Fachverfahrensbetreuung inkl. der hinreichenden Gestaltung praktikabler, leistungsstarker und transparenter IT-Prozesse;
- die Umsetzung der im IT-Gesetz für die Justiz formulierten Vorgaben;
- die adäquate, sowohl auf sicheren Betrieb als auch auf Entlastung ausgerichtete Einbeziehung von Dataport als IT-Dienstleister.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
0	Gesamt: Ausrichtung der IT-Organisation der Justiz auf aktuelle und zukünftige Anforderungen (z. B. durch Aufbau des elektronischen Rechtsverkehrs) gem. Art. 14 Abs. 2 und Art. 69 der Landesverfassung Schleswig-Holsteins	
1	Teilprojekt 1: Erarbeitung einer IT-Strategie für die Justiz in Abstimmung mit Landes-IT-Strategie unter Berücksichtigung der Anforderungen in den IUK-Mindestanforderungen	
2	Teilprojekt 2: Erarbeitung eines (Fach-)Verfahrensbetreuungskonzeptes (§ 7 ITJG) mit Definition der Fertigungstiefen/Aufgabenteilung der Betreuungsinstanzen, Verortung und Einrichtung nachgeordneter Verfahrenspflegestellen durch Rechtsverordnung (vgl. § 4 Abs. 2 S. 2 ff. ITJG)	
3	Teilprojekt 3: Standardisierung und Etablierung priorisierter IT-Prozesse (CHG, INC, DMD, CFG, SLM, SUP, REL, ACC, PRO ,CSI) einschließlich Toolauswahl und Einführung in enger Abstimmung mit dem Projekt Analyse Betriebsprozesse (StK)	
4	Teilprojekt 4: Umsetzung der Vorgaben des IT-Gesetzes für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein, Unterstützung bei Einrichtung und Ausrichtung GemIT,	

	Einrichtung IT-Kontrollkommission und Einbindung in IT-Prozesse (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 1 ITJG; § 6 Abs. 2 und Abs. 4 ITJG; § 7 Abs. 1 S. 1 ITJG); Umsetzung der Vorgaben zu Dataport (vgl. § 2 Abs. 2 ITJG; § 7 Abs. 1 S. 2 ITJG).	
5	Teilprojekt 5: Einführung der +1-Infrastruktur in der Justiz einschließlich Abstimmung der Zusammenarbeit mit ZITSH (§ 4 Abs. 1 S. 2 ITJG und § 6 ITJG)	
6	Teilprojekt 6: Verlagerung von Serverbetrieb zu Dataport	
7	Teilprojekt 7: Ausprägung Informationssicherheitsmanagement für die Justiz. Gewährleistung der Grundschutzrichtlinien gemäß BSI etc., Standardisierung von sicherheitsrelevanten Prozessen (ISM, ITSCM)	
8	Teilprojekt 8: Ausprägung Informationsmanagement für die Justiz	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Verträge	0,0	2,2	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	18,0	1,8	64,1	9,0	0,0	0,0
52706	Sonstige Kosten	7,0	2,0	4,0	4,0	0,0	0,0
53356	Verträge	30,7	770,0	159,7	159,7	18,0	18,0
53356	Sonstige Kosten	74,4	68,2	1.147,2	284,0	39,2	39,2
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,0	24,0	4,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,4	0,8	1,6	0,0	0,0	0,0
	Summe	130,5	845,0	1.400,6	460,7	57,2	57,2

ITM 2334030000

Bezeichnung Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Einführung der Fachanwendung forumSTAR, bestehend aus den Komponenten "Fachverfahren mit den einzelnen Modulen" sowie dem "Textsystem mit den notwendigen Formularen". Die Komponenten werden implementiert, konfiguriert und soweit erforderlich an landeseigene Anforderungen angepasst.

Die Fachanwendung soll schrittweise in allen schleswig-holsteinischen Gerichten und allen Instanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingeführt werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Fachmodul Zivil	Beginn Rollout 2011, Ende Rollout 2013
2	Fachmodul Mobiliar-vollstreckung	Beginn Rollout 2011, Ende Rollout 2013
3	Modul Zwangsvollstreckung	Einführung Zentrales Vollstreckungsgericht 01.01.2013
4	Modul Familie	Beginn Rollout 2014, Ende Rollout 2016
5	Modul Straf	Beginn Rollout 2016, Ende Rollout 2017
6	Modul Immobilien-vollstreckung	Beginn Rollout 2014, Ende Rollout 2016
7	Modul Betreuung	Beginn Rollout 2016, Ende Rollout 2017
8	Modul Insolvenz	Beginn Rollout 2017, Ende Rollout 2017
9	Modul Nachlass	Beginn Rollout 2016, Ende Rollout 2017
10	Modul Statistik	Anpassung der statistischen Erhebung 2012
11	Kosten/KLR	Planung Direktanbindung des Fachverfahrens an SAP bis 31.12.2013

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Nach dem Beitritt zum Länderverbund forumSTAR Einführung in den Gerichten.	2010
2	Weiterentwicklung und Pflege der Fachanwendung innerhalb des Länderverbundes forumSTAR (Federführung Bayern)	laufend
3	Einführung aller Fachmodule	2010-2107

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51144	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
52537	Verträge	134,3	247,3	210,0	200,0	100,0	100,0
52537	Sonstige Kosten	81,6	103,6	103,0	103,0	70,0	70,0
52706	Sonstige Kosten	48,5	51,6	40,8	40,8	40,8	40,8
53356	Verträge	1.532,1	1.959,8	1.917,7	1.794,2	1.794,2	1.794,2
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Verträge	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
81246	Beschaffung	22,8	21,8	41,8	0,0	0,0	20,8
	Summe	1.822,1	2.386,9	2.316,1	2.140,8	2.007,8	2.028,6

ITM 2389030000

Bezeichnung Einführung digitale Zeitwirtschaft und PEP in den Justizvollzugseinrichtungen

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In den Justizvollzugseinrichtungen des Landes besteht ein zwingender Bedarf an der Einführung einer den heutigen Anforderungen entsprechenden Zeiterfassungs- und Dienstplanungssoftware. Überdies machen die verschiedenen Regelungen zur Arbeitszeitgestaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die verschiedenen Betriebsbereiche in den einzelnen Dienststellen die Einführung eines Dienstplanungsprogramms unumgänglich. Derzeit wird die Dienstplanung für den Wechselschichtdienstbetrieb behelfsweise über MS Excel, in der Justizvollzugsanstalt Lübeck und der Jugendarrestanstalt Moltsfelde mit dem Produkt SP-Expert, vorgenommen.

Die ursprünglichen Planungen zur ITM sahen eine flächendeckende Einführung von SP-Expert vor. Von diesem Vorhaben wird nun abgerückt. Ausschlaggebend hierfür sind nach Vorprüfungen der Landespolizei SH künftig zu erwartende, hohe Anforderungen an die Dimensionierung der technischen Betriebsinfrastruktur. Gleichzeitig bestehen vergaberechtliche Bedenken, da mittelfristig nur geringfügige monetäre Synergien aufgrund des bereits produktiven Betriebs von SP-Expert bei der Landespolizei SH und in der FHH zu erwarten sind.

Das IT-Vorhaben wird daher neu initiiert. Die bereits eingeleitete Markterkundung soll zur abschließenden Klärung der fachlichen und technischen Anforderungen des Justizvollzugs sowie zur Ermittlung eines Auftragswerts zur Budgetplanung ab dem Jahr 2016 beitragen. Im Verlauf der Markterkundung wird mit den beteiligten Justizvollzugsanstalten eine Leistungsbeschreibung für die beabsichtigte Ausschreibung über Dataport erstellt. Das weitere Vorgehen zu diesem IT-Vorhaben soll im September 2015 mit dem ZITSH abgestimmt werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Einführung der elektronischen Zeiterfassung sowie elektronische Unterstützung der Dienstplaner bei der Erstellung der Dienstpläne für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wechselschichtdienst.	
	Effizientere Dienstplanung in den Justizvollzugseinrichtungen.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52706	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	6,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	5,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	12,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2390030000

Bezeichnung Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Fachanwendung BASIS-Web

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

BASIS-Web ist ein länderübergreifendes Projekt einer integrativen EDV-Organisationslösung zur Abwicklung der Aufgaben in Verwaltung und Vollzug der Justizvollzugseinrichtungen. Neben dem Land Schleswig-Holstein kommt BASIS-Web im Bereich des Justizvollzugs zwölf weiterer Bundesländer sowie im Großherzogtum Luxemburg zum Einsatz.

Die Fachanwendung unterstützt die Verwaltung der Gefangenenstammdaten einschließlich der Strafzeitberechnung und der zugehörigen Terminverwaltung. Aus diesen Angaben werden das Zugangsbuch und das Gefangenenbuch mit Daten versorgt. Darüber hinaus ist es ein wichtiges Instrument zur Verwaltung von Urlauben und Ausgängen, erzeugt die notwendigen Papiere und stellt sicher, dass die vorgeschriebenen Benachrichtigungen, z.B. der Polizei, erfolgen. Außerdem unterstützt die Fachanwendung die Anstalten bei der Abwicklung von Gefangenentransporten und bei den Pfortenbuchungen. Weiterhin dient die Fachanwendung BASIS-Web der Geldverwaltung der Gefangenen. Hierüber werden die Löhne verbucht, der Einkauf abgerechnet und die Forderungen gegen Gefangene abgewickelt. Außerdem werden über die Fachanwendung die Zahlstellen bei der Abwicklung der Sachkontobuchungen und des Geldverkehrs nach Landshaushaltsordnung unterstützt. Die Fachanwendung ist auch maßgeblich für die Lohnabrechnung der Gefangenen. Von der Zeit- oder Leistungserfassung im Betrieb über die Verwaltung der sog. Lohnersatzleistungen.

BASIS-Web unterstützt damit eine Vielzahl, aber nicht alle Arbeitsbereiche einer Justizvollzugsanstalt. Dementsprechend bestehen die Anforderungen, ergänzende EDV-Fachanwendungen zu betreiben. Als betroffene Aufgabenbereiche sind zu benennen "Durchführung und Dokumentation der Vollzugsplanung", "Kammer und Küchenverwaltung", "unternehmerische Abwicklung der Arbeitsbetriebe" und "anlassbezogene statistische Abfragen".

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	BSI-konformer Betrieb der Fachanwendung in Schleswig-Holstein. Weiterentwicklung der Anwendung nach fachlichen Vorgaben.	Daueraufgabe
2	Ersteinrichtung und Verwendung Hausbankverfahren Dataports für Zahlungsverkehr mit Geldern der Gefangenen	bis Januar 2014
3	Implementierung eines Data-Warehouse (DWH) für statistische Auswertungen.	Juni 2017
4	Gemeinsamer technischer Betrieb mit FHH	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	5,2	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
52706	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
53356	Verträge	231,9	254,5	231,9	231,9	231,9	231,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	34,4	63,5	56,5	56,5	56,5
63206	Verträge	51,7	51,8	52,4	52,5	58,3	58,3
	Summe	290,3	343,7	350,8	343,9	349,7	349,7

ITM 2392030000

Bezeichnung Nexus VeLis

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In den Justizvollzugseinrichtungen bestehen die Funktionsbereiche „Kammer“. Die Kammern sind zuständig für die Verwaltung der Ausstattungsgegenstände, die Gefangene anstaltsseitig während der Haft zur Verfügung gestellt bekommen. Hierzu zählen Anstaltskleidung, Bettwäsche, Hygieneartikel usw. Die in diesbezüglichen Bestandslisten (Lagerverwaltung) stellen die Grundlage für Materialbeschaffungen durch die Wirtschaftsverwaltungen der Justizvollzugseinrichtungen dar. Darüber hinaus ist die Kammer zuständig für die Verwahrung von Eigentum der Gefangenen, welches nicht auf den Haftraum verbracht werden darf oder aber aus disziplinarischen Gründen aus dem Haftraum entfernt wurde. Es handelt sich bei der sog. „Habe“ z.B. um Kleidung oder Elektroartikel.

Die Bestände der Kammer an anstaltseigenen Gegenständen bzw. deren Ausgabe auf die Hafträume sowie die Habe der Gefangenen werden derzeit handschriftlich in Form von Karteikarten oder auch in Excel-Tabellen festgehalten. Dies führt sowohl im Ablauf der Verwaltung, als auch im Ablauf des Vollzuges zu suboptimalen Ergebnissen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung

1	Harmonisierung der Organisation und der Arbeitsabläufe in den Kammern der Justizvollzugseinrichtungen des Landes	
2	Revisionssichere elektronische Bestandsverzeichnisse (Habe- und Lagerverwaltung)	
3	Elektronische Weitergabe der Habedaten an andere Justizvollzugseinrichtungen des Landes (z.B. bei Verlegung)	
4	Elektronische Abrufbarkeit von Informationen zur verwahrten Habe durch die Abteilungsbediensteten auch zur Unzeit der Kammer	
5	Elektronische Abrufbarkeit von Informationen zur auf den Haftraum gegebenen Habe (z.B. für Haftraumrevisionen)	
6	In einer späteren Ausbaustufe ggf. auch die elektronisch unterstützte Inventur	
7	BSI-konformer Rechenzentrumsbetrieb bei Dataport	
8	Datenschnittstelle mit BASIS-Web	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	2,7	2,7	2,7	2,7
52706	Sonstige Kosten	1,5	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5
53356	Verträge	47,8	44,3	53,5	45,3	45,3	45,3
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	7,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	0,0	8,8	0,0	0,0	0,0
	Summe	50,3	45,8	74,0	49,5	49,5	49,5

ITM 2424010000

Bezeichnung Grundversorgung der Amtsgerichte SH

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / etatzfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des lfd. IT-Betriebes in den Amtsgerichten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes und der vertraglichen Verpflichtungen (z.B. JUST)	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	148,8	148,8	148,8	148,8	148,8	148,8
51143	Beschaffung	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0
51144	Verträge	0,3	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
51144	Sonstige Kosten	39,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
52537	Verträge	39,4	40,4	50,0	50,0	50,0	50,0
52537	Sonstige Kosten	17,0	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5
52706	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	38,2	36,3	36,3	36,3	36,3	36,3
	Summe	284,7	248,6	257,4	257,4	257,4	257,4

ITM 2478030000

Bezeichnung Nexus Web

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / nicht etaffähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In den Justizvollzugseinrichtungen des Landes Schleswig-Holstein werden Gefangene in Arbeitsbetrieben beschäftigt. Der Beschäftigungsauftrag leitet sich ab aus bundesgesetzlichen (Strafvollzugsgesetz) und landesgesetzlichen (Jugendstrafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftvollzugsgesetz) Regelungen und beinhaltet die Vermittlung, Erhaltung und Förderung der beruflichen Fähigkeiten der Gefangenen. Mit diesem Beschäftigungsauftrag verbunden sind u.a. die Annahme, Bearbeitung und Abrechnung von Aufträgen für die eigenen Liegenschaften, andere Behörden und Privatkunden, die Beschaffung von dafür notwendigem Material sowie die Dokumentation des Verbrauchs (Lagerbuchführung).

Darüber hinaus sind Hauswirtschaftsbetriebe wie z.B. Wäschereien und Reinigungsdienste eingerichtet, zu deren Aufgaben die Versorgung der Gefangenen sowie die Unterhaltung der Liegenschaften zählen. Die Betriebsführung beinhaltet u.a. die Beschaffung und Verwaltung des benötigten Materials.

Die unter Federführung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen im Länderverbund entwickelte EDV-Fachanwendung NEXUS-Web dient der elektronischen Unterstützung der Arbeitsverwaltungen und -betriebe u.a. bei folgenden Aufgaben: Angebots-, Auftrags-, Lieferschein- und Rechnungsverwaltung, Vor- und Nachkalkulationen, Lagerverwaltung, Inventur, Materialeinkauf, Kunden- und Stammdatenpflege.

Dem Entwicklungsverbund gehören neben Nordrhein-Westfalen die Bundesländer Berlin, Bremen und Sachsen an. Mecklenburg-Vorpommern hat ebenfalls seinen Beitritt beschlossen. Zudem prüft das Bundesland

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Harmonisierung der Organisation und der Arbeitsabläufe in den Arbeitsverwaltungen- und betrieben der Justizvollzugseinrichtungen des Landes	
2	Elektronische Unterstützung der Angebots-, Auftrags-, Lieferschein- und Rechnungsverwaltung sowie Vor- und Nachkalkulationen	
3	Elektronisch unterstütztes Bestellwesen	
4	Umsetzung der SAP-Schnittstelle zur automatisierten Generierung von Annahmeanordnungen	
5	Revisionssichere elektronische Bestandsverzeichnisse	
6	In einer späteren Ausbaustufe elektronisch unterstützte Inventur	

7	BSI-konformer Rechenzentrumsbetrieb bei Dataport	
---	--	--

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	17,8	22,0	25,8	13,8	13,8
52706	Sonstige Kosten	0,0	1,0	2,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	0,0	101,6	148,0	147,5	148,0	148,0
53356	Sonstige Kosten	4,5	26,6	7,9	6,5	0,0	0,0
	Summe	4,5	147,0	179,9	180,8	162,8	162,8

ITM 2500030000

Bezeichnung Projekt eJustizSH

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Ziel des elektronischen Rechtsverkehrs ist es, den Beteiligten an gerichtlichen Verfahren die Abgabe verbindlicher Erklärungen gegenüber den Gerichten und Justizbehörden in elektronischer Form zu ermöglichen.

Das „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ ist am 10.10.2013 in Kraft getreten und sieht in allen Prozessordnungen (bis auf StPO) i.V.m. Art. 14 Abs. II LVerfSH vor, dass professionelle Verfahrensbeteiligte (Anwälte, Steuerberater, Behörden pp) spätestens ab dem 01.01.2018 mit den schleswig-holsteinischen Gerichten elektronisch kommunizieren können. Spätestens ab dem 01.01.2022 werden die professionellen Einreicher zur elektronischen Kommunikation mit den Gerichten verpflichtet sein. In Anbetracht der zu erwartenden hohen Anzahl an elektronischen Dokumenten, wird die Justiz in absehbarer Zukunft auf elektronische Aktenführung umstellen müssen. Auch für den Bereich der StPO liegt zwischenzeitlich ein Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs (BR-Drs. 236/16, vom 6. Mai 2016) vor.

Die Umsetzung der justizweiten Einführung des ERV wurde konzeptioniert und pilotiert. Die Umsetzung soll in der Justiz Schleswig-Holstein bis zum 31.12.2017 abgeschlossen sein.

Die Einführung der führenden elektronischen Akte befindet sich in der Konzeption und Planung. Details ergeben sich aus dem dieser ITM als Anlage geladenen Projektsteuerungshandbuchs und dem ebenfalls beigefügten Statusbericht zur Projektplanung 2017.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bürgerinnen und Bürger sowie Rechtsanwalt- und Notarschaft sollen auf elektronischem Wege mit Gerichten und Staatsanwaltschaften „online“ kommunizieren können. Dahinter verbirgt sich die Aufgabe für die Justiz, ihre Dienstleistungen durch den Einsatz moderner IT so umzugestalten, dass eine Online-Kommunikation über das Internet mit externen Personen und Einrichtungen möglich ist.	bis 01.01.2018
2	Die elektronische Kommunikation soll auch für den gerichtlichen und staatsanwaltlichen Postausgang nutzbar gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger sowie professionellen Verfahrensbeteiligten sollen die Gerichts- bzw. Staatsanwaltschaftspost ebenfalls elektronisch erhalten können.	spätestens mit Einführung eAkte; soweit möglich zeitgleich mit Einführung ERV (01.01.18)
3	Die führende elektronische Akte soll in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes so schnell wie möglich nach Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs eingeführt werden. Es wird angestrebt, die Einführung bereits in 2018 zu beginnen.	ab 01.01.2018

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	1,1	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52537	Verträge	159,1	205,4	330,3	344,0	344,0	344,0
52537	Sonstige Kosten	30,9	25,0	77,4	77,4	77,4	77,4
52706	Sonstige Kosten	40,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
53356	Verträge	105,4	1.061,2	346,3	369,8	403,6	437,4
53356	Sonstige Kosten	33,0	300,3	5.265,0	5.130,0	5.469,0	6.174,0
53503	Sonstige Kosten	10,0	25,0	25,0	15,0	10,0	10,0

81246	Verträge	0,0	0,0	297,5	398,7	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	50,0	83,0	300,0	3.383,0	3.383,0	3.383,0
81246	Beschaffung	9,7	49,9	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	440,2	1.802,6	6.694,3	9.770,7	9.739,8	10.478,6

ITM 2219030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)

Ressort / Dst. MJEVG / GStA

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Sicherstellung des IT - Betriebes und des Einsatzes sowie der Fortentwicklung des Fachverfahrens MESTA, des MESTA-Schreibwerks (FAME), des Druckes von Bescheiden aus MESTA über die Druckstraße Dataport sowie weiterer Projekte (Zentralisierung MESTA-Schreibwerk, elektronische Akte) und den dazu erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	MESTA	Zentraler Betrieb von MESTA im Rz ²
2	MESTA	MESTA-Pflege
3	MESTA Schreibwerk	Zentraler Betrieb des an MESTA angeschlossenen Schreibwerks im Rz ²
4	MESTA Schreibwerk	MESTA-Schreibwerk-Pflege
5	DMS	Dokumentenmanagementsystem
6	eGsV	Elektronische Geldstrafenvollstreckung
7	eOWi	Elektronisches Ordnungswidrigkeitsverfahren

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden Betriebs der staatsanwaltlichen Fachanwendungen (MESTA, MESTA-Schreibwerk, ...) sowie der vertraglichen Verpflichtungen. Einzelheiten sind den Haushaltstiteln mit ihren jeweiligen Begründungen zu entnehmen.	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	418,6	444,8	477,3	501,3	477,3	477,3
53356	Sonstige Kosten	10,0	16,4	297,0	62,0	62,0	62,0
	Summe	428,6	461,2	774,3	563,3	539,3	539,3

ITM 2240020000

Bezeichnung Beschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. MJEVG / GStA

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Beschaffung von Hard- und Software als Ersatz für zu regenerierende, vorhandene IT-Ausstattung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Regeneration der eingesetzten Hard- und Software einschließlich Drucker alle 5 Jahre, Ersatz schadhafter Hard- und Software einschließlich Drucker	alle 5 Jahre

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

53356	Verträge	0,0	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0
81246	Verträge	0,0	5,6	23,6	7,1	7,1	7,1
81246	Beschaffung	154,9	26,0	143,7	755,8	19,2	129,6
	Summe	154,9	31,6	167,3	812,9	26,3	136,7

ITM 2425010000

Bezeichnung Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften

Ressort / Dst. MJEVG / GStA

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des IT-Betriebs mit Informationstechnik der Staatsanwaltschaften des Landes Schleswig-Holstein

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden Betriebs der staatsanwaltlichen Informationstechnik	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	60,0	50,0	60,0	60,0	60,0	60,0
51144	Verträge	5,3	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
51144	Beschaffung	0,0	0,0	1,8	1,8	1,8	0,0
52537	Verträge	7,4	2,2	1,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	4,5	5,0	15,0	20,0	10,0	10,0

52706	Sonstige Kosten	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
53356	Verträge	7,1	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
53413	Verträge	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
53413	Sonstige Kosten	0,0	0,0	15,0	0,0	10,0	10,0
81246	Beschaffung	14,7	45,3	16,9	13,3	13,3	13,3
	Summe	112,3	131,3	138,5	123,9	123,9	122,1

ITM 2241020000

Bezeichnung Beschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Ressort / Dst. MJEVG / FG SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatz von Hard - und Software zur Sicherstellung der IT - Infrastruktur.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	14,6	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	6,5	39,5	21,4	0,0	8,6	0,0
	Summe	6,5	54,1	21,4	0,0	8,6	0,0

ITM 2248010000

Bezeichnung Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Ressort / Dst. MJEVG / FG SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des lfd. IT - Betriebes im Schl. - Holst. Finanzgericht.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des lfd. IT - Betriebes im Schl. - Holst. Finanzgericht.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
51144	Verträge	0,7	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
51144	Sonstige Kosten	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52706	Sonstige Kosten	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
	Summe	5,0	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9

ITM 2233020000

Bezeichnung Beschaffungen Verwaltungsgerichte / Landesverfassungsgericht

Ressort / Dst. MJEVG / OVWG SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffung im Bereich der IT (Server, Clients, zentrale IT-Komponenten) bei den Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichten und dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht sowie notwendige Anpassungsarbeiten im Hinblick auf die besonderen Anforderungen der Fachverfahren und sonstiger zentraler Dienste (z.B. Asyldokumentation, Zeiterfassungs- / Zutrittskontrollsysteme, elektronischer Rechtsverkehr, Faxserver [inkl. Anbindung Fachverfahren]).

Es sind keine gesonderten IT-Haushaltsmittel für das Landesverfassungsgericht zu berücksichtigen bzw. die Einrichtung einer eigenen IT-Maßnahme ist (zumindest derzeit) nicht erforderlich. Die in sehr geringem Umfang benötigten Haushaltsmittel bei IT-Geschäftsbedarf (511 43), externe Datenbanken (534 13) sowie PCs, Drucker etc. (812 46) sind über die über Ausstattung des OVGs gedeckt. Für den Bereich zentraler IT-Komponenten ist das im Gebäude ebenfalls untergebrachte Sozialgericht Schleswig zu berücksichtigen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	6,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	28,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	13,1	0,0	0,0	0,0	24,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	259,2	12,4	30,4	0,0	0,0	241,7
	Summe	294,9	27,5	30,4	0,0	0,0	265,7

ITM 2244010000

Bezeichnung Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landesverfassungsgericht

Ressort / Dst. MJEVG / OVWG SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebs in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
52537	Sonstige Kosten	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
52706	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
53413	Verträge	0,0	11,7	14,1	14,1	14,1	14,1
53413	Sonstige Kosten	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
	Summe	34,7	46,4	48,8	48,8	48,8	48,8

ITM 2314030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)

Ressort / Dst. MJEVG / OVWG SH

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fortführung und Pflege des Verfahrens EUREKA-Fach als Fachanwendung für alle Fachgerichtsbarkeiten.

Das Programm EUREKA-Fach unterstützt alle Arbeitsplätze im Gericht mit einem einheitlichen Lösungsansatz. Einmal erfasste Verfahrens- und Beteiligendaten stehen allen Arbeitsplätzen zur Verfügung und können auf vielfältige Weise automatisiert genutzt werden. Zugleich erlaubt die Einbettung in eine Windows-Umgebung das Zusammenwirken mit Standardprogrammen.

EUREKA-Fach ist nunmehr in 14 von 16 Bundesländern an den Gerichten des Entwicklungsverbunds (bestehend aus: Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) als die Fachanwendung für die Fachgerichtsbarkeit im Einsatz und an den praktischen Bedürfnissen der Arbeitsplätze der Rich-

terschaft und der Geschäftsstellen/ Serviceeinheiten ausgerichtet. Die Rechte an dem erstellten Quellcode liegen bei den am Entwicklungsverbund beteiligten Ländern.

Die für die Pflege des Verfahrens entstehenden Kosten werden auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels auf die beteiligten Bundesländer aufgeteilt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Richterinnen / Richter	<ul style="list-style-type: none"> •einen umfassenden Überblick über das eigene Dezernat, da die Möglichkeit besteht, hauseigene Statistiken und Übersichten anzufertigen und zu bearbeiten (z.B. Streitlisten der aktuell bearbeiteten oder bereits abgeschlossenen Verfahren mit vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten); •aktuelle Informationen über einzelne Verfahren (Beteiligte, Streitgegenstand, Sachzusammenhang zu anderen Verfahren, weitere Verfahren der selben Beteiligten, Fristen, Streitwert, Ausgang des Verfahrens, etc.); •die Möglichkeit, Termintage zu planen; •die Möglichkeit, mehrere Parallelverfahren im Zusammenhang zu bearbeiten; •die Möglichkeit, Urteile, Beschlüsse und Anschreiben unter Verwendung von Textbausteinen und Vorlagen selbst zu fertigen bzw. zu korrigieren und den richterlichen Kolleginnen und Kollegen oder der Serviceeinheit bzw. der Kanzlei zur weiter führenden / abschließenden Bearbeitung und ggf. zur Versendung bereit zu stellen •die Möglichkeit, Verfügungen direkt am Bildschirm zu entwerfen; •die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit mit den richterlichen Kolleginnen und Kollegen sowie mit den Serviceeinheiten in Form des Daten- und Textaustausches unter Verwendung von Mailsystemen.
02	Serviceeinheiten, Geschäftsstellen, Kanzleien	<ul style="list-style-type: none"> •die Aktenverwaltung und –bearbeitung aus einer Programmmaske heraus (alles auf einen Blick) und somit die Möglichkeit, Informationen häufig sofort ohne Aktensuche an Richterinnen und Richter oder Verfahrensbeteiligte zu erteilen; •die Möglichkeit der Anfertigung und Weiterverarbeitung von richterlichem Schriftgut, Verfügungen und Terminprotokollen in enger Zusammenarbeit mit den Abteilungsrichterinnen und –richtern, insbesondere die Übernahme von Entwürfen; •eine Vereinfachung des Ladungsgeschäftes; •die elektronische Führung von Registern, Kalendern, Übersichten und Statistiken; •eine elektronische Adresskartei aller Verfahrensbeteiligten; •die Erstellung von Kostenrechnungen und (in einigen Ländern) eine Datenübergabe an das Haushalts- und Kassenprogramm.

03	Verwaltung der Gerichte	<ul style="list-style-type: none"> •die Unterstützung von planerischen und koordinatorischen Aufgaben (Saalbelegung, amtliche und hausinterne Statistik etc.); •Unterstützung des Personals in der Arbeitsform „Serviceeinheit“.
04	Bürgerinnen/Bürger/andere Behörden	<ul style="list-style-type: none"> •durch die Rationalisierungsmöglichkeiten einen beschleunigten Verfahrensablauf; •die Möglichkeit, sofort Auskünfte zu erhalten, weil die Akten bei Anfragen nicht immer herbeigezogen werden müssen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Pflege und Weiterentwicklung des Fachverfahrens in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
53356	Verträge	12,0	21,3	24,3	24,3	24,3	24,3
53356	Sonstige Kosten	2,0	2,8	0,8	0,0	0,0	0,0
	Summe	15,5	25,6	26,6	25,8	25,8	25,8

ITM 2250020000

Bezeichnung Beschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit

Ressort / Dst. MJEVG / LAG SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Planmäßige Ersatzausstattung der Arbeitsgerichte gemäß dem vorgegebenen Ausstattungszyklus der IT-Kommission

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	8,9	15,4	37,4	101,5	25,4	7,4
	Summe	8,9	15,4	37,4	101,5	25,4	7,4

ITM 2251010000

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit

Ressort / Dst. MJEVG / LAG SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Aufbau und Betrieb einer gerichtsspezifischen EDV-Anwendung für Arbeitsplätze im Richter-, Rechtspfleger-, Kanzlei- sowie sonstigem Servicebereich in der schleswig-holsteinischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,8	0,8	0,8	0,8	1,0	1,0
52537	Sonstige Kosten	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
52706	Sonstige Kosten	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6
53356	Verträge	21,6	72,0	44,7	44,7	44,7	44,7

53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	31,5	81,9	54,6	54,6	54,8	54,8

ITM 2234020000

Bezeichnung Beschaffungen Sozialgerichtsbarkeit

Ressort / Dst. MJEVG / LSG SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Austausch bestehender Hardware incl. Betriebssystem- und Softwareupdates.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	5,3	0,0	0,0	0,0	95,3	6,0
81246	Beschaffung	71,8	1,0	5,3	1,0	308,3	37,5
	Summe	77,1	1,0	5,3	1,0	403,6	43,5

ITM 2245010000

Bezeichnung Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit

Ressort / Dst. MJEVG / LSG SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes im Landessozialgericht und in den 4 Sozialgerichten.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
52537	Sonstige Kosten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
52706	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	4,6	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
81246	Beschaffung	0,7	1,8	14,0	1,6	1,6	1,6
	Summe	32,3	31,7	43,9	31,5	31,5	31,5

ITM 2225030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"

Ressort / Dst. MJEVG / AG SL

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Haushaltsmittel für das Betreiben des automatisierten Mahnverfahrens im EDA – Verfahren (ELEKTRONISCHER DATENAUSTAUSCH) und via Internet (PROFIMAHN) sowie BELEGVERFAHREN und BARCODEVERFAHREN.

In Schleswig-Holstein ist seit dem 16. September 2002 das automatisierte Mahnverfahren (AMV) in landesweiter Zuständigkeit des Amtsgerichts Schleswig eingeführt, d.h. zugelassene Antragsteller und Antragstellerinnen können Mahnbescheids- und Folgeanträge über einen elektronischen Datenaustausch (EDA) einreichen. Das Amtsgericht Schleswig bietet zusätzlich das so genannte Belegverfahren an. Diese Verfahrensart setzt das gesetzlich vorgeschriebene maschinenlesbare Antragsformular voraus, welches z.B. im Schreibwarenhandel erhältlich ist. Das Belegverfahren ist die Standardvariante für Antragsteller und Antragstellerinnen, die nicht zu dem elektronischen Datenaustausch (EDA) zugelassen sind. Dieses Verfahren ersetzt die bisherige Nutzung des fünfseitigen Durchschreibesatzes. Der Belegvordruck ist hand- oder maschinenschriftlich auszufüllen und an das Amtsgericht Schleswig zu übersenden.

Ferner besteht die Möglichkeit des Online-Mahnbescheid-Antrages (www.Online-Mahntrag.de). Er bietet für gelegentliche Antragsteller und Antragstellerinnen sowie Privatpersonen, die keine Mahnsoftware besitzen, die Möglichkeit, den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides zu Hause am PC einzugeben, vom Programm vorprüfen zu lassen und als Barcode-Antrag (ohne Belegvordruck) oder auf dem Antragsformular auszudrucken. Dieser ist dann auch auf dem Postwege an das Mahngericht Schleswig zu übersenden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Europäisches Mahngericht	Alle Bundesländer haben im September 2009 eine Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung und den Betrieb des Europäischen Mahngerichts Deutschlands geschlossen. Das Amtsgericht Wedding (Berlin) nimmt die Aufgabe zentral für alle Amtsgerichte wahr.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden Betriebes und der Pflege des "Automatisierten Mahnverfahrens" beim AG Schleswig	
2	Sicherstellung des laufenden Betriebes und der Pflege des "Europäischen Mahnverfahrens" beim AG Wedding	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	2,7	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51143	Beschaffung	0,0	0,0	8,3	0,0	0,0	0,0
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
53356	Verträge	333,7	333,7	606,9	606,9	606,9	606,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	2,1	2,1	0,0	0,0	0,0
63206	Verträge	59,2	105,4	123,9	123,9	123,9	123,9
	Summe	397,6	446,3	746,3	735,9	735,9	735,9

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

ITM 2202030000

Bezeichnung BAföG / BaföG 21

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Verwaltung und Berechnung von Studierendenendaten zwecks Zahlbarmachung von BAföG. Das BAföG-Verfahren wurde 2016 erneuert.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	BAföG 21	Fallpauschalen Dataport
2	Archivierung	Archivierung durch Dataport
3	BAföG 21	Gesamtintegration und Pflege
4	Dialog 21	Pflege
5	Kasse 21	Pflege
6	PAP	Pflege Programmablaufplan

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellen der elektronischen Verwaltung und Berechnung von Studierendenendaten zwecks Zahlbarmachung von BAföG.	01.01.1991 - 31.12.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Verträge	50,0	15,0	5,0	5,0	5,0	5,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	15,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	772,7	347,0	347,0	347,0	347,0	347,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
68504	Verträge	62,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0

	Summe	884,7	457,0	437,0	437,0	437,0	437,0
--	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

ITM 2212030000

Bezeichnung Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

IT-Verfahren zur Unterstützung der Fachreferate bei der Lehrkräftepersonalverwaltung (Schuldienst und Vorbereitungsdienst) sowie der Verwaltung von Bewerbungen für den Vorbereitungsdienst. Hinweis: Bewerbungen für den Schuldienst werden über das IT-Verfahren pbOn abgewickelt. Es werden alle Aufgaben und Bearbeitungsschritte unterstützt, die bei der Lehrkräfteverwaltung anfallen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der kombinierten Datenpflege und der automatischen Erstellung von standardisierten Schriftgut. Außerdem sind diverse Auswertungsmöglichkeiten vorhanden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Unterstützung der Arbeitsabläufe in der Lehrkräftepersonalverwaltung	erreicht
2	Unterstützung der Arbeitsabläufe im Bewerbungsmanagement für den Vorbereitungsdienst	erreicht
3	umfangreiche Auswertungsmöglichkeiten zur Erstellung von Statistiken	erreicht

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	274,5	274,5	274,8	274,8	0,0	0,0
	Summe	274,5	274,5	274,8	274,8	0,0	0,0

ITM 2213030000

Bezeichnung Landesnetz-Bildung

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Aufbau und Betrieb einer zentralen Infrastruktur für Schulverwaltungen und Schulämter mit standardisierten IT-Arbeitsplätzen auf Basis des Landesstandards SH.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufbau und Betrieb einer Service-Infrastruktur	Ende 2012
2	Ausbau des Landesnetzes Bildung zu einem innovativen und leistungsfähigen Verwaltungsnetz für die Schulämter und Schulverwaltungen	globales Ziel
3	Optimierung der Wirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes im Bildungsbereich durch Standardisierung und Homogenisierung der Systemlandschaften (Hard- und Soft-ware) in Abstimmung mit den Kommunalen Landesverbänden	
4	Anschluss aller Schulen an das Landesnetz, Einführung zentraler Verfahren (Schulverwaltung)	
5	Unterstützung der Schulen bei Störungen und Benutzerproblemen (Helpdesk)	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51144	Verträge	0,0	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
51144	Sonstige Kosten	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	76,8	76,8	76,8	76,8	76,8	76,8
53356	Sonstige Kosten	2,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5
	Summe	80,1	80,2	79,7	79,7	79,7	79,7

ITM 2216020000

Bezeichnung Beschaffungen von IT-Hardware im Ministerium

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
-----	------------------	--------------

1	Ausbau von mobilen IT-Arbeitsplätzen	
---	--------------------------------------	--

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	127,9	127,1	135,1	63,4	82,6	102,0
	Summe	127,9	127,1	135,1	63,4	82,6	102,0

ITM 2217010000

Bezeichnung Betrieb der IT im Ministerium

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

IT-Grundversorgung der Dienststelle mit Basis-IT, Verbrauchsmitteln, Nutzung externer Datenbanken. Aus- und Fortbildung und Vertrag zum Support Landessystemkonzept.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des reibungslosen IT-Betriebes im MSB	jederzeit

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	8,4	1,7	1,1	1,1	1,1	1,1
51143	Sonstige Kosten	44,0	50,9	50,9	50,9	50,9	50,9
51144	Verträge	19,7	38,1	36,6	36,6	36,6	36,6
51144	Beschaffung	0,0	6,9	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	4,0	4,0	6,0	6,0	6,0	6,0
53356	Verträge	144,2	165,1	210,0	210,0	210,0	210,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	3,4	27,4	3,4	3,4	3,4
53413	Verträge	2,3	2,4	2,5	2,6	2,7	2,7
	Summe	222,6	272,5	334,5	310,6	310,7	310,7

ITM 2341030000

Bezeichnung Schulentwicklungsplanung für Schulen in SH

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Verminderung des Aufwandes bei schulbezogenen Verwaltungsabläufen. Dies betrifft unter anderem die Verminderung des Aufwandes bei Datenerhebungen in den Schulen, die Verminderung des Aufwandes bei der Pflege von Schulverwaltungsprogrammen, die Nutzungsmöglichkeiten zentraler gespeicherter Lehrerdaten für die Schulverwaltung und die Schulämter, die IT-technische Unterstützung des Schulwechsels von Schülern, die Nachverfolgung des Schulwechsels sowie die IT-Unterstützung für die Schulentwicklungsplanung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Optimierung von Arbeitsprozessen, insbesondere im Verwaltungsbereich Schulentwicklungsplanung	
2	Entlastung von Schulleitungen, Lehrkräften und Schulaufsicht von bürokratischen Aufgaben durch die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für arbeitsplatz-unterstützende IT-Lösungen	
3	Verstärkte Nutzung der zentralen E-Government-Komponenten des Landes für Anwendungen im Bildungsbereich	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	59,7	59,7	59,7	59,7	59,7	59,7
53356	Sonstige Kosten	11,8	21,8	16,9	16,9	16,9	16,9
	Summe	71,5	81,5	76,6	76,6	76,6	76,6

ITM 2342030000

Bezeichnung Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn)

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Webbasiertes IT-Verfahren für Online-Bewerbungen im Schulbereich, das im Internet Stellenangebote von schleswig-holsteinischen Schulen verfügbar macht und eine Bewerbung über das Internet ermöglicht

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Durch ein Onlineportal mit nach Regionen und Fachgebieten selektierbaren Stellenangeboten soll eine optimale Ansprechbarkeit von Interessenten, eine zeitnahe Rückmeldung von Bewerbungen und eine transparente Übersicht für die Schulleitungen und das Ministerium erreicht werden.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	114,4	114,4	114,4	114,4	114,4	114,4
53356	Sonstige Kosten	5,4	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	119,8	115,7	114,4	114,4	114,4	114,4

ITM 2464030000

Bezeichnung Landeseinheitliche Schulverwaltungssoftware für öffentliche Schulen in SH

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Mit der Möglichkeit der Einführung eines einheitlichen, zentral bereitgestellten Fachverfahrens zur Schulverwaltung verfolgt das Land Schleswig-Holstein das Ziel, eine allen Anforderungen verschiedener Schulformen genügende, einfach nutzbare und verlässliche sowie datenschutzkonforme, rechtlich einwandfreie Verwaltungslösung einzuführen.

Die Vorstudie wird Lösungsmerkmale mit ausreichenden Aussagen an die Qualitätsanforderungen und Quantifizierung belegen und daraus eine eindeutige Empfehlung über die grundsätzliche Machbarkeit einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware und deren Umsetzung geben. Dabei wird die Vorstudie ergebnisoffen die etwaige Notwendigkeit und das Erfordernis einer solchen Lösung darstellen. Somit ist die Vorstudie die Basis für die weitere Entwicklung von gemeinsamen Zielen und Visionen von Land und Kommunen im Bereich der Schulverwaltung. Die Vorstudie dient der Erkennung und Nutzung von Synergien im Bereich Schulverwaltung.

Projekt im Rahmen des IMPULS-Programms 2030; Beginn der Arbeiten in 2018; Betriebskosten werden bei Bedarf im Kapitel 1402 veranschlagt.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe						

ITM 2553030000

Bezeichnung Schulportal SH

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	49,9	49,9	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	49,9	49,9	0,0	0,0	0,0

ITM 2564030000

Bezeichnung Mitnutzung der IT-Plattform "Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen"

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Verantwortung für die Schulabschlüsse im deutschen Auslandsschulwesen tragen die Länder. An den durch die Kultusministerkonferenz der Länder der Bundesrepublik Deutschland (KMK) anerkannten deutschen Auslandsschulen werden gemäß den Ordnungen der KMK die deutschen Schulabschlüsse vergeben. Die Länder haben die Aufgabe, die Qualität sowie die Vertraulichkeit bei der Erstellung der schriftlichen Abituraufgaben, der Begutachtung und der Bewertung von schriftlichen Leistungen in den Prüfungen in der von ihnen jeweils betreuten Auslandsschulregion zu sichern und effizient zu gestalten. Jedes Land hat die Verantwortung für eine der weltweit 16 Prüfungsregionen, wobei die Zuständigkeit in einem Rhythmus von vier Jahren wechselt. So haben alle Länder langfristig betrachtet den gleichen Arbeits- und Kostenaufwand. Die Länder betreuen ihre jeweilige Auslandsregion im Rahmen der übernommenen Aufgaben völlig eigenständig.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern als Auftragnehmer verwendet zur Bewältigung dieser Aufgabe die virtualisierte Lösung der IT-Plattform „Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen“. Hierbei handelt es sich um den Telezugriff auf virtuelle Computer. Dabei werden nach der erfolgreichen Authentifizierung zwischen dem

Telearbeitscomputer und dem virtuellen Computer im Ministerium keine Dateien, sondern lediglich die Tastatureingaben, Mausbewegungen und Bildschirmanzeigen über eine verschlüsselte Verbindung ausgetauscht.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
63206	Sonstige Kosten	0,0	0,0	24,0	4,0	4,0	4,0
	Summe	0,0	0,0	24,0	4,0	4,0	4,0

ITM 2310030000

Bezeichnung Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen

Ressort / Dst. MBWK / IQ SH

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Das IQSH betreibt für Aus- und Fortbildungszwecke die synchrone Online-Konferenzplattform INTERWISE. Auf in der Regel angemieteten Servern werden Unterstützungssysteme für die Arbeit im IQSH, für die Unterstützung von Schulen und Lehrkräften, sowie für Projektpartner betrieben. Hierzu gehören Verfahren wie ODIS, EVIT, VERA, LEONIE, Fächerportal, Webauftritt des IQSH, Online-Buchungssysteme, Ticketsystem, Mediendownload für Schulen, Kundenhosting von 500 Schulen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	eLearning	Life-Lehrerfortbildung mit der Konferenzserverplattform Adobe Connect
2	Online Verfahren	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen und Lehrerbildung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Betrieb von Unterstützungssystemen für Schulen (Server mit Dienstleistungen für Schulen, eLearning-Plattform)	
2	Beratung und Unterstützung der Schulen bei der Standardisierung mit dem Ziel einer durchgängigen, beiläufigen IT- Nutzung im Unterricht	
3	Konsolidierung und Weiterentwicklung der internetgestützten IT- Dienstleistungen für Schulen, um eine gute Unterstützung von Verwaltungs-, Organisations- und Bildungsprozessen an Schulen zu erreichen	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	89,5	73,1	73,1	73,1	73,1	73,1
53356	Sonstige Kosten	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
	Summe	93,5	77,1	77,1	77,1	77,1	77,1

ITM 2311020000

Bezeichnung Beschaffungen des IQSH

Ressort / Dst. MBWK / IQ SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	59,9	76,0	88,8	72,4	68,6	58,8
	Summe	59,9	76,0	88,8	72,4	68,6	58,8

ITM 2312010000

Bezeichnung Betrieb der IT im IQSH

Ressort / Dst. MBWK / IQ SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Im IQSH gibt es neben dem Landesnetzzugang eine freie Internetanbindung über eine Standleitung zur Universität Kiel (DFN). Diese freie Internetanbindung wird für die Schulungs- und Veranstaltungsräume sowie für eLearning (Adobe Connect), Upload digitaler Medien, Fernwartung von PCs an Schulen und Pflege externer Server benötigt. Weiterhin werden in dieser Maßnahme Kosten für die Reparatur und Pflege der Hardware sowie Internetdienste für das Haus (Mailserver, Bibliotheksverwaltung ...) finanziert.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	26,3	24,5	24,5	24,5	24,5	24,5
53356	Sonstige Kosten	2,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
	Summe	33,3	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0

ITM 2491030000

Bezeichnung Kommunikationsplattform für Schulen und schulnahe Institutionen als Webdienst (SchulCommSy)

Ressort / Dst. MBWK / IQ SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das SchulCommSy SH beruht auf der Open-Source-Software CommSy. Genutzt werden die virtuellen Klassenräume der Software, die abgeschlossene Webbereiche zur Verfügung stehen. Das SchulCommSy SH wird als virtuelles Lehrerzimmer verwendet.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Nutzungsmöglichkeit als virtuelles Lehrerzimmer.	
02	Nutzung für den Unterricht.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	42,9	42,9	42,9	42,9	42,9	42,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	12,2	10,0	0,0	10,0	0,0
	Summe	42,9	55,1	52,9	42,9	52,9	42,9

ITM 2410010000

Bezeichnung Grundversorgung Landesförderzentren (LanFöZ)

Ressort / Dst. MBWK / LanFöZ

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

IT-Grundversorgung der Landesförderzentren (LFZ) – insgesamt 5 – mit Basis-IT, Verbrauchsmitteln, Aus- und Fortbildung sowie Vertrag zum Support Landessystemkonzept für das LFZ Hören und Sprache in Schleswig mit Außenstelle Wentorf.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	19,2	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	11,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	31,3	22,4	22,0	22,0	22,0	22,0

ITM 2549020000

Bezeichnung Beschaffungen LanFöZ

Ressort / Dst. MBWK / LanFöZ

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	0,0	0,0	56,2	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	0,0	56,2	0,0	0,0	0,0

ITM 2371010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesbibliothek

Ressort / Dst. MBWK / LB SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einsatz von Landesstandards, Nutzung zentraler Infrastrukturen	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
53356	Verträge	62,2	50,6	50,6	50,6	50,6	50,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	28,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53413	Verträge	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
	Summe	65,8	82,2	57,2	57,2	57,2	57,2

ITM 2378020000

Bezeichnung Beschaffung - Landesbibliothek

Ressort / Dst. MBWK / LB SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung funktionierender BK-Arbeitsplätze nach dem aktuellen technischen Stand.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	2,5	10,0	2,5	2,5	2,5	2,5

	Summe	2,5	10,0	2,5	2,5	2,5	2,5
--	-------	-----	------	-----	-----	-----	-----

ITM 2369030000

Bezeichnung Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Als archivische Fachverfahren sind zz. neben AIDA die Bestandsübersichten und die Wappenrolle in Betrieb.

Die „Bestände-Übersicht“ ist eine Datenbank, mit der Informationen über die einzelnen Archivbestände bearbeitet und für die Internetpräsentation des Landesarchivs generiert werden.

Die Wappenrolle ist eine Datenbank, in der die im Rahmen der kommunalen Heraldik des Landes vorhandenen und neu erstellen Wappen und Flaggen dokumentiert sind, um im Genehmigungsverfahren auf die notwendigen Informationen zugreifen zu können. Außerdem verfügt sie über eine Internetkomponente mit der Kommunen und Bürger sich über die Wappen und Flaggen Schleswig-Holsteins in Bildform und ihrer Blasonierung (Beschreibung) informieren können.

Als weiteres archivisches Fachverfahren wird eine Digitalisat-Verwaltung benötigt. Das Landesarchiv wird Ende des Jahres voraussichtlich Digitalisate von Luftbildern in größerem Umfang übernehmen. Dazu wird es noch in diesem Jahr eine Voruntersuchung geben, wie sich Speicherung und Benutzung dieser Luftbilder, wie auch anderer Digitalisate, die insbesondere als Findmittel benötigt werden, am besten realisieren lässt. Im Jahre 2016 sollte dann die Beschaffung der benötigten Hard-und Software erfolgen.

Für die Zukunft wird auch für das Landesfilmarchiv eine neue Verwaltungssoftware benötigt. Bei der Filmarchivierung wird anders als bei der Aktenarchivierung das Archivgut nicht direkt eins zu eins übernommen. Da von Filmen oft unterschiedliche Fassungen vorliegen, werden diese in einem aufwendigen Arbeitsgang jeweils einzeln gesichtet und aus den einzelnen Komponenten dann ein zu archivierendes Exemplar zusammengesetzt. Dieses Verfahren wurde bisher dadurch unterstützt, dass AIDA hier zweckentfremdet eingesetzt wurde. Mit der neuen Version von AIDA ist dies nicht mehr möglich, sodass hier eine eigenständige, an den Bedürfnissen des Filmarchivs ausgerichtete Datenbank erforderlich ist.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Beständeübersicht	Information über Archivbestände, Generierung der Internetpräsentation
2	Wappenrolle	Dokumentation von Wappen und Flaggen, Internetkomponente
3	Landesfilmarchiv	Verwaltung und Bearbeitung der übernommenen Filme
4	Digitalisatverwaltung	Verwaltung und Speicherung der für Benutzer des Landesarchivs angefertigten Digitalisate

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Rationalisierung der Archivarbeit, Einführung von E-Government, Schaffung bürgernaher Informationsstrukturen, Erhöhung der Einnahmen	31.12.2016

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5
	Summe	0,0	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5

ITM 2377020000

Bezeichnung Beschaffung - Landesarchiv

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	10,0	16,0	8,8	8,2	9,7	11,7
	Summe	10,0	16,0	8,8	8,2	9,7	11,7

ITM 2381010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesarchiv SH

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	40,7	39,7	39,7	39,7	39,7	39,7
	Summe	45,7	44,7	44,7	44,7	44,7	44,7

ITM 2408030000

Bezeichnung Betrieb und Fortentwicklung Fachverfahren AIDA

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

AIDA ist ein Verzeichnisprogramm für Archivare, das hauptsächlich im Landesarchiv Schleswig-Holstein eingesetzt wird. Es dient dem Erfassen, Ändern und Verschlagworten von Erschließungsdaten in einem Archiv. Es erzeugt Findbücher über die Erschließungsdaten und bietet eine umfangreiche Recherchemöglichkeit über die gespeicherten Daten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Produktionsbeginn AIDA 3.0	04.2015
02	Einführung ergänzender Neuerungen in AIDA 3.0	12.2015

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	33,3	33,3	33,3	33,3	33,3	33,3
	Summe	33,3	33,3	33,3	33,3	33,3	33,3

ITM 2461030000

Bezeichnung Digitales Archiv Nord

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Nach dem Landesarchivgesetz (LArchG §6 Abs. 1) müssen die Behörden und Gerichte des Landes Schleswig-Holstein alle bei Ihnen entstandenen Unterlagen, die für deren laufenden Geschäftsgang nicht mehr benötigt werden, dem Landesarchiv zur dauernden Aufbewahrung anbieten. Dies gilt für Unterlagen aus digitalen Systemen (z.B. E-Akten) ebenso wie für analoges Schriftgut (z.B. Papierakten).

Für die dauernde Speicherung der Unterlagen aus digitalen Systemen muss ein zentrales digitales Archiv-System aufgebaut werden. Dieses digitale Archiv soll sowohl die bereits vorliegenden als auch die erst in Zukunft entstehenden elektronischen Verwaltungsunterlagen übernehmen, dauerhaft erhalten und für universelle Nutzungen wieder zur Verfügung stellen.

Auf diese Weise stellt sich das Landesarchiv S-H seinen gesetzlichen Aufgaben und den Anforderungen moderner E-Government-Strategien. Außerdem eröffnet es innovative Nutzungsmöglichkeiten der dort verwahrten Informationen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Sicherung und Bereitstellung von archivwürdigen digitalen Verwaltungsunterlagen, Vermeidung von Überlieferungsverlusten	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	5,0	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	0,0	112,2	125,2	133,2	143,2	143,2
53356	Sonstige Kosten	24,0	138,9	89,9	89,9	89,9	89,9
63206	Verträge	0,0	99,4	99,4	99,4	99,4	99,4
63206	Sonstige Kosten	0,0	94,5	94,5	94,5	94,5	94,5
81246	Sonstige Kosten	0,0	12,7	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	17,3	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	29,0	479,0	409,0	417,0	427,0	427,0

ITM 2370010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege

Ressort / Dst. MBWK / LD SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung des laufenden Betriebs der BK-Infrastruktur des LD	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
51143	Beschaffung	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	21,0	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	25,0	25,3	24,8	24,8	24,8	24,8

ITM 2384020000

Bezeichnung Beschaffung - Landesamt für Denkmalpflege

Ressort / Dst. MBWK / LD SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	0,0	30,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	30,7	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2413030000

Bezeichnung Denkmal Information SH (DISH)

Ressort / Dst. MBWK / LD SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

1. Bereitstellung der Infrastruktur und Betrieb der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH) im Rechenzentrum. Die Datenbank DISH (Denkmal-Information Schleswig-Holstein) des Landesamtes für Denkmalpflege muss im Zuge der geplanten Umstellung der Landesbehörden auf das System +1 bzw. der geplanten Umstellung der Clients auf Windows7 angepasst bzw. migriert werden. Es handelt sich derzeit um eine Access-basierte Anwendung mit separater Access-Datenbank. Zudem existiert noch eine im Aufbau befindliche Datenbank-Erweiterung (zur Materialerfassung), die im Zusammenhang mit der Migration integriert werden soll.

Im Zusammenhang der Migration ist sinnvollerweise geplant, die bestehende Anwendung auf eine Webtechnologie (Aufbau einer zentralen Webapplikation mit einer Dreischichtenarchitektur) umzustellen. Zusätzlich soll eine GIS-Schnittstelle (Pflege und Bearbeitung über ArcGIS) und damit eine Einbindung auch externer Daten über GeoWebServices integriert werden. Damit würde auch die Abgabe an Inspire standardisiert zur Verfügung gestellt werden können (gemäß dem Architekturkonzept der GDI-SH).

2. Pflege der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH). Die Datenbank DISH soll künftig durch die Fa. Dataport gepflegt werden, was Support, Entwicklung und Unterstützungsleistungen beinhaltet.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Hosting (DISH)	Bereitstellung der Infrastruktur und Betrieb der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH) im Rechenzentrum
2	Pflege (DISH)	Pflege der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH)
3	Erweiterung des Verfahrens DISH	Unterstützungsleistungen für die Konzeption, Realisierung, Projektleitung und Test von Pflegemaßnahmen sowie Auslieferung und Implementierung von Erweiterungen für DISH in 2014, die über den Umfang des bestehenden Pflegevertrages hinausgehen.
4	Erweiterung des Verfahrens DISH Gesetzesnovelle	Unterstützungsleistungen für Umsetzung der im vorliegenden Konzept "Änderungen zur Gesetzesnovelle des Denkmalschutzgesetzes, DISH" beschriebenen Erweiterungen des Verfahrens DISH, die durch die Gesetzesnovelle des Denkmalschutzgesetzes des Landes SH erforderlich sind.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	<ul style="list-style-type: none">- Zentrale Denkmalverwaltung des Landes,- landesweiter (evtl. bundesweite Einbindung) Zugriff auf Denkmal-Datenbanken,- mit der webgestützten Variante Aufbau eines bürgerfreundlichen Informationssystems,- kurzfristiger und zeitnaher Austausch von Daten mit allen planenden Behörden aber auch freien Architektur- und Planungsbüros.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	118,7	73,6	65,1	65,1	65,1	65,1
53356	Sonstige Kosten	0,0	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	118,7	77,5	65,1	65,1	65,1	65,1

ITM 2380010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt

Ressort / Dst. MBWK / AL SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Laufende Aufrechterhaltung des +1-Betrieb IT-Betriebes: Wartungs- und Reparaturmaßnahmen für Server, Arbeitsplatzrechner, Drucker, Plotter sowie Verbrauchsmaterialien, Kleinbeschaffung, Softwarepflege, Schulungsmaßnahmen.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
52537	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	40,4	39,5	39,5	39,5	39,5	39,5
53356	Sonstige Kosten	5,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
81246	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	52,4	48,5	48,5	48,5	48,5	48,5

ITM 2382030000

Bezeichnung Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H

Ressort / Dst. MBWK / AL SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Entwicklung und Optimierung einer webgestützten (verteilten) Datenbankanwendung zur Darstellung und Verwaltung der archäologischen Kulturdenkmale von Schleswig-Holstein. Die Besonderheit liegt in einem Datenverbund zwischen den in der Landesarchäologie tätigen Akteuren Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Archäologisches Landesmuseum Schleswig-Holstein und Universität Kiel mit dem Institut für Ur- und Frühgeschichte und den daraus resultierenden bidirektionalen (standardisierten GIS-fähigen) Schnittstellen zwischen der Datenbank der Kulturdenkmale und der gemeinsam mit dem Archäologischen Landesmuseum betriebenen Archäologischen Datenbank Schleswig-Holstein (ADSH). Durch die von der digiCULT-Verbund eG entwickelten ADSH besteht gleichzeitig eine Anbindung an bundeslandübergreifende Standards. Durch den Datenverbund und die Ausstattung mit standardisierten (ogc-konformen) Schnittstellen können die Daten in weitere Portale eingespeist werden, um sie insbesondere vor dem Hintergrund der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes in 2015 zu veröffentlichen. Auch soll ein Teil der Daten Planungsbüros, Investoren und Gemeinden zur Verfügung stehen, damit sich diese vorab über mögliche Konflikte der beabsichtigten Bauvorhaben mit Kulturdenkmälern und die sich daraus ergebenden Konsequenzen informieren können.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	webbasierte verteilte Datenbanken der Kulturdenkmale in S-H mit GIS-Darstellung, GIS-Schnittstellen (WMS, WFS) und Schnittstellen zur Archäologischen Datenbank SH (ADSH) und der Grabungssoftware Archaeodox.	2008 bis 2014

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	44,2	62,0	32,0	32,0	32,0	32,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	21,1	35,0	15,0	15,0	15,0
	Summe	46,7	83,1	67,0	47,0	47,0	47,0

ITM 2386020000

Bezeichnung Beschaffung - Archäologisches Landesamt

Ressort / Dst. MBWK / AL SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

81246	Beschaffung	14,9	6,1	6,9	6,1	6,1	6,1
	Summe	14,9	6,1	6,9	6,1	6,1	6,1

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

ITM 2117030000

Bezeichnung xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Betrieb und Pflege der zentralen IT-Infrastruktur für die elektronische Datenübermittlung (landesintern und länderübergreifend) zwischen der Meldebehörde und anderen Meldebehörden, Bundesbehörden und Landesbehörden sowie private Stellen. Ab dem 1. November 2015 erfolgt dies im Rahmen einer Kooperation mit den Ländern Hamburg und Sachsen-Anhalt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1261	Spiegeldatenbank (ZMB)	gespiegelter Melderegisterbestand SH
1261	E-Government-Gateway	Fachspezifische Funktionalitäten

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Vollständige Automatisierung der Datenübermittlung der Meldebehörden (Ziel = 100 Prozent)	01.01.2013-31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	281,0	193,5	157,0	157,0	157,0	157,0
	Summe	281,0	193,5	157,0	157,0	157,0	157,0

ITM 2118010000

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation IM SH

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Die ITM beinhaltet im Wesentlichen die Grundversorgung der IT-Leitstelle für das Ministerium.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Mobile Endgeräte	Bereitstellung und Betrieb mobiler Endgeräte
2.	Netzinfrastruktur	Optimierung der LAN-Verteilerschränke
3.	Betrieb Bürokommunikation	Laufender IT-Betrieb

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Ausstattung Heimarbeitsplätze - online und offline-Lösungen (1 Prozent pro Jahr)	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	0,8	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
51143	Sonstige Kosten	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
51144	Verträge	26,0	25,1	25,0	25,0	25,0	25,0
51144	Sonstige Kosten	2,0	3,0	4,0	5,0	6,0	6,0
51144	Beschaffung	3,5	4,9	7,0	10,5	14,0	14,0
52537	Sonstige Kosten	15,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	423,4	19,2	2,1	2,1	2,1	2,1
53356	Sonstige Kosten	16,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63206	Verträge	52,0	10,9	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	104,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	45,2	26,2	12,5	12,5	12,5	12,5
	Summe	708,9	112,9	74,2	78,7	83,2	83,2

ITM 2120020000

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen GB IM

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich des Ministeriums veranschlagt. Die Reinvestitionsmaßnahmen unterstützen die Aufrechterhaltung des Landesvermögens.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Anpassung der bestehenden IT-Infrastruktur an den Stand der Technik	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	15,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	32,6	57,2	85,5	85,5	85,5	85,5
	Summe	47,6	87,2	85,5	85,5	85,5	85,5

ITM 2145030000

Bezeichnung ePersonenstand

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Nach der erfolgreichen Einführung des elektronischen Personenstandsregisters erfolgt laufend dessen Anpassung an aktuelle Rechtsentwicklungen (z.B. Stilllegungen, Abgabe an Archive, Vornamenssortierung; Umsetzung 2. PStRÄndG) gemeinsam mit Hamburg, Bremen und nunmehr auch dem Land Berlin, wo das gleiche Registerverfahren genutzt wird.

Zusätzlich sind weitere Verbesserungen im Registerbetrieb vorgesehen, die die eGovernment-Funktionalität des Registers erhöhen (z.B. Online-Beantragung von Urkunden, Ausdruck von Urkunden aus dem zentralen Register).

Wesentliche Weiterentwicklungsschritte mit eigenem Projektcharakter werden in den nächsten Jahren die Einführung der elektronischen Sammelakte und die Nacherfassung der papiergebundenen Geburtenbücher sein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Kryptografische Funktionalitäten	Qualifizierte digitale Signatur, Langzeitarchivierung, Nachsignierung, Zeitstempeldienst (Nutzung E-Government-Infrastruktur)
2.	Personenstandsregister (Land)	elektronisches Register zur Speicherung der Geburten, Ehe, Lebenspartnerschaft und Sterbefallregister
3.	Mitteilungsdienste	DVDV - Nutzung der Clearingstelle
4.	eGovernment-Funktionalitäten	Einführung der Online-Beantragung von Personenstandsurkunden und der Voranmeldung zur Eheschließung über das Government-Gateway, Ausdruck von Personenstandsurkunden aus dem zentralen Register durch nicht registerführende Standesämter, Mitteilung von Sterbefalldaten an die Gesundheitsbehörden; elektronische Übermittlung von Daten zur Eheschließung an das Eheschließungsstandesamt
5.	Einführung elektronische Sammelakte	Die Sammelakten sind zentraler Bestandteil jedes standesamtlichen Vorgangs. Sie sind auch gerichtsrelevant. Ab 2022 müssen alle Behörden verpflichtend mit den Gerichten elektronisch kommunizieren. Daher soll mit den anderen Auftraggeber-Ländern ein Projekt initiiert werden, die Standesämter fit zu machen für den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten.
6.	Nacherfassung der Altbestände	Seit 2009 werden alle Personenstandsregister elektronisch geführt. Die Register vor 2009 werden weiterhin auf Papier geführt. Dadurch entsteht bei Folgebeurkundungen von Registern aus dieser Zeit ein Medienbruch, der zu erhöhten Aufwänden in den Standesämtern führt. Daher sollen die Geburtenregister von 1990 bis 2008 nacherfasst werden. Dazu muss ein Projekt gemeinsam mit den Auftraggebern eingerichtet werden. Ggf. kann eine Software-Lösung des Landes Berlin genutzt werden. Im Austausch dafür, dass diese Software zur Verfügung gestellt würde, müsste der Nordverbund (SH, HH, HB) die Software-Lösung für den nächsten Schritt beauftragen (z.B. Nacherfassung der Familienbücher).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des elektronischen Registerverfahrens im Personenstandswesen	01.01.2014 - 31.12.2019
2	Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten	01.01.2018 - 31.12.2021

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	140,7	112,7	133,3	139,9	146,5	146,5
53356	Sonstige Kosten	0,0	80,0	250,0	300,0	300,0	200,0

63206	Sonstige Kosten	0,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	Summe	140,7	197,7	388,3	444,9	451,5	351,5

ITM 2320030000

Bezeichnung Wahlabendprogramm

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung vorläufiger Ergebnisse am Wahlabend bei Gemeinde- und Kreiswahlen (Kommunalwahl), Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen - Wahlabendprogramm -)

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	VotePlus	Ermittlungs- und Präsentationskomponente

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung der Wahlergebnisse am Wahlabend	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	114,4	109,2	89,3	89,3	89,3	89,3
53356	Sonstige Kosten	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	114,4	119,2	99,3	99,3	99,3	99,3

ITM 2354030000

Bezeichnung Waffenregister

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Seit dem 1. Januar 2013 ist das Nationale Waffenregister (NWR) in Betrieb. Die Fachliche Leitstelle Nationales Waffenregister (FL NWR), die eine Einrichtung der Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg ist, hat u. a. die Aufgabe, die Nutzer des NWR fachlich zu unterstützen und das Datenaustauschformat xWaffe zu pflegen und weiterzuentwickeln. Die Aufgaben sowie die Finanzierung der FL NWR sind in der Verwaltungsvereinbarung zum Betrieb der FL NWR geregelt. Zur Zeit wird ein Realisierungskonzept für die IMK erarbeitet, um über den geplanten Ausbau des Nationalen Waffenregisters (NWR II) zu entscheiden. Auch bei einem Verzicht auf NWR II sind Anpassungen am bestehenden System (NWR I +) erforderlich, um sicherzustellen, dass das NWR auch in seiner ersten Ausbaustufe seinen Zweck langfristig und nachhaltig erfüllen kann. Es ist geplant, dass haushaltswirksame Kosten für Schleswig-Holstein für vier Jahre ab 2017/2018 entstehen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	xWaffe	Datenaustauschformat für Waffenbehörden

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Zentrale Bereitstellung von Daten für Waffen- und Sicherheitsbehörden	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
63206	Verträge	27,9	37,7	47,6	69,6	69,6	69,6
	Summe	27,9	37,7	47,6	69,6	69,6	69,6

ITM 2393030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege von Fachanwendungen für Integrationsangelegenheiten

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die IT-Maßnahme dient der Effektivitäts-/Qualitätskontrolle in der Migrationssozialberatung. Diese Beratung ist eine Maßnahme des Landes nach § 45 Aufenthaltsgesetz und ergänzt die nicht flächendeckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Angebote. Gleichzeitig wird dabei eine strategische Vorgabe des IM umgesetzt. Die Inhalte der Migrationssozialberatung sind durch das „Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten (Migrationssozialberatung) in Schleswig-Holstein“ vom 10. Januar 2006 vorgegeben und durch das Controllingkonzept vom 3. Dezember .2007 mit Zielvorgaben ergänzt

und dann als Fördergegenstand und Zielsetzung in die jeweiligen Förderrichtlinien aufgenommen worden. Um die Wirkung und Erfolge transparent zu machen, wurden im Controllingkonzept Ziele und Unterziele definiert und Wirkungskennzahlen zur Messung von integrationsfördernden Tätigkeiten entwickelt. Weiter werden festgelegte Prozesskennzahlen zu den Klienten erhoben. Diese bis zu 30 Kennzahlen je Klient werden von den zur Zeit 29 aktiven Beratungsstellen in das internetgestützte IT-System eingegeben. Sie werden quartalsweise ausgewertet, zu standardisierten Berichten für das IM und für die Beratungsstellen aufbereitet. Diese Berichte und jährliche Sonderauswertungen des IM zu Schwerpunktthemen sollen helfen, Ergebnisse der Beratungsarbeit und Strukturen der Klienten zu vergleichen und Folgerungen für die künftige Förderung sowie für die Weiterentwicklung der Migrationssozialberatung abzuleiten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Controlling Migrationssozialberatung	Fachanwendung für das Controlling der Migrationssozialberatungsstellen (MSB).
2.	MSB 2020	Fachanwendung für das Controlling

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Optimierung der Zuwendungen (Zuwendungsverteilung)	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	11,5	11,5	11,5	11,5	11,5	11,5
53356	Sonstige Kosten	20,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	32,4	11,5	11,5	11,5	11,5	11,5

ITM 2399030000

Bezeichnung eWohngeld

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zur Vermeidung rechtswidriger Inanspruchnahme des Wohngeldes und damit zur Erzielung von Einsparungen ist der automatisierte Datenabgleich im Wohngeldverfahren nach § 33 Absatz 5 des Wohngeldgesetzes (WoGG) bundesweit 2013 eingeführt worden und wird vierteljährlich durchgeführt.

Überprüfungen weiterer Zentralisierungs- und Optimierungsmöglichkeiten der WoG-Verfahren zur Vereinheitlichung sind (vom Ref.IV24) geplant. Wie z.B.

- Vereinfachung des WoG-Erstattungsverfahrens
- zentrale Auszahlungsstelle für WoG-Leistungen aus dem Landeshaushalt direkt an die Wohngeldempfänger
- zentrale Bescheiderstellung
- zentraler Datenbestand
- E-Wohngeld / Antragstellung, einheitliche Formulare u.s.w.
- gesetzliche Berichterstattungspflichten (z.B. für Statistiken)
- Prüfung Aufgabenteilung: Wohngeldstelle - Zentrale

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Optimierung der Wohngeldverfahren in Schleswig-Holstein	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Einführung und Durchführung des automatisierten Datenabgleichs	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	60,2	60,2	60,2	60,2	60,2	60,2
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	280,0	280,0	180,0	180,0
	Summe	60,2	60,2	340,2	340,2	240,2	240,2

ITM 2411030000

Bezeichnung Telekommunikation Katastrophenschutz

Ressort / Dst. MIL I / MIL I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Behördenübergreifende formelle- und nichtformelle Kommunikation mit redundanten TK-Verbindungen (Mehrwegführung) unter einem einheitlichen Kommunikationssystem mit Übergang in die Stabskommunikation.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	EPSWeb	System für den Nachrichtenfluss im Stab
2.	Telekommunikationsanlagen	für den Führungsstab der unteren KatS-Behörden

3.	Kommunikationsanlagen	Pkomm Boxen für formelle Kommunikation in den unteren KatS Behörden
----	-----------------------	---

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Kommunikationsverbindung im Katastrophenschutz zwischen Kreisen und kreisfreien Städten und dem Land	01.01.2012 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
52706	Sonstige Kosten	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	31,1	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	17,1	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,3	32,5	26,0	26,0	26,0	26,0
	Summe	31,4	94,4	70,8	70,8	70,8	70,8

ITM 2412030000

Bezeichnung Glücksspiel

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufgrund des § 4 Abs. 8, Nr. 1 in Verbindung mit § 46 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz), vom 20. Oktober 2011, ist das Innenministerium ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen zur technischen Voraussetzung für Glücksspielanbieter zu veröffentlichen.

Anbieter von Online-Glücksspielen müssen ein technisches Kontrollsystem einrichten und betreiben, das relevante Daten nach einer Zeit oder nach dem auslösenden Ereignis erfasst und digital ablegt sowie eine zeitnahe oder spätere elektronische Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde und der zuständigen Finanzbehörde ermöglicht.

Dazu sind im Innenministerium als zuständige Aufsichtsbehörde die Anforderungen an die durch die Glücksspielanbieter abzulegenden Daten in einer technischen Richtlinie zu erstellen und fortzuschreiben, ein technisches System aufzubauen und zu betreiben, das die aufsichtsrechtliche Auswertung dieser Informationen ermöglicht (Reportingsystem) sowie ein Informationssicherheitsmanagement-System zu installieren, welches die vom

Glücksspielanbieter durchgeführten Maßnahmen zur sicheren Abwicklung von Zahlungen, zur Bekämpfung und Vermeidung von Geldwäsche, zur Abwehr von Manipulationen und Betrug sowie zum Spielerschutz überprüft.

Das Innenministerium strebt zur Refinanzierung des Entwicklungsaufwandes und der Weiterentwicklung sowohl der technischen Richtlinie als auch des Reportingsystems eine Kooperation mit Hessen an, das für die Glücksspielaufsicht zentral für alle Bundesländer im Rahmen des Glücksspielstaatsvertrages ausübt. Der von Schleswig-Holstein zu finanzierende Anteil könnte sich dann nach dem Königsteiner Schlüssel ergeben.

Zur Prüfung der Refinanzierung der Kosten des laufenden Betriebes des Auswertesystems prüft das Innenministerium derzeit die Möglichkeit, hierfür Mittel aus der nach § 32 Abs. 2 Glücksspielgesetz zu erhebenden Kontrollgebühr einsetzen zu können.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Technischen Richtlinie für Online-Glücksspiele in Schleswig-Holstein	Diese Richtlinie definiert die Anforderungen an die Glücksspielanbieter zur Ablage von Daten auf dem jeweiligen Safe-System. Die so abgelegten Daten werden durch die Aufsichtsbehörde in das GLAS überführt.
2.	Beschwerdemanagement	Beschwerdemanagementsystem für die Aufsichtsbehörde
3.	Informationssicherheitsmanagement	Zur Wahrnehmung der Glücksspielaufsicht ist ein umfassendes Informationssicherheitsmanagement zu installieren.
4.	GLAS	Glücksspielauswertesystem

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Einrichtung und Betrieb von Verfahren, die eine effektive und effiziente Aufsicht über die Glücksspielanbieter im Sinne des Glücksspielgesetzes ermöglichen.	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	5,0	5,0	5,0	5,0
52706	Sonstige Kosten	0,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Verträge	178,5	189,1	190,2	191,3	192,5	193,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	250,0	200,0	200,0	200,0
	Summe	178,5	192,1	448,2	399,3	400,5	401,6

ITM 2430030000

Bezeichnung Fuhrparkverwaltung

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fuhrparkmanagement ist das Verwalten, Planen, Steuern und Kontrollieren des Fuhrparks der Landesregierung. Das Fuhrparkmanagement des IM SH besteht aus der webgestützten Fahrzeugverwaltungssoftware HERMES und der Fahrzeug- und Fahrerdispositionssoftware CAREXPRESS.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Wirtschaftlicher und kundenorientierter Service für die Nutzer (Carexpress)	01.01.2014 - 31.12.2019
2	Kostenrechnung der Fahrbereitschaft einschl. Fakturierung (Hermes)	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	90,1	95,4	95,1	95,1	95,1	95,1
53356	Sonstige Kosten	3,1	30,7	281,5	266,0	16,0	16,0
	Summe	93,2	126,1	376,6	361,1	111,1	111,1

ITM 2431030000

Bezeichnung Ticketsystem GB IM

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / nicht etatzfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Einführung eines ressortweiten Ticketsystems zur ITIL-konformen Aufnahme und Bearbeitung von Störungsmeldungen, sowie die Bearbeitung von Dienstleistungsaufträgen. Es wird das dataportinterne System mitgenutzt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	ITSM-Suite (Incidentmanagement)	Modul zur Störungsbearbeitung
2.	ITSM-Suite (Service Request Management)	Modul zur Auftragsbearbeitung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	240,5	160,8	100,0	100,0	100,0	100,0
	Summe	240,5	160,8	100,0	100,0	100,0	100,0

ITM 2465030000

Bezeichnung Antragsverfahren für den Kommunalen Investitionsfond (KIF)

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Erstellung eines Fachverfahrens zur Verwaltung und Abwicklung des Kommunalen Investitionsfonds.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	KIF-DB	Fachverfahren zur Verwaltung und Abwicklung des Kommunalen Investitionsfonds

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verwaltung und Abwicklung des Kommunalen Investitionsfonds	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	3,2	22,0	33,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	6,3	17,1	17,1	17,1	17,1
	Summe	3,2	28,3	50,1	17,1	17,1	17,1

ITM 2539030000

Bezeichnung X-Inneres

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Zusammenfassung der gemeinsamen 4 bestehenden XÖV-Standards xPersonenstand, xPersonenstandsregister, XMeld und xAusländer in den modularen Standard der Innenverwaltung XInneres.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	xMeld	Übertragung von Meldedaten im x-Format (Bund)
2	xPersonenstand	Austauschformat Bundesebene
4	Clearingstelle	Übertragung von Daten im x-Format (Land)

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	144,0	144,0	144,0	144,0	144,0
63206	Verträge	0,0	40,3	40,3	40,3	40,3	40,3
	Summe	0,0	184,3	184,3	184,3	184,3	184,3

ITM 2556010000

Bezeichnung Grundversorgung Sonderbereiche

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Die ITM beinhaltet im Wesentlichen die Grundversorgung der Sonderbereiche.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	15,0	32,0	15,0	15,0	15,0
53356	Verträge	0,0	24,4	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	28,1	231,4	28,1	28,1	28,1
63206	Verträge	0,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
63206	Sonstige Kosten	0,0	166,6	190,6	67,6	110,0	110,0
	Summe	0,0	286,1	506,0	162,7	205,1	205,1

ITM 2557020000

Bezeichnung Beschaffungen Sonderbereiche

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen und Beschaffungen für Sonderbereiche veranschlagt.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	30,0	33,9	33,9	33,9	33,9
81246	Sonstige Kosten	0,0	26,5	182,0	20,0	20,0	20,0
81246	Beschaffung	0,0	23,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	80,2	215,9	53,9	53,9	53,9

ITM 2101030000

Bezeichnung @rtus/INPOL/EDDI - Betrieb

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Bereitstellung von Leistungen zur IT-mäßigen Abwicklung polizeilicher Aufgaben durch den Einsatz des DV-Verfahrens Inpol S-H und Betreuung dieses Programms. Im Rahmen des Verbundsystems „Inpol“ besteht ferner die bundesweite Auskunftsfähigkeit der Anwendungen u.a. „Kriminalaktennachweis“, „Haftdatei“, „DNA-Analysedatei“ und „Erkennungsdienst“, sowie der Zugriff auf die Daten des Schengener Informationssystems (NSIS). Über diese Anwendung wird der Zugriff zu den Verfahren „POLDOK“ (bis zur Ablösung durch eine Folgeanwendung), „EWO“, „AZR“, „ZEVIS“, „JustizOnline“ und „NWR“ erschlossen. Einwohnermeldedaten-Pflege und Produktion sowie digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei. Bereitstellung und Betrieb von @rtus.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Inpol	Verbundsystem (Inpol SH und INPOL Z)
2.	@rtus	VBS @rtus
3.	EDDI	Digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei
4.	EWO	Auskunftsdienst Einwohnerinformationen der Landespolizei
5.	NWR Fachanwendung	Auskunftsdienst Nationales Waffenregister im INPOL SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Erfassung und Bearbeitung aller polizeilichen Vorgänge	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Teilhabe am bundesweiten INPOL-Verbund	01.01.2013 - 31.12.2019
3	Teilhabe am bundesweiten Austausch und landesinterner Auswertung von Erkennungsdienstlichen Informationen	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	1.846,3	1.858,7	1.863,7	1.863,7	1.863,7	1.863,7
53356	Sonstige Kosten	0,0	127,8	110,5	110,5	110,5	110,5
63102	Verträge	18,9	44,1	12,6	12,6	12,6	12,6
68504	Verträge	310,0	310,0	320,0	320,0	320,0	320,0
68504	Sonstige Kosten	144,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	2.319,2	2.340,6	2.306,8	2.306,8	2.306,8	2.306,8

ITM 2102030000

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Straßenverkehr. Erfassen und Sachbearbeiten von Verwarn- und Bußgeldfällen. Überwachen von Zahlungseingängen einschließlich automatisiertem Abgleich.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Steigerung der Verkehrssicherheit	01.01.2014 - 31.12.2019
2	Harmonisierung der Rechtsabläufe	01.01.2014 - 31.12.2019
3	Beitragsleistung zur Konsolidierung des Landeshaushaltes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	25,0	56,0	50,0	50,0	50,0
81246	Beschaffung	0,0	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	600,0	625,0	666,0	660,0	660,0	660,0

ITM 2103030000

Bezeichnung @rtus - Entwicklung

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die IT-Maßnahme umfasst die Pflege und Weiterentwicklung des Vorgangsbearbeitungssystems der Polizei im Rahmen der Kooperation. Der bestehende Kooperationsvertrag mit der Bundespolizei (BPol) und der FHB regelt, dass die Pflege- und Entwicklungskosten gemeinsam zu gleichen Teilen getragen werden, so dass damit ein Beitrag zur Entlastung des Landeshaushaltes erreicht werden kann.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Silk-Test	Automatisiertes Testen in @rtus-VBS

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1202	Aufrechterhaltung der Pflege- und Entwicklungskooperation zur Sicherstellung eines leistungsfähigen Vorgangsbearbeitungssystems	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	1.208,4	1.212,7	6,3	6,4	6,5	6,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	1.206,5	1.206,5	1.206,5	1.206,5
	Summe	1.208,4	1.212,7	1.212,8	1.212,9	1.213,0	1.213,1

ITM 2105030000

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Fachanwendung für ein flexibles Arbeitszeitmanagement mit einer flexiblen Personalplanung. Verbesserung der flexiblen Dienstplanung und des effizienten Personaleinsatzes. Automatisierter Abfluss von Daten für die Zahlung von Zulagen. Landeseinheitliches Bereichswesen im Bereich Arbeitszeitmanagement. Erstellen von Berichten über Crystal Reports und automatisches Versenden von Berichten über Crystal Report Mailer. Es besteht die Möglichkeit, Zeiterfassungsgeräte zur automatisierten Zeiterfassung zu verbinden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Zeiterfassung	Zeiterfassungsgeräte zur Unterstützung der KLR
2.	Crystal Report Mailer	Automatisches Versenden von Berichten
3.	Crystal Report	Erstellen von Berichten

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Steuerung des Ressourceneinsatzes der Landespolizei	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	272,4	256,7	282,1	282,1	282,1	282,1
53356	Sonstige Kosten	0,0	1,0	102,0	102,0	102,0	102,0
81246	Beschaffung	35,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	308,1	257,7	384,1	384,1	384,1	384,1

ITM 2107030000

Bezeichnung Betrieb Sicherheitsinfrastruktur für Internet-Zugang vom Polizei-LSK-Arbeitsplatz

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Betrieb und Pflege der WTS-Infrastruktur für sicheren Internetverkehr.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	SSI	Betrieb der Serverfarm und Sicherheitsinfrastruktur Internet/AZM
2.	Internet	Gewährleistung des Internetzugangs "workshop-data.com" für die Werkstattbereiche der LaPo
3.	V-Track	Vesel-monitoring-system der Fischereiaufsicht
4.	LEERS	„EBAY“ Law Enforcement Request System
5.	WTS	Windows Terminal Service

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Erfüllung der Sicherheitsanforderungen zur Nutzung des Internets im INPOL-Umfeld	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	124,1	220,1	338,8	318,8	338,8	338,8
	Summe	124,1	220,1	338,8	318,8	338,8	338,8

ITM 2110030000

Bezeichnung EXTRAPOL

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Extrapol ist die gemeinsame Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Extranet	Gemeinsame Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit der gemeinsamen Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder	01.01.2012 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0
63206	Verträge	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
63206	Sonstige Kosten	0,0	47,1	6,0	6,0	6,0	6,0
	Summe	25,0	72,1	41,0	41,0	41,0	41,0

ITM 2111030000

Bezeichnung Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Die IT Beweissicherung und Auswertung bei der Landespolizei Schleswig-Holstein im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen, so wie bei OWI Verfahren und zur Gefahrenabwehr wird mit Hilfe von IT-Gerät durchgeführt. Die hiermit betrauten Dienststellen sind die ITB (IT Beweissicherungsgruppengruppe) im LKA, die r-ITB'en bei den Bezirkskriminalinspektionen und die Sachbearbeitenden Dienststellen.

Es wurde in 2005 im LKA eine spezielle Dienststelle zur Bekämpfung der IuK-Kriminalität im engeren Sinne eingerichtet. Ab 01.02.2014 wird im LKA das Projekt "Cybercrime" eingerichtet; siehe hierzu ITM 2485030000 Cybercrime

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Internetrecherche	Internetrecherche bei den Kriminaldienststellen
2.	IT-Besi	IT-Beweissicherung
3.	Auswertung	der Daten der gesicherten Beweise bei den Kriminalpolizeidienststellen, Wasserschutzpolizei und bei den Schutzpolizeidienststellen
4.	Schulung	Schulung für IT-Beweissicherung
5.	IDEA	Buchhaltungsauswertesoftware
	Cybercrime	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1229	anlassbezogene Sicherung und Auswertung von mit IT-Geräten erzeugten Daten zur beweisssicheren Dokumentation für die Staatsanwaltschaften.	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	252,1	304,6	400,5	297,5	283,5	283,5
53356	Sonstige Kosten	27,4	36,0	15,0	15,0	15,0	15,0

81246	Beschaffung	362,4	577,8	467,0	467,0	467,0	467,0
	Summe	643,9	920,4	884,5	781,5	767,5	767,5

ITM 2112030000

Bezeichnung Netzinfrastuktur für IT b. d. LaPo SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Planen der Netzinfrastuktur; Bereitstellen, sicheres Betreiben nach BSI-Standards und Überwachen der Netzinfrastuktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein; Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau / Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation über die Netze (ohne Flex Port).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Netzinfrastuktur	Planen der Topologie der Netze und Ausstattung mit Netzwerkkomponenten
2.	Netzinfrastuktur	sicheres Betreiben nach BSI-Standards und Überwachung der Betriebsbereitschaft der Netzinfrastuktur
3.	Netzinfrastuktur	Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit niedrigerem Sicherheitsniveau
4.	IP-Kommunikation in der GBG	Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung des Steuerungskreislaufs (Planen, Betreiben, Steuern) der Netzinfrastuktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	49,8	49,8	2,5	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	16,0	0,0	16,0	16,0	16,0	16,0
63206	Verträge	4,8	11,0	2,7	5,0	3,8	3,8

	Summe	70,6	60,8	21,2	21,0	19,8	19,8
--	-------	------	------	------	------	------	------

ITM 2113030000

Bezeichnung Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fachanwendung zur qualitätsgesicherten IT-Unterstützung für die medizinischen Bereiche der Landespolizei.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung einer effektiven Arbeitsfähigkeit für Beschäftigte im medizinischen Bereich	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	8,5	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	250,0	250,0	250,0	250,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,0	60,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	8,5	8,8	318,8	258,8	258,8	258,8

ITM 2114030000

Bezeichnung E-Post 810 bei der LaPo SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Landesweiter Betrieb des gesicherten formellen Kommunikationssystems E-Post 810 im Rahmen der bundesweiten Umstellung (Bund, Zoll, BGS und alle Bundesländer). Hierbei wurde auch das „alte Fernschreib-Sondernetz“ abgelöst. Es wird die bestehende LSK Infrastruktur für den Betrieb des Verfahrens genutzt. Die Anbindung an die

anderen Bundesländer läuft über das CNP/ON. Das Verfahren E-Post ist ein Hochverfügbarkeitsverfahren und erfordert eine Verfügbarkeit von 24/7.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung der Teilnahme an der gesicherten formellen Kommunikation 24 / 7 / 365	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
63206	Verträge	14,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7
	Summe	15,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5

ITM 2115020000

Bezeichnung Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der IT-Infrastruktur durch Reinvestition von Hard- und Software einschl. Unterstützungsleistungen von Dataport bei der Durchführung von Reinvestitionsmaßnahmen. Realisierung von Ersatzbeschaffungen für defekte Geräte.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	3,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	23,4	588,5	12,0	12,0	12,0	12,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	27,0	1.512,5	407,0	407,0	407,0
81246	Sonstige Kosten	110,0	356,8	120,0	110,0	110,0	110,0
81246	Beschaffung	1.526,7	776,8	3.125,5	1.463,0	1.463,0	1.463,0
	Summe	1.663,1	1.769,1	4.790,0	2.012,0	2.012,0	2.012,0

ITM 2116030000

Bezeichnung InfReg

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fachanwendung zur Abfrage von Kundendaten bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (vormals RegTP) und von Verkehrsdaten bei den Telekommunikationsanbietern. Im Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung kann es erforderlich sein, Fernmeldeanschlussinhaber festzustellen oder für namentlich bekannte Personen die zugeteilten Rufnummern zu ermitteln bzw. Verkehrsdaten festzustellen. Aufgrund von Vorgaben durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sind solche Auskunftersuchen bzw. Verkehrsdatenabfragen zur Feststellung oben genannter Daten standardmäßig mittels eines elektronischen Datenaustausches durchzuführen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	InfReg90	FA zur Abfrage von Kundendaten bei der BNetzA
2.	InfReg100	Integrierte Lösung zum polizeilichen Auskunftersuchen ggü. Telekommunikationsdienstleistungen (Verbindungs- und Verkehrsdaten § 100 g StPO) ESB/ETSI (Elektronische Schnittstelle Behörden)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Betriebsbereitschaft gegenüber Bundesnetzagentur 24/7/365 binnen einer Stunde im Rahmen von Bestandsdaten	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Sicherstellung der Umsetzung richterlicher Beschlüsse im Bereich der Verkehrsdaten mittels elektronischer Schnittstelle	01.06.2015 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	261,7	214,0	214,0	214,0	214,0	214,0
53356	Sonstige Kosten	276,7	65,0	51,0	51,0	51,0	51,0
81246	Sonstige Kosten	3,3	20,0	5,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	541,7	299,0	270,0	265,0	265,0	265,0

ITM 2134030000

Bezeichnung Kampfmittelinformationssystem

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Der Kampfmittelräumdienst Schleswig-Holstein (KRD S-H) ist gem. § 1 Abs. 1 Kampfmittelverordnung S-H für die Abwehr von Gefahren zuständig, welche von Kampfmitteln ausgehen. Die Gefahrenabwehr setzt die Gefahrenerkundung voraus. Das zu implementierende Kampfmittelinformationssystem (KIS) soll eine Gefahrenerkundung auf Basis eines größtmöglichen Datensatzes sicherstellen. Wesentlicher Bestandteil dieses Datensatzes sind alliierte Kriegsluftbilder, aber auch sonstige zu erhebende, historische Daten (Luftschutzpolizeiberichte, Fundmunitionsmeldungen u.ä.).

Das KIS soll die Gesamtheit der notwendigen Arbeitsschritte zur Gefahrenerkundung beim KRD S-H abbilden und eine damit verbundene Antragsverwaltung, Auftragsbearbeitung und Rechnungsstellung beinhalten. Durch Implementierung des KIS ist im Ergebnis eine effizientere, wirtschaftlichere und qualitativ hochwertigere Aufgabenwahrnehmung des KRD S-H möglich

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Kampfmittelinformationssystem	ganzheitliche Informationserfassung zur Kampfmittelbelastung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Befreiung von Kriegsaltslasten aus dem 2. Weltkrieg für das Land SH	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
53356	Sonstige Kosten	942,3	1.209,3	1.032,2	418,2	296,2	296,2
	Summe	969,3	1.236,3	1.059,2	445,2	323,2	323,2

ITM 2136010000

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatzfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung und Fortführung des Betriebes für den Bereich der Landespolizei SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes und Versorgung der PDén mit Papier und Toner sowie sonstigen Geschäftsbedarfen der IT etc.	01.01.2012 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51143	Sonstige Kosten	450,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0
52537	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
52706	Sonstige Kosten	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
53356	Verträge	783,4	847,5	840,7	840,7	840,7	840,7
53356	Sonstige Kosten	0,0	31,3	125,8	25,8	25,8	25,8
	Summe	1.274,4	1.419,8	1.507,5	1.407,5	1.407,5	1.407,5

ITM 2348030000

Bezeichnung OWI-Interaktiv

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Verfahren Dataport. OWI arbeitet gegenwärtig nur auf Sachbearbeiter- und Drittverfahrensebene elektronisch. Eine Einbindung der Betroffenen in den elektronischen Informationsfluss ist nicht realisiert. Diese Möglichkeit soll mit Einführung eines Internet-basierten Zugangs geschaffen werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	eAnhörung	Einbindung in das Landesportal wird erforderlich

2.	OWI 21	VBS für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr
----	--------	--

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bereitstellung und Betrieb einer Online-Anhörung	01.10.2016 - 31.12.2020

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	107,0	107,0	107,0	107,0
	Summe	0,0	0,0	107,0	107,0	107,0	107,0

ITM 2350030000

Bezeichnung xPolizei Standardisierung

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das gesamte Vorhaben „XPolizei“ als fachspezifische Standardisierung in der öffentlichen Verwaltung (XÖV-Koordination) ist modular aufgebaut, es umfasst sowohl fachliche, technische als auch organisatorische Aspekte, die z. T. als Empfehlungen und z. T. als verbindliche Standards eine Grundlage für die weitere Entwicklung des Informationsaustauschs der deutschen Polizeibehörden bilden Module von:

- XPolizei. Informationsmodell Polizei (IMP); fachlicher Bereich mit den hierfür beschriebenen Praxisfällen.
- XPolizei Austauschformat: der technische Bereich beinhaltet primär den „eXchange Standard Polizei“ (XSP) sowie Empfehlungen und Best-Practice Erfahrungen bzgl. der Schnittstellen.
- XPolizei Framework: Der organisatorische Bereich des „Framework XPolizei“ bezieht sich sowohl auf die Pflege und Weiterentwicklung der fachlichen und technischen Komponenten in der Regelorganisation der Lokalen Informationsmodell-Redaktion (LIK-SH) als auch auf die Anwendung der fachlichen und technischen Vorgaben in konkreten Umsetzungs-Projekten, wie z.B. XPolizeiPIAV.
- Der Standard XPolizei und die damit verbundenen Projekte leisten mit den Schwerpunkten der Geschäfts-, Informations- und Datenarchitektur einen bedeutenden Beitrag zu einer einheitlichen IT-Architektur innerhalb der Deutschen Polizei.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	xPolizei	Hier beteiligt sich die LaPo an der Fortentwicklung der XPolizei-Standards, der Anpassung vorhandener Austauschformate und Kataloge bestehender SH-interner Polizeiverfahren sowie an Konzeptarbeiten im organisatori-

		<p>schen ""Framework"" XPolizei. Aufwände für die Gremienarbeit und Teilnahme an Bundes-AGs durch MA der Lokalen Informationsmodell Koordinierungsstelle (LIK-SH). Aufwände von Mitarbeiter der LaPo in verschiedenen Bundesarbeitsgruppen (EG Praxisfälle, EG XSP, EG Kataloge, u.a.) Auch Aufwende in dem PIAV unterstützenden XPolizei PIAV Projekt (Bund)</p>
2.	XPolizei-Umsetzungsprojekt PIAV-SH	Beteiligung des Landes SH an der Anbindung am ersten auf XPolizei basierenden Umsetzungsprojekt PIAV-O (operativ)-Zentra durch eigenes Umsetzungsprojekt in SH zur Anbindung der Landessysteme an PIAV-O (operativ)-Zentral

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Standardisierung im XÖV Kontext	01.01.2014 - 31.12.2018

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	10,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
63206	Verträge	0,6	20,6	21,0	21,0	21,0	21,0
	Summe	10,6	25,6	26,0	26,0	26,0	26,0

ITM 2351030000

Bezeichnung BAO - Lagen

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

IT-Services zur Unterstützung polizeilicher Geschäftsprozesse im Fall von Sonderlagen im Rahmen einer BAO (Besondere Aufbau Organisation). Insbesondere Softwarelösungen und Dienstleistungen für Services in Infrastrukturmgebungen

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	GSL. net	Modulare Software zur Unterstützung von Personen-auskunftstellen in Falle von Großschadensereignissen und weiteren Funktionalitäten wie Verletztenregistrierung, Leichenidentifizierung, Asservatenauswertung und Massendatenabgleich mit dem Bundeskriminalamt

2.	EPSweb3.x	webbasiertes Einsatz-Protokoll-System
----	-----------	---------------------------------------

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit	01.01.2014 - 31.12.2018
2	Sicherstellung der Kommunikation der Länderpolizeien auf Bundesebene im Falle besonderer Lagen	01.01.2014 - 31.12.2018

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	210,7	617,4	628,4	628,4	628,4	628,4
63206	Verträge	31,5	32,5	43,5	33,5	33,5	33,5
63206	Sonstige Kosten	0,0	0,0	15,0	15,0	15,0	0,0
	Summe	242,2	649,9	686,9	676,9	676,9	661,9

ITM 2432020000

Bezeichnung Neu- und Ergänzungsbeschaffungen von HW / SW im Bereich der LaPo

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sinn dieser Maßnahme ist es, auf geplante und nicht planbare Anforderungen in der Landespolizei schnell reagieren zu können. Hierzu zählen etwa die Anforderung von Heimarbeitsplätzen, zusätzliche Ausstattung aufgrund von Umorganisation, geänderter Aufgaben oder ärztlichem Attest, zusätzliche Softwarelizenzen außerhalb des EA-Vertrages, Ausstattung von Projekten und Arbeitsgruppen, die Unterstützung von besonderen Einsatzlagen und weiteres.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Gewährleistung und Erhöhung der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur als Trägersystem für die Fachanwendungen der Landespolizei.	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Ausstattung von Heimarbeitsplätzen	01-01-2014 - 31.12.2019

3	zusätzl. Ausstattung auf Grund von Umorganisationen und/oder geänderten Aufgaben	01.01.2014 - 31.12.2019
4	Ausstattung auf Grund von ärztlichen Attesten	01.01.2014 - 31.12.2019
5	zusätzliche Software außerhalb vom EA-Vertrag	01.01.2014 - 31.12.2019
6	Ausstattung von Projekten und Arbeitsgruppen mit Hard-und Software	01.01.2014 - 31.12.2019
7	Unterstützung von besonderen Einsatzlagen (z.B. BAO)	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	19,5	130,0	130,0	130,0	130,0
81246	Beschaffung	75,6	184,1	237,6	199,9	144,9	144,9
	Summe	90,6	218,6	382,6	344,9	289,9	289,9

ITM 2485030000

Bezeichnung Cybercrime

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Mit dem Übereinkommen der „Cybercrime Convention des Europarates“, das 2009 auch in Deutschland in Kraft trat, ist der Begriff „Cybercrime“ international einheitlich definiert. Die durch die Kommission Kriminalitätsbekämpfung am 25./26.11.2011 eingerichtete Bund-Länder-Projektgruppe zur zukunftsfähigen Bestimmung des Begriffs „Cybercrime“ erarbeitete dazu folgende gültige Definition:

Unter die Begriffsdefinition Cybercrime fallen die Straftaten, die sich gegen das Internet, weitere Datennetze, informationstechnische Systeme oder deren Daten richten. Cybercrime umfasst auch Straftaten, die mittels dieser Informationstechnik begangen werden.

Qualifizierte Delikte der Cybercrime sind Delikte, bei denen die Elemente der IT in den Tatbestandsmerkmalen enthalten sind und bei denen für die Sachbearbeitung eine spezielle informationstechnische Qualifikation erforderlich ist (AG Cybercrime).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Bild- und Videomas-sendaten	Zugriff auf die Datenhaltung des BKA für gesicherten Austausch
2	Zusammenarbeit Cybercrime-Verbund Nord	Länderübergreifende Zusammenarbeit über Groupware
3	Kooperation Fachhochschule Kiel	Unterstützung von Master- und Bachelor-Arbeiten
4	Unterrichtsstätten Cybercrime	Ergänzung der Unterrichtsstätten mit aktuellen, den polizeilichen Unterrichtsthemen angepassten IT-Komponenten

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	0,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63102	Verträge	0,0	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2
63206	Verträge	0,0	105,0	300,0	300,0	300,0	300,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	3,3	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5
	Summe	3,3	146,2	341,7	341,7	341,7	341,7

ITM 2487030000

Bezeichnung IT für Polizeiausbildung, Fortbildung und die Bereitschaftspolizei

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Diese Maßnahme dient der technischen Unterstützung für Stabs-, Ausbildungs-, Fortbildungs- und Bereitschaftspolizei-Aufgaben der "Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein (PD AFB)". Die PD AFB ist der zentrale Aus- und Fortbildungsträger der Landespolizei. Zudem gewährleistet sie die organisatorische-, technische- und taktische Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizei des Landes. Außerdem ist bei der PD AFB die Polizeiseelsorge, der polizeipsychologische Dienst, die Werbe- und Einstellungsstelle und ein polizeiärztlicher Dienst (Schwerpunkt Bewerberauswahl) angebunden. Für diese speziellen Aufgaben ist Technik für Schulverwaltung und Stundenplanung, Medienerstellung und Medienbereitstellung, Präsentation, IT-Schülerarbeitsplätze, IT-Lehrerarbeitsplätze, Systemgewährleistung der Lehrsäle (Betrieb), Logistik, BPA Einsatzbewältigung sowie als pädagogisch-didaktische Hilfsmittel unentbehrlich. Hervorzuheben ist, dass in einigen IT-Lehrsälen jede polizeilich denkbare Täter- und Opferumgebung abgebildet werden muss, um praktische Ermittlungsarbeit, insbesondere mit Cybercrime-Bezug unterrichten zu können. Zur Nutzung von online-Lernangeboten,

zur Informationsgewinnung und für Downloads sind zudem in speziellen Räumen offene Internetzugriffe für Lehrer- wie auch für Schüler erforderlich.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Medien	Unterstützung der Lehr- und Lernprozesse durch zeitgerechte, IT-gestützte Lehr- und Lerntechnik und alternative Schulungsmodelle i.S. "Bildung 4.0"
2	Steuerungs- /Stabsaufgaben der Fachbehörde	Unterstützung der aufgabenspezifischen Administrations- und Steuerungsprozesse der Fachbehörde
3	IT-Einsatztechnik PD AFB	Unterstützung der Einsatzaufgaben für die Bereitschaftspolizeieinsätze mit IT-Sondertechnik

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zentralisierung von administrativen Tätigkeiten in Bezug auf Personal sparenden Einsatz von Fachlehrern	01.01.2015 - 31.12.2019
2	Controlling der Lehrverpflichtung der Fachlehrerschaft	01.01.2015 - 31.12.2019
3	Personalsteuerung	01.01.2015 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	7,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	22,9	45,2	22,0	27,2	27,2	27,2
53356	Sonstige Kosten	0,0	57,7	53,3	47,2	47,2	47,2
81246	Beschaffung	11,3	170,1	62,1	0,0	0,0	0,0
	Summe	42,0	273,0	137,4	74,4	74,4	74,4

ITM 2521030000

Bezeichnung Aufgabenverlagerung LaPo (Betrieb)

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Betrieb von ehemals bei der Landespolizei durchgeführter IT-Betrieblicher Leistungen durch den Landesdienstleister Dataport (in Umsetzung des Programmes PITA des ZIT SH, siehe hierzu ITM 2489030000 (Programm "Polizeiliche IT-Aufgaben" (PITA))

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung des Betriebes polizeilicher Netzinfrastrukturen - LAN	1.9.2016
2	Wahrnehmung des Managements für polizeiliche DSL- und Mobilfunkanschlüsse	1.9.2016
3	Betrieb der IuK-Servicewerkstätten (KI-HL-FL und IZ) der Polizei	1.1.2017
4	Gewährleistung des Betriebes und Support polizeilicher IT-Standard- und Sonderarbeitsplätze	1.5.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	469,7	6.432,1	6.666,9	6.666,9	6.666,9	6.666,9
	Summe	469,7	6.432,1	6.666,9	6.666,9	6.666,9	6.666,9

ITM 2559030000

Bezeichnung Einsatztrainingssoftware

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Landeseinheitliche IT-Anwendung zur Planung, Dokumentation und Auswertung des Einsatztrainings der Landespolizei SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	landeseinheitliche IT-Anwendung zur Planung, Dokumentation und Auswertung des Einsatztrainings der Landespolizei SH	01.08.2017-31.12.2021

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

53356	Sonstige Kosten	0,0	150,0	150,0	35,0	35,0	35,0
	Summe	0,0	150,0	150,0	35,0	35,0	35,0

ITM 2560030000

Bezeichnung Verfahren zur IT gestützten Waffen- und Geräteverwaltung

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zentrale Bestandsführung für Waffen und Geräte beim Landespolizeiamt. Durch eine zentrale IT gestützte Datenbankanwendung im LSK soll den Vorgaben des § 73 LHO entsprochen und ein maximaler logistischer Service für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten (PVB) des Landes Schleswig-Holstein ermöglicht werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Einführung einer sicheren, modernen, IT basierten, möglichst beleglosen Geräteverwaltung, die den Haushaltsvorgaben genügt und Arbeitsabläufe verschlankt.	01.01.2018 - 31.12.2021

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	100,0	50,0	50,0	50,0
	Summe	0,0	0,0	100,0	50,0	50,0	50,0

ITM 2104030000

Bezeichnung MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung

Ressort / Dst. MILI I / LKA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Bei Merlin handelt es sich um das zentrale Fallbearbeitungssystem der Kriminalpolizei. Es ist in der Lage, hochkomplexe Lebenssachverhalte abzubilden, auszuwerten und beliebige Beziehungen zwischen Personen, Objekten und Institutionen aufzuzeigen. Weiterhin wird über diese Anwendung die gesamte Überwachung der Sprach-

und SMS-Kommunikation abgewickelt. Merlin ist unter jeweils landesspezifischen Bezeichnungen in bisher 11 Bundesländern eingeführt, bzw. in der Beschaffung, darüber hinaus wird es im BKA, bei der Bundespolizei und für einige Bereiche auch beim Zoll eingesetzt. Die fachliche Weiterentwicklung wird über die Interessengemeinschaft Fall und Analyse vorangetrieben, in der alle Länder/Bundesbehörden vertreten sind.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung einer gerichtsfesten IT-Unterstützung bei der Bearbeitung und Dokumentation komplexer und spurenintensiver Ermittlungsverfahren	01.01.2012 - 31.12.2019
2	Standardisierung von Arbeitsplätzen im Bereich der Ermittlungsunterstützung	01.01.2012 - 31.12.2019
3	Gewährleistung der Informationsbereitstellung im Anschlagsfall (Verarbeitung, Weiterleitung an Datenverbund)	01.01.2012 - 31.12.2019
4	Gewährleistung der Telekommunikationsüberwachung	01.01.2012 - 31.12.2019
5	Gewährleistung des Anschlusses an das Pilotverfahren "Waffen- und Sprengstoffkriminalität" von PIAV	01.01.2015 - 01.05.2016
6	Gewährleistung des Anschlusses an das Produktivverfahren PIAV	01.01.2017 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	537,8	588,0	677,2	677,9	677,9	677,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	211,6	541,0	571,0	591,0	591,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	416,5	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	65,3	0,0	34,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	603,1	1.216,1	1.252,2	1.248,9	1.268,9	1.268,9

ITM 2337030000

Bezeichnung Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten

Ressort / Dst. MILI I / LKA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Mit der IT-Maßnahme sollen zeitnah die Datenbestände des Landes, insbesondere die im Vorgangsbearbeitungssystem @rtus vorhandenen Daten, mit Zielgruppen-orientierten professionellen Tools einer strategischen und operativen Auswertung zugänglich gemacht werden. Die Datenbankarchitektur sowie die verwendeten Werk-

zeuge sollen flexibel und anwendergerecht, umfassend analysegeeignet, effizient, entwicklungs- und damit zukunftsfähig sein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
2.	InfoZoom	Auswertetool für PKS etc.
3.	Geoinformationssystem	
4.	BI-Tool	Business Intelligence Tool
5.	Data Warehouse	
6.	@rtus-Recherche	Recherche für VBS-Daten
7.	ELDIS - Einsatzleitstellen-Informationssystem	geplante Schnittstelle zu @rtus-Auswertung (DWH)
8.	Verkehrsunfallauswertung	Geografische Darstellung (Steckkarte) der Unfallschwerpunkte etc.
	Geodateninfrastruktur	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Die IT-Lösung zur Auswertung und Analyse dient zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung in Schleswig-Holstein. Sie soll die Wahrnehmung der Verpflichtung auf Bundesebene, insbesondere die nach dem Bundeskriminalamtsgesetz erleichtern.	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	746,1	1.143,2	1.017,5	1.020,5	1.020,5	1.020,5
53356	Sonstige Kosten	44,5	36,0	47,4	47,4	47,4	47,4
81246	Beschaffung	0,0	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	790,6	1.219,2	1.064,9	1.067,9	1.067,9	1.067,9

ITM 2346030000

Bezeichnung KT-Akkreditierungsverfahren

Ressort / Dst. MILI I / LKA SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die deutschen Kriminaltechniken /KT haben beschlossen, QM-Systeme nach der Norm DIN EN ISO/IEC 17025 aufzubauen. Die nachweisbare Bestätigung der Erfüllung von Anforderungen gem. Normvorgaben und somit die Kompetenzbestätigung des entsprechenden Labors ist mit einer Akkreditierung durch eine für diese Belange der KT geeignete, anerkannte Akkreditierungsstelle verknüpft. Das Akkreditierungsverfahren der KT ist durch geeignete IT zu unterstützen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	LIMS / SMILE	Abteilungsweites Laborinformationsmanagementsystem
2.	CASEManagement	Asservatensteuerung und Vorgangsverwaltungssystem
3.	Daktyloskopie	digitales Vergleichsportal "Fingerabdruck"
4.	Urkunden- und Dokumentenuntersuchung	Urkunden- und Dokumentenuntersuchungs- und Vergleichssystem
5.	QM Steuerungssystem	Workflowsystem zur QM Dokumentenlenkung
6.	Formspurenuntersuchung	Spurensystemdatenbank und -Vergleichssystem

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Bereich der KT-Akkreditierung	01.01.2013 - 31.12.2020

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	50,2	73,3	73,5	73,5	73,5	73,5
53356	Sonstige Kosten	71,4	38,0	250,0	95,0	60,0	60,0
81246	Beschaffung	37,6	52,3	84,5	0,0	0,0	0,0
	Summe	159,2	163,6	408,0	168,5	133,5	133,5

ITM 2121030000

Bezeichnung Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Beschreibung und Ziel der Maßnahme: Die vollständig digitale Führung der Karten und Buchnachweise von Landesvermessung und Liegenschaftskataster ist mit Abschluss der Erfassungsarbeiten in 2005 erreicht worden. Bereits seit 1995 wird durch die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) ein neues integriertes Datenmodell mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen, auf internationalen Normen basierenden Geodatenbasis entwickelt:

- ALKIS® Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
- AFIS® Amtliches Festpunktinformationssystem
- ATKIS® Amtliches Topographisch-kartographisches Informationssystem
- Zusammen AFIS®-ALKIS®-ATKIS® oder AAA

Seit 2003 wird die Umsetzung dieses Datenmodells in neue Software entwickelt. Schleswig-Holstein ist mit anderen Bundesländern Mitglied in verschiedenen Entwicklungspartnerschaften für die einzelnen Komponenten der Software-Entwicklung. ATKIS® konnte im Herbst 2009 in Produktion genommen werden. ALKIS® + AFIS® sind im zweiten Quartal 2011 produktiv gegangen.

Ziel ist weiterhin die Zurverfügungstellung der digitalen Daten zur Nutzung in Geoinformationssystemen der Kunden in Wirtschaft und Verwaltung.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	AFIS/ALKIS/ATKIS	Amtliche GeobasisdatenInformationssysteme
2.	VBORIS	SW-Pflegevertrag AAA beinhaltet auch die Pflege für VBORIS in Höhe von 24 T €
3.	Geoserver	Geoserver nutzt 3A-Web für Produkterzeugung
4.	digitales Rissarchiv	Bereitstellung der Rissdaten über 3A-Web für die ÖbVI
5.	Vertrieb Geobasisdaten	Bereitstellung von Geobasisdaten für Verwaltung und Wirtschaft

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	15,0	10,0	20,0	10,0	20,0	20,0
53356	Verträge	1.321,2	1.358,2	1.415,5	1.415,5	1.435,5	1.435,5
53356	Sonstige Kosten	129,5	10,0	60,0	60,0	60,0	60,0

63206	Verträge	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
63206	Sonstige Kosten	0,0	76,8	107,0	75,0	75,0	75,0
81246	Beschaffung	27,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.495,8	1.457,6	1.605,1	1.563,1	1.593,1	1.593,1

ITM 2122020000

Bezeichnung Beschaffungen

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich des LVermGeo veranschlagt. Die Reinvestitionsmaßnahmen unterstützen die Aufrechterhaltung des Landesvermögens.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	177,0	396,0	265,9	210,2	210,2	210,2
	Summe	177,0	396,0	265,9	210,2	210,2	210,2

ITM 2123010000

Bezeichnung Bürokommunikation für das LVermGeo

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In der ITM sind die Mittel für die Grundversorgung der IT-Leitstelle enthalten. Die ITM unterstützt die Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebes. Die Wartung von IT-Geräten ist in der ITM enthalten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	LSK + MAP	Standardarbeitsplätze LSK inklusive mobiler Arbeitsplätze (auch Heimarbeit)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	8,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
51144	Verträge	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
53356	Verträge	131,6	144,2	124,6	124,6	124,6	124,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	20,6	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	140,6	185,8	145,6	145,6	145,6	145,6

ITM 2124030000

Bezeichnung ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zu den zentralen Aufgaben des LVermGeo SH gehört die Bereitstellung der amtlichen topographischen Karten (ATKIS®-DTK). Die Bereitstellung ist erforderlich, da mehrere bundesweit einheitliche Kartenwerke, insbesondere auch durch die internationalen Verpflichtungen (Bundeswehr) des Bundes, vorzuhalten sind. Seit 1995 wurde die Bereitstellung - von der manuellen Kartographie auf automationsunterstützte Arbeitsweise am grafisch-interaktiven Kartographie-Arbeitsplatz - umgestellt.

Um die Aufgaben unter wirtschaftlichen Aspekten zu erledigen, sollen die geforderten Karten direkt aus den topographischen Landschaftsmodellen (ATKIS®-DLM) abgeleitet werden können. Auf diese Art werden zusätzliche Arbeiten bei der Beschaffung der Fortführungsdaten vermieden. Die Ableitung der amtlichen topographischen Karten muss auf der Grundlage einer modernen Softwareentwicklung basieren, um einen möglichst hohen Au-

tomationsgrad zu gewährleisten. Nur unter dieser Voraussetzung können die teilweise gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Vor dem Hintergrund der Personaleinsparungen und des Demographischen Wandels wird eine Unterstützung der Fachabteilungen mit IT ebenfalls immer erforderlicher.

Die automatische kartographische Generalisierung wird um die Komponenten einer interaktiven kartographischen Generalisierung ergänzt. Die Druckaufbereitung der digitalen Datenbestände und die gleichzeitige Anpassung bestehender Programme auf die übrigen topographischen Kartenwerke sind Bestandteil der ITM.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	ATKIS-Modellgeneralisierung	Automatische Generalisierung des DLM50 aus DLM25
2.	kartographische Generalisierung	Automatische Ableitung und interaktive Nachbearbeitung digitaler topographischer Karten

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Automatisierung im Bereich der Kartographie	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	10,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5
53356	Sonstige Kosten	0,0	8,1	12,0	12,0	12,0	12,0
63206	Verträge	60,1	51,2	53,4	52,1	52,9	52,9
81246	Beschaffung	0,0	16,0	20,0	20,0	20,0	20,0
	Summe	73,6	98,8	103,9	102,6	103,4	103,4

ITM 2126030000

Bezeichnung Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv / etafähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst alle Aufgaben des LVermGeo SH, die mit Hilfe von Luftbildern geleistet werden müssen. Die Aufgaben werden folgenden Bereichen zugeordnet:

Bereich A: Weitere Nutzung IT-gestützter Luftbilddauswertung bei topographischen Vermessungen und Katastervermessung, Neuausrüstung zur Nutzung neuester Digitaltechnik

Bereich B: Weitere Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.

Bereich C: Fortsetzung und Erneuerung der Produktion von digitalen Geländemodellen. Erweiterung des vorhandenen Arbeitsplatzes um Programme und Hardware zur Auswertung von Laserscan-Daten und Berechnung von hochgenauen digitalen Geländemodellen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Photogrammetrie	Luftbilddauswertung bei topographischen Vermessungen
2.	Orthophotos DOP	Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.
3.	Geländemodelle DGM	Produktion von digitalen Geländemodellen
4.	3D Gebäudemodelle	Produktion von 3D-Gebäudemodellen

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des 3-jährigen Befliegungsturnus'	01.01.2014 - 31.12.2019
2	Bereitstellung von DOP für Verwaltung und Wirtschaft	01.01.2014 - 31.12.2019
3	Nutzung des digitalen Geländemodellen DGM für Kartenaktualisierungen	01.01.2014 - 31.12.2019
4	Ableitung und Fortführung eines landesweiten 3D-Gebäudemodells	01.01.2015 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	6,5	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
53356	Verträge	71,7	50,2	52,2	52,2	52,2	52,2
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	5,0	10,0	18,0	18,0
63206	Verträge	15,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
81246	Beschaffung	0,0	78,4	66,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	93,2	166,6	161,2	100,2	108,2	108,2

ITM 2127030000

Bezeichnung Auftragsverwaltung LVermGeo

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Die Automatisierung der Verwaltungsabläufe in der Vermessungs- und Katasterverwaltung – AVE VUK – war Inhalt eines Beratungsprojekts der Datenzentrale, dessen Umsetzung die IT-Kommission auf ihrer Sitzung am 17. Mai 1995 dem Innenminister empfohlen hat. Auf Basis einer umfassenden Analyse und optimierter Geschäftsprozesse wurde ein IT-Konzept erarbeitet, das neben systemtechnischer Standardisierung den Einsatz verschiedener Softwareprodukte besonders für das Auftragswesen vorsah. Für die Katasterämter wurde daraufhin das Verfahren AGB (Automatisiertes Geschäftsbuch) eingeführt, das noch heute zentrales Werkzeug für alle auftragsbezogenen Arbeiten ist und damit auch wirtschaftliches, zügiges und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln ermöglicht. Da die Pflege des Verfahrens AGB durch Firmenaufgabe nicht mehr gewährleistet war und um das Verfahren auch im Landesvermessungsamt einzuführen, wurde für das gemeinsame Auftragswesen die Softwarelösung eines anderen Bundeslandes mit entsprechenden Anpassungen an die landesspezifischen Anforderungen übernommen.

Im Juli 2010 wurde das Verfahren AGB-SH der Fa. CONET Solution GmbH in der Vermessungs- und Katasterverwaltung als zentrales Werkzeug für alle auftragsbezogenen Arbeiten eingeführt, womit ein wirtschaftliches, zügiges und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln ermöglicht wird. Im Zuge der Reorganisation wurden in 2011 notwendige Anpassungsmaßnahmen an der Software vorgenommen. Mit Einführung der Entgeltordnung wird das AGB in allen Abteilungen des Landesamtes genutzt. Änderungen der Gebühren- und Entgeltordnungen werden eingepflegt. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten werden Softwareanpassungen zur Verbesserung von Abläufen und Realisierung neuer Schnittstellen an die Fa. CONET in Auftrag gegeben.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	AGB	Automatisiertes Geschäftsbuch AGB: Geschäftsprozesse und statistische Auswertungen

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Betriebes Automatisches Geschäftsbuch (AGB)	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	8,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	99,2	99,6	104,6	104,6	104,6	104,6

53356	Sonstige Kosten	60,0	40,0	20,0	20,0	20,0	20,0
	Summe	159,2	147,6	125,6	125,6	125,6	125,6

ITM 2128030000

Bezeichnung Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Das LVermGeo SH hat von mehreren Gutachterausschüssen die Aufgaben der Geschäftsstelle für Grundstückswerte übertragen bekommen. Die fachgerechte Erledigung erfordert Hard- und Software-Ausstattung. Für die Führung der Kaufpreissammlung ist bisher die Software PS-Explore der Fa. VGSPS im Einsatz. Dieses wird nicht mehr gepflegt und muss ersetzt werden. Daneben gibt es weitere Verfahren zur Erstellung von Wertgutachten. Für die Dokumentation der Bodenrichtwerte ist das bundeseinheitliche Verfahren VBORIS im Aufbau.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Verfahren Gutachterausschüsse	Kaufpreissammlung, Verkehrswertgutachten, Bodenrichtwerte
2.	VBORIS	Vernetztes Bodenrichtwertinformationssystem

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1251	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	5,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
63206	Verträge	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
63206	Sonstige Kosten	0,0	2,7	3,3	0,6	0,6	0,6
	Summe	2,3	10,0	7,6	4,9	4,9	4,9

ITM 2302030000

Bezeichnung Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo

Ressort / Dst. MILI I / LVerGeo SH

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

SAPOS Schleswig-Holstein: Der Satellitenpositionierungsdienst der Deutschen Landesvermessung, kurz SAPOS, besteht bundesweit aus über 250 Stationen und stellt das amtliche Bezugssystem sowie aktuelle Raumbezüge mit modernen Kommunikationsmitteln flächendeckend bereit. SAPOS basiert auf dem „Global Navigation Satellite System“, kurz GNSS.

Der SAPOS- Dienst Schleswig-Holstein besteht aus 14 Stationen. Angebunden sind diese Stationen an die Server im LVerGeo SH über das Landesnetz bzw. Landesnetz verlängert mit angemieteter Standleitung oder DSL-Verbindung.

Der Transport der GNSS-Daten an die Zentrale Stelle SAPOS in Hannover geschieht über das DOI-Netz. Ebenso werden über diese Verbindung die Daten der Randstationen der benachbarten Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern empfangen, damit bis an die Landesgrenze die Vorteile der Vernetzung der SAPOS-Stationen genutzt werden kann. Zum Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Hamburg besteht eine separate DOI-Verbindung, für das Kooperationsprojekt einer gemeinsamen zentralen Datenabgabe an Dritte. Diese Projekt untergliedert sich in die Bereiche: Abgabe der Korrekturdaten über Telefon(GSM), Abgabe der Korrekturdaten über Internet (NTRIP) sowie die Abgabe der GNSS-Rinexdaten über einen Web-Server. Weitere Informationen über dieses Projekt erhält man unter www.sapos.Geonord.de

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	SAPOS	Betrieb des Satelliten-Positionierungsdienstes SAPOS GNSS

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Aufrechterhaltung des Beitrages Land SH zum bundeseinheitlichen Positionierungsdienst	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Verträge	83,5	80,0	85,5	85,5	85,5	85,5
53356	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

63206	Verträge	1,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5
81246	Beschaffung	0,0	0,0	400,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	86,0	93,5	499,0	99,0	99,0	99,0

ITM 2400030000

Bezeichnung Geodateninfrastruktur

Ressort / Dst. MILI I / LVerGeo SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Die IT-Maßnahme umfasst den Vertrieb von Daten und Diensten der Vermessungs- und Katasterverwaltung von Schleswig-Holstein und Hamburg sowie den Produkten anderer Verwaltungen des Landes über Intranet und Internet. Der Geoserver ist Basis für den DigitalenAtlasNord (Visualisierung von Geofachdaten). Die Daten werden dem Bürger aufgrund gesetzlicher Vorgaben im beschränkten Umfang kostenfrei zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Daten anderen öffentlichen Verwaltungen zur Verfügung gestellt.

Zur Erfüllung der Vorgaben der INSPIRE-Richtlinie bildet das Zielarchitektur-Konzept die Grundlage. Die im Rahmen des Geoservers aufgebaute IT-Infrastruktur ist im Zielarchitekturkonzept als Geobasisdateneckpfeiler unmittelbar eingebunden. Die INSPIRE-Richtlinie fordert jedoch die Bereitstellung weiterer Geodaten, so dass die bestehende IT-Infrastruktur im Rahmen der Zielarchitektur erweitert werden muss.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Geodatenvertrieb	Leitstelle, Kopfstelle Geodaten
2.	INSPIRE	INSPIRE-Richtlinie (EU)
3.	Geoserver	Geodaten-Vertrieb
4.	Zielarchitektur	Zielarchitektur Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein
5.	DANord/SH-MIS	DigitalerAtlasNord und Metadateninformationssystem

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes Druck , Vertrieb und der Geodatenleitstelle SH	01.01.2013 - 31.12.2019
2.	Bereitstellung einer Plattform zum Vertrieb von Geodaten	01.01.2013 - 31.12.2019
3.	Schaffung eines Eckpfeilers zum Aufbau der Geodateninfrastruktur Land SH	01.01.2013 -

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Verträge	0,0	4,5	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	3,7	25,5	15,0	15,0	15,0	15,0
53356	Verträge	986,9	1.012,4	1.086,4	1.051,4	1.071,4	1.071,4
53356	Sonstige Kosten	0,0	55,0	104,5	60,0	10,0	10,0
63102	Verträge	39,5	39,5	40,4	50,5	56,4	57,8
63206	Verträge	21,0	22,4	22,4	22,4	24,0	24,0
81246	Beschaffung	15,0	20,0	30,0	30,0	30,0	30,0
	Summe	1.066,1	1.179,3	1.298,7	1.229,3	1.206,8	1.208,2

ITM 2137030000

Bezeichnung Vorgangsbearbeitungssystem im Ausländerwesen Land SH

Ressort / Dst. MILI I / LfA

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Vorgangsbearbeitungssystem für Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler und jüdische Migranten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Neuerwerb Software	Ablösung der technisch veralteten Programm durch eine neue Softwarelösung
2.	Taschengeldauszahlung	ggf. Sachleistungen
3.	Quartiermanagement (QMM)	
4.	Taschengeldauszahlung - Kassenautomaten	Die Kassenautomaten werden in erster Linie zum Schutze der LfA MA eingeführt.
5.	KAIT- Koordination der Ausländer-IT	Hierunter fallen Aufwendungen, die dem Projekt zuzuordnen sind.

6.	Fingerabdruck-Scanner	Identitätsklärung gemäß §16 Abs.2, 2. Halbsatz AsylVfG. (nicht ED)
7.	Bundslösung DAS	Einführung des digitalisierten Asylverfahrens des Bundes in die Länder zur Erstregistrierung von Asylbewerbern.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung der aufenthalts- und asylverfahrensrechtlichen Betreuung	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
42703	Sonstige Kosten	0,0	60,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Sonstige Kosten	22,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	8,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	1.474,2	889,7	479,7	473,9	473,9	473,9
53356	Sonstige Kosten	31,5	525,0	100,0	100,0	100,0	100,0
81246	Beschaffung	48,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
	Summe	1.584,1	1.524,7	629,7	623,9	623,9	623,9

ITM 2138020000

Bezeichnung Beschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten

Ressort / Dst. MILI I / LfA

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Reinvestition und Neuinvestition von IT-Komponenten für bestehende und neue Standort des LfA (Erstaufnahmeeinrichtungen).

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2463010000

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation LfA

Ressort / Dst. MILI I / LfA

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In der ITM sind die Mittel für die Grundversorgung der IT-Leitstelle enthalten. Die ITM unterstützt die Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebes. Die Wartung von IT-Geräten ist in der ITM enthalten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
51144	Verträge	0,0	0,0	30,0	30,0	30,0	30,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
53356	Verträge	48,3	95,7	95,7	95,7	95,7	95,7
53356	Sonstige Kosten	30,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
	Summe	99,3	166,7	196,7	196,7	196,7	196,7

ITM 2301030000

Bezeichnung Internetgestütztes Beteiligungsverfahren der Landesplanung (Beteiligung-Online)

Ressort / Dst. MILI I / LaPla

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Durch das in Aufstellung befindliche neue Landesplanungsgesetz und die Rücknahme der Kommunalisierung der Regionalplanung wird eine Neuaufstellung aller Regionalpläne wieder in staatlicher Hand durch die Landesplanungsbehörde erforderlich. Darüber hinaus wird eine Anpassung des Landesentwicklungsplans 2010 (LEP) an die neuen politischen Zielsetzungen der Landesregierung notwendig. Damit verbunden ist jeweils die Durchfüh-

ung eines Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens einschließlich einer Öffentlichkeitsbeteiligung im Hinblick auf den zu erstellenden Umweltbericht entsprechend der gesetzlichen Anforderungen.

Um eine effiziente Durchführung dieser Beteiligungsverfahren sicherzustellen und um den Anforderungen eines E-Governments hinreichend Rechnung zu tragen, sind diese Verfahren - wie bei der Neuaufstellung des LEP 2010 und der Teilfortschreibungen der Regionalpläne zur Ausweisung von Windeignungsgebieten auch - jeweils als Online-Beteiligungsverfahren auszugestalten und durchzuführen. Die Planfortschreibungen (LEP und Regionalpläne) erstrecken sich auf einen Zeitraum von 2013 – 2018.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Onlinebeteiligung Wind im LEP und in den Regionalplänen	Nachdem das OVG Schleswig im Januar 2015 die Teilfortschreibungen der Regionalpläne zur Ausweisung von Windeignungsgebieten sowie das entsprechende Kapitel des LEP 2010 für unwirksam erklärt hat ist es erforderlich, diese Pläne so schnell wie möglich neu aufzustellen, um den unkontrollierten Ausbau von Windenergieanlagen zu verhindern. Bei der Neuaufstellung der Pläne ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung und Anhörung gesetzlich vorgeschrieben. Es ist davon auszugehen, dass mindestens zwei Anhörungsrunden in 2016 und 2017 durchzuführen sind. Die Vielzahl der möglichen Einwendungen ist nur über ein Online-Beteiligungsverfahren abzuwickeln. Die Programmierung der Internetseite und Einstellung der Inhalte soll bereits in 2015 erfolgen, damit das Tool fristgerecht in 2016 einsatzbereit ist. 2016 und 2017 besteht der Bedarf im Wesentlichen in Hosting und Aufbereitung der Stellungnahmen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Effektive Durchführung des Beteiligungsverfahrens (intern) und transparenter Zugriff und Informationsfluss über das Beteiligungsverfahren durch den Bürger	01.01.2011 - 31.12.2016
2	Windkapitel LEP und Wind in den Regionalplänen 1-3	01.06.2015- 31.12.2018

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	96,6	96,4	96,4	96,4	96,4	96,4
53356	Sonstige Kosten	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
	Summe	121,6	121,4	121,4	121,4	121,4	121,4

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

ITM 2275030000

Bezeichnung IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Mehrländerkooperation „Zahlstellen und InVeKoS-AgrarFörderung“ (ZIAF) bildet die IT-Unterstützung für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) der Europäischen Union. Sie hat den rechtskonformen und effizienten Vollzug des Gemeinschaftsrechts der EU im Bereich der Agrarförderung und im Rahmen dessen u. a. die ordnungsgemäße Abwicklung der Zahlungen an die Antragsteller sicherzustellen.

Die Verfahrensentwicklung erfolgt in weiten Teilen im ZIAF-Verbund (Ausnahme: landesspezifische Förderprogramme) zusammen mit den Ländern BW, BB, HH, MV und ST auf der Grundlage eines abgestimmten Anforderungsmanagements und der Lizenzierung entsprechender Kostenteilung.

Das Verfahren wird unter Einhaltung eines hohen Schutzbedarfes BSI-zertifiziert im RZ-Dataport betrieben. Das IT-System beinhaltet eine verzweigte Client-Server Umgebung. Die Administration eines Großteils der Clients wird Dataport übernommen. Der Zugriff vom Client auf die im RZ betriebenen Server und Applikationen erfolgt von verschiedenen Organisationen unter Einsatz der VPN-Technologie über mehrere Netze.

Für das ZIAF-Verfahren (profil c/s, ravel c/s) werden von den Herstellern (Dataport und data experts) Programmpakete geliefert, die auf den unterschiedlichen Systemen (Qualitätssicherung, Produktion und Schulung) nach festen Regeln getestet, installiert und dokumentiert werden. Durch Überwachung des Abnahmeverfahrens wird gewährleistet, dass nur getestete und freigegebene Programme zur Anwendung gelangen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) im Rahmen der von der Europäischen Union eingerichteten EGFL- und ELER-Fonds.	fortlaufend
2	Durch Einhaltung von den EU-Normen die Zulassung der Zahlstelle gewährleisten.	fortlaufend
3	Anlastungen auf Grund von Systemfehlern durch VO-konforme Umsetzung minimieren.	fortlaufend
4	Kürzungen der EU-Zahlungen wegen Nicht-Einhaltung von Zahlungsterminen vermeiden.	fortlaufend
5	Mit dem Einsatz eines entsprechend performanten Verfahrens eine wirtschaftliche Antragsbearbeitung gewährleisten.	fortlaufend
6	Die Antragsteller sollen mit einer bedienfreundlichen, performanten Software bei der Antragsbearbeitung und -einreichung unterstützt werden.	fortlaufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52537	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	2.462,7	2.501,6	2.560,5	2.611,5	2.663,5	2.663,5
53356	Sonstige Kosten	2.700,0	2.550,0	2.500,0	2.300,0	2.000,0	2.000,0
	Summe	5.169,2	5.058,1	5.067,0	4.918,0	4.670,0	4.670,0

ITM 2284020000

Bezeichnung Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (MELUR)

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Ministeriums zur IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die im MELUR eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Sonstige Kosten	65,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
81246	Beschaffung	90,0	97,8	127,9	125,9	125,9	125,9
	Summe	155,0	102,8	132,9	130,9	130,9	130,9

ITM 2294010000

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

IT-Unterstützung des Dienstbetriebes durch die unabdingbare, ständige Aktualisierung der einzusetzenden Basistechnik: Hard-, Software und (in geringem Umfang) Fachverfahren, soweit die dazugehörige Software (z. B. Datenbanken) verfahrensübergreifend genutzt wird.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	12,2	12,9	12,9	12,9	12,9	12,9
51143	Sonstige Kosten	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
51143	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51144	Verträge	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
51144	Sonstige Kosten	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
51144	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	25,5	76,0	35,0	35,0	35,0	35,0
53356	Verträge	171,9	195,5	194,4	191,4	191,4	191,4
53356	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
	Summe	236,1	310,9	268,8	265,8	265,8	265,8

ITM 2396030000

Bezeichnung Fachanwendungen Umwelt

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Umweltdaten stellen eine wesentliche Basis für die Wahrnehmung gesetzlicher Vollzugsaufgaben und für die Erfüllung der bestehenden umfangreichen Informations- und Berichtspflichten dar. Sie sind Grundlage für Planungen und Verwaltungsentscheidungen und unverzichtbare Voraussetzung, um Aussagen zur Entwicklung von Umweltmedien und Ökosystemen treffen zu können.

In fachspezifischen Informationssystemen werden Daten zu diversen Umweltthemen erhoben, gespeichert und zur Aufgabenerledigung zur Verfügung gestellt.

Eine umfassende öffentliche Bereitstellung von Umweltdaten und -informationen aus den Fachanwendungen Umwelt erfolgt im Internetauftritt der Landesregierung im Themenportal Landwirtschaft und Umwelt. Hierdurch wird gleichzeitig der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß Informationszugangsgesetz (IZG) gewährleistet.

Das dezentrale IT-Management im MELUR steuert und koordiniert den Aufbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung der Fachanwendungen sowie der fachübergreifenden Komponenten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Technischer Umweltschutz: Abfallwirtschaft	<p>Zur schnelleren Handlungsfähigkeit ihrer gemeinschaftlichen Interessen haben die GADSYS-Länder die Geschäftsstelle "InformationsKoordinierende Stelle Abfall DV-Systeme (IKA)" eingerichtet. Die Aufgaben der IKA werden von der Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfall des Landes Schleswig-Holstein (GOES) wahrgenommen.</p> <p>Der Vertrag (Verwaltungsvereinbarung) für die Gemeinsamen Abfall DV-Systeme (AFIS, ASYS, eAEV, ZKS), kurz GADSYS, ist mit der Unterzeichnung aller 16 Bundesländer am 01. August 2004 in Kraft getreten.</p> <p>Der Verbund der GADSYS-Länder verfolgt folgende Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> •Aufbau, Nutzung und Weiterentwicklung gemeinsamer Programme, •Organisation des bundesweiten Datenverbundes, •Datenaustausch zur Minimierung des Arbeitsaufwands, •Datenbereitstellung einer länderübergreifenden Abfallstromüberwachung und •Bewirtschaftung eines eigenen von den Ländern zur Verfügung gestellten Etats (vgl. Anlagen, Jahresfinanzierungspläne des LAG GADSYS).
2	Technischer Umweltschutz: Gefahrstoffe/Anlagen	<p>Zu diesem Bereich gehören u.a. der Support sowie die Aktualisierung und Weiterentwicklung für LIS-A. Die LIS-A Gruppe ist eine Kooperation aus 8 Bundesländern die gemeinsam das LänderInformationssystem für Anlagen entwickelt haben. Es unterstützt die Immissionsschutzbehörden u.a. bei der Durchführung von Genehmigungs- und Anzeigeverfahren, bei der Anlagenüberwachung sowie bei der Störfallvorsorge. ELiA als Unterverfahren von LIS-A ist ein Kooperationsprojekt der Länder Niedersachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie Schleswig-Holstein und wird gemeinsam mit der Industrie und Fachverbänden weiterentwickelt. ELiA ist eine IT-Lösung, um die Genehmigung einer Industrieanlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zu beantragen. Mit ihr können Betriebe, bzw. die von ihnen beauftragten Ingenieurbüros, den sehr umfangreichen Antrag elektronisch erstellen und verschlüsselt und authentifiziert versenden.</p> <p>Die Kosten für Pflege, Betrieb, Hosting und Finanzierung von PRTR (lt. VKoopUIS) werden auch im Bereich "Gefahrstoffe/Immissionsschutz" veranschlagt. ePRTR ist ein elektronisches Pollutant Release and Transfer Register (Elektronisches Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister). ePRTR ist ein DV-System zur jährlichen Datenerfassung, Plausibilitätsprüfung und Veröffentlichung PRTR sowie Berichterstattung zum E-PRTR an die EU.</p> <p>Die Pflege und das Hosting für GSBL im Internet gehört auch zum Bereich "Gefahrstoffe/Immissionsschutz". Das Bundesumweltministerium (BMUB) betreibt gemeinsam mit den Umweltministerien von 14 Ländern (alle Länder außer Brandenburg und Bayern) auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung aus dem Jahr 1994 den Gemeinsamen zentralen Stoffdatenpool GSBL – die mittlerweile größte und bedeutendste Chemikalien-Informationsquelle der deutschen Verwaltung.</p>
3	Technischer Umweltschutz: Lufthygienische Überwachung SH	<p>Sie hat die Aufgabe, die Luftqualität zum Beispiel durch Messungen zu ermitteln, Veränderungen festzustellen und die Ursachen der Veränderungen zu analysieren.</p> <p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Messung der Luftschadstoffkonzentrationen und Ermittlung der Stoffeinträge (Staubniederschlag, Schwermetalle) in Schleswig-Holstein - Lokale Messungen der Luftschadstoffkonzentrationen (Immission) in der Nähe von Industrieanlagen und an Verkehrsschwerpunkten - Information der Öffentlichkeit über aktuelle Luftschadstoffkonzentrationen (zum Beispiel Ozon) - Weitergabe von Luftschadstoffdaten und Beurteilung der Luftqualität in Schleswig-Holstein zur Berichterstattung an die Bundesregierung und die

		<p>EU</p> <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Erforderlichkeit und Konzeption von Luftreinhalteplänen (zuständig für die Aufstellung dieser Pläne ist das MELUR) - Beobachtung und Dokumentation der Entwicklung der Luftbelastung über lange Zeiträume - Untersuchungen, ob Handlungsbedarf zur Verbesserung der Luftschadstoffsituation besteht (zum Beispiel im Vorweg von Verordnungen). <p>Grundlagen:</p> <p>Nationale Regelungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundes-Immissionsschutzgesetz - 39. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchV) - TA Luft <p>Europäische Union:</p> <p>2008/50/EG, EU-Richtlinie-2008-50-EG vom 28. August 2015 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Referenzmethoden, Datenvalidierung und Standorte für Probenahmestellen zur Bestimmung der Luftqualität, EU-Richtlinie-2015/1480, 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (4. Tochterrichtlinie), EU-Richtlinie-2004-107-EG, Durchführungsbeschluss der Kommission vom 12. Dezember 2011 mit Bestimmungen zu den Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Austausch von Informationen und die Berichterstattung über die Luftqualität, 2011/850/EU, Europäische Kommission-Implementation of ambient air quality legislation http://ec.europa.eu/environment/air/quality/legislation/index.htm</p>
4	Technischer Betrieb des Umweltdatenservers und Internetkosten	Der Betrieb der auf dem Umweltdatenserver betriebenen Fachverfahren wird hier sichergestellt. Durch eine entsprechende zentrale Datenhaltung- und Präsentation über das Landesportal SH wird der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß Informationszugangsgesetz (IZG) gewährleistet.
5	Agrar- und Umweltbericht im Landesportal	Service und Pflege der Daten zum Agrar- und Umweltbericht (insbesondere die umfangreiche Agrarstatistik sowie Umweltatlas, Lärmatlas, Energieatlas und Feldblockfinder) im Landesportal SH, generiert aus den Umweltdatenbanken (Umweltdatenserver bei Dataport)
6	Metadatenerfassung und Pflege	Die alte InGrid-Software für die Metadatenerfassung und -pflege wurde durch die Software Preludio im Rahmen eines Projekts der Bund- Länderkooperation VKoopUIS ersetzt. Preludio enthält aktuell Profile für Geometadaten und Geodienste. InGrid unterstützt zusätzliche MD-Profile, die auch im Geschäftsbereich des MELUR gepflegt werden und weiterhin unterstützt werden sollen.
7	Forst-GIS SH und STK-WEb Info-Dienst	Pflege und Betrieb des Internetportals "Forst-GIS-SH"
8	Softwarepflege/-wartung	Softwarepflege und -wartungsverträge für verschiedene Umweltverfahren
9	Bodeninformationssystem (BODIS)	Im Bodeninformationssystem (BODIS) werden boden- und geologiebezogene Grunddaten sowie Daten über anthropogene Einwirkungen auf den Boden und den geologischen Untergrund bereitgestellt. Die Erhebung, Integration, Auswertung und Bereitstellung dieser Sach- und Raumbezugsdaten in einem datenbankgestützten Informationssystem, mit der Möglichkeit numerischer Auswertungen und räumlich-thematischer Verschneidungen, stellt eine zentrale Entscheidungshilfe für umweltfachliche/umweltpolitische Fragestellungen und Maßnahmen (z.B. Bodenschutz, Grundwasserschutz, Naturschutz), bei Interessenkonflikten in der Nutzung des Naturraumpotentials (Grundlagen für Raumordnung und Fachplanun-

		<p>gen) sowie für die Ressourcennutzung und Potentialanalyse zur Nutzung des Untergrundes dar und dient darüber hinaus der Erfüllung verschiedener gesetzlicher Vorgaben zu Berichts- und Informations-pflichten (Geodatenzugangsgesetz, INSPIRE etc.).</p> <p>Das Bodeninformationssystem stellt gemäß eines länderübergreifenden Systemkonzeptes landesweit Boden und Geologie bezogene Daten und Methoden zur Verfügung. Die Umsetzung erfolgt stufenweise. Beim Aufbau wird darüber hinaus die Integration in das übergeordnete Agrar- und Umweltinformationssystem des MELUR sowie in die Geodateninfrastruktur des Landes berücksichtigt.</p> <p>Das Landesbodenschutzgesetz bildet eine zentrale rechtliche Grundlage für den Aufbau und Betrieb des Bodeninformationssystems durch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume als obere Bodenschutzbehörde und Geologischer Dienst. Dieses Gesetz regelt weiterhin, dass landesweit raumbezogene Daten über Bodenaufbau und –verbreitung, Bodenzustand und –beschaffenheit sowie Bodenentwicklung und –veränderung im Bodeninformationssystem zu erfassen und bewerten sind.</p>
10	Landschaftsinformationssystem (LANIS)	<p>Zur Arbeit im Naturschutz gehört die Wahrnehmung essenzieller Aufgaben wie Bestandserhebungen und Erfassungen freilebender höherer Tier- und Pflanzenarten mit ihren wesentlichen Lebensgemeinschaften und Lebensräumen sowie deren Veränderungen. Hinzu kommen Dokumentationen, Planungs- und Genehmigungsverfahren, die fachliche Beratung von Behörden, Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit sowie spezielle Zuständigkeiten in Zusammenhang mit Bundesverordnungen und Verordnungen der Europäischen Union.</p> <p>Seit 1987 wird zur Unterstützung dieser Aufgaben das rechnergestützte Landschaftsinformationssystem Schleswig-Holstein Lanis-SH betrieben. Es bildet die Datengrundlage für die Naturschutzarbeit in Schleswig-Holstein.</p> <p>Das Lanis-SH enthält im Wesentlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Dokumentation und fachliche Grundlagendaten zu den gesetzlich geschützten Flächen und Landschaftsbestandteilen, - die Dokumentation von Projektgebieten und weiteren Flächen des Naturschutzes, - Flächen- und Verbreitungskartierungen (Biotopkartierung), Dokumentation gesetzlich geschützter Flächen nach § 30 Bundesnaturschutz i. V. m. § 21 Landesnaturschutzgesetz, CIR-luftbildgestützte Biotoptypen- und Nutzungstypenkartierung, Verbreitungsdokumentation repräsentativer Tier- und Pflanzenarten (Fundortdaten und Rote Listen), - Grundlagendaten zu Entwicklungsmorphologischen und vegetationskundlichen Aspekten (naturräumliche Gliederung, Moorkataster), - das aus den Erkenntnissen der verschiedenen Kataster abgeleitete Planungsinstrument "Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem Schleswig-Holstein", - Standardschlüssellisten für Fachdaten (Biologische Arten, Kartierungscodes, synoptische Schnittstellen für externe Schlüsselssysteme). <p>Primär dienen die Teilkomponenten des Lanis-SH zur Erfüllung der spezifischen Aufgaben von Naturschutz und Landschaftspflege. Basisdaten wie zum Beispiel die Standardschlüsselliste der biologischen Arten, die naturräumliche Gliederung, Gemeindedaten, aber auch jede höher aggregierte Fachinformation können wiederum als Grundlagenreferenz oder zur thematischen Verschneidung mit Fragestellungen anderer Fachbereiche dienen.</p>
11	Digitaler Bildflug	Beteiligung am digitalen Bildflug des LVermGeo aufgrund von abweichenden Anforderungen des MELUR, LKN.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	<p>Durch den Einsatz von fachspezifischen Informationssystemen sollen Daten zu diversen Umweltthemen erhoben, gespeichert und zur Aufgabenerledigung zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß Informationszugangsgesetz (IZG) soll gewährleistet werden. Zusätzlich werden die Umweltinformationssysteme zur Umsetzung von verschiedenen EU-Richtlinien benötigt.</p>	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	490,2	590,0	595,7	583,4	580,4	580,4
53356	Sonstige Kosten	134,0	294,6	806,4	121,6	124,9	96,2
53503	Sonstige Kosten	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
81246	Beschaffung	0,0	0,0	17,1	0,0	0,0	0,0
	Summe	634,2	894,8	1.429,2	715,0	715,3	686,6

ITM 2397030000

Bezeichnung Fachanwendungen K3-Umwelt

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Um die Entwicklung von IT-Anwendungen für den Bereich Umwelt- und Naturschutz in den Kommunen und beim Land effektiver gestalten zu, wurde 1996 die Kooperationsvereinbarung Umwelthanwendungen abgeschlossen. Mit der Vereinbarung verabredeten die Kooperationspartner eine Arbeitsteilung bei Weiterentwicklung, Pflege, Bereitstellung und Support des Softwarepaketes „K3-Umwelt“ für die Bearbeitung öffentlicher Umweltaufgaben in Schleswig-Holstein. Diese langjährig bewährte Kooperation wurde im Jahr 2009 in geänderter Form fortgesetzt und zu einer „Kooperationsvereinbarung Fachinformationssysteme (VKoopFIS, s. Anlage) weiterentwickelt. Erforderlich wurde die Veränderung, weil die bisherige Vereinbarung lediglich Aufgaben umfasste, deren Erledigung ausschließlich mit der Softwarelösung „K3-Umwelt“ erfolgte. Die Folgevereinbarung ist nunmehr grundsätzlich auf alle Aufgabenfelder im Geschäftsbereich des MELUR und auf alle Verwaltungsebenen anwendbar. Ziel der neuen Vereinbarung (wie auch der bisherigen) ist es, für eine wirtschaftliche Erledigung von Aufgaben, die auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung wahr genommen werden, einheitliche Softwareverfahren einzusetzen, sofern über die Entwicklungsziele und die Kostenverteilung Einvernehmen besteht. Dies umfasst sowohl die Abstimmung bei der Auswahl oder Entwicklung von Softwareprodukten als auch eine kooperative Vorgehensweise bei der Bereitstellung, dem Betrieb, der Pflege und dem Support von Fachinformationssystemen. Entscheidungen über weitere Entwicklungen werden jeweils innerhalb eines Lenkungsausschusses, der zwei Mal pro Jahr tagt, getroffen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	K3-Umwelt (Grund- und zentrale Module)	Adressen, Standorte, Nachrichten, Messstellen, Schlüssellisten und Schnittstellen
2	K3-Umwelt (Biotope)	Biotope, Kataster gem. §25 Abs. 5 LNatSchG gesetzlich geschützter Biotope
3	K3-Umwelt (Biotopkartierung)	Bereitstellung, Aufbereitung und Präsentation von Informationen im Rahmen der Umsetzung der FFH-Richtlinie der EU
4	K3-Umwelt (Eingriff/Ausgleich)	Eintragungen der Eingriffs- / Ausgleichsflächen durch die zust. Unteren Naturschutzbehörden der Kreise gem. § 12 Abs. 7 LNatSchG
5	K3-Umwelt (Ökokonto)	Eintragungen der Ökokonto-Flächen durch die zust. unteren Naturschutzbehörden der Kreise, §12 Abs. 7 LNatSchG
6	K3-Umwelt (Flächenmanagementkataster-FMK)	Flächenkatasters für ungenutzte bzw. mindergenutzte Flächen, BauGB § 200 Abs. 3
7	K3-Umwelt (Klärschlammkataster)	Zur Umsetzung der Dokumentations- und Nachweispflichten sowie zur Führung des Klärschlammkatasters gem. Klärschlammverordnung (§§ 3, 4,7 und 8 AbfKlärV)
8	K3-Umwelt (Abwassermodule)	Grundstücksentwässerung, Industrieabwasser, Kommunales, Abwasser, Regenwasser, Daten und Karten zur Behandlung von Kommunalem Abwasser nach LWG, Wasserhaushaltsgesetz (Wasserbuch)
9	K3-Umwelt (Grundwassermodule)	Grundwasserstandsdaten und Stammdaten von- Landesmessstellen (WRRL Überwachung mengenmäßiger Zustand) nach WRRL, WHG, LWG, Wassersicherungsgesetz
10	K3-Umwelt (Wasserrecht)	Dient den zuständigen Wasserbehörden als Unterstützung bei der Erteilung von Wasserrechten (Erlaubnissen, Bewilligungen) sowie dem Führen des Wasserbuches.
11	K3-Umwelt (Boden- und Altlastenkataster)	Altlasteninformationssystem nach § 5 Abs. 2 LBodSchG.
12	K3-Umwelt (Toolbox)	Erstellung von individuellen Anwendungen für das System K3-Umwelt, auch nach Landesvorgaben wie z.B. Oberflächenwasserkataster
13	K3-Umwelt (VAwS)	Verwaltung von Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen
14	K3-Umwelt (Cadenza)	Datenauswerte und Recherchesystem Land / Kommunen zur Sicherstellung einer einheitlichen Datengrundlage, Fachgesetze, UIG
15	K3-Umwelt (Maßnahmendatenbank II)	Maßnahmenplanung und Abrechnung zur Umsetzung der EU WRRL
16	AWGV/MDB II	Technischer Betrieb des Fachverfahrens AWGV (Amtliches wasserwirtschaftliches Gewässerverzeichnisses SH) im Dataport RZ ²
17	K3-Umwelt Bade-gewässerdatenbank	Führen eines Badegewässerinformationssystems durch das MSGFG in Kooperation mit dem MELUR hinsichtlich des technischen Betriebs: <ul style="list-style-type: none"> - Dokumentation der jeweiligen Badegewässer-qualität und der Badegewässerprofile, - Unterstützung der Überwachungsaufgaben, - Veröffentlichung der Information für die Öffentlichkeit und

		zur Erfüllung von Berichtspflichten nach Richtlinie 2006/7/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung.
--	--	--

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel ist es, für eine wirtschaftliche Erledigung von Aufgaben, die auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung wahr genommen werden, einheitliche Softwareverfahren einzusetzen, sofern über die Entwicklungsziele im Rahmen der Kooperation (VKoopFIS) und die Kostenverteilung Einvernehmen besteht. Dies umfasst sowohl die Abstimmung bei der Auswahl oder Entwicklung von Softwareprodukten als auch eine kooperative Vorgehensweise bei der Bereitstellung, dem Betrieb, der Pflege und dem Support von Fachinformationssystemen.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	1.166,4	1.183,0	1.187,2	1.187,2	1.137,2	1.137,2
53356	Sonstige Kosten	34,1	20,0	91,0	1,0	3,0	1,0
	Summe	1.210,5	1.203,0	1.278,2	1.188,2	1.140,2	1.138,2

ITM 2398030000

Bezeichnung Übergreifende Fachanwendung Cadenza/Gistern

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden Aufwendungen für Vorhaben oberhalb der eigentlichen Fachinformationssystem-Ebene sowie Entwicklung von Fachverfahren, welche auf der Cadenza-Technologie basieren, nachgewiesen.

Disy cadenza ist ein Kooperationsprojekt, das im Rahmen der Bund/Länder Kooperation UIS (VKoopUIS) durchgeführt wird. Die VKoopUIS, der ca. 17 oberste Behörden des Bundes und der Länder angehören, verfolgt das Ziel, bei der Konzeption und Entwicklung von Software für Umweltinformationssysteme kooperativ und synergetisch zusammen zu arbeiten. Softwareentwickler im KoopUIS-Projekt Cadenza/GIStern ist die Firma disy Informationssysteme GmbH, die über eine Public Private Partnership die Systementwicklung von Cadenza/GIStern sicherstellt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	<p>Ziel ist die Bereitstellung der Software Cadenza/Gistern als universelles Auswerte- und Berichtssystem inklusive GIS-Komponente sowie die Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit unter Berücksichtigung technologischer Rahmenbedingungen.</p> <p>Darüber hinaus wird über diese ITM eine entsprechende Fortbildung der Anwenderinnen und Anwender sichergestellt.</p> <p>Bei Verwendung des Cadenza-Anwendungsrahmen können Vereinheitlichungen bei der Software-Entwicklung erreicht werden.</p> <p>Einsatzgebiet:</p> <ul style="list-style-type: none"> -Standardwerkzeug für Berichte und Auswertungen -Standardwerkzeug für die Bearbeitung von Basis-GIS-Aufgaben -Standardisierungskomponente für Erfassungsprogramme 	fortlaufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	10,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
53356	Verträge	165,5	165,5	165,5	165,5	165,5	165,5
53356	Sonstige Kosten	0,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0
	Summe	175,5	285,5	285,5	285,5	285,5	285,5

ITM 2426030000

Bezeichnung Fachanwendung Balvi (Verbraucherschutz)

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Balvi iP ist ein Softwaresystem zur behördlichen Überwachung im Lebensmittel- und Veterinärbereich. Es integriert die gesetzlich definierten Überwachungsbereiche der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung in Form von einzelnen Programmmodulen, die alle auf denselben standardisierten Daten arbeiten. Zentraler Bestandteil des Programms ist das Betriebsstättenregister, in dem alle überwachungspflichtigen Betriebsstätten und die zugehörigen Verantwortlichen vorgehalten werden. Jeder Betriebsstätte können in BALVI iP verschiedene Tätigkeiten aus unterschiedlichen Fachbereichen des behördlichen Verbraucherschutzes (z. B. Lebensmittelüberwachung oder Tierseuchenüberwachung) wie Kontrollen, Probenahmen und Untersuchungen zugeordnet werden. Deren Ergebnisse fließen gemeinsam mit der tätigkeitsbezogenen Risikoklasse der Betriebsstätte in die automatisierte Risikobeurteilung ein. Auf Grundlage dieser Risikobeurteilung generiert das System Kontrollfristen bzw. Untersuchungstermine und unterstützt somit die Terminverwaltung.

Die einzelnen Programmmodule von BALVI iP unterstützen unterschiedliche Prozesse der Überwachungstätigkeiten aus den Überwachungsbereichen der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung und Futtermittelsicherheit.

BALVI iP in Schleswig-Holstein stellt die fachspezifischen Module Lebensmittelüberwachung und Weinkontrolle, Tierseuchenüberwachung, Tierschutzkontrolle, Fleischhygieneüberwachung, Gebühren- und Vergütungsabrechnung für die Fleischhygieneüberwachung, Tierarzneimittelkontrolle und Futtermittelsicherheit zur Verfügung.

Zusätzlich dazu sind die fachübergreifenden Module Adressverzeichnisse, Qualitätsmanagement der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung, Krisenmanagement (für die Fachbereiche Lebensmittel und Futtermittel) und mobile Datenerfassung, bspw. zur Erfassung der Kontrolldaten (im Aufbau) integriert.

BALVI iP bietet eine Vielzahl von Schnittstellen zu verwandten IT-Systemen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Tierseuchennachrichten (TSN)	Die Vorsorge und Bekämpfung von Tierseuchen spielt weltweit eine große Rolle. Das bundeseinheitlichen Tierseuchenmelde- und Krisenmanagementsystem TSN (TierSeuchenNachrichten) ist eine vom Friedrich-Löffler-Institut (FLI) entwickelte Software und dient bundesweit als amtliches Meldesystem für Tierseuchen und einheitliches Werkzeug zur Krisenbewältigung im Tierseuchenfall. Das Programm wird den Bundesländern kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Software soll 2016 in den technischen Betrieb von BALVI-IP im Dataport RZ integriert werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel ist die ganzheitliche Betrachtung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in SH durch den Einsatz der Software BALVI-IP i.V.m. einem zentralen technischen Betrieb bei Dataport maßgeblich zu unterstützen.	Fortlaufend
2	BALVI iP ist ein Softwaresystem zur behördlichen Überwachung im Veterinär- und Lebensmittelbereich. Das Programm integriert die gesetzlich definierten Überwachungsbereiche der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Form einzelner Programmmodule, die alle auf denselben standardisierten Daten arbeiten. Dadurch ermöglicht BALVI iP eine effektive und effiziente Verwaltung der Überwachungstätigkeiten.	fortlaufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	20,0	20,0	35,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	316,1	354,2	358,2	362,2	362,2	362,2
53356	Sonstige Kosten	29,8	88,8	266,2	47,9	47,9	47,9
	Summe	365,9	463,0	659,4	430,1	430,1	430,1

ITM 2427030000

Bezeichnung Lizenzmanagement ESRI

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Im Rahmen dieser Maßnahme werden Aufwendungen oberhalb der eigentlichen Fachinformationssystem-Ebene im Geschäftsbereich nachgewiesen.

Dies sind im Wesentlichen die Aufwendungen für die Lizenzierung der ESRI Desktop und Serverprodukte sowie für den ressortweiten Lizenz-Server für die GIS-Software des Herstellers ESRI. Ab dem Haushaltsjahr 2012 haben das MELUR und das Innenministerium einen gemeinsamen EVB-IT- Überlassungsvertrag mit der Firma ESRI abgeschlossen (ein sog. Enterprise License Agreement - kurz ELA), dessen Ziel die wirtschaftlichere Ausnutzung der Lizenzen für alle Behörden der Geschäftsbereiche des MELUR und des IM sowie der von diesen beaufsichtigten und geführten Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts ist. Die Stiftung Naturschutz ist über eine Zusatzvereinbarung an dem ELA beteiligt und trägt die Kosten i.H.v. 18.000,00 € Netto aus eigenen Finanzmitteln. Seit dem 01.04.2015 wurde das ELA und somit auch das Lizenzmanagement auf alle Ressorts des Landes ausgeweitet.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserte Auslastung der vorhandenen Lizenzen durch einen zentralen Lizenzserver bei Dataport.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	440,8	422,1	422,1	422,1	422,1	422,1
	Summe	440,8	422,1	422,1	422,1	422,1	422,1

ITM 2444030000

Bezeichnung ZeBIS – zentraler Betrieb der Informationssysteme bei Dataport

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden Kosten für den Betrieb und Weiterentwicklung einer IT Infrastruktur im Rechenzentrum RZ² bei Dataport unter Berücksichtigung der spezifischen Anforderung des MELUR zur nachhaltigen Sicherstellung eines effizienten und effektiven Betriebs der Fachinformationssysteme sowie eines zentralen Datenpools (DWH) für Reporting- und Auswerteaufgaben ausgewiesen. Es ist ein grundschutzkonformer Betrieb zu realisieren, langfristig wird mit freiwerdenden Ressourcen (Personal und Hardware) gerechnet. Der Entwicklung im Personalbereich und der Entwicklung der Haushaltssituation soll hiermit Rechnung getragen werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
001	Cadenza zentral in RZ ²	Die Software Cadenza ist zentral implementiert und dient als Auswerte- und Berichtssystem. Den Aspekten der Bürgerbeteiligung und eGovernment Bestrebungen wird Rechnung getragen.
002	zentraler Datenpool (DWH)	Aufbau einer fachübergreifenden, zentralen Datenhaltungskomponente zur Erfüllung von Berichtspflichten, Auswertungen und zur Bürgerbeteiligung.
003	GDI MELUR	Aufbau und Betrieb einer Geodateninfrastruktur als fachliche Ergänzung zur GDI-SH.
004	Metadatenverwaltung (GDI-SH konform)	Aufbau und Betrieb der Metadatenhaltungskomponente im Ressort zur Bedienung interner und externer Anfragen.
005	zentraler Betrieb von Fachverfahren	Entwicklung und Betrieb von Fachinformationssystemen im Rechenzentrum bei Dataport einschließlich einem Verfahrensmanagement und Betriebssteuerung.
006	Bürgerbeteiligung	Konzeption zur Nutzung vorhandener Infrastrukturkomponenten zur Bereitstellung von Umweltdaten auf mobilen Endgeräten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	<p>Neben der Konzeption, Betrieb und Fortschreibung der IT-Infrastruktur im Rechenzentrum bei Dataport liegt ein besonderes Augenmerk auf Implementierung der notwendigen Organisationsstrukturen, Rollen und Prozesse im Geschäftsbereich des MELUR und bei Dataport. Entsprechende Verträge werden durch SLAs konkretisiert und dienen zur Überwachung der Leistungserbringung.</p> <p>Dies sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Organisation und IT-Steuerung Schaffung von klaren Regelungen bzw. Geschäftsprozesse über Zuständigkeiten, Kompetenzen, Rollen, Ansprechpartner und Eskalationsinstanzen (BSU, TVM, AWB,...). Entwicklung von Geschäftsprozessen zur Auftragserteilung und Erledigung. • Betrieb Erfassung und Dokumentation aller zentralen technischen Anforderungen an den Betrieb der MELUR-Verfahren. Schaffung von Standards und Rahmenbedingungen-> einheitliche Systemarchitektur. • Benutzerverwaltung Harmonisierung der Verfahren sowohl fachlich/organisatorisch (Rechte/Rollenkonzept), als auch in der technischen Umsetzung (hinsichtlich RZ-Architektur). • Anforderungsmanagement Erstellung eines Konzeptes und Fortschreibung zum Anforderungsmanagement. • Anwender-Knowhow Verstärkte Unterstützung der Nutzer über fachliche Leitstellen und Anwendungs-koordinatoren. Bereitstellung von fachlichen Ansprechpartnern für alle Verfahren. 	fortlaufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	524,3	514,5	482,3	482,3	482,3	482,3
53356	Sonstige Kosten	161,0	168,3	131,9	101,0	101,0	101,0
	Summe	685,3	682,8	614,2	583,3	583,3	583,3

ITM 2525030000

Bezeichnung Maßnahmenpläne zum Antibiotikaeinsatz von Landwirten

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / nicht etaffähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Für die Landwirte aus Schleswig-Holstein sollen notwendige Angaben für das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR) zukünftig online von den Landwirten erstellt werden können. Grundlage soll das bereits bestehende Verfahren "Heimaufsicht" sein, das in den Grundzügen die wesentlichen Funktionen beinhaltet: Einen PDF- Dateiupload inkl. Metadaten.

Der Vertragsgegenstand umfasst die folgenden Leistungen:

- Erstellung eines Fachkonzepts und Fachliches Management für das Fachverfahren "Maßnahmenpläne".
- Entwicklung des Fachverfahrens bzw. Anpassung des Verfahrens Heimverzeichnis für die Anforderungen des Kunden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einführung eines Onlineverfahrens zur Einreichung von Maßnahmenplänen nach §58 AMG	2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
	Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2562030000

Bezeichnung Modernisierung und Weiterentwicklung des IT-Verfahrens AWGV-SH ("Amtliches Wasserwirtschaftliches Gewässerverzeichnis")

Ressort / Dst. MELUND / MELUR

Status aktiv / nicht etaffähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die IT-Maßnahme AWGV-SH soll der Finanzierung der Modernisierung und Weiterentwicklung des IT-Verfahrens AWGV ("Amtliches Wasserwirtschaftliches Gewässerverzeichnis AWGV-SH") als eines im Dataport-Rechenzentrum RZ² betriebenes wasserwirtschaftliches Fachinformationssystem auf Basis moderner und zukunftsfähiger Technologien dienen. Aufgrund der Komplexität und Relevanz des IT-Verfahrens zur Erfüllung von Gesetzen und Richtlinien (Landeswassergesetz, Wasserrahmenrichtlinie, Hochwasserrichtlinie, INSPIRE-RL,...) soll dieses IT-Verfahren in einer eigenen ITM finanziell transparent bewirtschaftet werden.

Seit 2002 wurden fortlaufend aufgrund von neuen fachlich-rechtlichen Vorgaben funktionale Anforderungen in das Fachinformationssystem aufgenommen und die Betriebsfähigkeit des Systems sichergestellt. Wesentliche nicht funktionale Eingriffe beschränkten sich auf die Zentralisierung des ursprünglich dezentral (2002-2007) betriebenen Systems auf eine zentral betriebene ABS 1.5-Infrastruktur bei Dataport (2007-2009), den Betrieb einer datenbankbasierten Geodatenhaltung inklusive Übersetzung des Quellcodes für neuere GIS- (ArcGIS) und Datenbanksoftware (Oracle) (seit 2009), die Umstellung des Koordinatensystems auf UTM (seit 2012) und den Umzug in zwei neue Rechenzentrumsbereiche („ABS 2.0“ 2013-2015, „RZ²“ seit 2015). Wegen dieser aufwändigen Arbeiten und aufgrund von neuen fachlich-rechtlichen Vorgaben und deren funktionaler Umsetzung standen in den vergangenen 14 Jahren keine Ressourcen für eine grundlegende Konsolidierung des Systems zur Verfügung.

Im Rahmen der IT-seitigen Umsetzung (PRINCE2) sollen die strategischen Ziele des MELUND wie Standardisierung und Konsolidierung (gemäß ZeBIS), die Datenanbindung an das DataWareHouse und die Verwendung von OpenSourceProdukten (Datenbanken, WebServices) verfolgt werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel soll die Einführung bedarfsgerechter Nutzermodule mit fokussierten, aufgabenorientierten Oberflächen unter Einsatz von Webtechnologie und Webdiensten mit Unterstützung mobiler Endgeräte sein. Es soll geprüft werden, ob eine Kostensenkung durch Einsatz von Landesstandards hinsichtlich Pflege- und Lizenzkosten erreicht werden kann.	
2	Das Amtliche Wasserwirtschaftliche Gewässerverzeichnis (AWGV-SH) dient seit 2002 zur Bearbeitung, Verwaltung und Auswertung von Sach- und Geoinformationen zu Gewässern, Deichen, Anlagen und Einzugsgebieten und unterstützt die Erfüllung von Gesetzen und Richtlinien (Landeswassergesetz, Wasserrahmenrichtlinie, Hochwasserrichtlinie, INSPIRE-RL, Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser). Die fachlichen Stakeholder des Verfahrens sind die SH-Wasser- und Bodenverbände (WBV), der Landesverband der WBV (LWBV), untere Wasserbehörden (UWB), MELUND Referat 44 und 45, LLUR Dezernat 41-43, LKN Fachbereich 42-44.	
3	Mit der Integration in eine zentrale Dateninfrastruktur soll zur Erfüllung der Berichtspflichten der MSRL, WRRL, usw. beigetragen und der fachliche Datenaustausch, die gemeinsame Auswertung und Bereitstellung von wasserwirtschaftlichen mit anderen Fachdaten erleichtert sowie die Umweltberichterstattung verbessert werden. Durch die Verwendung ressortweit einheitlicher Entwicklungsstandards und OpenSource-Produkten, z.B. hinsichtlich der Auswerte- und Visualisierungssoftware, können Entwicklungs-, Pflege- und Lizenzkosten gesenkt werden. Das weiterentwickelte AWGV-SH dient dazu, mit dem vorhandenen Personal weiter zunehmenden Komplexität und des Umfangs der systematischen Vorhaltung von Umweltdaten gerecht zu werden und die Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen.	

	Zur Verbesserung der Qualität soll eine Optimierung der Nutzungsmöglichkeit für die Stakeholder (insgesamt 488 Nutzern) durch verbessertes Zeit-Antwort-Verhalten, Verbesserung der Bedienfreundlichkeit und der Programmstabilität, Verbesserungen des Datenmanagements und der Datenqualität.	
--	---	--

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	160,0	370,0	220,0	220,0
	Summe	0,0	0,0	160,0	370,0	220,0	220,0

ITM 2292020000

Bezeichnung Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LLUR)

Ressort / Dst. MELUND / LLUR

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Anteiliger Ersatz der IT-Ausstattung; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur. Diese Maßnahme umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR auch ehemals eigenständige Dienststellen.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Sonstige Kosten	0,0	22,0	4,5	4,5	4,5	10,0
81246	Beschaffung	171,0	246,1	183,8	334,4	167,5	167,5
	Summe	171,0	268,1	188,3	338,9	172,0	177,5

ITM 2299010000

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)

Ressort / Dst. MELUND / LLUR

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesamtes. Die im LLUR Flintbek und den Außenstellen eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur. Diese Maßnahme umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR auch ehemals eigenständige Dienststellen.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	14,2	13,1	13,1	13,1	13,1	13,1
51143	Sonstige Kosten	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
51144	Verträge	4,0	6,0	4,0	4,0	4,0	4,0
51144	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	20,0	32,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	426,2	548,7	538,8	481,6	481,6	481,6
53356	Sonstige Kosten	13,0	23,6	26,0	25,0	25,0	25,0
81246	Sonstige Kosten	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	497,4	638,4	616,9	558,7	558,7	558,7

ITM 2278030000

Bezeichnung Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden Aufwände für das Datenmanagement sowie für den Betrieb und Entwicklung von Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) nachgewiesen.

Zz. handelt es sich hierbei im Wesentlichen um die Softwarekomponenten Cadenza und Haddock sowie die IT-Systeme VisiLink und MDI-DE / MDI-SH. Die Auswertepattform "Cadenza" dient zum Recherchieren, Analysieren und Visualisieren von (Geo-) Daten und ermöglicht auch den Zugriff für die Öffentlichkeit.

Bei der Software Haddock der Uni Rostock handelt es sich um ein modulares Programmsystem mit gekoppelter SQL-Datenbank für die Archivierung und Auswertung von Seegangsmessungen. Haddock gewährleistet eine effektive Auswertung der Messdaten mit geringem Personaleinsatz, die Analyse und Eliminierung von Messfehlern und eine zentrale Datenhaltung von Messdaten und abgeleiteten Seegangparametern.

Für den Abruf von Wasserstand- und Winddaten der WSV und einiger landeseigener Pegel dient das VisiLink-System. Ein vollständig redundanter Betrieb für die Übertragung der benötigten hydrologischen und meteorologischen Daten ist für die Gefahrenabwehr im LKN.SH zwingend erforderlich.

Im Rahmen der Projektentwicklung MDI-DE wurde und wird der NOKIS Server noch extern gehostet. Im Rahmen der Zentralisierung von Fachverfahren im Ressort ist eine Transition ins Rechenzentrum RZ² von Dataport geplant.

Der MDI-SH-Knoten ist einer von mehreren Infrastrukturknoten des Projektes Marine Daten-Infrastruktur Deutschland (MDI-DE).

Über ihn werden die marinen Daten des LKN, GB3 und die küstenrelevanten Daten des LLUR als standardisierte Web-Services (WebMapService, WebFeatureService und WebProcessingService) für MDI-DE und GDI-SH zur Verfügung gestellt. Voraussetzung hierfür sind Vorarbeiten im Zebis Projekt (deegree Enterprise Einführung).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	INSPIRE - Metadaten-Schema	Änderungen des ISO-Standards für Metadaten ziehen Änderungen der Metadatenstruktur bei INSPIRE und GDI-DE nach sich. Die rund 2500 Metadatensätze des GB3 müssen in Nachfolge dieser Vorgaben mittels komplexer Datenbankoperationen und Skripten angepasst werden.
2	DOI Preludio & Geodaten	DOI erlaubt das Zitieren von Daten und Berichten; hiermit kann den Anforderungen aus dem Urheberrecht Geltung verschafft werden. Die fehlende Zitiermöglichkeiten für wissenschaftlich erstellte Daten ist im Bereich des Monitorings oft ein Hindernis bei der Datenweitergabe. Ziel ist hier die Implementierung einer DOI-Meldung und DOI-Code Einspielung auf Basis der vorliegenden Metadaten.
3	SW - Hafengebührenprogramm	Beschaffung und damit Ablösung eines veralteten selbstprogrammierten VBA Exceltabelle. Durch die Hafengebühren nimmt der LKN.SH jedes Jahr rd. 650T € ein. Die geschätzten Beschaffungskosten in Höhe von rd. 45T und jährliche Pflege-/Wartungskosten in Höhe von 17 % des Anschaffungspreises. Durch die Höhe der Einnahmen ist die Neubeschaffung wirtschaftlich zu vertreten. Ein differenziertes Angebot wird zurzeit vom Anbieter abgefragt. Die EU-Berichtspflichten gem. national single window würden nahezu automatisch erfüllt werden und müssen nicht händisch, fehleranfällig, manuell bearbeitet werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Monitorings von Bestandsentwicklungen, räumlicher Verteilung, zeitlicher Entwicklung, Flächenentwicklung und Schadstoffbelastung zu Vorkommen und Entwicklung von Tieren, Pflanzen, Lebensräumen und Lebensgemeinschaften im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer. Diese Daten sind für eine Zustandsbewertung des Ökosystems Wattenmeer zwingend erforderlich. Die Datenbank ist stets aktuell zu halten und die Ergebnisse werden nutzerspezifisch aufgebaut und sowohl für die Öffentlichkeit als auch für Experten oder Behördenvertreter bereitgestellt. Dieses trägt zur Verbesserung des Informationsangebots und damit zum Schutz dieses einmaligen Lebensraums bei.	
2	Sicherstellung eines vollständig redundanten Betriebes für die Übertragung der benötigten hydrologischen und meteorologischen Daten. Dies umfasst ebenfalls die laufende Ersatzbeschaffung der Geräte und die Aktualisierung und Wartung von VisiLink.	
3	Sicherstellung der Archivierung und Auswertung von Seegangsmessungen	

	mittels Haddock-Programmsystem mit gekoppelter SQL-Datenbank. Dies umfasst die Anpassung an die sich ändernden technischen Rahmenbedingungen bzw. -möglichkeiten bezüglich Infrastrukturen und Datenbankmanagementsystemen.	
--	---	--

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	35,1	190,0	73,0	73,0	73,0
	Summe	0,0	35,1	190,0	73,0	73,0	73,0

ITM 2287020000

Bezeichnung Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LKN)

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen des Landesbetriebes installierte IT-Infrastruktur. Da der LKN aus vielen, z. T. in der Fläche verteilten Dienst- bzw. Betriebsstellen besteht, ist wegen der notwendigen Kommunikationsverbindungen und den Einsatz des +1-Landesstandards ein erhöhter Bedarf an Informationstechnik und damit Hardware unabweisbar.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Sonstige Kosten	0,0	60,0	45,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	88,8	140,2	337,5	87,8	87,8	87,8
	Summe	88,8	200,2	382,5	87,8	87,8	87,8

ITM 2298010000

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesbetriebes. Die im LKN eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	2,5	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
51143	Sonstige Kosten	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
51144	Verträge	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
52537	Sonstige Kosten	10,0	10,0	12,0	10,0	10,0	10,0
53356	Verträge	398,2	384,0	383,7	383,7	383,7	383,7
53356	Sonstige Kosten	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	434,7	419,9	421,6	419,6	419,6	419,6

ITM 2514030000

Bezeichnung SAP Plant Maintenance (PM)

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Komponente PM beinhaltet die Funktionen für die Instandhaltung. Instandhaltung umfasst die folgenden Tätigkeiten: Inspektion; Maßnahmen zur Feststellung des Istzustandes eines technischen Systems (Wartung); Maßnahmen zur Bewahrung des Sollzustandes eines technischen Systems (Instandsetzung); Maßnahmen zur Wiederherstellung des Sollzustandes eines technischen Systems und weitere Maßnahmen, die über die Instandhaltungsorganisation durchgeführt werden.

Durch die Integration mit anderen Modulen (z.B. Materialwirtschaft, Produktion, Vertrieb, Personalwirtschaft, Controlling) werden Daten absolut aktuell gehalten und Prozesse, die für Instandhaltung und Kundenservice notwendig sind, in anderen Bereichen automatisch ausgelöst (z.B. eine Bestellanforderung für Nichtlagermaterial im Bereich Materialwirtschaft/Einkauf). Damit werden sämtliche Instandhaltungsmaßnahmen gemäß DIN 31051 (Inspektion, Wartung und Instandsetzung) abgedeckt.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	76,3	575,0	390,0	267,0	0,0	0,0
	Summe	76,3	575,0	390,0	267,0	0,0	0,0

ITM 2519030000

Bezeichnung SAP im LKN (Zusatzvertrag)

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	17,6	17,6	17,6	17,6	17,6
	Summe	0,0	17,6	17,6	17,6	17,6	17,6

ITM 2285020000

Bezeichnung Beschaffungen und Updates für die IT-Infrastruktur

Ressort / Dst. MELUND / BNUR

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der IT-Basisinfrastruktur für den allgemeinen und den Seminarbetrieb.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
81246	Beschaffung	4,3	2,8	5,8	5,8	5,8	5,8
	Summe	5,3	3,8	6,8	6,8	6,8	6,8

ITM 2295010000

Bezeichnung Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (BNUR)

Ressort / Dst. MELUND / BNUR

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ziel: Unterstützung des Dienstbetriebes durch Aufrechterhaltung und geringfügige Ergänzung der IT-Basisinfrastruktur für Seminarbetrieb und 20 PC-Arbeitsplätze (incl. Server und Laptops)

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51143	Beschaffung	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	2,0	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Verträge	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1
53356	Sonstige Kosten	4,0	1,4	1,4	1,0	1,0	1,0
	Summe	9,3	6,4	7,5	7,1	7,1	7,1

ITM 2416010000

Bezeichnung Betrieb der IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)

Ressort / Dst. MELUND / LVUA

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Betrieb der IT-Ausstattung des Landeslabors.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	0,0	0,0	3,6	3,6	3,6	3,6
51143	Sonstige Kosten	0,0	4,5	5,0	4,5	4,5	4,5
51143	Beschaffung	4,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	25,8	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7
53356	Sonstige Kosten	0,0	75,6	171,3	171,3	171,3	171,3
	Summe	32,3	86,8	186,6	186,1	186,1	186,1

ITM 2417020000

Bezeichnung Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)

Ressort / Dst. MELUND / LVUA

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Landeslabors zur IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die im Landeslabor eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	44,7	40,6	40,2	51,7	51,7	51,7
	Summe	44,7	40,6	40,2	51,7	51,7	51,7

ITM 2515030000

Bezeichnung Fachverfahren Landeslabor

Ressort / Dst. MELUND / LVUA

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	28,6	28,6	28,6	28,6	28,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	45,0	265,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	73,6	293,6	28,6	28,6	28,6

ITM 2520030000

Bezeichnung SAP im LVUA (Zusatzvertrag)

Ressort / Dst. MELUND / LVUA

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	17,3	17,3	17,3	17,3	17,3
	Summe	0,0	17,3	17,3	17,3	17,3	17,3

Zentrales IT-Management SH

ITM 2364030000

Bezeichnung Behördennummer 115

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Schaffung eines gemeinsamen telefonischen Eingangskanals für alle Behördenangebote der Kommunen und des Landes Schleswig-Holstein

Zum 01.04.2011 ist die einheitliche Behördenrufnummer D115 nach zweijähriger Pilotphase in den Regelbetrieb übergegangen. In Schleswig-Holstein erfolgt ein Betrieb in mehreren Kommunen. Die Kosten für die D115-Infrastruktur tragen je zur Hälfte der Bund und die Bundesländer. Das Land Schleswig-Holstein ist dem D115-Verbund in 2011 beitreten, so dass die Kosten anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu übernehmen sind.

Seit 2014 registrieren sich Kommunen zur Teilnahme. Im Mai 2014, Januar und Juli 2015 sind mehrere Kreisverwaltungen und Kommunen beigetreten, so dass ca. 60 - 80 % der Bevölkerung die 115 erreichen kann. Technisch ist eine landesweite Erreichbarkeit gewährleistet, womit auch eine Nutzung durch Landesbehörden uneingeschränkt möglich ist. Dies wird durch das LVerGeo in Q4/2015 aktiv pilotiert, weitere Landesbehörden können in 2016 dazukommen. Für Ende 2015 ist die Aufnahme weiterer kommunaler Verwaltungen vorgesehen. Anfang 2016 ist geplant, die Stadt Lübeck und das Kieler Umland in einer großen Aktion aufzunehmen.

Gemeinsam mit dem 115-Verbund beteiligt sich SH an Bundesarbeitsgruppen des IT-PLR, die eine deutschlandweite 115-Nutzung erreichen sollen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	flächendeckende Umsetzung der 115 in Schleswig-Holstein	01.01.2011 - 31.12.2020
2	Koordinierung und Begleitung des landesinneren und bundesweiten Betriebs der 115	ohne Ablauf

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	324,0	309,0	309,0	309,0	309,0	309,0
53356	Sonstige Kosten	1,0	125,0	125,0	5,0	5,0	5,0
53503	Sonstige Kosten	15,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
63102	Verträge	57,0	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0
	Summe	397,0	505,0	505,0	385,0	385,0	385,0

ITM 2501030000

Bezeichnung BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Mit BOB-SH erhalten Behörden, die an der Planung von Entwicklungsverfahren (z. B. Bauleitplanung, Planfeststellung, Landes- und Regionalplanung) beteiligt werden (sog. TöB), die Möglichkeit, diese Beteiligung elektronisch und über das Internet durchzuführen. Die Beteiligung kann von den planenden Behörden zentral vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet werden. Zusätzlich kann die häufig notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit ohne zusätzlichen Aufwand durchgeführt werden. In 2017 soll eine Datenübernahme und -abgabe in die begleitende Systeme (z. B. DocuScan, eAkte des Landes) implementiert werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Start Beteiligungsverfahren LES	30.01.2017
02	Anbindung Docuscan, eAkte IM, StK, generisch Kommunen	31.12.2017
03	Start Bürgerbeteiligung Windenergie (Pilot für Landesplanung)	06.12.2016
04	Aufbau Kooperation Hamburg (gemeinsame Verträge, gemeinsamer Anwenderbeirat)	01.10.2016
05	Regelbetrieb für Landesverfahren	01.04.2017
06	Planung der strategischen gemeinsamen Nutzung	0.04.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	2,0	2,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	1.379,0	1.181,7	831,7	829,0	829,0	829,0
53356	Sonstige Kosten	93,0	225,0	175,0	175,0	155,0	155,0
53503	Sonstige Kosten	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
	Summe	1.474,6	1.409,3	1.008,3	1.005,6	985,6	985,6

ITM 2513030000

Bezeichnung Digitale Agenda

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Digitalisierung

Beschreibung

Projekt zur strategischen Umsetzung der Digitalen Agenda für Schleswig-Holstein. Digitalisierung und digitaler Wandel ist die Entwicklungsvoraussetzung für alle anderen Bereiche. Die Digitalisierung ist zentraler Entwicklungstreiber, um das Land zu gestalten. Schleswig-Holstein profitiert bereits jetzt stark von der digitalen Revolution und wird sich durch die Digitalisierung weiter verändern. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur und Fertigkeiten hat deshalb Vorrang, um die Potenziale der Digitalisierung überhaupt nutzen zu können. Dafür braucht es Investitionen in digitale Kompetenz und die Unterstützung von wirtschaftlichen Akteuren, die aufgerufen sind, sich der Digitalisierung zu stellen. Mit einer digitalen Agenda legen wir die Grundlagen für ein neues Wirtschaften, dass Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft mit einander vernetzt. Die Digitale Agenda bildet die Basis für das digitale Kabinett, die strategischen Konzepte und das Anbahnen der erforderlichen Projekte und Umsetzungen für Digitalisierung, OpenData und transparente Bürgernähe.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Unterstützung des digitalen Wandels auf allen Ebenen mit allen Akteuren.	
	s. KV 67/2016 (insbesondere die Leitfragen zu den sektorenübergreifenden strategischen Themen skizzieren das Nutzenpotential).	
	Aufbau einer Unterstützung des digitalen Kabinetts	01/2018
	Unterstützung bei der Konzeption der digitalen Strategie.	
	Konzeptentwicklung und Projektierung von Digitalisierungsmaßnahmen	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	2,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	176,0	102,0	89,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	290,0	370,0	400,0	300,0	270,0
53503	Sonstige Kosten	0,0	1,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	Summe	176,0	395,0	469,0	410,0	310,0	280,0

ITM 2546030000

Bezeichnung ePartizipation

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Digitalisierung

Beschreibung

Das Verfahren dient der Umsetzung des neuen Volksabstimmungsgesetzes. Es umfasst die Skizzierung einer entsprechenden Verordnung gemeinsam mit dem MILI sowie die Schaffung einer Plattform zu Durchführung von digitalen Volksinitiativen inkl. der behördenübergreifenden Auswertung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Erstellung VO gemeinsam mit MIB	31.10.2017
02	Prototyp Bürgerseite	30.09.2017
03	Prototyp Auswertung und Schnittstelle Meldeämter/ZMB	31.10.2017
04	Produktionsfreigabe	31.01.2018
05	Marketingkonzept bzw. öffentlicher Diskurs zum Thema	offen

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
	Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2186030000

Bezeichnung Ressortübergreifende Planungen, Koordinierung und IT-Gremien

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Das ZIT SH koordiniert übergreifende Projekte und sonstige Maßnahmen in der Landesverwaltung SH. Ggf. übernimmt das ZIT SH zentral die finanzielle Abwicklung von gemeinschaftlichen Aufgaben im Bereich der IT. Bei Bedarf werden entsprechende Ausgaben in dieser Maßnahme abgewickelt. Zudem werden die lfd. Ausgaben für Maßnahmen und Workshops der ITBK und sonstiger übergreifender Gremien wie z. B. Landes-IT-Rat, Controlling und Koordinierungsgespräche der Trägerländer von Dataport pp. in dieser ITM geplant und verausgabt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Optimierung von Verwaltungsabläufen in der Landesverwaltung SH	01.01.2011 - lfd. Geschäft

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	56,2	62,2	22,2	22,2	22,2	22,2
53356	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53503	Sonstige Kosten	20,0	20,0	30,0	30,0	30,0	30,0
	Summe	81,2	87,2	57,2	57,2	57,2	57,2

ITM 2404030000

Bezeichnung Zentrales Vertragsmanagement Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Das zentrale Vertrags- und Lizenzmanagement umfasst die vertragliche Verhandlungen und die Implementierung von zentral verwalteten Verträgen im ZIT SH aus technischen und finanziellen Gründen für die unmittelbare Landesverwaltung des Landes Schleswig-Holstein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Microsoft EA-Vertrag (2011-2015, 2016-2020)	
2	Oracle ULA Vertrag (2014-2017)	
3	McAfee Sicherheitssoftware	
4	MindManager Rahmenvertrag	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der IT in Landesverwaltung SH durch Abschluss von Zentral- und Rahmenverträgen für das Land SH	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	4.216,9	3.454,4	4.030,5	4.076,6	4.097,4	4.113,8

53356	Sonstige Kosten	276,0	115,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	4.492,9	3.569,4	4.030,5	4.076,6	4.097,4	4.113,8

ITM 2405030000

Bezeichnung Rechtsinformationssysteme (RIS)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Als Rechtsinformationssystem (RIS) werden digitale (gewöhnlich online zur Verfügung gestellte) Recherche-Angebote in Gesetzes- und anderen Rechtstexten bezeichnet. Als Basisdienst bietet das ZIT SH der gesamten Landesverwaltung Schleswig-Holstein die Recherche bei "juris" an. Die Verträge für die allgemeine Verwaltung und das Steuerportal werden im ZIT SH zentral verwaltet. Die Justiz organisiert die Vertragsverwaltung eigenständig. Als ergänzende Leistung besteht die Möglichkeit den Recherchedienst "beck-online" zu nutzen. Die Vertragsverwaltung und der technische Support ist an Dataport übertragen. Die Justiz organisiert auch diesen Dienst in eigener Verantwortung. Der nächste 4-Jahresvertrag wurde im Dezember 2016 geschlossen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Steigerung der Effizienz und Effektivität der Verwaltungsarbeit des Landes Schleswig-Holstein	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	735,3	957,2	953,2	953,2	1.052,4	1.065,4
53356	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	745,3	967,2	963,2	963,2	1.062,4	1.075,4

ITM 2407030000

Bezeichnung Zentrales IT-Beschaffungsmanagement SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Dataport ist zentrale IT-Beschaffungsstelle für das Land Schleswig-Holstein. Für die Beschaffung von IT hat die Landesregierung bei Dataport die zentrale Beschaffungsstelle für IT eingerichtet. Die Aufgaben und Leistungen sind vertraglich geregelt und beinhalten neben Beratungs- und Beschaffungsleistungen auch die Aufwände für Vergabeleistungen. Seit 2013 besteht zwischen den Ländern Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein ein gemeinsamer Beschaffungsvertrag mit Dataport. Die Ausgaben für die zentrale Beschaffungsstelle bei Dataport werden anteilig für das Land Schleswig-Holstein für alle Ressorts zentral veranschlagt und bezahlt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Steigerung der Effizienz und Effektivität der Verwaltungsarbeit des Landes Schleswig-Holstein	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	777,0	741,4	770,0	770,0	770,0	770,0
53356	Sonstige Kosten	110,0	19,2	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	887,0	760,6	770,0	770,0	770,0	770,0

ITM 2419010000

Bezeichnung Grundversorgung ZIT SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ausgaben des ZIT SH im Bereich IT: Geschäftsbedarfe, Dienstreisen, Fort- und Ausbildung, Vertragskosten und Gebühren für mobile Arbeitsplätze und Smartphones, Veranstaltungskosten pp.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Betriebsfähigkeit des ZIT SH	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5

51143	Sonstige Kosten	11,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
51143	Beschaffung	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
51144	Verträge	16,0	18,0	20,0	22,0	22,0	22,0
52537	Sonstige Kosten	105,0	10,0	40,0	10,0	10,0	10,0
52706	Sonstige Kosten	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
53356	Verträge	0,0	51,0	51,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	175,0	200,0	120,0	120,0	120,0
53503	Sonstige Kosten	10,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
	Summe	177,5	294,8	351,5	192,5	192,5	192,5

ITM 2429030000

Bezeichnung Zentrales Lizenzmanagementsystem Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Es wird ein Lizenzmanagement (LiMa) für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein eingerichtet. Ein funktionierendes LiMa hilft primär, Softwarelizenzen rechtmäßig einzusetzen. Sekundär schafft es Kostensenkungspotenzial und Transparenz im Bereich der Softwareverwaltung.

Dieses wird durch eine Ablage von kaufmännischen und technischen Daten an einer zentralen Stelle ermöglicht. Gleichzeitig sind die Daten auch an dezentraler Stelle einsehbar und editierbar. Kooperation findet fachlich-kaufmännisch mit den Ressorts statt und technisch mit Dataport.

Die Vorteile des LiMa liegen insbesondere darin, dass technische Daten weitestgehend automatisiert erhoben werden können. Das spart viel Zeit und sorgt für belastbare Daten. Das LiMa bietet auch die Möglichkeit, einen Lizenzpool einzurichten. Dieser schafft die Möglichkeit, ausgesonderte Software an anderen Stellen neu zu installieren und dadurch die Nutzungsdauer des Vermögens "Software" zu verlängern.

Während der LiMa-Einführungsphase werden technische sowie organisatorische Maßnahmen notwendig. Der monetäre Bedarf für die Einführung des LiMa resultiert überwiegend aus dem technischen Teil. Hierzu gehört die Beschaffung eines LiMa-Tools oder die Teilnahme an einem zentralen LiMa-System von Dataport sowie dessen Implementierung in die bestehende Infrastruktur der Landesverwaltung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufbau und Betrieb eines Fachverfahren Lizenz-Management (LiMa) im ZIT SH für die Landesverwaltung.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	0,0	200,0	250,0	250,0	250,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	110,9	110,9	110,9	110,9	110,9	110,9
	Summe	110,9	110,9	310,9	360,9	360,9	360,9

ITM 2433030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege VeRA (Vertrags-, Rechnungs- und Auftragsmanagement)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die operativen Aufgabenstellungen des IT-Finanzmanagements werden im ZIT SH sowie mitwirkenden Ressorts durch verschiedene IT-Werkzeuge unterstützt. Dazu gehören das elektronische Rechnungsbuch, die Vertragsdatenbank, die Bestelldatei.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1357	VeRA	Verfahren zur Unterstützung der operativen Prozesse (Trägersystem einschließlich Rechnungsbuch, Vertragsdatenbank)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	weiterer Aufbau einer IT-Steuerung in enger Abstimmung mit dem CIO	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	17,6	42,5	47,5	47,5	47,5	47,5
53356	Sonstige Kosten	0,0	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	17,6	92,5	97,5	47,5	47,5	47,5

ITM 2460030000

Bezeichnung ITWeb 2.0 - Haushaltsverfahren für die IT des Landes Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Nach Ziff. 12 der Haushaltstechnischen Richtlinien (HTRL) ist das ITWeb 2.0 das Haushaltsverfahren des Landes SH, in dem alle IT-Planungsdaten zur Aufstellung des Einzelplans 14 hinterlegt werden müssen. Darüber hinaus werden die jährlichen IT-Budgetgespräche mit den Ressorts in diesem IT-Verfahren dokumentiert sowie die unterjährige Steuerung und die lfd. Bewirtschaftung des IT-Budgets abgebildet.

Das ZIT SH generiert aus dem ITWeb 2.0 seine Entscheidungsgrundlagen und fügt die mit dem FM und den Ressorts abgestimmten Daten in einem IT-Gesamtplan zusammen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Sicherstellung eines ordnungsgemäßen IT-Betriebes und maximale Transparenz der Ausgabenplanung und -bewirtschaftung	01.01.2014 ff.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	170,0	89,3	100,0	100,0	100,0	100,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
	Summe	170,0	119,3	130,0	130,0	130,0	130,0

ITM 2469030000

Bezeichnung Infrastruktur Rechenzentrum RZ² für das Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die RZ²-Infrastruktur bei Dataport muss aufgrund des raschen Technologiewandels in der IT fortlaufend weiterentwickelt und auf einem aktuellen Stand gehalten werden. Die Kosten hierfür (sog. Innovationskosten) sind grundsätzlich in den Preisen für die Dienstleistungen enthalten. Ab dem Jahr 2014 wird dieser Innovationsanteil von den Einzelleistungen getrennt und zentral vom ZIT SH übernommen. Vorteil dieser Lösung ist, dass dadurch

verstärkt Einfluss auf die Themenschwerpunkte der Architekturfortschreibung genommen werden kann. Diese bedarfsorientierte Steuerung der Schwerpunkte wird ebenfalls im ZIT SH geleistet.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	759,4	849,7	905,2	948,8	998,4	1.048,0
	Summe	759,4	849,7	905,2	948,8	998,4	1.048,0

ITM 2474030000

Bezeichnung Einführung und Betrieb WiBe 2015

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die WiBe ist eine methodische und inhaltliche Hilfe für den Vorhabensverantwortlichen und soll begründete und nachvollziehbare Aussagen über die Wirtschaftlichkeit von (IT-) Investitionen geben. Sie gibt einen einheitlichen methodischen Rahmen für die Ermittlung der Wirtschaftlichkeiten und soll zur Optimierung der Methode für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein dienen.

WiBe 2011 ist browserbasiert und soll als Intranetlösung bei Dataport implementiert und betrieben werden. Auftraggeber ist das ZIT SH. Alle Ausgaben zur landesweiten Einführung und dem Betrieb des Verfahrens werden zentral durch das ZIT SH in dieser ITM veranschlagt und gezahlt.

Initiativen, die themengleich in den Ressorts gestartet werden, sind in dieser ITM zu bündeln und zu dokumentieren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bewertung von "Investitionsalternativen" nach grundsätzlicher Eignung zum Einsatz in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein	lfd.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	165,7	63,0	63,0	63,0	63,0	63,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	50,0	25,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	165,7	113,0	88,0	63,0	63,0	63,0

ITM 2489030000

Bezeichnung Programm "Polizeiliche IT-Aufgaben" (PITA)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Einrichtung und Durchführung eines Programms mit mehreren Einzelprojekten (= Unterverfahren) zur Verlagerung von IT-Aufgaben der Landespolizei zum Landesdienstleister Dataport.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Programm-Management PITA	Durchführungsaufwende für das Management über die Gesamtlaufzeit des Programms
1a	Koordination der Konsolidierung und Standardisierung von Betriebsleistungen	externe Vergabe der Koordination von Aktivitäten zur Konsolidierung und Standardisierung von Support-/Betriebsleistungen nach erfolgter Übergabe im Status Quo
2	P1 - Projekt Aufgabenverlagerung Netze und Kommunikation	Verlagerung aller operativer Tätigkeiten und Unterstützungsleistungen für taktische Anforderungen im Bereich Netze und Kommunikation (incl. der luK Service-Werkstätten) der Landespolizei zum Dienstleister Dataport unter Berücksichtigung des IT-Grundschutzes (gem. BSI 100-2) sowie des IT-Notfallmanagements (gem. BSI 100-4)
3	P2 - Projekt Aufgabenverlagerung Arbeitsplatzbetreuung	Sämtliche IT-Arbeitsplätze der Landespolizei werden in die Betreuung durch Dataport überführt.
4	P3 - Projekt Steuerung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik	Reorganisation der strategisch- taktischen Steuerung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik der LaPo
5	P4 - Ressortübergreifende Lage und IT-Notfallorganisation	Das P4 soll ressortübergreifende Notfall- und Lage-Konzepte sowie Infrastrukturen für einen 24/7-Betrieb entwickeln und unter Nutzung von Dataport anbieten. Die Landespolizei ist aktuell primärer Anforderer derartiger Leistungen, das ZIT-SH sieht jedoch eine generelle Notwendigkeit für eine ressortübergreifende Bereitstellung dieser Leistungen durch die zu erwartende stärkerer Verlagerung der Aufgabenerledigung der Landesverwaltung durch IT und Bestrebungen im Bereich der Justiz, Steuerverwaltung und für die zentralen Infrastrukturen des ZIT-SH.
6	P5 - Aufgabenverlagerung Fachverfahren	Auf Basis bereits bei Dataport bestehender Standards soll eine Konsolidierung und Zentralisierung erreicht werden. Dies wird eine umfassende Neu-Verhandlung oder Ersterstellung von Verträgen für einen Betrieb bei Dataport umfassen. Um belastbare Service-Level-Agreements (SLAs) in Verträgen abbilden zu können, müssen auf Seiten der Landespolizei die Anforderungen der Landespolizei erhoben, bewertet, prozessorientiert abgebildet und schriftlich festgehalten werden. Die aktuellen Standard-Leistungen von Dataport zum „Fachlichen Verfahrensmanagement“ oder „Technischen Verfahrensmanagement“ müssen angewendet und ggfs. erweitert werden.

7	P6 - Länderübergreifende Konsolidierung Fachverfahren	Trägerlandübergreifende Standardisierung und Zentralisierung von Infrastrukturen und Fachverfahren
---	---	--

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung und verbindliche Festlegung von Konzepten zur Verlagerung operativer und IT-taktischer Aufgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik der Landespolizei • Festlegung, durchgängige Begleitung und Controlling der Umsetzungsschritte durch das Programm in den Einzelprojekten • Am Ende des Programms sind 90 Stellen aus der IT. Organisation der Landespolizei abgebaut und es wurde eine Effizienzrendite im Gegenwert von mindestens 30 Planstellen erreicht. • Gewährleistung der Fortführung bestehender Aufgaben in einer mit der Landespolizei abzustimmenden Qualität • Gewährleistung der zukunftssicheren Einsatzfähigkeit der IT für die Landespolizei, gemessen an den Anforderungen der Landespolizei (Einsatz, Ermittlung, Ermittlungsunterstützung, Verwaltung, Logistik und Informationssicherheit) durch vereinbarte Servicelevel – SLA. • Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vom Auslagerungsprozess betroffenen Bereiche sind im kompletten Programmverlauf über Vorgehensplanungen, Entscheidungen und Umsetzungsschritte informiert. Sie haben die Möglichkeit, Anregungen und Vorschläge in die Programmarbeit direkt sowie über Beteiligungsgremien einzubringen. 	30.6.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
53356	Verträge	496,3	548,9	387,5	200,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	50,0	140,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53503	Sonstige Kosten	0,0	2,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	556,3	701,0	397,5	210,0	10,0	10,0

ITM 2506030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege einer landesweiten Kita-DB

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Betrieb der Landesweiten KiTa-Datenbank

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	240,3	245,3	245,3	245,3	245,3	245,3
53356	Sonstige Kosten	185,0	157,0	157,0	157,0	157,0	157,0
	Summe	425,3	402,3	402,3	402,3	402,3	402,3

ITM 2517030000

Bezeichnung Ressortübergreifendes Geodatenmanagement

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Aufwendungen für den Betrieb und verwandte Betriebsleistungen, um die Geodatensysteme des Landes zu betreiben. Hierdurch werden zentral verwaltete Betriebsverträge und Lizenzverträge möglich. Ursprünglich waren die Verträge dezentral verortet, hatten jedoch längst Ressort übergreifenden Charakter. Die fachliche Steuerung der Geodatensysteme findet in ausgewählten dezentralen Fachbereichen statt. Die Koordinierung der ressortübergreifenden Vertragslagen übernimmt das ZIT SH.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	36,5	75,1	82,2	51,9	55,0	55,0
	Summe	36,5	75,1	82,2	51,9	55,0	55,0

ITM 2526030000

Bezeichnung Standardisierung Vertragslagen Support SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ressortübergreifende Projektierung als Teil des ressortübergreifenden Vertragsmanagements unter der Federführung von V 31 zur Standardisierung der Support-Vertragslagen in Schleswig-Holstein. Als erste Projekte werden die Supportverträge im Bereich JUSTIZ und MILI harmonisiert, um die Supportleistungen an den Leistungsschnitt des ZIT SH anzupassen. Ziel ist es, die Leistungen soweit zu vereinheitlichen, dass die Vertragslagen in den "+1 fmd" bei V 33 überführt werden können.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Support JUSTIZ	Zusammenführung der Supportverträge im Bereich JUSTIZ (None--+1-fmd)
2.	Support MIB	Zusammenführung der Supportverträge im Bereich MIB (None--+1-fmd)

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	27,3	527,3	527,3	527,3	527,3	527,3
53356	Sonstige Kosten	0,0	783,3	804,4	804,4	804,4	804,4
	Summe	27,3	1.310,6	1.331,7	1.331,7	1.331,7	1.331,7

ITM 2542030000

Bezeichnung Vorprojekt zur Neuausrichtung der Beihilfe

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Das Gesamtprojekt besteht aus 3 Teilen. Teil 1 besteht aus der Qualifizierung der fachlichen Anforderungen an die Beihilfebearbeitung. Teil 2 beschreibt die rechtlichen Fragestellungen. Teil 3 befasst sich mit den IT-technischen Anforderungen. *(Das Projekt wird in 2018 neu aufgestellt, im Kapitel 1402 erfolgen hierzu vorerst keine neuen Veranschlagungen)*

Meilensteine

Nr.	Beschreibung	Datum
01	Erstellen einer Entscheidungshilfe	30.06.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	0,0	45,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	45,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2545010000

Bezeichnung Übergreifende IT-Schulungen Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In der Maßnahme werden sämtliche ressortübergreifende IT-Schulungen für die Mitarbeiter der Landesverwaltung S-H zentral geplant und abgewickelt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Office Schulungen	Outlook / Word /Excel /Power Point
2	Prince 2	Foundation / Practitioner /Prüfung
3	ITIL	Foundation / Expert / Service Transition / Service Operation

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Die Mitarbeiter in S-H sollen flächendeckend die Standard IT-Werkzeuge anwenden können.	Laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	152,0	90,0	87,0	72,0	72,0
	Summe	0,0	152,0	90,0	87,0	72,0	72,0

ITM 2550020000

Bezeichnung Beschaffung ZIT SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Beschaffungsplanung für das ZIT SH: Ausstattung Arbeitsplätze mit PC, Laptop, Drucker und Kleinmaterial; Ausstattung des Schulungsraums ZIT SH im NW 220; Ausstattung von Testarbeitsplätzen mit innovativer Technik.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Sicherstellung des technischen Betriebes im ZIT SH	lfd. Geschäft

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Sonstige Kosten	0,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	17,9	24,1	24,1	24,1	24,1
	Summe	0,0	27,9	24,1	24,1	24,1	24,1

ITM 2152030000

Bezeichnung Virtuelle Poststelle Governikus/EGVP (Betrieb und Fortentwicklung)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Von der Justiz wird eine Virtuelle Poststelle im Rahmen der E-Government-Plattform benötigt. Es werden die Funktionalitäten Signaturprüfung, Ver- und Entschlüsselung, zentrale Authentifizierung, Zeitstempeldienst, Postein- und -ausgangsbücher sowie Virenprüfung gewährleistet. Zu diesem Zweck wurden mit der Firma BOS über das Projektbüro des KoopA ADV beim Bund ein Vertrag über die Wartung und Pflege der Governikus-Software abgeschlossen. Die Betreuung u. Pflege der Middleware Governikus in SH erfolgt über Dataport.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Governikus-System	Standard-Infrastruktur Land SH; Zuständigkeit liegt beim ZIT SH
2.	Support Anwender MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Supportvertrag
3.	Pflegekosten EGVP MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Pflegekostenvertrag
4.	Betrieb EGVP bei IT.NRW für das MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Betriebsvertrag
5.	Betrieb SAFE bei IT.NRW (Verzeichnis-	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Vertrag SAFE

	dienst EGVP) für das MJKE	
6.	Anpassungen / Weiterentwicklung EGVP im MJKE	gem. Beschlüsse der Kooperationsgemeinschaft; fachliche Leitstelle MJKE organisiert die CR

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Datenverkehrs auf der Basis bundeseinheitlicher Transportstandards (OSCI)	31.12.2013

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	575,1	547,6	548,1	549,1	549,1	549,1
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	575,1	547,6	548,1	549,1	549,1	549,1

ITM 2153030000

Bezeichnung Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Betrieb und Pflege einer Clearingstelle und des Clearingdienstes (zentraler Nachrichtenbroker) für die Rückmeldung im Meldewesen. Die Clearingstelle ist eine zentrale Einrichtung in einem Verbund von DV-Verfahren, die geschäftsmäßig die elektronische Kommunikation zwischen den Stellen der öffentlichen Verwaltung auf der Basis bundes- / -landeseinheitlicher technischer und fachspezifischer Vergaben technisch und organisatorisch unterstützt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	rechtssichere elektronische Kommunikation zwischen Meldebehörden	unbegrenzt

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

53356	Verträge	186,2	180,4	180,4	180,4	180,4	180,4
	Summe	186,2	180,4	180,4	180,4	180,4	180,4

ITM 2162030000

Bezeichnung Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und Betrieb des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV). Das DVDV dient der dynamischen Adressierung von Nachrichten im Rahmen bundesweiter E-Government-Vorhaben. Diese Maßnahme deckt den Anteil Schleswig-Holstein an dem bundesweiten Projekt ab. Es besteht eine Schnittstelle zur Clearingstelle und zu den Projekten mit der Thematik Meldewesen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zeit- und Kostenersparnis	01.12.2005 - 31.12.2013

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	19,2	15,3	15,3	15,3	15,3	15,3
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	17,0	17,0	0,0	0,0
	Summe	19,2	15,3	32,3	32,3	15,3	15,3

ITM 2163030000

Bezeichnung Government Gateway (SH-Service)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Der einheitliche Zugang zu den Online-Diensten S.-H. erfolgt über die zentrale Infrastruktur "Government Gateway/SH-Service". Zahlreiche Dienste, die für Fachverfahren benötigt werden, sind hier zentral umgesetzt. Die Maßnahme beinhaltet den Betrieb und die Weiterentwicklung des Government Gateway. Das Gateway ist eine gemeinsame Infrastruktur mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	1.496,1	1.247,2	1.239,2	1.239,2	1.239,2	1.239,2
53356	Sonstige Kosten	43,0	59,2	10,0	10,0	30,0	10,0
	Summe	1.539,1	1.306,4	1.249,2	1.249,2	1.269,2	1.249,2

ITM 2164030000

Bezeichnung E-Akte - VIS-Basis

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die elektronischen Akte (E-Akte), die mittels des Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS) 'VIS' der Fa. PDV Systeme realisiert wird, dient zur Unterstützung und aktenmäßigen elektronischen Dokumentation IT-gestützter Verwaltungsarbeit.

Das Dokumentenmanagementsystem (DMS) ermöglicht das Suchen, Bearbeiten und Speichern von elektronischen Dokumenten an einem zentralen Speicherort und unter Beachtung von entsprechenden Zugriffsregelungen. Die wichtigsten Werkzeuge sind hierbei die Registratur, Aktenführung und Aktenrecherche.

Ein in das DMS integriertes Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) ermöglicht die automatisierte IT-Unterstützung von Verwaltungsabläufen. Es eignet sich regelmäßig für die Unterstützung dokumentenbasierter Arbeitsabläufe, womit ein aktenmäßiges und medienbruchfreies elektronisches Verwaltungshandeln möglich ist.

Mit Einrichtung des 'VISkompakt-Competence-Centers' (VCC) gewährleistet Dataport im Auftrag der Landesverwaltung (ZIT SH) den Support für den Einsatz des Verfahrens E-Akte in den Ressorts.

Der Support für den Einsatz des Verfahren SGS-dDocuScan-SH in den Ressorts erfolgt durch Dataport.

Die Verfahrensverantwortung für die E-Akte obliegt ressortübergreifend dem ZIT SH.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	VIS Schriftgutstelle	Verfahrensfunktionen für Schriftgutstellen umfassen Registratur, Posteingang, Postausgang
2	VIS SGS-dDocuScan-SH	VIS-Scanverfahren zur Verarbeitung von Posteingängen (Grundlage: Dataport-Verfahren dDocuScan ehemals ScErVe)

3	VIS-Rechnung	Rechnungsablage in der E-Akte
4	VIS-Verfahrensakte u. VIS-ITM-Akte	Verfahrens- und ITM-Akte in elektronischer Form
5	VIS-Aussonderung	VIS-Aussonderung (regelt die Bearbeitungsphase und Aufbewahrungsfrist von Schriftgut bis hin zur Aussonderung > Abgabe an ein Archiv oder Vernichtung) vorher Maßnahmen zur Langzeitspeicherung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserung der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Aktenführung	21.02.2002 - 31.12.2020
2	Ermöglichung von E-Government Anwendungen	21.02.2002 - 31.12.2020
3	Abbau der Parallelität von Papieraktenführung und elektronischen Unterlagen	21.02.2002 - 31.12.2020
4	Bessere Gewährleistung der Vollständigkeit der Akten	21.02.2002 - 31.12.2020
5	Verbesserung Wissensmanagement in der Verwaltung	21.02.2002 - 31-12-2020

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	142,0	60,0	136,0	100,0	100,0	100,0
53356	Verträge	2.093,0	2.618,5	2.825,5	2.811,5	2.811,5	2.811,5
81246	Beschaffung	180,0	90,0	545,0	380,0	380,0	380,0
	Summe	2.415,0	2.768,5	3.506,5	3.291,5	3.291,5	3.291,5

ITM 2167030000

Bezeichnung Landesportal SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Im Landesportal unter www.schleswig-holstein.de werden die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Themen, Tätigkeiten der Landesregierung und einer Vielzahl an Fachthemen informiert. Das Landesportal wurde

2014/2015 vollständig überarbeitet und folgt nun dem Aufbau Schwerpunkte - Themen - Fachinhalte. Zusatzfunktionen oder Informationen aus Fachverfahren werden über die Efl-Plattform (ITM 2420030000) bereitgestellt.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	494,0	536,8	509,8	508,8	508,8	508,8
53356	Sonstige Kosten	168,0	171,0	270,0	147,0	100,0	147,0
	Summe	662,0	707,8	779,8	655,8	608,8	655,8

ITM 2168030000

Bezeichnung SHIP - Intranet und Extranet öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das SHIP ist von 1998 und damit für den Bereich Internet/Intranet "uralt". Eine Neukonzeption ist bereits seit langer Zeit geplant, konnte aber aufgrund fehlender personeller Ressourcen bisher nicht realisiert werden. Allmählich stößt das SHIP aber aufgrund seiner veralteten Technik an die Grenzen. Ein Umzug ins neue Dataport Rechenzentrum lässt sich zwar noch verwirklichen, aber weiterer technischer Fortschritt führt zu immer mehr Problemen. Hinzu kommt, dass Microsoft die derzeit im Einsatz befindliche Software aus dem Programm nehmen wird, so dass auch hier über eine Änderung erfolgen muss. Eine Neukonzeption des SHIP kann deshalb nicht mehr viel länger hinaus geschoben werden, zumal bis zum tatsächlichen Umstieg mindestens zwei Jahre angesetzt werden müssen.

Projekt SHIP-IN

Das Projekt SHIP-IN verfolgt das Ziel eine Konsolidierung der Intranetlösungen der einzelnen Häuser und nachgeordneten Bereichen zu erreichen.

Motivation

Neben den in der allgemeinen Beschreibung genannten Punkt, dass die zur Zeit eingesetzte Technik "uralt" ist. Müssen einige zurzeit eingesetzte Intranetlösungen migriert werden, da der Support für Windows 2003 Server im Juli 2015 ausgelaufen ist. Der Weiterbetrieb der alten Server stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Sofern jemand in das Netz des Hauses eindringt, ist ein Server ohne Sicherheistupdates ein leichtes Ziel für Hacker, um von dort aus weitere Aktivitäten durchzuführen (bspw. Pass-the-Hash Attacken).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	SHIP	SHIP-Betrieb(alt) und Neuentwicklung SHIP-IN
10	SHIP-Seiten KoPers	In Betrieb.
20	Intranet VII WiMi	In Betrieb.

30	Intranet DLZP	In Betrieb.
40	Intranet IV MIB	In Betrieb.
50	Intranet VI FM	Im Aufbau, da alte Infrastruktur abgelöst werden soll (Windows Server 2003).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bereitstellung eines überarbeiteten Extranet, das die Anforderungen an einen modernen Internetauftritt erfüllt.	01.01.2014 - 31.12.2015

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	60,0	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
53356	Sonstige Kosten	15,0	7,0	7,0	533,8	242,5	242,5
	Summe	75,0	50,0	50,0	576,8	285,5	285,5

ITM 2172030000

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Das Personal ist die wichtigste und zugleich die teuerste Ressource im öffentlichen Sektor. Das Aufgabenfeld „Personal“ hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich in Richtung eines ganzheitlichen Personalmanagements weiter entwickelt. Mit diesem neuen Ansatz wird deutlich, dass sowohl die Aufgabenbreite und –reichweite deutlich zugenommen hat, aber auch, dass der Kerngedanke effizienter Personalarbeit sich in Richtung Vernetzung und Integration der verschiedenen personalpolitischen Handlungsfelder entwickelt hat. Das Ziel der IT-Verfahren ist es, diese komplexen Aufgabenstellungen zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Zurzeit sind für das Personalmanagement folgende IT-Verfahren im Einsatz:

- PERMIS-Verwaltung (PERMIS-V), das Personalmanagement und -informationssystem für die tägliche Unterstützung im gesamten Bereich der Personalverwaltung. Permis-V unterstützt mit seinen Funktionalitäten die Personalverwaltung in der täglichen Praxis bei der Bearbeitung von Einzelfall bezogenen Personalvorgängen und stellt personenbezogene und statistische Informationen zur Verfügung.

- PERMIS-Personal-Controlling-System (PERMIS-PCS), zur Aufbereitung von aggregierten Daten über den Personalbestand und -struktur als Informationsgrundlage für Entscheidungsfindungen der Führungsspitzen

- PERMIS-Personalkosten-Hochrechnung (PERMIS-PKH), als Sonderauswertung aus PERMIS-Abrechnung. PERMIS-PKH rechnet haushaltswirksame Personaldaten auf Basis der Ist-Werte für das laufende und das folgende Jahr hoch.

Weitere Einzelheiten sind im SHIP verfügbar unter:

<http://intranet/-3.Allgemeines/-Informationstechnik/-Anwendungen/PERMIS/intranet.htm>

Korrespondierende IT-Maßnahmen (werden gesondert zum HH angemeldet):

- PERMIS-Abrechnung (PERMIS-A)
- Personalverwaltung-Lehrkräfte (PERLE)
- Bewerberverfahren des Innenministeriums
- Bewerberverfahren der Landespolizei

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Das Ziel der PERMIS-Verfahren ist es, die komplexen Aufgabenstellungen im Personalmanagement integriert zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	785,4	1.204,0	960,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	785,4	1.204,0	960,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2197030000

Bezeichnung IT-Planungsrat beim Bund (ITPLR)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Ehemals: Ausgaben Deutschland Online und KoopA ADV.

Mit In-Kraft-Treten des Vertrags zur Ausführung von Artikel 91c Grundgesetz (IT-Staatsvertrag) zum 1. April 2010 wurden durch Errichtung des IT-Planungsrates (IT-PLR) die bisherigen Gremien - der „Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern“ (St-Runde Deutschland Online) und der „Kooperationsausschuss von Bund und Ländern automatisierte Datenverarbeitung“ (KoopA ADV) sowie deren Untergremien - abgelöst.

Die Bestandteile des Finanzplans des IT-PLR gliedern sich in vier Kostenblöcke: 1) Die Kosten der Geschäftsstelle (Verteilungsschlüssel: Bund 50%, Länder 50%), 2) Koordinierungsstelle IT-Standards (KoSIT) (Verteilungsschlüssel: Bund: 17,79%, Länder 82,21%), 3) Projekte und Maßnahmen (Verteilungsschlüssel: Bund: 17,79%, Länder: 82,21%), 4) Anwendungen (D115: Bund 50%, Länder 50%; Governikus: Festpreise gem. Vertrag; LeiKa/Behördenfinder/DVDV: Bund: rd. 22%, Länder rd. 78%).

Die Anwendungen "D115" und "Governikus" werden separat fakturiert und auf separaten Maßnahmen-Nrn. des IT-Web bewirtschaftet - dementsprechend sind diese Kosten hier herausgerechnet.

Die Kostenplanung des ITPLR ist (staats-) vertraglich geregelt. Zur Kostenverteilung wird der Königssteiner Schlüssel zugrunde gelegt (außer Governikus). Eine Anpassung des Verteilungsschlüssels erfolgt alle zwei Jahre. Die Kostenpläne werden in den Sitzungen des IT-PLR beim Bund halbjährlich abgestimmt und im letzten Quartal des lfd. Jahres final beschlossen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Geschäftsstelle IT-PLR	Budget für reguläre Personalausgaben sowie für zusätzliche Aufgaben wie den Betrieb des Informationssystems, Öffentlichkeitsarbeit etc.
2	Koordinierungsstelle IT-Standards (KoSIT)	Erarbeitung und Koordination von notwendigen ebenenübergreifenden und fachübergreifenden Standards zur Erhöhung der Interoperabilität der IT-Systeme. Vorbereitung von Fragen in Bezug auf gemeinsame IT-Interoperabilitätsstandards und IT-Sicherheitsstandards. Übernahme der Daueraufgaben aus den Projekten „OSCI-Leitstelle“ und „Deutschland-Online“.
3	Projekte und Maßnahmen	Die Federführer der Projekte und Maßnahmen können im Rahmen der ihnen zugewiesenen Finanzmittel bei der Geschäftsstelle IT-PLR Mittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung abrufen.
4	Anwendungen	Hierunter fallen abgeschlossene Vorhaben, aus denen betriebsbereite bzw. bereits in Betrieb befindliche Lösungen hervorgegangen sind (D115, Governikus, LeiKa/Behördenfinder/DVDV). Die Abrechnung zu Governikus erfolgt direkt zwischen dem Dienstleister bos und den Nutzern. Außerdem wird für die Anwendung D115 separat fakturiert, indem die Abrechnung direkt mit dem Verfahrensverantwortlichen im jeweiligen Land erfolgt.
5	Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für E-Government	Die Maßnahme Föderale IT-Kooperation (FITKO) zielt darauf ab, die föderale Zusammenarbeit in der Informationstechnik zu fördern und deren Rahmenbedingungen zu verbessern.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Planung, der Errichtung und dem Betrieb der notwendigen informationstechnischen Systeme. Beschlüsse des IT-PLR sind gem. § 3 Abs. 2 IT-Staatsvertrag für die Länder verbindlich. Daneben kann der IT-Planungsrat mit einfacher Mehrheit unverbindliche Empfehlungen aussprechen.	01.04.2010 - 31.12.2015

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)

63102	Verträge	125,8	145,9	186,0	182,1	196,2	198,2
63102	Sonstige Kosten	0,0	11,5	5,8	5,8	5,8	5,8
	Summe	125,8	157,4	191,8	187,9	202,0	204,0

ITM 2306030000

Bezeichnung Inventarisierung (Ham.s.t.er)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Haushaltskonformes ressortübergreifendes Inventarisierungs- und Bestandsführungsverfahren; Verfahren zur ressortübergreifenden Inventarisierung und Bestandsführung von IT-Objekten und Software zur Unterstützung der IT-Leitstellen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Schaffung einer landesweiten haushaltskonformen IT-Inventarisierung und Bestandsführung	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Verträge	0,0	8,3	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	15,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	108,8	213,9	108,9	108,9	108,9	108,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	19,0	30,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	108,8	256,2	143,9	113,9	113,9	113,9

ITM 2324030000

Bezeichnung Digitales Zeitsystem

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Beschreibung

Für die digitale Zeiterfassung im Land Schleswig-Holstein wurde ein landeseinheitliches Zeiterfassungssystem beschafft. Das Verfahren verfügt im Wesentlichen über die Funktionen der Zeiterfassung, der Fehlzeitenverwaltung (z.B. Urlaub etc.) sowie von Auswertungen. Im Rahmen der landesweiten Standardisierung wird das Verfahren ressortübergreifend in Einsatz gebracht und zum Abbau von Redundanzen bestehende Zeiterfassungssystemen abgelöst. Zusätzlich soll u.a. für die Bereiche der JVA's ein zusätzliches Modul zur Personaleinsatzplanung eingeführt werden. Die Vergaberechtliche Klärung erfolgt derzeit bei Dataport.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Zeiterfassung MELUR	Bedarf des MLUR (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 1550 Lizenzen
2.	Zeiterfassung MJKE	Bedarf des MJGI (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 2000 Lizenzen
3.	Zeiterfassung FM	Bedarfe des FM (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 5.684 Lizenzen
4.	Zeiterfassung StK	Bedarfe der StK: mind. 200 Lizenzen
5.	Zeiterfassung MSGFG	Bedarfe des MASG: mind. 800 Lizenzen
6.	Zeiterfassung MBW	Bedarfe des MBK (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 490 Lizenzen
7.	Zeiterfassung MWAVT	Reinvestitionsbedarf für bestehendes System ab 2011, 400 Lizenzen
8.	Zeiterfassung IM	Reinvestitionsbedarf insbes. für Server absehbar, 100 Lizenzen Katsteramt Meldorf
9	LRH	Einführung von Primeweb ist in Arbeit
10	Zeiterfassung LT	Zeiterfassung ist eingeführt

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Standardisierung der Zeiterfassung in der unmittelbaren Landesverwaltung Schleswig-Holstein, Vereinheitlichung der Verfahrensvielfalt und Prozessvereinheitlichung mit dem von KoPers ausgeschriebenen Personalverwaltungsverfahren.	unbefristet
2	Einführung einer Personaleinsatzplanung als zusätzliches Modul des Zeitsystems für die JVA's	bis 2018

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	12,0	14,0	6,0	1,0	1,0	1,0
52706	Sonstige Kosten	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0
53356	Verträge	155,2	255,6	334,5	324,8	324,8	324,8

53356	Sonstige Kosten	7,9	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
81246	Beschaffung	64,8	101,4	39,0	36,5	36,5	36,5
	Summe	239,9	382,0	390,5	373,3	373,3	372,3

ITM 2360030000

Bezeichnung ZuFiSH - Zuständigkeitsfinder SH (Betrieb und Pflege)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Seit seiner Einführung hat sich ZuFiSH als Behördenwegweiser in Schleswig-Holstein bewährt. Es entstehen Kosten für den Betrieb des Verfahrens bei der Firma TSA und bei Dataport.

Andere Verfahren, z.B. die einheitliche Behördenrufnummer 115, möchten die im ZuFiSH enthaltenen Informationen über Behördenstandorte und Leistungen nutzen. Hierbei werden erweiterte Anforderungen an die Daten gestellt, so dass auch nach Inbetriebnahme des Zuständigkeitsfinders Anpassungen und Weiterentwicklungen notwendig werden.

Innerhalb der bundesweiten Entwicklergemeinschaft Linie6Plus werden die Weiterentwicklungswünsche abgestimmt und definiert. Die Verbundpartner partizipieren von den Einsparungen der gemeinsamen Entwicklung und von den Erfahrungen der anderen.

Auch innerhalb Schleswig-Holsteins wird angestrebt, die Daten aus Zu-FiSH für andere Verfahren zur Verfügung zu stellen, z.B. für das Landesportal Schleswig-Holstein, die Verfahrensklärung (VLV2) oder das Projekt KoPers.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Die in der länderübergreifenden Arbeitsgruppe Linie6Plus abgestimmten Weiterentwicklungswünsche werden innerhalb des aktuellen Jahres umgesetzt.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	107,0	152,0	168,2	135,5	135,5	135,5
	Summe	107,0	152,0	168,2	135,5	135,5	135,5

ITM 2401030000

Bezeichnung De-Mail-in-SH Basisdienst

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Mit De-Mail werden elektronische Nachrichten verschlüsselt, geschützt und nachweisbar verschickt. Im Gegensatz zur E-Mail können bei De-Mail aber sowohl die Identität der Kommunikationspartner als auch der Versand und der Eingang von De-Mails jederzeit zweifelsfrei nachgewiesen werden. Die Inhalte einer De-Mail können auf ihrem Weg durch das Internet nicht mitgelesen oder gar verändert werden. Der Versand von De-Mail-Nachrichten ist kostenpflichtig. De-Mail ist ein geschlossenes Netz. De-Mail-Leistungen sind im De-Mail-Gesetz reguliert und können von entsprechenden Betreibern/Providern des freien Marktes angeboten werden.

In SH ist geplant, ein De-Mail-Gateway zu errichten, das Land und Kommunen gemeinsam nutzen können und das eingehende De-Mail-Nachrichten entgegen nimmt und dann als einfache E-Mail im geschützten Landesnetz-Bereich an die Empfänger weiterleitet. Umgekehrt soll dieser Weg auch für ausgehende De-Mail-Nachrichten nutzbar sein.

Das E-Government-Gesetz des Bundes wird De-Mail-Nachrichten eine Schriftform-ersetzende Wirkung zuerkennen.

Im Anschluss könnte es zu einem verstärkten Druck auch auf hiesige Verwaltungen kommen, De-Mail-Nutzung zu eröffnen.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	325,5	166,0	118,0	118,0	121,0	121,0
	Summe	325,5	166,0	118,0	118,0	121,0	121,0

ITM 2420030000

Bezeichnung Ergänzungstool für Internet (Efl)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etatzfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die Efl-Plattform (Ergänzungsfunktionalitäten im Internet) stellt verschiedene Zusatzfunktionen und Informationen aus Fachverfahren in oder als eigenes Fachverfahren neben dem Landesportal www.schleswig-holstein.de bereit.

Auf der Efl-Plattform werden unter anderem ich-hilfe.sh, kfue-sh.de, die Onlineanzeige der Polizei, die Badege-wässerqualität, die Wappenrolle, die Stellenausschreibungen, der Wochenkalender und die Akkreditierung betrieben.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
-----	-------------	--------------

10	PHP-Anwendungen	Aufnahme der PHP Anwendungen vom PHP-Server und Überführung der Verantwortung von StK P 203 zu Dataport.
20	Badegewässerqualität	Umsetzung der Landesverordnung über die Qualität und die Bewirtschaftung der Badegewässer (Badegewässerverordnung) vom 9. April 2008 und Richtlinie 2006/7/EG Einbindung der Messwerte aus dem Fachverfahren und Aufbereitung für die Darstellung im Landesportal.
30	Onlineanzeige	Stellt die Funktionalität Onlineanzeige innerhalb der Onlinewache im Landesportal zur Verfügung.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	233,5	233,5	233,5	233,5	233,5	233,5
53356	Sonstige Kosten	57,5	70,0	55,0	55,0	55,0	55,0
	Summe	291,0	303,5	288,5	288,5	288,5	288,5

ITM 2437030000

Bezeichnung Ticketsystem User Help Desk (ITSM)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etafähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Dataport bietet IT-Services für den Landeskunden SH an. Für die tool-gestützte Abbildung der ITIL Prozesse zu diesen IT-Services verwendet Dataport die ITSM-Suite des Herstellers BMC. Die IT-Leitstellen der einzelnen Ressorts leisten z.T. eigenen IT-Support, z.B. für Komponenten/Software/Fachanwendungen, die in dortiger Verantwortung liegen. Hierzu bietet Dataport die gemeinsame Nutzung der Anwendung ITSM für die ITIL-Prozesse Incident-Management und Service Request Management als sogen. Leitstellen-Modell an. Die Kosten für die ressortspezifischen Zugriffslizenzen werden jeweils in den IT-Maßnahmen der Ressorts veranschlagt.

Das Berichtswesen soll ressortübergreifend durch das ZIT SH festgelegt werden. Die Finanzierung hierzu erfolgt ebenfalls aus dem ZIT SH heraus. Die Landesverwaltung soll für die eigenen ITIL-Prozesse eine entsprechende Tool-Unterstützung erhalten. Die Einführung eines einheitlichen Tools erfolgt daher in vier Schritten:

a) Projekt Analyse Betriebsprozesse: in 2016 werden mit Unterstützung durch Capgemini die Betriebsprozesse analysiert und zu einem einheitlichen Prozessmodell konsolidiert. Ausgehend vom Prozessmodell werden Anforderungen an eine IT-Lösung für ein Tool entwickelt und eine erste Abschätzung der Abdeckung in drei möglichen Lösungsszenarien vorgenommen.

b) Projekt "Ermittlung Lösungsszenario Analyse Betriebsprozesse (ELAB)": In Vorbereitung auf die Umsetzung werden die SH-seitigen Anforderungen an Prozesse und Tool mit dem Standard von Dataport abgeglichen, Lösungen in einer Deltamatrix erarbeitet und so eine Entscheidung für das Lösungsszenario ermittelt.

c) Durchführung des Vergabeverfahrens für ITSM-Tool: ab Mitte 2017 wird ein Vergabeverfahren zur Auswahl der geeigneten Lösung durchgeführt.

d) Einführung der ITSM-Lösung: ab Mitte 2018 wird das im Vergabeverfahren ausgewählte Tool eingeführt.

Das Erfordernis für ein Onlineportal wird bei der Auswertung der Angebote im Rahmen des Vergabeverfahrens geprüft.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	ITSM Suite (Leitstellen-Modell)	Die Ressorts nutzen die ITSM-Suite mit Dataport gemeinsam auf einer Infrastruktur jeweils im eigenen Mandanten für ausgewählte ITIL-Prozesse
2	ITSM Berichtswesen für Leitstellen-Modell	Berichtswesen zu lfd. Nr. 1
3	Projekt Analyse Betriebsprozesse	Schaffen eines landesweit einheitlichen Prozessmodells und Entwickeln eines Anforderungskatalog für eine IT-Lösung ITSM
4	Projekt Ermittlung Lösungsszenario Analyse Betriebsprozesse (ELAB)	Abgleich der SH-Anforderungen an Prozesse und Tool mit dem Standard Dataport und Ermittlung des Lösungsszenarios
5	Durchführung Vergabeverfahren für ITSM-Lösung	es wird ein Vergabeverfahren für ein landesweit einheitliches IT-Service Management Tool unter Beteiligung weiterer Trägerländer Dataports durchgeführt.
6	Online-Portal	Control-Board für Störungen, usw. Erfordernis entfällt, wenn die angebotene ITSM-Lösung diese Funktionalität enthält
7	Einführung einer ITSM-Lösung	die im Vergabeverfahren ausgewählte Lösung wird eingeführt

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einführung von toolgestützten ITIL-Prozessen für die Landesverwaltung	31.12.2015

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	28,5	74,7	2.250,6	818,2	818,2	818,2
53356	Sonstige Kosten	0,0	9,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	28,5	83,7	2.250,6	818,2	818,2	818,2

ITM 2447030000

Bezeichnung E-Akte - VIS-Erweiterungen

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die elektronischen Akte (E-Akte), die mittels des Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS) 'VIS' der Fa. PDV Systeme realisiert wird, dient zur Unterstützung und aktenmäßigen elektronischen Dokumentation IT-gestützter Verwaltungsarbeit.

Der ressortübergreifende Standard-IT-Funktionalität E-Akte VIS-Basis (elektronische Registratur, elektronische Aktenführung, elektronische Vorgangsbearbeitung) ist in der IT-Maßnahme 2164030000 abgebildet.

Die ressortübergreifenden Erweiterungen dieser Standard-IT-Funktionalität werden mit der vorliegenden IT-Maßnahme 244703000 E-Akte - VIS-Erweiterungen abgedeckt.

Derzeit umfassen die Erweiterungen folgende Module:

- VIS-Kabinett (unterstützt den Prozess der Erstellung sowie den Ablauf der Be- und Weiterverarbeitung von Kabinettsvorlagen elektronisch)

- VIS-Bundesrat (automatisierte Abholung u. strukturierte Ablage von Bundesratsdaten in E-Akten)

Bei Abschluss der Umsetzung werden die benannten Module als feste Bestandteile der Standard-IT-Funktionalität E-Akte integriert sein.

VIS-Basis u. VIS-Erweiterungen wird über die zentrale Systemarchitektur bei Dataport realisiert. Über das 'VIS-Competence-Centers' (VCC) gewährleistet Dataport im Auftrag der Landesverwaltung (ZIT SH) den Support für den Einsatz des Verfahrens E-Akte in den Ressorts.

Die Verfahrensverantwortung E-Akte ressortübergreifend obliegt dem Zentralen IT-Management SH (ZIT SH).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	VIS-Kabinett	unterstützt den Prozess der Erstellung sowie den Ablauf der Be- und Weiterverarbeitung von Kabinettsvorlagen elektronisch
2	VIS-Bundesrat	automatisierte Abholung u. strukturierte Ablage von Bundesratsdaten in E-Akten

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserung der Rechtmäßigkeit und Abbildung der Regelgebundenheit des Verwaltungshandelns	
2	Ermöglichung von E-Government Anwendungen	
3	Abbau der Parallelität von Papieraktenführung und elektronischen Unterlagen	
4	Bessere Gewährleistung der Vollständigkeit der Akten	

5	Verbesserung Wissensmanagement in der Verwaltung	
---	--	--

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	7,0	50,0	50,0	5,0	5,0	5,0
53356	Sonstige Kosten	50,0	110,0	250,0	130,0	130,0	130,0
	Summe	57,0	160,0	300,0	135,0	135,0	135,0

ITM 2467030000

Bezeichnung Testautomation

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

IT-Verfahren sind vor der Inbetriebnahme zu testen und dann frei zu geben. Dieses Verfahren ist auch bei jeweiligen Änderungen eines IT-Verfahrens zu vollziehen. Um den mit den Tests und deren Dokumentation verbundenen Personalaufwand auf Auftraggeber- und Auftragnehmerseite zu minimieren, arbeitet Dataport an Methoden und Werkzeugen der Testautomation - soweit möglich, wird das Testen durch eine Maschine übernommen. Damit kann das Testen wirtschaftlicher werden.

Um nicht dem ersten IT-Verfahren, das diese Methode einsetzen will, den Anfangsaufwand anzulasten, der mit der Erstellung und Implementation dieser neuen Methodik verbunden ist, hat Dataport den Trägerländern vorgeschlagen, diesen Anfangsaufwand "vor die Klammer" zu ziehen und anhand von jeweils einem IT-Verfahren einen Proof of concept (Poc) durchzuführen. Inhalt des Poc soll auch sein, Ansätze für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einer solchen Testvorgehensweise zu liefern.

Diese ITM umfasst sowohl Auswahl und Implementation eines Werkzeugs zur Testautomation als auch die Poc. Umfasst sind auch die Vorstudien, die unter der Federführung seitens FHH bereits durch Dataport durchgeführt wurden und an deren Kosten SH sich nun im Nachgang beteiligt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Tests von IT-Verfahren bei Neuinstallation und bei Veränderungen	
2	Das Testen soll wirtschaftlicher und qualitativ besser werden.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

53356	Verträge	20,0	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	20,0	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2473030000

Bezeichnung Digitalisierung von Personalakten der Landesverwaltung SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Das Land Schleswig-Holstein muss ca. 65.000 Personalakten (Personalfälle) für die weitere elektronische Nutzung in zentralisierten und kooperativen Personalmanagementprozessen digitalisieren lassen. Das Maßnahme beginnt 2015 mit der Übernahme aller Personalakten der Lehrkräfte. Bis Ende 2017 sollen alle Personalakten der Bediensteten (ohne Ruheständler) des Landes Schleswig-Holstein erfasst sein. Die Verschiebung des Zieltermins resultiert aus der Unterbrechung des Digitalisierungsvorhabens aufgrund des OVG-Beschlusses zur Auftragsdatenverarbeitung.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	eSA-ePA-Analyse KoPers	Das KoPers System als das künftige personalaktenführende System muss aktenmäßig und personalaktenmäßig arbeiten. Inwieweit die zugehörigen Anforderungen bereits erfüllt werden beziehungsweise welche technischen und oder organisatorischen Maßnahmen ggf. ergriffen werden müssen, damit es diese Anforderungen erfüllt, wird mit externe Unterstützung federführend durch StK z2 analysiert.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Elektronische Bereitstellung der Personalaktendaten für ein zukünftig kooperatives Personalmanagement in Schleswig-Holstein.	
2	Grundlage für eine ausschließlich elektronische Personalaktenführung in Schleswig-Holstein	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	22,4	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	2.124,5	4.124,5	1.000,0	500,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	109,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

	Summe	2.255,9	4.224,5	1.000,0	500,0	0,0	0,0
--	-------	---------	---------	---------	-------	-----	-----

ITM 2504030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege des Verfahrens "Integriertes Antrags- und Fallmanagement (iAFM)"

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das Land Schleswig-Holstein betreibt ab 2016 eine technische Infrastruktur zur Online-Abwicklung aller hierfür geeigneten Antragsverfahren über das Internet. iAFM ermöglicht die Antragstellung über einfache Online-Formulare oder Online-Assistenten, die die Antragsteller intelligent durch den Antrag führen und sicherstellen, dass nur die Angaben erfasst werden müssen, die für den konkreten Fall tatsächlich erforderlich sind. Die Nutzung ist sowohl am PC per Browser als auch auf mobilen Endgeräten über an diese Technik angepasste Oberflächen möglich. Infrastruktur und die zentralen Servicedienste werden vom Land Schleswig-Holstein, den Kommunen und dem EA-SH genutzt.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	236,2	334,0	322,4	322,4	322,4	322,4
53356	Sonstige Kosten	0,0	80,0	10,0	10,0	30,0	10,0
	Summe	236,2	414,0	332,4	332,4	352,4	332,4

ITM 2505030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege des Fachverfahrens iKfz

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Stufe 1: Fachverfahren für die Internetbasierte Kfz-Außerbetriebsetzung im Government-Gateway. Zentrales Verfahren der Kommunen S.-H.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Stärkung des e-Government, Entlastung der Verwaltung, Erleichterung für den	

	Bürger	
--	--------	--

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	4,0	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	4,0	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2510030000

Bezeichnung ePA-in-KoPers

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die eSA-ePA-Analyse konnte noch nicht im erforderlichen Umfang beendet werden. Zudem sind aufgrund der bisherigen Ergebnisse Architekturüberlegungen für das KoPers-System anzustellen, damit eine Aktenmäßigkeit und eine Personalaktenmäßigkeit gewährleistet werden kann. Es ist daher eine Folgebeauftragung erforderlich.

Durch die bisherigen Analyse-Ergebnisse wurde schon erkennbar, dass die Architektur des KoPers-Systems geändert werden muss. Nunmehr ist seitens Dataport vorgesehen, Teile der Funktionalitäten des E-Akte-Systems VIS auch in KoPers zu nutzen.

Auf welche Art und Weise dies genau geschehen kann und soll, ist nun zu untersuchen und sowohl im KoPers Modul ePA-in-KoPers (Modulkoordinatorin Wiebke Volkmann, gleichzeitig StK Z23) umzusetzen als auch seitens StK Z2 weiterhin zu begleiten.

Dazu werden auch die eSA-ePA-Analyse-Tests fortgesetzt werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung von Workflows und der damit verbundenen Versionierung von Dokumenten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Vervollständigung der eSA-ePA-Analyse hinsichtlich Workflow	30.09.2016
02	Architekturmodell ePA-in-KoPers	31.03.2017
03	Abschließende Konzeption der Integration von VIS in KoPers	30.06.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	115,7	38,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	115,7	38,7	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2516030000

Bezeichnung Kontenpflegetool

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Das Kontenpflegetool (KPT) ist eine obligatorische Voraussetzung für den Einsatz von dem Community Cloud Mail Service (CCMS) von Dataport. Mit dem KPT erfolgt die Administration der CCMS-Postfächer und der Konten im AD. Eine Verwaltung von Berechtigungen in anderen Verfahren ist mit ggf. Anpassungen am KPT möglich.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	0,0	656,2	427,2	437,0	377,0	377,0
	Summe	0,0	659,2	427,2	437,0	377,0	377,0

ITM 2523030000

Bezeichnung Dateitransferportal

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Im Rahmen der Einführung der elektronischen Akte im Land SH soll eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft oder andere Verwaltungen konzipiert werden, Dateien (Karten, Pläne, Bewerbungsunterlagen oder auch z.B. Anträge mit Anlagen) digital einreichen und der entsprechenden Sachbearbeitung automatisiert in der dazugehörigen E-Akte bereitzustellen zu können. Diese Anforderungen sollen voraussichtlich als Online Internetanwendung mit Modulen des Basisdienstes Government Gateway abgebildet werden. Im Auftrag des ZIT SH und in initialer Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (MIB) soll dazu ein erster Prototyp entwickelt werden (Machbarkeitsstudie).

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	75,0	0,0	0,0	0,0	0,0

	Summe	0,0	75,0	0,0	0,0	0,0	0,0
--	-------	-----	------	-----	-----	-----	-----

ITM 2147030000

Bezeichnung Telefoniedienst SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Aufgabe des Sprachnetzes SH (SPNSH) ist der Aufbau und Betrieb eines landeseinheitlichen Telefonnetzes. Die Sprachdaten werden in der Regel in Telefonnetzen, teilweise in sog. strukturierten Gebäudeverkabelungen und mit Einführung der IP-Telefonie auch in Datennetzen übertragen.

Das Sprachnetz SH ist die Basisinfrastruktur für die Telefonie der Landesverwaltung. Die Grundlagenverträge mit den Kommunikationsdienstleistern beinhalten die Nutzung der Leitungsinfrastruktur einschließlich der Gebühren für Telefongespräche, die Mieten für Telefon-Hardware und sonstige Ausrüstungsgegenstände sowie die Kosten für kleine Netzinstandhaltungsarbeiten und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen bei der Durchführung von Ausschreibungen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	CVS, Corporate Voice Solutions	Abrechnung von Telefongesprächsentgelten mit dem Provider T-Systems
2	TDN Land 1, Telekom Designed Network Land 1	Abrechnung von Mietenkosten für Telefon-Hardware
3	ProSolution	Speicherung von Gebührendatensätzen in den Telefonanlagen, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
4	Telefongebührenabrechnung TelGebAb	Erstellung der Abrechnungen der Gesprächsgebühren bei Dataport, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
5	Inhouse	Abrechnung von Arbeiten an den in den Liegenschaften befindlichen Telefon- und Datennetzen. Gehört zum Vertrag TDN Land 1
6	Lastschriftinzugsverfahren LEIV	Lastschriftinzug privater Telefongesprächsentgelte durch Dataport, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
7	VT Dataport, Telefongebührenvertrag Versatel	Abrechnung von Telefongesprächsentgelten mit dem Provider Versatel

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung

1	Sicherstellung der sprachlichen Kommunikation innerhalb der Landesverwaltung sowie nach Außen.	unbefristet
---	--	-------------

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51101	Verträge	1.149,5	1.035,0	1.051,0	1.067,0	1.082,0	1.097,0
51102	Verträge	65,0	53,0	54,0	55,0	56,0	57,0
51802	Verträge	15.300,0	15.450,0	15.600,0	15.750,0	15.900,0	16.050,0
71101	Verträge	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	16.524,5	16.548,0	16.715,0	16.882,0	17.048,0	17.214,0

ITM 2148030000

Bezeichnung Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, DOI-Netz, mobile IT-Systeme)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Der Betrieb der Kopfstelle bei Dataport gewährleistet die externe Datenkommunikation des Landes Schleswig-Holstein für eMail, DOI-Netz, mobile IT-Systeme.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	132,5	107,5	107,5	107,5	107,5	107,5
	Summe	132,5	107,5	107,5	107,5	107,5	107,5

ITM 2149030000

Bezeichnung +1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

+1-Infrastruktur (vorm. IKOTECH III) stellt die systemtechnische Basis der Landesverwaltung SH dar und bildet das Rückgrat für die BK-Infrastruktur der Landesverwaltung.

Ein wichtiger Bestandteil sind die landesweit verfügbaren „Zentralen Dienste“ aus +1.system. Diese zentralen Dienste sind die Grundlage des Betriebes von +1 in den Ressorts. Im Einzelnen sind das der Landesverzeichnisdienst, der landesweite Mailverbund, der Domain Name Service und das Anti-Viren-Softwaremanagement sowie die Durchführung des IT-Sicherheitsrelevanten Patch-Managements für alle dedizierten und virtuellen Systeme aus +1 System. Das Zentrale IT-Management Schleswig-Holstein (ZIT SH) als Eigentümer der +1 Infrastruktur hat Dataport mit dem Betrieb der genannten zentralen Systemdienste in den Dataport-eignen Rechenzentren beauftragt.

Die +1 Kopfstelle bildet die Grundlage für die weiteren +1 Dienste:

- Betrieb revisionsssicheres AD
- Betrieb der ressortübergreifenden Gruppenablage WSS.SH
- PKI und VPN für +1-System

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Basisbetrieb der +1-Komponenten (Kopfstelle, Rev.S.AD, Züsy, WSSSH ...)	01.01.2010 - 31.12.2015

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	1.443,2	1.224,2	1.242,2	1.242,2	1.242,2	1.242,2
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.443,2	1.224,2	1.242,2	1.242,2	1.242,2	1.242,2

ITM 2154030000

Bezeichnung Datennetz SH (Landesnetz)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Aufbau und Betrieb einer landeseinheitlichen Netzplattform für Sprache und Daten; zentrale Basisinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben. Über das Netz (Landesnetz) werden gleichzeitig Daten und Sprache transportiert. Das Landesnetz ermöglicht die Verbindungen vom Bund über das Land bis zu den Kommunen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	TDN-Vertrag Schleswig-Holstein Net (Firm-Klein)	Bisher in ITM 2154 03 0000 als Unterverfahren ab 2017 eigene ITM 2522 03 0000

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Datenaustausches innerhalb der Landesverwaltung SH	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51103	Sonstige Kosten	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53303	Verträge	3.288,6	2.772,6	2.772,6	2.772,6	2.772,6	2.772,6
53304	Verträge	10.560,0	9.960,0	9.960,0	9.960,0	9.960,0	9.960,0
	Summe	13.868,6	12.752,6	12.752,6	12.752,6	12.752,6	12.752,6

ITM 2155030000

Bezeichnung +1 Patch- und Veränderungsmanagement

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Die Maßnahme dient der operativen Fortentwicklung der +1 Infrastruktur im Wege der Anpassung von IT-Diensten an den Stand der Entwicklung und der Implementierung neuer Funktionalitäten. Wesentliche Aufgaben sind:

- Bereitstellen von Betriebssystemimages
- Erstellen von MSI-Paketen für den Standardwarenkorb
- Scripting und Rollout für Hotfixes
- Bereitstellung eines +1-Testsegments

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Aktualität i.S. IT- Sicherheit und Verfügbarkeit sowie Funktio-	01.01.2008 -

	nalitäten	tt.mm.jjjj
--	-----------	------------

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

ITM 2169030000

Bezeichnung Zentraler FAX-Service SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Bereitstellung der zentralen Infrastruktur und Betrieb für das Verfahren "Zentrales Faxsystem für IKOTECH III" im Dataport Rechenzentrum. Der Vertrag dient dem Betrieb einer eFax-Infrastruktur für alle an +1 Infrastruktur teilnehmenden Landesbehörden mit dezentralen Übergabesystemen, die noch nicht am ZUESY teilnehmen können.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Verfügbarkeit eines Fax-eMail-Dienstes für die Landesverwaltung	01.01.2006-31.12.2011
02	Neuer Simulationsvertrag ab 01.01.2014 V7491/1041000 Festpreis 21.574,79 (Quartalsweise 5.393,69 €).	ab 01.01.2014
03	Für den Umzug in RZ ² (ggf. nicht mehr erforderlich wegen ZÜSY bzw. CCMS) 10.000 € eingeplant (reicht als FV).	ohne

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	31,5	21,6	21,6	21,6	21,6	21,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
	Summe	31,5	31,6	31,6	31,6	21,6	21,6

ITM 2173030000

Bezeichnung Basisdienst Internet (Verträge)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das ZIT SH stellt der Landesverwaltung Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit Dataport den Basisdienst "Internet" zur Verfügung. Veranschlagt sind die Ausgaben der unmittelbaren Landesverwaltung zur Nutzung des Internets über die Dataport Firewall. Der Vertrag wird zentral durch das ZIT SH finanziert. Die Vertragsverwaltung ist Dataport übertragen.

Das Internet (von englisch interconnected network), kurz das Netz, ist ein weltweites Netzwerk, bestehend aus vielen Rechnernetzwerken, durch das Daten ausgetauscht werden. Es ermöglicht die Nutzung von Internetdiensten wie E-Mail, Telnet, Usenet, Dateiübertragung, WWW und in letzter Zeit zunehmend auch Telefonie, Radio und Fernsehen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der IT der Landesverwaltung SH	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	611,4	691,4	691,4	691,4	691,4	691,4
	Summe	611,4	691,4	691,4	691,4	691,4	691,4

ITM 2175030000

Bezeichnung Dienste im +1-System (Büro Land)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Das Dataport Büro beim Land unterstützt das ZIT SH bei den Aufgaben des ressortweiten IT-Managements. Hierzu gehören insbesondere Leistungen zum Betrieb zentraler Systeme sowie die Koordination und Implementierung bzw. Pflege von Kommunikationsbeziehungen zwischen den obersten Landesbehörden, in die nachgeordneten Bereiche und nach außen.

Außerdem leistet das Büro beim Land Beratung für die obersten Landesbehörden beim ressortübergreifenden IT-Einsatz und unterstützt bei der Umsetzung von Schnittstellen.

Da diese Leistungen nicht über Ressortverträge abzudecken sind, erfolgt eine gesonderte vertragliche Regelungen und zentrale Finanzierung.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	79,8	180,0	180,0	180,0	180,0	180,0
	Summe	79,8	180,0	180,0	180,0	180,0	180,0

ITM 2177030000

Bezeichnung "+1" - Infrastruktur Entwicklung

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Ohne Einsatz von IT ist ein Verwaltungshandeln nicht oder nur eingeschränkt möglich. Dies gilt insbesondere für sicherheitsrelevante Bereiche (Landespolizei, Justiz, Amt für Katastrophenschutz etc.), für finanzintensive Bereiche (EU-Fördermittel in der Landwirtschaft, Landeskasse etc.) sowie für verwaltungskritische Verfahren (z.B. SAP). Aus diesen Gründen findet eine Fortschreibung der Systemtechnik IKO III zu "+1" statt. Die Maßnahme wird als zentrale IT-Maßnahme aufgesetzt und beinhaltet die Teilbereiche "Zentrale Infrastruktur" und "Ressortanpassungen".

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Zentrale Infrastruktur	Für die IKOTECH III Infrastruktur ist der geplante Betrieb bis 2008 vorgesehen. Es ist durch eine Untersuchung festgestellt worden, dass für einen gesicherten Betrieb der IT-Infrastruktur des Landes eine Fortschreibung der Systemtechnik notwendig ist. Ein wesentlicher Faktor für die Betriebssicherheit der gesamten Infrastruktur des Landesstandards ist ein verfügbarer Mainstream Support für zentrale Services.
2.	Umstellung der Ressorts auf +1	Die Planungen der Ressorts zur Umstellung auf +1 werden in dieser Maßnahme gebündelt. Die Anmeldungen der Ressorts wurden einvernehmlich auf 0 € gesetzt. Unter der Leitung von VI 544 wird die Umstellung der Ressorts auf +1 koordiniert. Zeitplanung und Bedarfe werden zentral abgestimmt und mit Hilfe von Dataport in der Fläche ausgebracht.
03	Migration der Justiz: Ordentliche Gerichtsbarkeit	Migration der Ordentlichen Gerichtsbarkeit auf den Landesstandard +1 Infrastruktur. Mittel werden durch das ZIT zentral angemeldet, dafür keine Haushaltsanmeldung durch die Justiz für Migrationsprojekte.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
3	Beginn Migration der Behörden auf +1.Büro	01.03.10-31.12.10
1	Implementations eines gemeinsamen Übergabesystems	30.08.2010 - 31.12.2011
2	Fortschreibung zur Datenschutzfreundlichen Infrastruktur	01.01.10-31.12.10

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	20,0	23,3	20,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	400,0	350,0	2.350,0	1.350,0	350,0	350,0
53356	Sonstige Kosten	650,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	25,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
	Summe	1.095,0	408,3	2.385,0	1.385,0	385,0	385,0

ITM 2185030000

Bezeichnung Übergreifendes AD für gemeinsame Verfahren

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die kooperierenden Länder (FHH, FHB und SH) wollen durch die gemeinsame Nutzung von IT-Systemen Synergien heben und insbesondere die laufenden Kosten im Betrieb gemeinsamer IT-Systeme senken. Diesem Ziel folgend führen FHH und SH gemeinsam u. a. das Personalverwaltungsverfahren KoPers ein. Der Aufbau der IT-Infrastruktur für KoPers ist der Anlass für die Schaffung eines ADs zur Nutzung von länderübergreifenden IT-Verfahren. Ein AD ist ein Verzeichnisdienst, um Zugriffsmöglichkeiten und Berechtigungsstrukturen aus Nutzer- und Computerkonten zu ermöglichen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Senkung der lfd. Betriebskosten bei länderübergreifenden IT-Verfahren und Erschließung weiterer Synergien durch Nutzung gemeinsamer IT-Systeme	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

53356	Verträge	40,0	114,2	100,1	100,1	100,1	100,1
	Summe	40,0	114,2	100,1	100,1	100,1	100,1

ITM 2340030000

Bezeichnung Landesnetz V+

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Redundanz zum bestehenden Landesnetz: Errichtung eines Redundanznetzes, um die Versorgungssicherheit und Leistung des Landesnetzes zu erhöhen (Erhöhung der Verfügbarkeit = V+). Gemeinsam mit der Errichtung des flächendeckenden BOS Digitalfunknetzes (Projekt des IM) soll ein integrierter Backbone entstehen, in dem sowohl die Anforderungen an ein Zugangsnetz für den Digitalfunk, wie auch die Anforderungen für ein unabhängiges Redundanznetz zum Transport von Daten und Sprache abgedeckt werden. Durch die Einführung des Landesnetzes V+ werden die Ressorts in die Lage versetzt, Einsparungen u.a. durch Serverkonzentration und Einsatz von zentralisierter Technik zu erzielen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Backbone	Kernsystem für den Datentransport
2.	Zugangssystem	Verbindungsleitung zu den Lokationen der Behörden

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Erhöhung der Ausfallsicherheit des Landesnetzes auf 99,5%	01.01.2010 bis 31.12.2012
2.	Erhöhung der Bandbreiten um 10 Mbit/s	01.01.2010 bis 31.12.2012
3.	Erhöhung der Bandbreite auf 100 Mbit/s	31.12.2012-31.12.2013
4.	Freigabe des LNV+ Netzes für Selbstzahler	01.2015

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53303	Verträge	6.200,0	6.800,0	10.727,0	13.423,0	13.423,0	13.423,0

53303	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	6.200,0	6.800,0	10.727,0	13.423,0	13.423,0	13.423,0

ITM 2415030000

Bezeichnung Übergreifende Multideviceplattform (MDP) für den Einsatz von Smartphones

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die Multideviceplattform ist ein mandantenfähiges Verfahren, um mobilen Endgeräten einen sicheren Zugang zu dienstlichen Daten zu ermöglichen. Hierzu wurde eine Container- bzw. Sandboxlösung ausgewählt, die dienstliche Daten gekapselt und verschlüsselt in einer Applikation auf das Endgerät synchronisiert. Initial beschränken sich die auf diesem Wege bereitgestellten, dienstlichen Daten auf PIM-Daten, zu denen E-Mails, Kalender- und Kontaktdaten, sowie Aufgaben zu zählen sind.

Für die im Einsatz befindliche Lösung Exictor DME sind derzeit 40 Endgerätelizenzen pro Ressort (Landesregierung, Landtag, Landesrechnungshof) vorgesehen

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	35,0	30,0	200,0	30,0	30,0	30,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	170,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	35,0	200,0	200,0	30,0	30,0	30,0

ITM 2421030000

Bezeichnung Integriertes Sicherheitsmanagement (ISMS)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Das Integrierte Sicherheitsmanagementsystem (ISMS) ist das für die Regelung sämtlicher übergreifender Belange der Informationssicherheit im Bereich des Landesstandards zuständig Gremium. Es dient damit u. A. zur Erfüllung gesetzlicher Regelungen, insbesondere von Anforderungen aus §§ 5 und 6 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) i. V. m. Datenschutzverordnung (DSVO). Es orientiert sich an gängigen Standards, u. A. den BSI-Standards, den IuK-Mindestanforderungen der Rechnungshöfe und Anforderungen aus Audits des Unabhängigen

Landeszentrum für den Datenschutz (ULD). Das ISMS ist fachlich unabhängig, berät die Leitungsebene und ist dieser berichtspflichtig. Beschlüsse des ISMS haben empfehlende Wirkung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung in SH	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,5	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	220,8	334,0	610,4	270,8	270,8	270,8
53356	Sonstige Kosten	25,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
53503	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
	Summe	246,8	389,5	665,9	326,3	326,3	326,3

ITM 2434030000

Bezeichnung Full Managed Desktop für +1 (+1.FMD)

(Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Betriebsmodell +1)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Als Beitrag zur strukturellen Haushaltskonsolidierung ist eine Optimierung des IT-Betriebs durch schrittweise Verlagerung operativer Tätigkeiten für bis zu 20.000 IT-Arbeitsplätze und die damit verbundenen Infrastrukturkomponenten an Dataport vorgesehen.

Der Landesstandard "+1" wird hierfür um ein Parallel-Modell zum bisherigen Modul "+1.büro" erweitert. Der Name der Maßnahme ist "+1.service".

In "+1.service" werden die für eine konzeptkonforme Umsetzung von "+1.büro" notwendigen Tätigkeiten auf Dataport verlagert. Damit bildet "+1.service" ein umfassendes Konzept, welches die in den Dataportträgerländern Hamburg oder Bremen unter dem Namen BASIS bereits vorhandenen Betriebsprozesse und Einzelmaßnahmen aufnimmt und diese mit den grundsätzlichen Konzeptanforderungen wie mit der bestehenden Aufbau- und Ablauforganisation aus "+1" koppelt.

Es ist sinnvoll, diese Umstellung der IT-Organisation moderat zu beginnen und einen moderaten Praxis-Test zu unterziehen. Beginnen wird diese Umstellung bei Staatskanzlei und Ressorts. Dafür spricht, dass hier bereits der IT-Betrieb zu Teilen auf Dataport (Büro beim Land) übertragen ist.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Rechtskonformer und wirtschaftlicher IT-Betrieb in den StK und Ministerien	31.12.2014

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53302	Verträge	60,0	1.281,6	770,0	770,0	770,0	770,0
53302	Sonstige Kosten	100,0	900,0	2.112,0	9.050,0	13.050,0	16.650,0
	Summe	160,0	2.181,6	2.882,0	9.820,0	13.820,0	17.420,0

ITM 2436030000

Bezeichnung Videokonferenzsysteme

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Für eine übergreifende Videokommunikation auf Bund und Länderebene ist über den IT-Planungsrat der Einsatz eines flächendeckenden Videokonferenzdienstes geplant. Der Dienst wird dem Bund, den Bundesländern, den Kommunen sowie ggf. auch Dienstleistern der öffentlichen Hand über das BSI-zertifizierte DOI-Verbindungsnetz zur Verfügung gestellt. Das DOI-Verbindungsnetz ist eine deutschlandweite Kommunikationsinfrastruktur für alle Behörden der Deutschen Verwaltung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Ziel der übergreifenden Videokommunikation ist es insbesondere bei länderübergreifenden Gesprächskreisen die Dienstreisetätigkeit in Kosten und Zeit der jeweils Beteiligten zu mindern. So sollen künftig auch Kabinetts- und Bundesratsbeschlüsse über Videokommunikation verabschiedet werden.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	27,4	321,8	317,0	527,0	527,0	527,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	151,6	351,0	183,0	195,0	207,0
81246	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

81246	Sonstige Kosten	0,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	30,0	60,0	80,0	30,0	30,0
	Summe	27,4	513,4	728,0	790,0	752,0	764,0

ITM 2438030000

Bezeichnung W-LAN Infrastruktur Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / nicht etafähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

WLAN (Wireless Local Area Network) ist eine Technologie zur Erstellung von Netzwerken, die über eine Luft-schnittstelle aufgebaut werden. Der zunehmende Bedarf an mobiler Arbeit in Schleswig-Holstein kann durch die WLAN-Technologie unterstützt werden. Die bereitzustellende WLAN-Technologie ist gem. der Anforderungen des BSI-Grundschutzes der Stufe „normal“ ausgeprägt. Verfahren oder Daten, die über eine höhere Schutzstufe verfügen, dürfen ohne Zusatzmaßnahmen nicht darüber betrieben werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Flächendeckende Versorgung der öffentlichen Verwaltung SH mit WLAN-Technologien	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	43,0	33,1	33,1	33,1	33,1	33,1
53356	Sonstige Kosten	0,0	100,0	100,0	25,0	25,0	25,0
81246	Beschaffung	100,0	35,0	0,0	105,0	105,0	105,0
	Summe	143,0	168,1	133,1	163,1	163,1	163,1

ITM 2466030000

Bezeichnung Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / nicht etafähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

In dieser ITM werden die Projekte (sämtliche Kabelarbeiten) geplant werden, die durch die GMSH erledigt werden (KNUE bis 500.000 mit BBN2 und GNUE über 500.000 mit FUBau). Es handelt sich hier um die Umsetzung des Landesstandards zur strukturierten Verkabelung. Die Mittel für diese Maßnahmen sollen die nächsten Jahre aus IMPULS-Programm 2030 finanziert werden. Vorsorglich sind zusätzliche Mittel für Ausgaben der Organleihe und Bewirtschaftungskosten (GMSH Nebenkosten und Projekt-unabhängig) eingeplant.

Kleinere Arbeiten, die durch T-Systems oder Dataport erledigt werden dürfen, werden aus der ITM 2541030000 und dem EPL. 14 beglichen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Umsetzung des Landesstandrad zur strukturierten Verkabelung	laufend
02	Abbau von Doppelstrukturen (Netz-Fusion Produktionsnetz<>Haustechnik)	laufend
03	Energiekostensenkung durch PoE-Einsatz (ready for Green-IT)	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
71131	Sonstige Kosten	4.558,0	148,7	400,0	300,0	200,0	200,0
	Summe	4.558,0	148,7	400,0	300,0	200,0	200,0

ITM 2468030000

Bezeichnung Übergreifende Basisdienste Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die IT-Maßnahme umfasst die Ausgaben für Teilmaßnahmen trägerübergreifender Basisdienste, die federführend durch den zentralen IT-Dienstleister Dataport oder durch andere Kooperationspartner betrieben werden. Die Ausgaben umfassen ausschließlich den Länderanteil für Schleswig-Holstein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Backup Druck und Kuvertierung - Vorsorgeanwendung -	Die Teilmaßnahme umfasst die Vorsorgeaufwendungen, die notwendig sind, um einen 2. Druckstandort von Dataport [Printzentrum Lüneburg] technisch derart auszurüsten, dass in einem Katastrophenfall des 1. Druckstandortes [Druck- und Kuvertierzentrum Altenholz] die Produktion unmittelbar fortgeführt werden kann.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	144,3	134,4	134,4	134,4	134,4	134,4
	Summe	144,3	134,4	134,4	134,4	134,4	134,4

ITM 2486030000

Bezeichnung LAN-Management und LAN-Infrastruktur Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die ITM beinhaltet zwei Bereiche:

LAN-Management durch Dataport (Portpreise) und Herstellung der Infrastruktur, wenn nicht in ITM 2466 03 0000 eingeplant.

Die derzeit geltende Generaldokumentation beinhaltet für das Landesnetz Schleswig-Holstein ausschließlich das WAN. Im Rahmen des LAN-Übergangs der Finanzverwaltung und anderer Ressorts des Landes SH auf das ZIT-SH wird das Landesnetz zukünftig um die Leistungserbringung im LAN erweitert.

Der Auftraggeber stellt für das Land Schleswig-Holstein einen einheitlichen LAN-Standard sicher. Ziel ist es, die LANs der Landesverwaltungen schrittweise in den LAN-Standard SH zu überführen. Der Auftragnehmer übernimmt den Betrieb von Kunden-LANs inkl. deren Außenstellen.

Alle Leistungen die zur Herstellung der LAN-Infrastruktur erforderlich sind und nicht durch die GMSH erbracht werden, sind in dieser ITM einzuplanen (z.B. Beschaffung Switche und LWL/Kupfer Kabel, Abbau alter LAN-Komponenten, kleine Kabelarbeiten).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Sicherstellung des LAN-Managements durch das ZIT SH	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	976,0	1.084,0	2.963,0	2.997,0	3.101,9	3.201,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	63,4	100,0	60,0	60,0	60,0
81246	Beschaffung	250,0	100,0	150,0	150,0	150,0	150,0

	Summe	1.226,0	1.247,4	3.213,0	3.207,0	3.311,9	3.411,9
--	-------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

ITM 2492030000

Bezeichnung Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Mehraufwand für die Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen aufgrund politischer Vorgaben zur aktuellen Flüchtlingslage. Aufgrund der kurzfristigen Beauftragung der Anbindungen der EAE's werden höhere Kosten bei Dataport und T-Systems anfallen; z.B. für kurzfristige Anbindungen, Beaufsichtigung Aufbau vor Ort, usw.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einrichtung der Erstaufnahmeeinrichtungen aufgrund von politischen Vorgaben, Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit von Polizei und LfA (fortlaufender Betrieb)	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	41,7	38,7	35,7	35,7	35,7	35,7
51143	Sonstige Kosten	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	688,7	35,8	10,8	10,8	10,8	10,8
71131	Sonstige Kosten	4.347,5	60,0	30,0	30,0	0,0	0,0
	Summe	5.097,9	134,5	76,5	76,5	46,5	46,5

ITM 2507030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege des Verfahrens MailLand (sichere Mail über das Landesnetz)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Der Dienst „Sicherer Mailverkehr über das Landesnetz SH (Mailand)“ ermöglicht es E-Mails der schleswig-holsteinischen Verwaltungen der Kommunen statt über das Internet, über das Landesnetz zu versenden. Die Verwaltungen der Kommunen müssen ein Antragsverfahren durchlaufen, um ihre Mail-Domain im Landesnetz zu versenden. Das Durchlaufen des kommunalen Mailverkehrs durch das Landesnetz beinhaltet die Prüfung der E-Mails bei dem DP-Firewall/E-Mailfilter. Somit ist der sichere Mailverkehr zwischen Land, Kreis und Kommunen sichergestellt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
0100	<p>Filterung von Emails auf Spam und gefährliche Inhalte</p> <p>Entsprechend der Filterung von E-Mails auf Spam und gefährliche Inhalte am Dataport Firewall werden über das Landesnetz versandte E-Mails ebenfalls gescannt. Spam-E-Mails werden entsprechend markiert und gefährliche Inhalte werden entfernt und in Quarantäne gestellt, der Empfänger wird hierüber informiert. Die Störungen durch Spam bzw. Gefahren durch gefährliche Anhänge sind bei E-Mails innerhalb des Landesnetzes geringer als beim Eingang von E-Mails aus dem Internet anzusehen, aber dennoch nicht auszuschließen. Die technische Umsetzung erfolgt analog der Leistung „Inhalte-Filterung von Emails am Dataport Firewall in Altenholz“.</p>	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	20,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2512030000

Bezeichnung Zentrales E-Mail-System der Landesverwaltung Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / nicht etafähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Mit CCMS soll durch Dataport ein zentraler und länderübergreifender E-Mail Dienst für die Dataport-Trägerländer Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, perspektivisch Sachsen-Anhalt sowie Dataport selbst bereitgestellt werden. Ferner möchte Dataport CCMS auch Behörden im kommunalen Umfeld in Schleswig-Holstein sowie möglicherweise weiteren öffentlich-rechtlichen Institutionen, die aktuell kein Träger von Dataport sind, bereitstellen. Mit der Einführung von CCMS für SH soll die bestehende E-Mailinfrastruktur in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung, bestehend aus dem zentralen E-Mail-System Zentrale Übergabesysteme (ZüSy) sowie dezentralen Exchange- und Sendmail-Systemen in den Landesbehörden, abgelöst werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sämtliche Verwaltungsaufgaben in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung, für deren Durchführung E-Mailkommunikation (intern und extern) sowie Groupwarefunktionalitäten (gemeinsames Kalender- und Terminmanagement) genutzt werden.	
2	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftliche Kostensynergien durch skalierbare Infrastruktur für mehrere Trägerländer. - Einheitliche Anforderungen, Prozesse und Standards im IT-Betrieb verbunden mit sinkenden Entwicklungs- und Prozesskosten beim Dienstleister Dataport. - Einheitliche Qualitätsstandards für die Teilnehmer an CCMS. - Gemeinsame Fortentwicklung der Infrastruktur durch die Teilnehmer an CCMS. 	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	415,2	240,0	240,0	240,0	240,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	707,4	1.500,1	1.208,1	1.208,1	1.208,1
	Summe	0,0	1.122,6	1.740,1	1.448,1	1.448,1	1.448,1

ITM 2522030000

Bezeichnung TDN FiMi klein - Standardfestverbindungen

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status unbekannt

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung unbekannt

Beschreibung

Aufbau und Betrieb einer landeseinheitlichen Netzplattform für Sprache und Daten; zentrale Basisinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben. Die ehemals vorhandenen 6 Verwaltungsnetze wurden zu einem Netz integriert. Es werden landeseinheitliche Netzanschlüsse bereitgestellt. Über das Netz (Landesnetz) werden gleichzeitig Daten und Sprache transportiert. Das Landesnetz ermöglicht die Verbindungen vom Bund über das Land bis zu den Kommunen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	<p>Standardfestverbindungen (SFV) sind Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, die als Monopolübertragungsweg (MÜW), Datendirektverbindung (DDV) und Carrier-Festverbindung (CFV) von T-Systems angemietet werden. Es handelt sich um festgeschaltete Verbindungen mit analogen und digitalen Schnittstellen. Vereinzelt sind diese Verbindungen zwischen den Liegenschaften erforderlich.</p> <p>FV verbinden zwei Anschlussstellen dauerhaft miteinander, ohne dass eine Vermittlung erfolgt, es sind somit weder ein Verbindungsaufbau noch ein Verbindungsabbau erforderlich. Die physikalische Übertragungsebene kann alle bekannten drahtgebundenen und drahtlosen Übertragungsmedien umfassen. Je</p>	unbefristet

	nach Verwendungszweck und der zur Verfügung gestellten Bandbreite können FV zur Übertragung von Sprach-, Daten- und Bildinformationen genutzt werden. So eignen sich Festverbindungen ideal für den Aufbau von standortübergreifenden Unternehmensnetzen, den Corporate Networks (CN).	
--	--	--

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53304	Verträge	0,0	624,0	540,0	540,0	504,0	504,0
	Summe	0,0	624,0	540,0	540,0	504,0	504,0

ITM 2537030000

Bezeichnung Landesnetz 2020 mit Schulen ans Netz (LN 2020 Glasfaserausbau)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das ZIT SH hat DP mit dem weiteren Ausbau des LNV-Netzes (Glasfaserbasierenden Landesnetz) beauftragt. Bis Ende 2020 sollen bis zu 1200 funktionsfähige Anschlüsse (ca. 800 Schulen und 400 Dienststellen der Landes- und Kommunalverwaltungen) realisiert werden. Der Ausbau von ca. 70% des Gesamtnetzes soll auf Basis von Glasfaserleitungen (LWL) erfolgen, ca. 30% des Gesamtnetzes mit alternativen Techniken.

Zur Erreichung der Ziele und wirtschaftlichen Anbindung der zum Zeitpunkt unwirtschaftlichen 30% der Strecken, soll DP und 1&1 Versatel die lokalen Breitbandinitiativen unter Einbindung des WIMI und des BKZSH einbinden um Synergien zu erwirtschaften und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Die Veranschlagung der Investitionskosten erfolgt über das IMPULS-Programm 2030 im EP 16.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Primärziel: Regierungserklärung MP Albig: Einen Glasfaseranschluss für jede Schule	2020
02	Sekundärziel: Weiterer LWL-Ausbau der Landes- und Selbstzahleranschlüsse	2020
03	Ablösen des kupferbasierenden LNBasis-Netzes	2020

ITM 2541030000

Bezeichnung Green IT in der Landesverwaltung SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Unter dem Stichwort Green IT versteht man Bestrebungen, die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten:

- Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Herstellung, des Betriebs und der Entsorgung der Geräte (Green in der IT). Näheres wird in der RoHS-Richtlinie der EU festgelegt (EG-Richtlinie 2002/95/EG zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten zur Verwendung von Gefahrstoffen in Geräten und Bauteilen)

- Energieeinsparung beim bzw. durch den Einsatz von Informationstechnologie

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	80,0	150,0	150,0	150,0	150,0
	Summe	0,0	80,0	150,0	150,0	150,0	150,0

ITM 2547030000

Bezeichnung WLAN-Kooperation - Der echte Norden

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Einsatz in den öffentlichen Bereichen der OLB's	2017
02	Einsatz in den nachgeordneten Bereichen	2018
03	Einsatz auch für Kommunen usw. ermöglichen	2018

Die Veranschlagung der Investitionskosten erfolgt über das IMPULS-Programm 2030 im EP 16.

ITM 2558030000

Bezeichnung Zentrale Beschaffungsleistungen für das Land Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Zentral koordinierten Beschaffungsleistungen wie z. B. die Hardwareaussonderung einschl. Dienstleistungen, Multifunktionsgeräte etc.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Bereitstellung von Rahmenverträgen im Bereich der IT-Beschaffung und Hardwarenahe Dienstleistungen für die Ressort	

Meilensteine

Nr.	Beschreibung	Datum
	Abschluss eines RV für die Dienstleistungen MFP	31.08.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
	Summe	0,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0

ITM 2358010000

Bezeichnung Grundversorgung der DSt EA

Ressort / Dst. ZIT SH I / EA-SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Entsprechend der Kooperationsvereinbarung zwischen FM und dem Einheitlichen Ansprechpartner SH (EA-SH) ist die IT-Versorgung der Anstalt EA-SH durch das FM sicherzustellen. Die Leistungen für Verfahrenskomponenten sind in den Aufträgen zum Betrieb der unterschiedlichen E-Government/Basisinfrastrukturen enthalten. Veranschlagt sind lfd. IT-Kosten, um die BK des EA-SH zu pflegen und zu betreuen und Kleinmaterial beschaffen zu können.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
-----	------------------	--------------

1	Herstellung und Erhalt der technischen Einsatzfähigkeit des EA-SH durch das ZIT SH	
---	--	--

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Sonstige Kosten	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
51143	Beschaffung	2,2	0,1	2,1	1,3	1,3	2,1
53356	Verträge	24,6	14,3	14,3	14,3	14,3	14,3
	Summe	28,7	16,3	18,3	17,5	17,5	18,3

ITM 2359030000

Bezeichnung Fachverfahren EA-SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / EA-SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Der Einheitliche Ansprechpartner (kurz EA-SH) ist Bestandteil der EU-Dienstleistungsrichtlinie und hat das Ziel die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungen künftig zu erleichtern. Seit dem 28.12.2009 ist der EA-SH als Kontaktstelle das Bindeglied zwischen Dienstleistern und Behörden (englische Bezeichnung: „Single Point of Contact“).

Die IT des EA-SH wird durch das Land gestellt (ZIT SH). Für die Bereitstellung der Fachverfahren ist das Land (ZIT SH) ebenfalls verantwortlich. Die Umsetzung der Fachlichkeit erfolgt mit Hilfe des EA-SH.

Zentrale Aufgabe ist die Bereitstellung von Informationen, welche Anforderungen für die rechtmäßige Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit bestehen. Zusätzlich fungiert der EA-SH auch als Verfahrensmittler, über den der Antragsprozess des Dienstleisters (Erklärungen, Anmeldungen, Eintragungen oder die Beantragung von Genehmigungen und so weiter) weitestgehend koordiniert und abgewickelt werden kann. Alle Leistungen werden bis auf weiteres kostenfrei angeboten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
2	SFIRM	Software für Onlinebanking
3	eGewerbe	Betrieb Gewerbeanzeige EA-SH als Teilverfahren der eGovernmentlösung eGewerbe

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung der Verpflichtungen des Landes aus der EU-DLR und darauf beruhenden anderen Regelungen	lfd. Prozess

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	7,0	15,5	6,5	6,5	6,5	6,5
	Summe	7,0	15,5	6,5	6,5	6,5	6,5

ITM 2452030000

Bezeichnung Unterstützungsplattform EA-SH

(AFM = Antrags- und Fallmanagement)

Ressort / Dst. ZIT SH I / EA-SH

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zur Aufgabenerfüllung bedarf der EA-SH zwingend eines automatisierten Systems, um den ansteigenden Fallzahlen und einer vorgegebenen Bearbeitungsfrist von drei Tagen gerecht zu werden. Das Antrags- und Fallmanagement stellt dabei die zu Grunde liegende digitale Infrastruktur dar. Auf dieser digitalen Infrastruktur werden unterschiedliche (Fach)Verfahren aufgesetzt und können in der Folge automatisiert bearbeitet werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Umsetzung der Anforderungen aus der Kooperationsvereinbarung und der Anforderungen aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Ende 2017 sollen alle Verwaltungsdienstleistungen, die der EU-Dienstleistungsrichtlinie unterfallen elektronisch abgebildet sein. Innerhalb von 3 Tagen müssen die Anträge elektronisch an die zuständige Behörde weitergegeben sein.	Ende 2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	104,5	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2
	Summe	104,5	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2

Finanzministerium

ITM 2156030000

Bezeichnung Hausbankverfahren [HBV / früher Elektronischer Schalter (ELS)]

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zahlungsverkehr mit der Deutschen Bundesbank mittels der Software "Telenet-ZV ELS für Windows". Mit dem Betrieb und der Anpassung des Verfahrens an die rechtlichen und technische Vorgaben der EZB / Bundesbank und anderer Banken / Sparkassen oder der EU (SEPA - Richtlinie) hat das Finanzministerium Dataport beauftragt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
2	Betrieb Multibankkonten	Zusätzlich zu den Bundesbankkonten wird auch der Beleg- und Zahlungsverkehr aller anderen Banken und Sparkassen über diese Software abgewickelt. Einsparung eines zusätzlichen Systems mit Medienbruch.
3	Betrieb "ELS neue Zielstruktur"	Pflege des Systems / Umstellungen auf SEPA / Vorhalten der Schnittstelle HBV und HBV-SEPA

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Zahlungsverkehrs der Landesverwaltung Schleswig-Holstein nach Innen und Außen	unbefristet
2	Sicherstellung der Liquiditätssteuerung des Landes SH zur tagesgenauen Steuerung von Zahlungen	unbefristet
3	Abholung der ELKO und EKI der Banken und Sparkassen zur Weitergabe an die Buchführungssysteme (z.B. SAP)	unbefristet
4	Betrieb des EMZ (Elektronischen Massenzahlungsverkehrs) -Schalters zur Übermittlung von Massenzahlungen (später SEPA-Zahlungen) wie z.B. Steuererstattungen, Personalzahlungen usw.	unbefristet
5	SEPA Umstellung	1.02.2014

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

53356	Verträge	190,0	187,0	200,9	200,9	200,9	200,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	191,0	188,0	211,9	211,9	211,9	211,9

ITM 2170030000

Bezeichnung Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Über die Systeme SAP Land SH wird das Finanzwesen des Landes SH automatisiert abgewickelt. Die Kernverfahren sind das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (dMB), die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und eine Anlagenbuchhaltung (FIAA). In den Landesbetrieben werden darüber hinaus Module zur Projektplanung, Controlling und dem Berichtswesen pp. eingesetzt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Dezentrale Mittelbewirtschaftung und Kassenverfahren (dMB)	Module SAP PSM; einschl. SAP FI
	Kosten- und Leistungsrechnung und Anlagenbuchhaltung (KLR)	SAP CO; SAP AA
	Integriertes Verfahren "Vollstreckung"	die volleingebundene Software der Firma GES-Systemhaus wird innerhalb des SAP-Systems betrieben.
	IKS (techn. Verfahrensumsetzung)	Einrichtung, Gestaltung und Betrieb des IKS für das automatisierte Haushaltsvollzugsverfahren einschl. der fachlichen Prüfung von Berechtigungsanträgen
	Landeslabor - Doppelbuchführung	SAP FI; ITM 2520030000 SAP im LVUA (Zusatzvertrag)
	LBV SH - Projektabwicklung und Berichtswesen	SAP PS, BW SEM; ITM 2518030000 SAP im LBV-SH (Zusatzvertrag)
	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) - Plant Maintenance	SAP PM; ITM 2514030000 SAP Plant Maintenance (PM)
	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) - Doppelbuchführung	SAP FI; ITM 2519030000 SAP im LKN (Zusatzvertrag)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ordnungsgemäße Abwicklung eines behördlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens	01.01.2004 - unbestimmt

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	2.853,2	2.420,0	2.477,4	2.477,4	2.477,4	2.477,4
53602	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
81246	Beschaffung	0,0	32,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	2.855,2	2.454,1	2.479,4	2.479,4	2.479,4	2.479,4

ITM 2176030000

Bezeichnung Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Rechtsgrundlage für die Aufstellung des Landeshaushalts sind die Landesverfassung und die Landeshaushaltsordnung (LHO). Der Haushaltsplan wird im Rahmen des Haushaltsgesetzes festgestellt. Mit der Aufstellung des Haushalts steuert das Parlament die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein.

Das Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAV Web LSH) wird zur Erfassung und Auswertung aller Plandaten in einem vorgegebenen Planungszeitraum genutzt. Das Finanzministerium generiert aus dem HAV Web LSH die Entscheidungsgrundlagen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen und fügt die abgestimmten Daten in einem Haushaltsplan zusammen. Alle Inhalte können formgebunden ausgedruckt werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Modul HAV Web LSH (Kernverfahren)	Die Daten der Haushaltsaufstellung inkl. des Stellenplans und ggf. der Mittelfristigen Finanzplanung werden automatisiert erfasst und zeitnah in einen "lesbaren" Haushaltsplan umgesetzt. Darüber hinaus bietet das Verfahren unterschiedliche Auswertungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Entscheidungsfindung. Das Gesamtverfahren ist modular strukturiert.
2	Szenarien Landeshaushalt	Im Einsatz befindet sich das Modul MasterplanLSH, welches Szenarien über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung hinaus darstellen kann, um die planungstechnischen Daten für die Aufstellung der Finanzplanung

		und als weiterführendes Führungsinformationssystem nutzen zu können.
--	--	--

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Haushaltsplanaufstellung der Landesverwaltung Schleswig-Holstein	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	0,9	10,0	2,0	2,0	0,0	0,0
53356	Verträge	183,9	369,5	133,8	133,8	133,8	133,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
	Summe	184,8	389,5	145,8	145,8	133,8	133,8

ITM 2187020000

Bezeichnung Beschaffungen des FM (Ministerium)

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffungen Hard- und Software des Finanzministeriums Schleswig-Holstein.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	43,1	65,2	66,6	27,1	39,6	39,6
	Summe	43,1	65,2	66,6	27,1	39,6	39,6

ITM 2191010000

Bezeichnung Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Betrieb Büroautomation FM + 1 Infrastruktur

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	10,0	10,0	11,0	11,0	11,0	11,0
51143	Sonstige Kosten	11,4	18,2	11,5	10,5	14,0	14,0
51144	Verträge	13,6	11,5	12,7	12,7	12,8	12,8
51144	Sonstige Kosten	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	5,9	7,6	7,6	7,5	7,5	7,5
52706	Sonstige Kosten	0,9	0,2	0,9	0,9	0,9	0,9
53356	Verträge	170,3	169,3	169,3	170,1	169,9	169,9
	Summe	212,6	216,8	213,0	212,7	216,1	216,1

ITM 2403030000

Bezeichnung Umsetzungsmaßnahme Telefon-ZIAS

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Im Rahmen des Projekts „Zukunft Steuerverwaltung 2020“ wurden u.a. Möglichkeiten zur Verbesserung des Arbeitsumfeldes überprüft. Im Abschlussbericht zu Modul 3 ist die Einrichtung einer T-ZIAS vorgeschlagen worden.

Von Seiten des Finanzministeriums ist geplant, die Telefon-ZIAS in 2 bis 3 Finanzämtern mit jeweils 10 Mitarbeitern zu pilotieren. Aufgrund dieser Vorgabe hat T-System eine entsprechende technische Lösung einer übergreifenden Telefon-Abfragefunktion geschaffen. Bislang sind von den seinerzeit erwarteten Leistungen allerdings nur für das FA Ostholstein mit 8 CC-Agenten und 1 CC-Supervisor für 12 Monate abgenommen worden.

Ziel ist, in zwei weiteren Finanzämtern die Telefon-ZIAS zu pilotieren. Zur Realisierung der Organisationsmaßnahme sind deshalb entsprechende Haushaltsmittel ab 2017 beantragt worden.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

81246	Sonstige Kosten	62,0	14,0	8,0	8,0	8,0	8,0
	Summe	66,0	14,0	8,0	8,0	8,0	8,0

ITM 2422030000

Bezeichnung KiStA (Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer)

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufbau und Betrieb eines IT-Verfahrens zum Einbehalt der auf die (durch Abzug vom Kapitalertrag erhobenen) Kapitalertragsteuer entfallenden Kirchensteuer nach § 51a EStG in der Organisationshoheit des Bundes. Auf dieses Vorhaben sollen die in der Zusammenarbeit in KONSENS bewährten Strukturen und Regularien sinngemäße Anwendung finden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Vornahme des Abzugs der Kirchensteuer auf Abgeltungsteuer durch ein neues, zentrales, automationsgestütztes Verfahren Bund	30.06.2012 - lfd. Geschäft

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
63102	Verträge	348,5	221,0	301,2	301,2	301,2	301,2
	Summe	348,5	221,0	301,2	301,2	301,2	301,2

ITM 2166030000

Bezeichnung Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das umfassende und komplexe Vorhaben KONSENS bezeichnet die gesamten Verfahren und Entwicklungen zur IT-unterstützten Durchführung des Besteuerungsverfahrens in der Steuerverwaltung. Ziel ist es dabei, eine Ver-

einheitlichung und Modernisierung der IT-Verfahren zu erreichen (bundeseinheitliche Software, IT-Verfahren und Organisation). Es beruht auf den Beschlüssen der Finanzministerkonferenz mit einem zwischen den 16 Ländern und dem Bund getroffenen, und zum 01. Januar 2007 in Kraft getretenen, Verwaltungsabkommen.

Das Vorhaben wird von den 17 Vertragsbeteiligten gemeinsam finanziert; wesentlicher Beteiligungsmaßstab ist dabei der Königsteiner Schlüssel (Anteil Schleswig-Holsteins dabei derzeit 3,38791%).

Die Gesamtkosten gliedern sich in Entwicklungsaufwendungen, Pflegeaufwendungen und Aufwendungen für den Einsatz gemeinsam betriebener Einrichtungen. Dieser gemeinsame Betrieb (für alle Länder und den Bund) bezieht sich insbesondere auf wesentliche Teile des E-Government-Bereichs ELSTER (s.u.).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	GINSTER	(Grundinformationsdienst)
2	ELFE	(Festsetzungsverfahren)
3	BIENE	(Erhebungsverfahren)
4	ELSTER	Elektronische Abgabe und Übermittlung v. Steuererklärungen u. -anmeldungen
5	Prüfungsdienste	Unterstützung d. Prüfungsdienste (Innen- u. Außendienst)
6	SESAM	(Verfahren zum Scannen, Archivieren und maschinellen Bearbeiten von Steuererklärungen)
7	RMS	(Risikomanagementsystem)
8	KONSENS-Dialog	umfassende Bearbeitung von steuerlichen Angelegenheiten am Bildschirm
9	BuStra/Steufa	maschinelle Unterstützung der Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie der Steuerfahndung
10	Stunde	maschinelle Ver- und Bearbeitung von Stundungen und Erlassen
11	Vollstreckung	Vollstreckung von Steuerforderungen
12	ITSM	(IT Service Management)
13	DAME	(DataWareHouse, Auswertungen und BI-Methoden)
14	MÜST	(Maschinelle Überwachung der Steuerfälle)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Schaffung eines bundeseinheitlichen IT-gestützten Besteuerungsverfahrens	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	20,5	10,0	15,0	15,0	15,0	15,0

52706	Sonstige Kosten	35,0	50,0	50,0	55,0	55,0	55,0
53356	Verträge	0,7	80,2	120,7	125,7	130,7	135,7
53356	Sonstige Kosten	5,7	45,8	45,8	45,8	45,8	45,8
63206	Verträge	4.590,3	5.205,9	5.725,6	5.290,9	5.291,0	5.291,0
63206	Sonstige Kosten	0,0	306,4	506,0	486,0	500,0	500,0
81246	Verträge	0,0	645,1	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	29,8	505,8	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	4.682,0	6.849,2	6.463,1	6.018,4	6.037,5	6.042,5

ITM 2190020000

Bezeichnung Beschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Sonstige Kosten	9,0	102,6	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	1.650,6	1.379,1	1.394,6	1.034,8	1.034,8	1.034,8
	Summe	1.659,6	1.481,7	1.394,6	1.034,8	1.034,8	1.034,8

ITM 2195010000

Bezeichnung Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Einrichtung, Aktualisierung und Betrieb der dezentralen Infrastruktur der Finanzämter und des AIT.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	185,0	84,0	90,9	91,5	91,5	91,5
51143	Sonstige Kosten	267,0	315,0	295,5	310,5	310,5	310,5
51144	Verträge	18,7	58,8	54,3	59,4	64,4	64,4
52537	Sonstige Kosten	41,0	46,0	46,0	51,0	51,0	51,0
52706	Sonstige Kosten	10,0	10,0	11,0	11,0	11,0	11,0
53356	Verträge	106,5	159,2	188,6	160,6	162,6	168,6
53356	Sonstige Kosten	1,4	33,1	2,0	2,0	2,0	2,0
81246	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	629,6	706,1	688,3	686,0	693,0	699,0

ITM 2362030000

Bezeichnung Rechenzentrumsbetrieb im DataCenterSteuer (DCS)

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Beschaffung von IT-Betriebsleistungen für die Steuerverwaltung SH im Zusammenhang mit dem Betrieb des Data Center Steuern (DCS)

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	3,5	3,5	4,0	4,0	4,0	4,0
53356	Verträge	10.453,5	9.608,2	10.831,6	11.468,0	12.326,1	13.126,1
53356	Sonstige Kosten	0,0	1.662,7	861,1	861,1	861,1	861,1
	Summe	10.457,0	11.274,4	11.696,7	12.333,1	13.191,2	13.991,2

ITM 2363030000

Bezeichnung Projekt Steuer-PC (SPC)

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Das Projekt Steuer-PC SH hat das Ziel den IT-Betrieb in den Finanzämtern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu optimieren und haushaltswirksame Effizienzgewinne zu erzielen. Neben einer einheitlichen Betreuung der IT-Infrastruktur sollen die gemeinsamen länderübergreifenden Strukturen des DataCenterSteuer genutzt werden und länderübergreifende Kooperationen zum einheitlichen SteuerClient gefördert werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	CITRIX-Technologien	Die technologische Realisierung erfolgt entsprechend der Konzeption für die Steuerverwaltung der Länder MV, HB und HH auf Basis von Citrix-Technologien. Die Konzeption wird entsprechend der infrastrukturellen Rahmenbedingungen der Steuerverwaltung SH modifiziert.
2	Standardisierter Steuer-Client	Optimierung des IT-Betriebes in den Finanzämtern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Maßgeblicher Aspekt dafür sind haushaltswirksame Effizienzgewinne.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Den IT-Betrieb in den Finanzämtern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu optimieren und haushaltswirksame Effizienzgewinne zu erzielen	01.01.2011 - lfd.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	93,0	44,5	49,7	51,7	52,7	52,7
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	93,0	44,5	49,7	51,7	52,7	52,7

ITM 2470010000

Bezeichnung Arbeitsplatzbetrieb und -support für die Steuerverwaltung Land SH

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Die IT-Maßnahme enthält die Ausgaben für den standardisierten Arbeitsplatzbetrieb- und support der Steuerverwaltung Land SH durch den zentralen IT-Dienstleister Dataport.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	3.418,1	3.510,3	3.273,7	3.523,7	3.773,7	3.773,7
53356	Sonstige Kosten	186,2	316,5	322,0	327,0	332,0	332,0
	Summe	3.604,3	3.826,8	3.595,7	3.850,7	4.105,7	4.105,7

ITM 2502030000

Bezeichnung vocario Mitarbeiteralarmsystem

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Produkt vocario ist ein Alarmsystem für den Einsatz an den Arbeitsplätzen der Steuerverwaltung. Es erhöht das Sicherheitsempfinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Erhöhung des Sicherheitsempfindens der Mitarbeiter durch den Einsatz eines Alarmsystems.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	252,8	252,8	252,8	252,8	252,8	252,8
	Summe	252,8	252,8	252,8	252,8	252,8	252,8

ITM 2200010000

Bezeichnung Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)

Ressort / Dst. FM / BIZ

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Kosten für die IT-Schulungen im Bildungszentrum der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein für die Bediensteten der Steuerverwaltung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung eines Schulungsbetriebes für die Steuerverwaltung im Bereich der IT	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Beschaffung	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
52537	Sonstige Kosten	128,0	120,0	130,0	130,0	130,0	130,0
	Summe	128,0	120,5	130,5	130,5	130,5	130,5

ITM 2554020000

Bezeichnung Beschaffungen des BIZ

Ressort / Dst. FM / BIZ

Status unbekannt

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Beschaffung von für den Unterrichtsbetrieb in der Aus- und Fortbildung erforderlicher besonderer IT-Ausstattung (z.B. Smart-Boards).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Beschaffung der für Unterrichtszwecke erforderlichen besonderen IT-Ausstattung (z.B. Smart-Boards)	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	0,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0

	Summe	0,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
--	-------	-----	------	------	------	------	------

ITM 2165030000

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)

Ressort / Dst. FM / DLZP

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlichen Nebenerfordernisse.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Lizenzen Applin X	Dialogoberfläche für Permis A und B
2	PC-TVL/PC-Beamte	Berechnungsprogramm für Entgelt und Besoldung
3	Rentenabgleich	jährl. Abgleich der Renten für Versorgungsempfänger
4	LSt-Außenprüfung	IDea-Software zur Prüfung der Datenbereitstellung für die Betriebsprüfer
5	Versorgungsausgleich	Berechnung Versorgungsausgleich

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlichen Nebenerfordernisse	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	3.406,2	2.867,7	2.825,2	2.440,2	1,2	1,2
53356	Sonstige Kosten	22,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	3.428,2	2.867,7	2.825,2	2.440,2	1,2	1,2

ITM 2171030000

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)

Ressort / Dst. FM / DLZP

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen.	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	7,5	7,5	7,8	7,8	7,8	7,8
	Summe	7,5	7,5	7,8	7,8	7,8	7,8

ITM 2174030000

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)

Ressort / Dst. FM / DLZP

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	PERMIS-B Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen an die Bezügeempfänger des Landes S-H	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

52706	Sonstige Kosten	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	469,5	503,7	486,0	486,0	486,0	486,0
53356	Sonstige Kosten	227,0	27,2	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	696,5	531,4	486,0	486,0	486,0	486,0

ITM 2189020000

Bezeichnung Beschaffungen DLZP

Ressort / Dst. FM / DLZP

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	148,3	81,5	74,7	38,6	83,4	155,2
	Summe	148,3	81,5	74,7	38,6	83,4	155,2

ITM 2193010000

Bezeichnung Grundversorgung DLZP

Ressort / Dst. FM / DLZP

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Bereitstellung der IT-Ausstattung als grundsätzliches Arbeitsmittel für die Mitarbeiter des Dienstleistungszentrums Personal SH.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	33,5	33,5	32,5	32,5	32,5	32,5
51144	Sonstige Kosten	1,0	1,5	5,2	5,2	5,2	5,2
51144	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	3,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0

52706	Sonstige Kosten	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	9,2	55,1	55,1	55,1	55,1	55,1
53356	Sonstige Kosten	2,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
81246	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	49,7	102,6	105,3	105,3	105,3	105,3

ITM 2357030000

Bezeichnung Digitales Archivverfahren

Ressort / Dst. FM / DLZP

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Archivierung von Dokumenten und Listen aus den IT-Verfahren PERMSIS Abrechnung und PERMIS Beihilfe incl. Scannen von Schriftgut.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Digitale Archivierung von Listen und Schriftgut aus der Personalabrechnung und Beihilfe	lfd.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	8,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	262,5	299,3	285,6	322,8	350,0	370,0
53356	Sonstige Kosten	7,0	11,0	12,0	13,0	13,0	13,0
81246	Sonstige Kosten	30,0	0,0	0,0	30,0	30,0	30,0
81246	Beschaffung	0,0	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	307,5	314,7	299,6	367,8	395,0	415,0

ITM 2365030000

Bezeichnung eBeihilfe

Ressort / Dst. FM / DLZP

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Rahmenbedingungen der Haushaltslagen der Länder der FHH und SH, die damit verbundenen restriktiven Personalbemessungen und die unter diesen Rahmenbedingungen abzuschätzenden Zunahmen in den Fallaufkommen der Beihilfebearbeitung in den beiden Bundesländern bilden wesentliche Voraussetzungen für automatisierte Prozessschritte in der Aufbereitung, Vorprüfung und Datenübernahme in das bestehende Beihilfeverfahren Permis-B.

Das Projekt soll durch ein teilautomatisiertes Verfahren einer vorgeschalteten automatischen Belegerkennung die heute noch in Papierform in der Beihilfe verarbeiteten Beihilfevorgänge in vorgeprüfte elektronische Beihilfevorgänge umsetzen, so die Beihilfesachbearbeitung in den Punkten Dateneingaben, inhaltliche Plausibilitätsprüfungen wesentlich entlastet werden kann. Ein Teilziel ist eine möglichst hohe Anzahl von maschinell vorverarbeiteten Anträgen

In einer 2-ten Phase sollen fachliche Prüfverfahren zur vereinfachten Fallprüfung eingeführt werden. Bei den eingetragenen Ansätzen handelt es sich um die qualifiziert geschätzten Kosten aus der Voruntersuchung. Sobald neue Erkenntnisse im jetzigen Umsetzungsprojekt vorliegen, werden die Einträge nach vorheriger Rücksprache mit dem ZIT aktualisiert.

[30.03.2012] Nach Rücksprachen und Vor-Ort-Besichtigungen wurde im Rahmen der Grobkonzeption erkannt, dass zusätzliche Entwicklungsaufwände abzuschätzen sind. Vorbehaltlich der offenen Abstimmung des vorliegenden Grobkonzepts mit Dataport muss der zusätzliche Entwicklungsaufwand mit je Land zusätzlichen 2 Entwicklerpersonnenjahren zu 130T€ abgeschätzt werden. Diese zusätzlichen Aufwände fallen in den beiden Haushaltsjahren 2012 und 2013 an.

[26.08.2015] Aufgrund mehrere Verzögerungen in den Entwicklung Permis-B wird die erste Stufe mit ca. 2Jahren Verzögerung bis Ende Dezember 2015 eingeführt werden. Abnahmetest des Verfahrens eBeihilfe laufend. Der vollständige Abschluss der Stufe 1b ist bis Juli 2017 geplant.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Posteingang und Scannen Beihilfevorgänge	siehe Bezeichnung
2	Zwischenlagerung der Originalbeihilfeunterlagen	Papierarchiv
3	Einführung Klassifikations-, Erkennungs- und Validierungssoftware	automatische Belegerkennung und Vorverarbeitung
4	Workflowsystem	Workflow für die Übernahme der vorvalidierten Daten in Permis B
5	Erweiterung Permis B	siehe Beschreibung
6	Datenarchivierung	siehe Beschreibung
7	Statistikauswertungen	Einführung von automatischen Statistikfunktionen über alle Module der Beihilfe

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Erhöhung der Produktivität in der Antragsbearbeitung durch wegfallende Eingaben und Sortierarbeiten.	01.01.2016 -
2	Reduzierung der Durchlaufzeiten.	01.01.2016 -
3	Erhöhung der Qualität in der Beihilfesachbearbeitung	31.07.2017
4	automatische Prüfung von Plausibilitäten (vollständige Einführung PZN, GOÄ, GOZ und GebüH)	31.07.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52706	Sonstige Kosten	2,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0
53305	Verträge	0,0	642,9	324,9	294,0	294,0	294,0
53305	Sonstige Kosten	0,0	151,2	627,0	225,0	225,0	225,0
	Summe	2,0	794,6	952,4	519,5	519,5	519,0

ITM 2563030000

Bezeichnung Schulungs- und Arbeitsplattform ILIAS im DLZP

Ressort / Dst. FM / DLZP

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die ITM dient dazu, ein zentrales Wissensmanagement im DLZP aufzubauen. ILIAS ist eine Plattform für das webbasierte Lernen und Arbeiten. Die Abkürzung ILIAS steht für Integriertes Lern-, Informations- und Arbeitskooperations System. ILIAS ist eine Open Source Software, für deren Nutzung ein Webserver benötigt wird, die Software selbst verursacht keine Kosten.

Die ITM dient dazu, ein zentrales Wissensmanagement im DLZP aufzubauen. ILIAS ist eine Plattform für das webbasierte Lernen und Arbeiten. Die Abkürzung ILIAS steht für Integriertes Lern-, Informations- und Arbeitskooperations System. ILIAS ist eine Open Source Software, für deren Nutzung ein Webserver benötigt wird, die Software selbst verursacht keine Kosten.

Wie aus dem Namen ersichtlich, soll ILIAS im DLZP als Lern-, Wissens- und Kooperationsplattform eingesetzt werden. Dadurch hätte das DLZP die Möglichkeit, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Lern- und Arbeitsmaterialien in allen Bereichen zentral bereitzustellen und dadurch eine funktionale und komfortable Weiterbildungs- und Einarbeitungsmöglichkeit zu bieten. Darüber hinaus sind die Nutzer oder Arbeitsgruppen in ILIAS nicht nur Wissenskonsumenten, sondern können durch die Funktionalitäten der Software auch ihr eigenes Wissen zur Verfügung stellen, wodurch der Wissenstransfer, die Wissenserhaltung und die Wissensarchivierung gesteigert und gestärkt werden.

Kooperatives Lernen und Arbeiten sind mit dem integrierten Wiki und den online zu erstellenden ILIAS-Lernmodulen möglich, ebenso die gemeinsame Erstellung von Glossaren, Tests oder Übungen. Der Austausch von Dokumenten auf Dateibasis wird mit Versionskontrolle und WebDAV-Schnittstelle unterstützt.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	10,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	5,0	2,0	2,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	50,0	40,0	40,0	38,0	38,0

ITM 2188020000

Bezeichnung Beschaffungen der Landeskasse (LK)

Ressort / Dst. FM / FM-LK

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes, Aktualisierung der +1-Arbeitsplätze	dauernd

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	2,3	4,4	83,6	0,5	4,6	2,7
	Summe	2,3	4,4	83,6	0,5	4,6	2,7

ITM 2192010000

Bezeichnung Grundversorgung der Landeskasse mit Leistungen der IT

Ressort / Dst. FM / FM-LK

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Betrieb und Fortentwicklung der Bürokommunikation (IKO +1)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes	dauernd

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0
51144	Verträge	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
52537	Sonstige Kosten	2,0	0,0	3,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	30,5	25,1	25,6	25,1	25,1	25,1
	Summe	53,5	46,1	49,6	47,1	47,1	47,1

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

ITM 2205030000

Bezeichnung Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen

Ressort / Dst. MWVATT / MWVATT

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Programm dient der Finanzbedarfsplanung im Straßenbau. Neben den Kosten für die reine Softwarepflege (Uniface) benötigt das Fachreferat Mittel für Programmanpassungen, um den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Die Finanzplanung bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen mithilfe der Software sicherstellen	01.01.1990-31.12.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	20,0	301,5	51,5	11,5	11,5	11,5
	Summe	20,0	301,5	51,5	11,5	11,5	11,5

ITM 2209020000

Bezeichnung Beschaffungen MWAVT

Ressort / Dst. MWVATT / MWVATT

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Kosten für die Ersatzbeschaffung von Hard- und Software im MWAVT.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Verträge	0,0	11,5	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	258,1	260,4	259,6	41,6	101,6	101,6
	Summe	258,1	271,9	259,6	41,6	101,6	101,6

ITM 2210010000

Bezeichnung Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT

Ressort / Dst. MWVATT / MWVATT

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Veranschlagt sind die Kosten für den IT-Betrieb im MWV, z.B. Tinte und Toner für Drucker, Datensicherungsbänder, Support durch das "Büro Land" von Dataport, die Betriebskosten der Telearbeitsplätze usw.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Sicherstellung des reibungslosen IT-Betriebes im Hause.	Ständige Aufgabe

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	25,0	25,0	20,0	20,0	20,0	20,0
51144	Verträge	56,0	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
52537	Sonstige Kosten	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	160,2	121,3	121,3	121,3	121,3	121,3
53356	Sonstige Kosten	46,0	18,7	27,2	8,7	8,7	8,7
81246	Sonstige Kosten	5,0	80,0	120,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	14,2	6,9	6,9	0,9	0,9	0,9
	Summe	326,4	314,9	358,4	213,9	213,9	213,9

ITM 2423030000

Bezeichnung Korruptionsregister

Ressort / Dst. MWVATT / MWVATT

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Einrichtung eines länderübergreifenden Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs auf Grundlage des Gesetzes über die Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs – GRfW. Das Gesetz ist am 29.11.2013 in Kraft getreten. Das Verwaltungsabkommen betreffend die länderübergreifende gemeinsame elektronische Führung des Registers zwischen der FH Hamburg und dem Land SH wurde am 13.01.2014 geschlossen.

Öffentliche Auftraggeber sind seit Inkrafttreten des Gesetzes verpflichtet, vor einer Zuschlagserteilung bei der registerführenden Stelle (Zentrale Informationsstelle im Wirtschaftsministerium SH) abzufragen, ob das Unternehmen im Register eingetragen ist und ob eine Vergabesperre vorliegt.

Vor dem Hintergrund der Vielzahl von auskunftersuchenden öffentlichen Auftraggebern (allein in SH weit über 2.000), der erforderlichen zeitnahen Auskunft und der länderübergreifenden Ausgestaltung, ist die Realisierung mit einem weitestgehend automatisierten IT-Verfahren notwendig und auch wirtschaftlicher. Der gemeinsame IT-Dienstleister Dataport schafft auf Basis der bestehenden Government-Gateway-Infrastruktur ein IT-Fachverfahren. Die Kosten für Erstellung und Betrieb teilen sich die teilnehmenden Länder. Den öffentlichen Auftraggebern entstehen keine Kosten für die Nutzung des Registers.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einrichtung eines automatisierten länderübergreifenden Registers zum Ausschluss unzuverlässiger Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge	schnellstmöglich

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
63206	Verträge	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
	Summe	18,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0

ITM 2518030000

Bezeichnung SAP im LBV-SH (Zusatzvertrag)

Ressort / Dst. MWVATT / MWVATT

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

RZ-Betrieb BW-System des LBV-SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	101,5	101,5	101,5	101,5	101,5
	Summe	0,0	101,5	101,5	101,5	101,5	101,5

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

ITM 2252030000

Bezeichnung Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Informationsdatenbank für den Arbeitsschutz (IFAS) unterstützt die wiederkehrenden Vorgänge in der Einzelfallbearbeitung im Arbeitsschutz. Das Produkt IFAS besteht aus diversen Modulen, die unterschiedliche Teilbereiche im Arbeitsschutz abdecken.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Betriebskataster	In S-H werden etwa 140.000 Betriebe vom Arbeitsschutz überwacht. Dieses Grundmodul ist die Adressdatenbank
2	GAED	Gewerbeärztlicher Dienst, Medizinischer Arbeitsschutz durch die Landesgewerbeärzte
3	RSA	Risikoorientierte Besichtigungsstrategie im Arbeitsschutz, RSA legt anhand des Gefährdungspotentials der Betriebe die Reihenfolge der Überprüfungen durch die Mitarbeiter des Arbeitsschutzes fest.
4	SIS	Sicherheit im Straßenverkehr, im Wesentlichen Überprüfung von Lenkzeiten von LKW-Fahrern und daraus resultierende Bußgeldverfahren
5	MyIFAS	Zugriff auf die Unfallverhütungsvorschriften der BG Chemie und Regelwerk
6	STRL	Strahlenschutz, im Wesentlichen Prüfung von Röntgenanlagen und Erlaubnisse für deren Betreiber.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Unterstützung und Steuerung des Arbeitsschutzes in SH	1999-2050

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	72,0	181,3	177,1	177,1	177,1	177,1
81246	Beschaffung	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	72,7	181,3	177,1	177,1	177,1	177,1

ITM 2256030000

Bezeichnung Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Verfahrensgruppe OASIS/ EDAS wird eingesetzt zur Automatisierung von Aufgaben im Bereich der Integrationsämter, diese fördern und sichern die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben. Diese Aufgaben sind im Sozialgesetzbuch (SGB IX), insbesondere in §§ 81 (4), 84 und 102 festgelegt. Die Integrationsämter erheben und verwenden die Ausgleichsabgabe und führen den besonderen Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen sowie die begleitende Hilfe im Arbeitsleben durch. Mit ihren Leistungen unterstützen sie die Arbeitgeber, ihren besonderen Pflichten bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nachzukommen. Ziel ist es, schwerbehinderte Menschen dauerhaft auf geeigneten Arbeitsplätzen einzugliedern. Die Integrationsämter leisten nachrangig nach den Trägern der Rehabilitation, sie dürfen deren Leistungen nicht aufstocken. Die Leistungen der Integrationsämter sind rechtlich und fachlich mit denen der übrigen Leistungsträger - auch mit denen der Bundesanstalt für Arbeit - verzahnt.

OASIS/EDAS dienen insbesondere zum Einzug der Ausgleichsabgabe, Dokumentation von Integrationsvereinbarungen mit Unternehmen, der Projektverfolgung, der Terminüberwachung und der Unterstützung bei den Aufgaben im Bereich Kündigungsschutz. Diese Funktionen setzen heute eine intensive und nur noch auf elektronischer Basis beruhende Kommunikation mit zentralen Datenbanken und insbesondere mit der Bundesagentur für Arbeit, die Komponenten des Verfahrens entwickelt hat, voraus. Daten der Bundesagentur für Arbeit stehen nur noch in einer speziellen elektronisch abrufbarer Form zur Verfügung. Aus diesem Grund, hat sich das LASD dem bundesweiten Verbund der OASIS-Nutzer angeschlossen. Eine Durchführung wichtiger Aufgaben der Integrationsämter ist nur unter Nutzung des Verfahrens möglich.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bearbeitung von Aufgaben des Schwerbehindertenrechts im Integrationsamt	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	38,0	50,0	50,0	50,0	40,0	40,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	250,0	100,0	60,0	60,0	60,0
	Summe	38,0	300,0	150,0	110,0	100,0	100,0

ITM 2260020000

Bezeichnung Basisinfrastruktur - Beschaffungen

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffung im Rahmen der Basisinfrastruktur.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81246	Beschaffung	106,3	97,2	250,7	106,5	106,5	106,5
	Summe	106,3	97,2	250,7	106,5	106,5	106,5

ITM 2268010000

Bezeichnung Basisinfrastruktur

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Betrieb der Basisinfrastruktur.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Verträge	12,4	12,4	12,4	12,4	7,0	7,0
51143	Sonstige Kosten	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
51144	Verträge	41,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
51144	Beschaffung	4,5	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
52537	Sonstige Kosten	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
52706	Sonstige Kosten	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
53356	Verträge	175,6	209,6	209,6	209,6	209,6	209,6
53356	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	Summe	263,5	286,5	286,5	286,5	281,1	281,1

ITM 2394030000

Bezeichnung IT-Plattform Badegewässer

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In S-H gibt es ca. 330 Badestellen, die nach EU- und Landesrecht beständig auf Krankheitserreger überwacht werden. In der Badegewässerdatenbank werden diese Badestellen aufgelistet inklusive aktueller Messwerte zur Wassergüte. Die Pflege der Daten erfolgt durch die zuständigen Kommunen, dem LAsD und dem Ministerium (Kooperation Land - Kommunen). Die so erfassten Daten stellen die Grundlage zur Erfüllung der Berichtspflichten gegenüber der EU und der Information der Bevölkerung durch den Internetauftritt Badewasserqualität.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	7,3	66,8	36,8	36,8	36,8	36,8
	Summe	7,3	66,8	36,8	36,8	36,8	36,8

ITM 2428030000

Bezeichnung Heimaufsicht

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Sozialministerium ist für die Genehmigung und Überwachung von Kindertagesstätten, Kinderheimen und ähnlichen Einrichtungen in seiner Funktion als Landesjugendamt verantwortlich. Diese Einrichtungen (ca. 1600 Stück) müssen dem Landesjugendamt regelmäßig (mehrmals im Jahr) Bestandsmeldungen übermitteln. Es werden Daten zu den Beschäftigten, der Auslastung der Einrichtung u.ä. abgegeben. Diese Daten werden für die laufende Überwachung der Einrichtungen benötigt. Insbesondere beim Personal gibt es eine große Fluktuation. Bis 2013 werden diese Meldungen in Form von Papierformularen erstattet und mussten per Hand in die vorhandene SQL-Datenbank eingegeben werden. Im Rahmen der Maßnahme wurde diese manuelle Meldung und Erfassung auf eine elektronische, automatisierte Form umgestellt. Hierzu wird das Government Gateway als Zugangspunkt genutzt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Online-Pflege der Daten der Kindertagesstätten, Kinderheime u. ä. im Landesjugendamt durch die Träger der Einrichtungen.	laufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	4,8	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	4,8	52,8	12,8	12,8	12,8	12,8

ITM 2561030000

Bezeichnung Einsatz und Betrieb von Infrastrukturdiensten für die Krankenhausstatistik

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv / etafähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Für die Vergütung der allgemeinen Krankenhausleistungen wurde für die deutschen Krankenhäuser gemäß § 17b Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) ein durchgängiges, leistungsorientiertes und pauschalierendes Vergütungssystem eingeführt. Grundlage hierfür bildet das G-DRG-System (German-Diagnosis Related Groups-System), wodurch jeder stationäre Behandlungsfall mittels einer entsprechenden DRG-Fallpauschale vergütet wird. Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK GmbH) stellt den Ländern statistische Daten zu Fällen und Abrechnung zur Verfügung, die von den Ländern als Grundlage für die zukünftige Planung genutzt werden. Diese ITM dient der Finanzierung der notwendigen digitalen Infrastruktur zur Nutzung dieser Daten. Es ist geplant, das Verfahren bis zum 01.03.2018 einzuführen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Bereitstellung von Krankenhaus-Falldaten für die Krankenhausplanung.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	0,0	53,0	24,0	24,0	24,0
	Summe	0,0	0,0	53,0	24,0	24,0	24,0

ITM 2253030000

Bezeichnung Bearbeitung von Erziehungsgeld, Elterngeld und Betreuungsgeld

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / etafähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das LAsD zahlt Elterngeld für Mütter und Väter. Es hat das Erziehungsgeld abgelöst und unterstützt Familien im ersten Lebensjahr des Neugeborenen bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage. Die Höhe des Elterngeldes orientiert sich an dem vorherigen Nettoeinkommen und hat damit den Charakter einer Lohnersatzleistung. Ersetzt werden in der Regel 67 Prozent des entfallenden Nettoeinkommens, mindestens aber 300 Euro bis maximal 1800 Euro monatlich. Die max. mögliche Bezugsdauer beträgt insgesamt 14 Monate. Die Elterngeldmonate können von den Eltern nacheinander aber auch gleichzeitig beansprucht werden oder bei gleichem Gesamtbudget auf die doppelte Bezugsdauer gedehnt werden. Jeder Elternteil muss einen Antrag auf Elterngeld stellen. Elterngeld wird rückwirkend maximal für 3 Lebensmonate vor dem Monat der Antragstellung gezahlt. Das Verfahren ermöglicht insbesondere die elektronische Berechnung, die Bescheidschreibung, die Zahlbarmachung des Elterngeldes sowie die Fristenüberwachung. Gem. § 32b des Einkommensteuergesetzes unterliegt das Elterngeld dem Progressionsvorbehalt. Das Verfahren ermöglicht hierfür das Auslesen und die Erstellung der Datensätze sowie die Datenübermittlung an die Finanzverwaltung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen	1990-2010
2	Bearbeitung von Elterngeldanträgen	2009-2050
3	Bearbeitung von Elterngeldanträgen und Betreuungsgeld	2013-2050
4	Bearbeitung von Elterngeld-, Elterngeldplus- und Betreuungsgeldanträgen	2015-2050

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	40,8	40,8	40,8	40,8	40,8	40,8
	Summe	40,8	40,8	40,8	40,8	40,8	40,8

ITM 2254030000

Bezeichnung Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Maßnahme dient zur elektronischen Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschriften des Schwerbehindertenrechtes, d.h. auf Basis eines Antrages werden gesundheitliche Behinderungen, gleich, auf welcher Ursache sie beruhen, und deren Auswirkungen (Grad der Behinderung -GdB-) festgelegt, Feststellungsbescheide erstellt und gegebenenfalls Schwerbehindertenausweise (GdB ab 50) ausgestellt. Der Einsatz des Verfahrens brachte

eine erhebliche Verkürzung der Antragsbearbeitungszeiten von ehemals 4 bis 5 Monaten auf heute durchschnittlich unter 3 Monaten. Des Weiteren können heute telefonische Informationsanfragen der Antragsteller durch Verfügbarkeit einer elektronischen Akte erheblich schneller beantwortet werden. Nur durch die elektronische Fertigung von Ausweisen und Feststellungsbescheiden konnten bei gleicher bzw. bereits reduzierter Anzahl von Mitarbeitern (im Bereich der Schreibdienste und der Sachbearbeitung in den Schwb-Abschnitten) wesentlich gestiegene Antragszahlen bewältigt werden. Ein Umstellung der Antragsbearbeitung auf manuelle Abwicklung würde die Durchlaufzeiten der Anträge vervielfachen, wobei außerdem zu berücksichtigen ist, dass bereits heute nicht mehr alle Sacharbeiter über das Wissen verfügen manuell Anträge zu bearbeiten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bearbeitung von Anträgen nach dem Schwerbehindertengesetz	1990-2050
2	Verfahrensumstellung aufgrund des neuen Schwerbehindertenausweises in Form einer Bankkarte.	01.01.2013

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	36,8	36,8	36,8	36,8	36,8	36,8
53356	Sonstige Kosten	29,3	27,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	66,1	63,9	36,8	36,8	36,8	36,8

ITM 2255030000

Bezeichnung Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (KOV / Prosid)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Verfahren KOV/Prosid ermöglichen die elektronische Bearbeitung von Anträgen im Bereich des Sozialen Entschädigungsrecht. Im Vordergrund des SER stehen auch heute noch die Leistungen an die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebene nach dem Bundesversorgungsgesetz. Darüber hinaus werden Leistungen auch für geschädigte Personen aufgrund von Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für entsprechend anwendbar erklären, erbracht: z.B. für Bundeswehrsoldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz; Zivildienstleistende nach dem Zivildienstgesetz; Impfgeschädigte nach dem Bundesseuchengesetz; ehemalige politische Häftlinge nach dem Häftlingshilfegesetz; Opfer von Gewalttaten nach dem Opferentschädigungsgesetz usw.

Durch die Verfahren werden insbesondere die elektronische Berechnung und Zahlbarmachung der Anträge, die Bescheidschreibung und die Fristenüberwachung ermöglicht. Elektronische Unterstützung in Teilen diesen Bereichen gab es teilweise schon in den 70-Jahren, sie wurde aber durch Einsatz des KOV / Prosid-Verfahren wesentlich effizienter und kostengünstiger.

Ab 2012 fällt unter diese Maßnahme ebenfalls das Verfahren zur Bearbeitung von Ansprüchen und Verfahren nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG). Das Verfahren ermöglicht die Bearbeitung von Anträgen und Ver-

fahren auf Versorgungsleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) einschließlich Geltendmachung und Durchsetzung von daraus resultierenden Schadensersatzansprüchen. Sollten Leistungen nach dem OEG entstehen werden diese durch das KOV/Prosid Verfahren erbracht.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Opferentschädigungsgesetz (OEG)	Bearbeitung von Anträgen und Verfahren auf Versorgungsleistungen nach dem OEG einschl. Geltendmachung und Durchsetzung von daraus resultierenden Schadensersatzansprüchen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht	-2050

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0

ITM 2257030000

Bezeichnung Länderübergreifende zentrale Trinkwasser Datenbank (ZTEIS)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Länderübergreifende Badegewässer-und Trinkwasserdatenbank

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Umsetzung der Berichtspflichten gemäß der EU-Trinkwasserrichtlinie	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

53356	Verträge	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Sonstige Kosten	24,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	27,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0

ITM 2263020000

Bezeichnung Beschaffungen der IT-Basisinfrastruktur

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Sonstige Kosten	6,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	7,0	6,4	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	220,5	144,6	66,7	90,7	66,7	99,7
	Summe	233,9	151,0	66,7	90,7	66,7	99,7

ITM 2270010000

Bezeichnung Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In der ITM sind veranschlagt, die Ausgaben für Geschäftsbedarfe (z.B. Toner, Tastaturen, Mäuse, usw.) und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Aus- und Fortbildung sowie Dienstreisen der IT-Mitarbeiter und Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51143	Sonstige Kosten	60,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
51144	Verträge	0,7	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1

52537	Sonstige Kosten	28,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
52706	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	98,1	89,5	86,7	86,7	86,7	86,7
53356	Sonstige Kosten	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	196,8	150,6	147,8	147,8	147,8	147,8

ITM 2335030000

Bezeichnung Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Der Landtag hat im Rahmen eines Kinderschutzprogrammes eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst in Schleswig-Holstein (§ 7a Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder) beschlossen.

Nach dem Gesetz soll eine zentrale Stelle Schleswig-Holsteins (das LAsD) die gesetzlichen Vertreter der Kinder, deren Früherkennungsuntersuchungen U 4 bis U 9 bevorstehen, zur Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung einladen und gegebenenfalls mit Fristsetzung erinnern. Ärztinnen und Ärzte, die Früherkennungsuntersuchungen durchgeführt haben, haben dies der Zentralen Stelle unverzüglich mitzuteilen. Soweit nach Ablauf einer Frist keine ärztliche Bestätigung über die Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung vorliegt, hat die Zentrale Stelle den zuständigen Kreis zu informieren.

Diese Maßnahme ist ein Teilbereich verschiedener Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsdienstgesetzes und zum Kinderschutzgesetz. Dazu gehören:

- Einrichtung einer zentralen Stelle beim LASD
- Landesprogramm „Schutzengel“
- Landesprogramm „Willkommen im Leben“
- Kinderschutztelefon
- Fortbildung
- Sachverständigenbeirat und Landeskinderschutzbericht

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufbau des Verfahrens Kinderschutz zur Durchführung der Früherkennungsuntersuchungen bei Kinder bis zu 6 Jahren	01.04.2008
2	Betrieb des Verfahrens Kinderschutz bei Kindern bis zu 6 Jahren	01.01.2014

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	46,3	54,7	57,2	57,2	57,2	57,2
53356	Sonstige Kosten	43,0	9,2	0,0	0,0	0,0	0,0
53413	Verträge	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
81246	Beschaffung	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	106,8	78,9	72,2	72,2	72,2	72,2

ITM 2414030000

Bezeichnung Verfolgung Ordnungswidrigkeiten (OWiG)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten (OWiG) nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) und Bundeseltern-geld und Bundeselternzeitgesetz (BEEG). Ermittlung von Sachverhalten (Anhörung) bis zur Erstellung von Buß-geldbescheiden einschließlich verfahrensrechtlicher Statistiken.

Das LAsD ist in Schleswig-Holstein zuständig für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach

- § 121 Sozialgesetzbuch - Elftes Buch (SGB XI),
- § 14 des Bundeselterngeldgesetzes, § 15 des Gesetzes über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens (HWG),
- § 97 des Arzneimittelgesetzes (AMG),
- § 25 des Gesetzes über das Apothekenwesen (APoG),
- § 32 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG),
- § 42 des Medizinproduktegesetzes (MPG),
- § 7 des Gesetzes über die Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen (GFBWBG),

und den jeweils dazu erlassenen Verordnungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Durchführung der Beitreibung der Bußgelder im Rahmen der Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten, wie beschrieben	01.09.2015

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
52537	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

53356	Verträge	41,8	18,4	18,4	18,4	18,4	18,4
53356	Sonstige Kosten	10,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	5,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	57,1	18,4	18,4	18,4	18,4	18,4

ITM 2496030000

Bezeichnung KITA-Geld

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Landesregierung plant, den Besuch von Kindertagesstätten durch Kinder unter 3 Jahren zu fördern. Dazu soll den betroffenen Familien ein Zuschuss von 100 € monatlich gewährt werden. Hierzu soll ein Elektronisches Antragsverfahren entwickelt werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Antragsverarbeitung, Erstellung von Bescheiden, Zahlung, Rückforderungsmanagement	31.10.2016

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	277,0	224,3	139,3	139,3	139,3	139,3
	Summe	277,0	224,3	139,3	139,3	139,3	139,3

ITM 2555030000

Bezeichnung IT-basiertes Anmeldeverfahren für Prostituierte nach dem ProstSchG

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Umsetzung eines einheitlichen IT-basierten Anmeldeverfahrens für Prostituierte nach Maßgabe des ProstSchG sowie der ProstAV u. ProstStatV des Bundes einschließlich Ausstellung einheitlicher Anmeldebescheinigungen/Aliasbescheinigungen und einer Bescheinigung über die erfolgte behördliche Gesundheitsberatung (Abschnitt 2 des ProstSchG) sowie Datenerfassung, -verarbeitung und -übermittlung

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53356	Verträge	0,0	170,0	140,0	140,0	140,0	140,0
	Summe	0,0	170,0	140,0	140,0	140,0	140,0

Kapitel 1403

E-Government (ITM mit kommunalem Schwerpunkt)

Zentrales IT-Management „Kommunal“

ITM 2439030000

Bezeichnung BOB SH - Bauleitplanung Onlinebeteiligung SH

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Mit BOB-SH erhalten Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden, die an der Planung von Bauleitverfahren beteiligt werden (sog. TöB), die Möglichkeit, diese Beteiligung elektronisch und über das Internet durchzuführen. Hierdurch kann eine digitale Bürgerbeteiligung bei allen Bauleitplanverfahren in Schleswig-Holstein sichergestellt werden. Da die große Mehrzahl von TöB Landesbehörden sind, werden die auch die verwaltungsübergreifenden Abläufe in Zusammenarbeit mit den Kommunen erheblich vereinfacht.

In 2017/2018 wird eine Datenübergabe in die eAkte des Landes konzipiert und implementiert.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Standardisierung der Beteiligungsabläufe von Landesbehörden bei kommunalen Bauleitplanungen	01.01.2018
02	Standardisierung der kommunalen Bauleitplanungsbeteiligung	01.01.2018
03	Ausbau zur Plattform für frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und kommunaler weiterer Planverfahren (z. B. Stadtentwicklung)	01.01.2019

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	0,0	85,0	85,0	85,0	85,0	85,0
53306	Sonstige Kosten	10,0	20,0	25,0	25,0	25,0	25,0
	Summe	10,0	105,0	110,0	110,0	110,0	110,0

ITM 2440030000

Bezeichnung ZuFiSH - Zuständigkeitsfinder SH (Weiterentwicklung)

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Seit seiner Einführung hat sich ZuFiSH als Behördenwegweiser in Schleswig-Holstein bewährt. Es entstehen Kosten für den Betrieb des Verfahrens bei der Firma TSA und bei Dataport.

Andere Verfahren, z.B. die einheitliche Behördenrufnummer 115, möchten die im ZuFiSH enthaltenen Informationen über Behördenstandorte und Leistungen nutzen. Hierbei werden erweiterte Anforderungen an die Daten gestellt, so dass auch nach Inbetriebnahme des Zuständigkeitsfinders Anpassungen und Weiterentwicklungen notwendig werden.

Innerhalb der bundesweiten Entwicklergemeinschaft Linie6Plus werden die Weiterentwicklungswünsche abgestimmt und definiert. Die Verbundpartner partizipieren von den Einsparungen der gemeinsamen Entwicklung und von den Erfahrungen der anderen.

Auch innerhalb Schleswig-Holsteins wird angestrebt, die Daten aus Zu-FiSH für andere Verfahren zur Verfügung zu stellen, z.B. für das Landesportal Schleswig-Holstein, die Verfahrensklärung (VLV2) oder das Projekt KoPers.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Die in der länderübergreifenden Arbeitsgruppe Linie6Plus abgestimmten Weiterentwicklungswünsche werden innerhalb des aktuellen Jahres umgesetzt.	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	103,0	109,0	110,0	110,0	110,0	110,0
53306	Sonstige Kosten	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	123,0	109,0	110,0	110,0	110,0	110,0

ITM 2441030000

Bezeichnung MailLand - sichere Mail übers Landesnetz

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Der Mailverkehr zwischen Landes- und Kommunalbehörden wird vollständig über das sichere Landesnetz versendet, um aufwändige Verschlüsselungen zu vermeiden. Hierfür werden in allen Mailssystemen des Landes, Dataport und den Kommunen entsprechende Konfigurationen hinterlegt und von Dataport gepflegt.

Geplant ist eine Einbindung des Verbindungsnetzes des Bundes (DOI), damit sind dann auch die Dienststellen des Bundes und diverser weiterer Landes- und Kommunalverwaltungen sicher per E-Mail erreichbar (vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses von ZIT und KLV).

Abprachegemäß ist die Umsetzung der DOI-Anbindung in 2017 nicht leistbar. Ab 2018 soll erneut betrachtet werden, ob die Umsetzung der DOI-Anbindung erfolgen kann.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Landesweiter Transport von schutzwürdigen Informationen per Mail über das sichere Landesnetz.	01.01.2015

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Sonstige Kosten	0,0	0,0	55,0	15,0	15,0	15,0
	Summe	0,0	0,0	55,0	15,0	15,0	15,0

ITM 2453030000

Bezeichnung De-Mail-in-SH Basisdienst - Entwicklungen

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Ziel ist Aufbau und Betrieb einer gemeinsamen Infrastruktur zur De-Mail-Kommunikation. Für Landes- und Kommunalverwaltungen in SH, aber auch für Dataport und andere Dataport-Trägerländer, soll ein gemeinsames De-Mail-Gateway aufgebaut werden. Das Gateway hostet für die Verwaltungen De-Mail-Adressen und bietet eine Kopplung an die jeweiligen E-Mail-Verbünde in den gesicherten Landesnetzen. Damit wird Empfang und Versand von rechtssicherer De-Mail-Kommunikation ermöglicht. Die verwaltungsinterne Kommunikation läuft dabei über einfache E-Mail.

Mit dem In-Kraft-Treten des E-Government-Gesetz des Bundes (EGovG Bund) ist nun die Rechtswirkung von De-Mail initiiert und De-Mail ist bereits für Bundesbehörden zur Verpflichtung gemacht.

Für die Reservierung von De-Mail-Adressen wurde eine Sunrise-Period festgelegt, zunächst bis zum 31.12.2013; inzwischen verlängert bis 30.06.2014.

Daher hat das ZIT in 09.2013 das Thema wieder aufgegriffen, die Zusammenarbeit mit den Kommunalen Landesverbänden (KLV) und der KomFIT gesucht und Dataport gebeten, die entsprechenden Arbeiten (Vorbereitung einer Vergabe, Beschaffung und Implementation und Betrieb) durchzuführen.

De-Mail-Adressen für ca. 160 Verwaltungen wurden registriert. Dataport hat damit nach einer Vergabe T-Systems beauftragt. Anschließend wurde die De-Mail-Infrastruktur ausgeschrieben. Diese Vergabe wurde inzwischen abgeschlossen, der Zuschlag wurde an T-Systems erteilt.

Mit Stand 01.06.2015 sind die Arbeiten zum Aufbau des De-Mail-Gateways sowie die Fortschreibung der Vertragsverhältnisse zwischen Land und Dataport einerseits und Land und Nutzern der De-Mail-Infrastruktur andererseits gestartet.

Mit Stand 31.01.2017 sind die Aufbauarbeiten sämtlich abgeschlossen, De-Mail-in-SH ist in Betrieb.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	De-Mail-Zugang und De-Mail-Versand: Die De-Mail-Nutzung ist beziehungsweise rechtlich verpflichtend für die Verwaltungen. Um Kosten und rechtlichen sowie organisatorischen Aufwand zu minimieren, erfolgt ein gemeinsames Vorgehen. Auch sollten De-Mail-Gebühren bei einer größeren Abnahme günstiger zu erzielen sein als bei individuellem Vorgehen. Konkret bezifferbare Einsparungen können im Vorhinein noch nicht angegeben werden. Auch der Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme durch Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und auch Verwaltung kann nicht seriös vorausgesagt werden.	07.2014

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	102,0	8,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	102,0	8,1	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2454030000

Bezeichnung StA2GB - Sterbefallmitteilungen der Standesämter an die Gesundheitsbehörden

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Um die elektronische Übermittlung der o. g. Daten unabhängig von den vor Ort jeweils eingesetzten Fachverfahren zu ermöglichen, ist ein (möglichst) bundesweit einheitlicher Standard erforderlich. Da für Datenübermittlungen des Personenstandswesens mit XPersonenstand bereits ein etablierter Standard existiert, ist es nicht sinnvoll, für die Übermittlung der o. g. Teilmenge von Daten des Personenstandswesens einen weiteren Standard zu schaffen. Vielmehr sollte XPersonenstand um die erforderlichen Nachrichten- und Datentypen ergänzt werden.

Da es sich beim Bestattungsrecht um Landesrecht handelt, sind die Todesbescheinigung und die Weiterleitung der Daten von den Standesämtern an die Gesundheitsämter bisher nicht bundeseinheitlich geregelt, die Inhalte der Todesbescheinigung sind allerdings aufgrund internationaler Vorgaben weitgehend harmonisiert. Einige Länder sind zurzeit dabei, ihr Bestattungsrecht zu überarbeiten.

Gleichzeitig wird durch die anstehende Änderung des Bevölkerungsstatistik-Gesetzes die Übermittlung der Sterbefalldaten von den Gesundheitsämtern an die Statistikämter der Länder verpflichtend vorgeschrieben werden. Durch die Erweiterung von XPersonenstand wird die Voraussetzung geschaffen, die Daten des nicht vertraulichen Teils der Todesbescheinigung von den Standes- an die Gesundheitsämter elektronisch / digital zu übermit-

teln. Damit müssen die "Stammdaten" eines Sterbefalls in den Gesundheitsämter nicht mehr manuell für die Übermittlung an die Statistik erfasst werden.

Die vorgeschlagene Ergänzung von XPersonenstand wird dabei helfen, das Bestattungsrecht in diesem Bereich bundesweit zu harmonisieren. Außerdem wird der Fachverfahrenseinsatz in den Gesundheitsämtern unabhängig von herstellerspezifischen Schnittstellen für die Entgegennahme der Sterbefalldaten der Standesämter möglich sein. Hierdurch wird die Markttransparenz verstärkt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bereitstellung einer Erweiterung des Standards XPersonenstand	30.06.2014
2	Ausweitung von E-Government-Funktionalitäten in den Kommunen unter Einbeziehung der Gesundheitsverwaltung	31.12.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Sonstige Kosten	0,0	44,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	44,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2456030000

Bezeichnung Integriertes Antrags- und Fallmanagement (iAFM)

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Auf Grundlage der Ergebnisse des Vorprojekt iWOBIS (integriertes Workflow orientiertes Bürgerinformationssystem) des KomFIT soll eine von Kommunen, EA-SH und Land gemeinsam nutzbare technische Infrastruktur zur Online-Abwicklung aller hierfür geeigneter Antragsverfahren über das Internet eingerichtet dauerhaft betrieben werden.

iAFM ermöglicht die Antragstellung über einfache Online-Formulare oder Online-Assistenten, die die Antragsteller intelligent durch den Antrag führen und sicherstellen, dass nur die Angaben erfasst werden müssen, die für den konkreten Fall tatsächlich erforderlich sind. Die Nutzung ist sowohl am PC per Browser als auch auf mobilen Endgeräten über an diese Technik angepasste Oberflächen möglich.

Durch iAFM werden die Voraussetzungen für eine medienbruchfreie Bearbeitung von allen bisher noch nicht online abwickelbaren Antragsverfahren geschaffen. Die online erfassten Daten und Dokumente werden entweder direkt an die jeweiligen Fachverfahren der Verwaltungen übermittelt, per E-Mail sicher über das Landesnetz (oder ggf. über De-Mail) an die Verwaltung weitergeleitet (vgl. IT-Maßnahme Mailand) oder in einen sog. fallbezogenen Bearbeitungsraum, auf den sowohl der jeweilige Antragsteller als auch die Verwaltung Zugriff haben, bereitgestellt. Für die Nutzung eines Bearbeitungsraumes ist eine Registrierung im iAFM (ggf. auch über den Schleswig-Holstein Service) oder eine Authentifizierung über die eID-Funktion des neuen Personalausweises oder des elektronischen Aufenthaltstitels erforderlich (vgl. IT-Maßnahme Bürgerkonto).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bereitstellung eines landesweiten Antrags- und Fallmanagements als zentrale IT-Infrastrukturkomponente zur medienbruchfreien Bearbeitung von Antragsverfahren	30.06.2016
2	Initiierung, Realisierung und Einführung erster Verfahren und weiterer Antragsverfahren einzelner Kommunen	31.03.2017
3	weiterer Ausbau der Antragsverfahren für Kommunen	fortlaufend

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	312,3	300,0	68,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	12,3	0,0	232,0	300,0	300,0	300,0
	Summe	324,6	300,0	300,0	300,0	300,0	300,0

ITM 2457030000

Bezeichnung SIKOSH (Sicherheit in den Kommunen SH) Vorprojekt

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Für einen sicheren Betrieb von Verfahren im kommunalen Bereich ist in den Kommunen Aufwand notwendig. Die Erfahrung der Prüfbehörden zeigt, dass insbesondere bei der Dokumentation und beim Management von Informationssicherheit zum Teil erhebliche Lücken geschlossen werden müssen. Das Projekt „SiKoSH“ soll als Ergebnis ein Sicherheitsrahmenkonzept – und damit eine umfassende Unterstützung der Kommunen für die Erstellung und Pflege von Sicherheitskonzepten zur Verfügung stellen. Um den kommunalen Verwaltungen eine bedarfsgerechte Auswahl zu ermöglichen, wird das Sicherheitsrahmenkonzept Schwerpunkte und Zusammenhänge aufzeigen. Es wird durch zahlreiche Hilfestellungen wie Muster, Checklisten u. ä. ergänzt.

Innerhalb des Projektes wurde festgestellt, dass grds. Multiplikatoren-Schulungen erforderlich sind, so dass hier eine Schulung angefügt wird. Weiterhin wird im Rahmen des Projektes ein Konzept für ein interkommunales Informations-Sicherheitsmanagementsystem erstellt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Konzipierung eines einheitlich anwendbaren Sicherheitslevels in schl.-h. Kommunen	31.12.2017

02	Verbreitung der Information und der Ergebnisse durch Multiplikatoren-Schulungen in den Kommunen	31.12.2017
----	---	------------

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	168,0	108,4	100,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	6,0	151,6	60,0	55,0	55,0	55,0
	Summe	174,0	260,0	160,0	55,0	55,0	55,0

ITM 2459030000

Bezeichnung Landesweite Kita-DB als Angebot an die Kommunen

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / nicht etaffähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Seit dem 1.8.2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch für unter dreijährige Kinder, der sich gegen die Kreise und kreisfreien Städte richtet. Die KiTa-Landschaft ist in den Kommunen heterogen ausgeprägt: Es gibt Kommunen, in denen sich nur KiTas in kommunaler Trägerschaft befinden, es gibt Kommunen in denen sich KiTas nur in freier Trägerschaft befinden und Kommunen, in den eine Mischung von beiden Trägerschaften vorliegt.

Eltern melden ihre Kinder bei mehreren Kitas (teilweise über kommunale Grenzen hinweg und bei mehreren Trägern) an. Daraus ergibt sich ein Informations- und Planungsproblem für Eltern, Kitas, Gemeinden, Kreise und Land.

Aufgrund dieser Situation ist es für die Standortkommunen schwer, den Rechtsanspruch zu erfüllen. Noch schwieriger ist es für die Kreise und kreisfreien Städte, stadt- / gemeindeübergreifend einen Überblick über die tatsächliche Situation zu erhalten und die Eltern bei der Geltendmachung des Betreuungsanspruches zu unterstützen. In der Vergangenheit konnte der Anspruch bisher nur mit hohem Personalaufwand erfüllt werden. Ergänzend besteht für die Träger die Schwierigkeit, die Einrichtungen bedarfsgerecht auszubauen bzw. Angebotslücken zu identifizieren.

Ziel der landesweiten KiTa-DB ist es, den Anbietern und Finanzierern von Betreuungsplätzen im Land ohne Anschluss- und Benutzungszwang mit einem niedrigschwelligen Angebot die Möglichkeit zu geben, ihre Betreuungsangebote abzustimmen und zu optimieren, u.a. durch die frühzeitige Erkennung von Doppelanmeldungen. Die landesweite Kita-DB soll eine technische Lösung werden, die bei den einzelnen Beteiligten vorhandene Daten übergreifend für die Aufgabenerfüllung der Einrichtungen, der Träger, der Städte / Gemeinden, der Kreise und des Landes auswertbar macht. Der Umfang der Daten ist noch zu bestimmen. Bei der Auswertbarkeit steht die Steuerung der Angebote durch die Stadt / Gemeinde als Träger / Finanzierer der Einrichtung im Vordergrund.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

53306	Verträge	303,7	65,3	0,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	50,0	364,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	353,7	430,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2471030000

Bezeichnung iKfz - Entwicklung einer dezentralen iKfz-Plattform

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Nach dem Schreiben des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) vom 06.05.2014 soll ab 01.01.2015 die internetbasierte KFZ-Stilllegung stattfinden. Über den Onlinedienst „Kfz - Außerbetriebsetzung“ ist eine internetbasierte Außerbetriebsetzung derjenigen Fahrzeugen möglich, die ab dem 01.01.2015 eine Zulassungsbescheinigung Teil I (ZB I) mit verdeckt aufgebrachtem Sicherheitscode und Siegelplaketten auf den Kennzeichenschildern mit ebenfalls verdeckt aufgebrachtene Sicherheitscodes erhalten haben. Hierzu soll Dataport im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg sowie von 13 der 15 KFZ-Zulassungsstellen im Land Schleswig-Holstein ein Internetportal entwickeln und ab 2015 technisch betreiben, welches die Abwicklung mit den zentralen Komponenten beim KBA übernimmt.

Stufe 2 - Wiederezulassung auf denselben Halter (voraussichtlich ab 01.10.2017): Es ist beabsichtigt, das Frontend für die Stufe 2 mit dem iAFM umzusetzen und das Frontend der Stufe in das iAFM zu migrieren. Beide Stufen sollen weiterhin von Dataport betrieben und die zentralen Komponenten für die KBA- und Fachverfahrensanbindung weiterhin gemeinsam mit der FHH genutzt werden. Beide Stufen werden künftig von allen Kfz-Zulassungsstellen in SH genutzt.

Stufe 3 ist in Abhängigkeit von den gesetzlichen Vorgaben zum Ausbau in 2018 vorgesehen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zentrales Portal für Fahrzeugzulassung mit erster Umsetzungsstufe Außerbetriebsetzung	01.01.2015
2	Wiederezulassung auf denselben Halter (Stufe 2)	01.10.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	0,0	123,7	110,7	60,7	60,7	110,7
	Summe	0,0	123,7	110,7	60,7	60,7	110,7

ITM 2476030000

Bezeichnung Online Beurkundung im Standesamtswesen

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Mit der Personenstandsrechtsreform, die zum 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist, wurde die elektronische Führung der Personenstandsregister (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Lebenspartnerschaften) beschlossen. Die Übergangsfrist, bis zu der alle Standesämter in Deutschland ihre Personenstandsregister auf die elektronische Führung umstellen mussten, ist am 1. Januar 2014 abgelaufen. In Schleswig-Holstein registrieren die Standesämter ihre Personenstandsfälle bereits seit Anfang September 2011 ausschließlich elektronisch. In Schleswig-Holstein wurde dabei ein zentrales elektronisches Personenstandsregister auf der Grundlage von § 67 Abs. 3 PStG eingeführt, um weitere Maßnahmen der elektronischen Kommunikation zwischen den Standesämtern und von Standesämtern mit den Bürgern unterstützen zu können. Dazu gehört, dass in Schleswig-Holstein jedes Standesamt eine Personenstandsurkunde ausstellen kann, dessen Personenstandsregister bei einem Schleswig-Holsteinischen Standesamt elektronisch geführt wird.

Ein zusätzlicher Aspekt des E-Government soll durch diese Maßnahme unterstützt werden. Mit der angestrebten Lösung wird es möglich sein, dass Bürgerinnen und Bürger elektronische Anfragen an das zuständige Standesamt stellen, wenn sie eine Urkunde benötigen oder eine Eheschließung anmelden und sich hierfür einen Termin reservieren wollen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel des Vorhabens ist die Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Urkundenbeantragung und Voranmeldung der Eheschließung für Bürgerinnen und Bürger sowie zur Anzeige von Geburts- und Sterbefällen für Krankenhäuser und Bestattungsinstituten des Landes Hamburg und Schleswig-Holsteins über das Verwaltungsportal „Government-Gateway“.	01.03.2015
2	Die Einbindung einer Bezahlplattform, die die entstehenden Gebühren in Form des Pre-Payment vereinnahmt und den einzelnen Standesämtern zuordnet, ist notwendige Voraussetzung für die Umsetzung des Verfahrens.	01.03.2015
3	Den Standesämtern in Schleswig-Holstein wird eine einheitliche und standardisierte Lösung zentral angeboten. Die Finanzierung kann daher aus IT-Harmonisierungsmitteln des Landes erfolgen.	01.12.2014

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53306	Verträge	16,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	0,0	44,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	16,0	44,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2443030000

Bezeichnung Zuschüsse zur Finanzierung KomFIT

Ressort / Dst. ZIT Kom / KLV

Status aktiv / etatzfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Gem. § 19 Abs. 3 FAG werden dem Kommunalen Investitionsfonds in 2014 1.000 T€ zweckgebunden zur Finanzierung von Maßnahmen gemeinde- und kreisübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik entnommen (§19 FAG i.d.F. vom 13.12.2013 -Gliederungsnummer 6030-1)

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
68502	Verträge	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0
	Summe	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0

Kapitel 1404

Modernisierung der Verwaltung

Zentrales IT-Management „Verwaltungsmodernisierung“

Hinweis: Die Aufgaben der Verwaltungsmodernisierung und ressortübergreifenden Organisation gehen ab 2018 an die StK über und werden künftig im Epl. 03 veranschlagt. Daher sind in den betroffenen Maßnahmen keine weiteren Bedarfsplanungen enthalten.

ITM 2449030000

Bezeichnung Zuschuss EA-SH - Einheitlicher Ansprechpartner AöR

Ressort / Dst. ZIT VMod / ZIT VMod

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Gem. § 17 Abs. 1 Errichtungsgesetz Einheitlicher Ansprechpartner SH vom 17.09.2009 erhält der AöR zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 3 Errichtungsgesetz von den Trägern Finanzmittel nach Maßgabe der jeweiligen Haushalte als Globalzuweisung. In §8 der Kooperationsvereinbarung vom 29.09.2009 wird die Verpflichtung zur Evaluation des EA-SH ausgesprochen. Das ZIT-SH hat die Mittel zur Durchführung eingeworben.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Grundversorgung der AöR zum Betrieb	

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
68502	Verträge	372,0	372,0	372,0	372,0	372,0	372,0
	Summe	372,0	372,0	372,0	372,0	372,0	372,0

ITM 2450030000

Bezeichnung Verwaltungsmodernisierung (Sammelmaßnahme)

Ressort / Dst. ZIT VMod / ZIT VMod

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Organisation

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Förderung der Verwaltungsmodernisierung	01.01.2014 bis 31.12.2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53401	Sonstige Kosten	5,4	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63201	Verträge	89,1	89,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	94,5	90,1	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2451030000

Bezeichnung Ressortübergreifende Organisation

Ressort / Dst. ZOD / OE

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Organisation

Beschreibung

Ausgaben der ressortübergreifenden Organisation des Referates StK ZO für Projekte, Maßnahmen und Veranstaltungen, die der Weiterentwicklung der Landesverwaltung dienen.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53501	Verträge	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53501	Sonstige Kosten	25,0	95,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	40,0	95,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2508010000

Bezeichnung Rahmenvertrag Organisationsuntersuchungen

Ressort / Dst. ZOD / OE

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Organisation

Beschreibung

Das Finanzministerium hat 2014 eine EU-weite Ausschreibung mit dem Ergebnis einer Rahmenvereinbarung mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) durchgeführt. Aus dem Rahmenvertrag werden Projekte der nachstehenden Zielsetzung und des Leistungsspektrums unterstützt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2016 ist die Zuständigkeit für diesen Rahmenvertrag aus dem Finanzministerium in die Staatskanzlei übergegangen. Das Land ist verpflichtet, 200 Beratertage pro Kalenderjahr verbindlich abzunehmen. Abhängig von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln liegt die Abnahme deutlich darüber.

Es werden Maßnahmen aus dem Rahmenvertrag unterstützt, die dauerhaft einen Beitrag dazu leisten, Ausgaben des Landes zu senken oder die Qualität der Aufgabenerbringung zu verbessern, ohne den Mitteleinsatz erhöhen zu müssen.

Der Nutzen ist von der jeweiligen Zielsetzung der einzelnen Projekte und der Art der Untersuchung abhängig. Der Vertrag wurde Ende 2016 für das Jahr 2017 verlängert. Der Rahmenvertrag mit der KPMG läuft Ende 2017 aus und kann nicht verlängert werden. Externe Unterstützung für Organisationsuntersuchungen wird aber weiterhin benötigt. Deshalb soll in 2018 voraussichtlich eine Neuausschreibung des Vertrages erfolgen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Finanzpolitisches Ziel des Landes Schleswig-Holstein ist es, ab dem Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt dauerhaft zu erreichen. Im Zeitraum bis zum Jahr 2020 ist das strukturelle Defizit demnach schrittweise zu reduzieren. Der Gesetzgeber hat dieser Zielsetzung Verfassungsrang gegeben und eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen. Gleichzeitig steht das Land insbesondere aufgrund seiner hohen Verschuldung und der daraus resultierenden Zinslasten vor großen haushaltspolitischen Herausforderungen. Es befindet sich auf einem umfassenden Konsolidierungspfad. Im Rahmen des Konsolidierungsprozesses werden sowohl die Leistungen des Landes insgesamt, aber auch die Art und Weise der Leistungserbringung durch das Land bzw. die Landesverwaltung einer kritischen Betrachtung unterzogen. Letzteres mit dem Ziel, Ressourcen zu heben, und die Leistungserbringung effizienter zu gestalten.	2020
02	Das Land hat innerhalb des letzten Jahres gute Erfahrungen damit gemacht, durch projektbezogene Organisationsuntersuchungen in ausgewählten Tätigkeitsfeldern Maßnahmen zu entwickeln, die dauerhaft einen Beitrag dazu leisten, Ausgaben des Landes zu senken oder die Qualität der Aufgabenerbringung zu verbessern, ohne den Mitteleinsatz erhöhen zu müssen. Dieser Ansatz soll nun fortentwickelt und professionalisiert werden, um den Konsolidierungsprozess auch in der Landesverwaltung weiter zu unterstützen. In diesem Sinne wird eine Beratungsleistung ausgeschrieben, um den dafür bereitgestellten Mitteleinsatz effektiver zu gestalten. Dies gelingt einerseits durch eine erweiterte Sichtweise durch Einbezug Externer und andererseits dadurch, dass Lerneffekte bewirkt werden, die in verschiedenen Beratungsprojekten Anwendung finden können (externe Effekte).	2020

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	500,0	1.737,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	1.000,0	663,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.500,0	2.400,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2480030000

Bezeichnung Leitstelle Suchtgefahren am Arbeitsplatz (LSA)

Ressort / Dst. ZPE / PM

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Organisation

Beschreibung

Die Aufgaben der Leitstelle sind Teil des Aufgabenfeldes „Gesundheitsmanagement“. Die i. R. der Suchtbekämpfung am Arbeitsplatz bei den einzelnen Dienststellen entstehenden Aufwendungen gehen grds. zu Lasten der Haushaltsmittel dieser Stellen. Die hier veranschlagten Mittel sollen spezielle Aktivitäten und unterstützende Maßnahmen der Leitstelle ermöglichen. Ziel der Leitstelle sind Pflege, Erhalt und Weiterentwicklung eines landesdienststellenweiten Suchthelfernetzes. Hierfür werden lfd. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgebildet. Die Suchthelferinnen und Suchthelfer sind auf den aktuellen Kenntnis- und Wissensstand angewiesen. Die Leitstelle bietet bspw. Supervisionen, Aufbaueminare, Fachtagungen und Infotreffe zur Sicherstellung der Vernetzung an, darüber hinaus werden betriebliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei psychischen Störungen am Arbeitsplatz ausgebildet.

Die Leitstelle veröffentlicht verschiedene Medien im betrieblichen Kontext (z.B. Broschüren, Faltblätter, Filme usw.). Diese sie gemeinsam mit fachbezogenen Informationsmaterialien allen Suchthelferinnen und Suchthelfern, Beschäftigten und anderen Interessierten zur Verfügung. Hierbei sind – neben Aktualisierungen und Neuauflagen – auch die Vergabe der Entwicklung, Gestaltung und Produktion von Medien erforderlich. Eine wesentliche, kostenintensive Aufgabe der Leitstelle besteht weiter darin, Führungskräfte und Personalräte sowie sonstige personalrelevanten Funktionsträger zu schulen.

Weitere Veranstaltungen zur Suchtprävention und andere präventive Maßnahmen zur Gesundheitsfürsorge werden entwickelt und umgesetzt, damit möglichst viele Beschäftigte der Landesverwaltung erreicht werden. Mit der zum 01.01.2014 erfolgten Verlagerung der Leitstelle als Teil des Aufgabenfeldes „Gesundheitsmanagement“ in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten ist beabsichtigt, die Leitstelle als Kern eines ressortübergreifenden Gesundheitsmanagements aufzubauen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	<p>Im Rahmen des PE-Zieles "Gesunderhalt der Beschäftigten in der Landesverwaltung" soll abhängigkeiterkrankten bzw. -gefährdeten Beschäftigten geholfen werden, den Arbeitsplatz zu erhalten, die Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen und auch das Betriebsklima positiv zu beeinflussen.</p> <p>Die LSA bearbeitet auch den Problemkreis der psychischen Störungen am Arbeitsplatz. Dabei werden die folgenden Aufgaben unterstützt:</p> <ul style="list-style-type: none">- Qualifikationen betrieblicher Ansprechpersonen (Sucht und psychische Störungen)- Fortbildungen und Supervisionen für ausgebildete Ansprechpersonen- Schulungen (insbesondere von Führungskräften)- Erstellung, Überarbeitung und Fertigstellung von Publikationen- Fachtagungen	permanent

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
-------	--------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

53504	Verträge	48,8	35,3	0,0	0,0	0,0	0,0
53504	Sonstige Kosten	8,1	20,9	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	56,9	56,2	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2483030000

Bezeichnung Aufbau eines ressortübergreifenden betriebliches Gesundheitsmanagements (BGM) in der Landesverwaltung

Ressort / Dst. ZPE / PM

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Organisation

Beschreibung

Zur Umsetzung der im Februar 2015 in Kraft tretenden Vereinbarung zur Einführung eines ressortübergreifenden BGM in der Landesverwaltung (§ 59 MBG SH) wurde im Referat PM 1 eine Leitstelle BGM eingerichtet, die ein ressortübergreifendes BGM aufbauen und Pilotprojekte der Ressorts fördern soll.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufbau und Betrieb eines ressortübergreifenden BGM als Daueraufgabe in den Landesverwaltungen SH	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53504	Verträge	20,2	10,5	0,0	0,0	0,0	0,0
53504	Sonstige Kosten	25,8	55,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	46,0	65,5	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2488010000

Bezeichnung Ressortübergreifende Personalentwicklung

Ressort / Dst. ZPE / PM

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Organisation

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53503	Verträge	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53503	Sonstige Kosten	50,7	72,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	51,0	72,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2481010000

Bezeichnung Nachwuchskräftekampagne des Landes Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZPE / ZPM

Status aktiv / nicht etatfähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Organisation

Beschreibung

Die Landesverwaltung SH muss sich frühzeitig auf die Folgen des demografischen Wandels einstellen. Auf dem Arbeitsmarkt stehen in den kommenden Jahren immer weniger junge Menschen zur Verfügung. Gleichzeitig werden bis 2020 rund 12.000 Beschäftigte aus dem Landesdienst altersbedingt ausscheiden. Die Akquisition von Nachwuchskräften ist deshalb für das Land von großer Bedeutung. Ab Mai 2015 soll es eine landesweite Werbekampagne zur Nachwuchskräftegewinnung geben. Eine Medienagentur hat dazu in 2014 ein Werbekonzept und einen Mediaplan entwickelt. Ab Januar 2015 sind finanzwirksame Maßnahmen einzuleiten, um den Mediaplan bereits bis zum Start der Kampagne in weiten Teilen umzusetzen.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53503	Verträge	110,0	157,7	0,0	0,0	0,0	0,0
53503	Sonstige Kosten	98,0	83,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	208,0	240,7	0,0	0,0	0,0	0,0

Kapitel 1405

Kooperative Personaldienste (KoPers)"

Finanzministerium „Projekt KoPers“

Hinweis: Seit dem 01.08.2017 wird das Projekt KoPers vom Finanzministerium geplant und verantwortet.

ITM 2445010000

Bezeichnung Grundversorgung KoPers

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ausgaben des Programms KoPers für Geschäftsbedarfe wie z. B. Miete und Hausverwaltungskosten; Telekommunikationskosten, GEMA, kleinere Beschaffungen aller Art, Schulung und Reisekosten der MA, Veranstaltungen pp.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und Beachtung der Wirtschaftlichkeit gem. § 7 LHO	unbefristet

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51101	Verträge	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1
51101	Sonstige Kosten	20,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
51101	Beschaffung	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51701	Verträge	220,0	246,0	246,0	246,0	0,0	0,0
51701	Sonstige Kosten	10,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52501	Sonstige Kosten	25,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
52701	Sonstige Kosten	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
53301	Verträge	83,0	83,0	83,0	83,0	83,0	83,0
53301	Sonstige Kosten	30,0	30,0	0,0	0,0	0,0	0,0

53501	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	Summe	410,1	458,1	378,1	378,1	132,1	132,1

ITM 2448020000

Bezeichnung Beschaffung KoPers

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In der ITM sind die Ausgaben für die Beschaffungen von z.B. Arbeitsplatzausstattungen für die MA des Projektes "Kooperative Personaldienste" enthalten.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
51101	Sonstige Kosten	0,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
81201	Sonstige Kosten	12,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
81201	Beschaffung	0,0	18,1	16,6	0,0	0,0	0,0
	Summe	12,7	22,8	21,3	4,7	4,7	4,7

ITM 2527030000

Bezeichnung Verfahrensbetrieb KoPers

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In Schleswig-Holstein und Hamburg sind die IT-Verfahren für die Personalverwaltung und Personalabrechnung technisch veraltet und müssen ersetzt werden. Hinzu kommt, dass in SH die bisherigen Verfahren für Personalverwaltung und Abrechnung getrennt voneinander arbeiten. In der Folge bestehen Medienbrüche und eine einheitliche Datenbasis.

Unter dem Programm KoPers sollen die unterschiedlichen Personalverwaltungs- und abrechnungssysteme konsolidiert und damit standardisiert werden. Mit der Etablierung eines neuen Personalmanagement- und abrechnungssystems wird in SH auch die Optimierung bestehender Aufbau- und Ablauforganisationen in den Personalmanagements des Landes überprüft.

Die Maßnahme beinhaltet sämtliche Abrufvereinbarungen, um den Verfahrensbetrieb von PulPlus (KoPers) bei Dataport sicherzustellen. Dazu gehören neben den Hardwarekosten auch die Kosten für die Verfahrensbetreuung durch Dataport sowie die entstehenden Druckkosten für Abrechnungsblätter und Auswertungen aus dem Verfahren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung eines stabilen Betriebs	ohne Termin

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	0,0	3.348,5	3.041,7	2.662,7	2.662,7	2.662,7
53301	Sonstige Kosten	0,0	20,0	700,0	1.350,0	1.500,0	2.100,0
	Summe	0,0	3.368,5	3.741,7	4.012,7	4.162,7	4.762,7

ITM 2528030000

Bezeichnung Dataport Projektunterstützung

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Dataport als zentraler IT-Dienstleister des Landes Schleswig-Holstein besitzt die technische Verantwortung zur erfolgreichen Umsetzung des Projektes KoPers in allen Ausbaustufen. Den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg wird ein Projektteam zur Unterstützung von Gremienarbeit und operativer Unterstützung im laufenden Projektgeschäft zur Verfügung gestellt. Diese Personalleistungen sind entsprechend zu vergüten.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	0,0	2.085,6	1.052,7	173,0	173,0	173,0
53301	Sonstige Kosten	0,0	326,0	2.070,0	3.830,0	3.630,0	3.430,0
	Summe	0,0	2.411,6	3.122,7	4.003,0	3.803,0	3.603,0

ITM 2529030000

Bezeichnung Externe Projektunterstützung (P&I)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden sämtliche Unterstützungsleistungen der P&I AG als Vertragspartner von Dataport geplant, deren Leistungen nicht als vertraglich gegenüber der Leistungsbeschreibung geschuldet sind. Für die erfolgreiche Implementierung von Funktionalitäten für das sog. Integrierte Personalmanagementverfahren sowie der Module Reisekosten, Bewerbungsmanagement und Self-Services wird das Land zusammen mit P&I eine Entwicklungspartnerschaft gründen. Weiterhin wird die Vor-Ort-Anwenderunterstützung sowie die Begleitung des Tests zur Einführung des Entgelt-Moduls durch P&I begleitet.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	0,0	1.985,5	773,5	119,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	0,0	120,0	1.900,0	1.800,0	500,0	500,0
	Summe	0,0	2.105,5	2.673,5	1.919,0	500,0	500,0

ITM 2530030000

Bezeichnung Change Request KoPers (P&I)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser ITM werden alle ChangeRequest (CR) für das KoPers-Verfahren veranschlagt. ChangeRequest werden erst durch die Programmleitung KoPers auf ihre Notwendigkeit überprüft. Die Anpassungen am Standard-Verfahren werden durch die Landesspezifika begründet.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	0,0	472,3	0,0	0,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	0,0	41,6	500,0	500,0	500,0	500,0
	Summe	0,0	513,9	500,0	500,0	500,0	500,0

ITM 2531030000

Bezeichnung Pflegekosten KoPers (P&I)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser IT-Maßnahme werden die jährlichen Pflegekosten des Verfahrens veranschlagt.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	0,0	1.148,3	1.276,9	1.405,4	1.405,4	1.405,4
53301	Sonstige Kosten	0,0	0,0	40,0	210,0	280,0	320,0
	Summe	0,0	1.148,3	1.316,9	1.615,4	1.685,4	1.725,4

ITM 2532020000

Bezeichnung Lizenzkosten KoPers (P&I)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
81201	Verträge	0,0	0,0	407,0	0,0	0,0	0,0
81201	Sonstige Kosten	0,0	0,0	850,0	0,0	0,0	400,0
	Summe	0,0	0,0	1.257,0	0,0	0,0	400,0

ITM 2533030000

Bezeichnung Projektleitung und Beratung (HC)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser IT-Maßnahme werden die Kosten für die externe Programmleitung sowie Beratungsleistungen der Fa. HÖHN CONSULTING GmbH veranschlagt. Die bestehenden Verträge aus 2016 werden auch in 2017 fortgeführt. Für die anstehenden Aufgaben stehen in der Landesverwaltung keine Ressourcen zur Verfügung. Dataporteeigenes Personal steht ebenfalls nicht zur Verfügung. Deshalb soll ein EVB-IT-Vertrag mit der sog. Wunschkandidatenregelung über die externen Personen die bereits im Projekt tätig sind, geschlossen werden. ComputaCenter (ab 01.04.2017 CapGemini) wird darüber die Fa. Höhn Consulting GmbH beauftragen.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	0,0	2.111,5	2.230,0	2.230,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	0,0	110,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	2.221,5	2.230,0	2.230,0	0,0	0,0

ITM 2534030000

Bezeichnung Externe Beratung und Projektunterstützung (Vivento)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Für die anstehenden Aufgaben stehen in der Landesverwaltung keine Ressourcen zur Verfügung. Dataporteeigenes Personal steht ebenfalls nicht zur Verfügung. Deshalb wird über den bestehenden Rahmenvertrag des Landes mit der Deutschen Telekom AG entsprechendes Personal mit qualifiziertem Wissen im Projekt KoPers eingesetzt.

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	0,0	88,5	115,5	0,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	0,0	9,5	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	98,0	115,5	0,0	0,0	0,0

ITM 2535030000

Bezeichnung Externe Beratung KoPers (sonstige DL)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden alle sonstigen Beratungsleistungen veranschlagt (z.B. Anwaltskosten bei Rechtsstreitigkeiten und Beratungsleistungen durch die Gewerkschaften)

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Sonstige Kosten	0,0	50,0	1.330,0	1.400,0	3.900,0	2.400,0
	Summe	0,0	50,0	1.330,0	1.400,0	3.900,0	2.400,0

ITM 2536030000

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung Versorgungsrechner SH

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Landesbeamtenmodernisierungsgesetz aus 2016 sieht einen Rechtsanspruch auf eine förmliche Versorgungsauskunft ab dem 01.07.2017 für jede Beamtin und jeden Beamten vor. Die Erteilung der Versorgungsauskunft ist mit einem erheblichen Aufwand aufgrund notwendiger Recherchen für die personalverwaltende Dienststelle und das DLZP verbunden.

Um einen Ansturm auf das DLZP in 2017 möglichst gering zu halten, soll es in Schleswig-Holstein die Möglichkeit geben, eine unverbindliche Versorgungsauskunft auf Basis durch den Anwender selbst ermittelter Daten möglichst vollständig zu erzeugen. Andere Bundesländer besitzen bereits die Onlineauskunft (Nordrhein-Westfalen, Berlin, Rheinland-Pfalz). Die Basisanwendung kann auf Grundlager der Kieler Beschlüsse kostenfrei aus Rheinland-Pfalz übernommen werden. Die notwendigen Anpassungen an das Landesrecht in Schleswig-Holstein sowie der Betrieb der Anwendung sind jedoch kostenpflichtig.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung eines ordnungsmäßigen Betriebes	laufend
2	Implementierung neuer Funktionalitäten bzw. Anpassung an geltendes Recht	2017
3	Umsetzung aus ausstehenden Themenbereichen (u.a. Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten)	2017

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Verträge	0,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1

53301	Sonstige Kosten	0,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	11,1	1,1	1,1	1,1	1,1

Kapitel 1406

Digitalfunk Land Schleswig-Holstein

Zentrales IT-Management „Digital Funk SH“

ITM 2538030000

Bezeichnung Digitalfunk - Überführung und Konsolidierung von Verträgen (Betreibervertrag)

Ressort / Dst. Digifunk / ZIT SH II

Status aktiv / nicht etafähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53303	Sonstige Kosten	0,0	200,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	200,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2543030000

Bezeichnung Digitalfunk - Gesamtprojektleitung (Netzhärtung)

Ressort / Dst. Digifunk / ZIT SH II

Status aktiv / etafähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53304	Verträge	0,0	799,0	475,0	490,5	501,5	55,0
	Summe	0,0	799,0	475,0	490,5	501,5	55,0

ITM 2544030000

Bezeichnung Digitalfunk - Betrieb Netzhärtung SH

Ressort / Dst. Digifunk / ZIT SH II

Status aktiv / nicht etafähig

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53301	Sonstige Kosten	0,0	64,4	252,8	543,7	872,4	1.072,1
	Summe	0,0	64,4	252,8	543,7	872,4	1.072,1

ITM 2509030000

Bezeichnung Digitalfunk - Autorisierte Stelle (AS)

Ressort / Dst. Digifunk / MILI II

Status aktiv / etatfähig

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Ausgaben

Titel	Ansatzanteil	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)
53302	Verträge	0,0	59,1	1.250,0	1.250,0	1.250,0	1.250,0
53302	Sonstige Kosten	0,0	0,0	400,0	400,0	400,0	400,0
	Summe	0,0	59,1	1.650,0	1.650,0	1.650,0	1.650,0